

Daniel Meis (Hg.)

NATIONALER SOZIALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK

Parteien, Ideen, Protagonisten

[transcript] Histoire

Daniel Meis (Hg.)
Nationaler Sozialismus in der Weimarer Republik

Daniel Meis (Dr. phil.), geb. 1994, forscht und lehrt an den Universitäten Koblenz und Stuttgart zur Geschichte der Neuzeit.

Daniel Meis (Hg.)

Nationaler Sozialismus in der Weimarer Republik

Parteien, Ideen, Protagonisten

[transcript]

Gefördert durch den Open-Access-Fonds der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und die Anton-Betz-Stiftung der Rheinischen Post e.V.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 Lizenz (BY-SA). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, sofern der neu entstandene Text unter derselben Lizenz wie das Original verbreitet wird.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2025 © Daniel Meis (Hg.)

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Maria Arndt

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

<https://doi.org/10.14361/9783839474594>

Print-ISBN: 978-3-8376-7459-0 | PDF-ISBN: 978-3-8394-7459-4

Buchreihen-ISSN: 2702-9409 | Buchreihen-eISSN: 2702-9417

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Nationaler Sozialismus in der Weimarer Republik	
Zur Einordnung eines heterogenen Phänomens	
<i>Daniel Meis</i>	7
Nationaler Sozialismus in der Weimarer Sozialdemokratie	
Ideologie und Politik des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus	
<i>Stefan Vogt</i>	13
»Rechte« Kommunismen der vorstalinistischen KPD?	
Überblicke zu Geschichte, Perspektiven und Desiderata	
<i>Leonie Eva Konietzko</i>	35
Die NSDAP und ihr linker Flügel	
<i>Daniel Meis</i>	75
Konservative Revolution und »nationaler Sozialismus«	
Ethische Gemeinschaft ohne soziale Gleichheit als politische Orientierung	
<i>Armin Pfahl-Traughber</i>	91
Eine Frage der Zeit? Der nationale Sozialismus des Kreises um Otto Straßer	
<i>Stefan Wannenwetsch</i>	115
Faschismus als nationaler Sozialismus?	
Eine europäische Umschau	
<i>Niels Tim Dickhaut</i>	141

Feuer und Wasser? Deutscher Katholizismus und Nationaler Sozialismus in der Zwischenkriegszeit	
Schlaglichter auf eine problematische Konstellation	
Benedikt Brunner	161
Arbeiterschaft und Nation	
Nationaler Sozialismus in den Gewerkschaften der Weimarer Republik	
Valentin Magnus Franken	187
Wichard von Moellendorff – Ein Techniker in der Wirtschaftspolitik	
Roy Ralph Storbeck	205
Das politische Dreieck Brüning-Straßer-Schleicher	
David Müller	217
Lothar Erdmann (1888–1939)	
Nationaler Sozialist, Sozialdemokrat, Gewerkschafter	
Daniel Meis	233

Nationaler Sozialismus in der Weimarer Republik

Zur Einordnung eines heterogenen Phänomens

Daniel Meis

Versetzen wir uns zurück in die 1920er Jahre: Ein Hamburger Arbeiter kommt von seiner Schicht im Hafen, geht aber nicht sofort nach Hause zu Frau und Kind, sondern in seine Stammkneipe. Dort angelangt gerät das Gespräch in bunter Regelmäßigkeit auf politische Fragen: verlorener Krieg, schlechte Wirtschaftslage, fragliche und inkonsequente Parteien im fernen Berlin. Vermeintliche Lösungen bieten viele an: revolutionsfixierte Kommunisten, demokratisch orientierte Sozialdemokraten, katholische Volksparteien, bürgerlich geprägte Liberale, bis hin zu rechtskonservativen Deutschnationalen und rechtsextremen Völkischen. Unabhängig vom politischen Hintergrund unseres Hamburger Arbeiters existiert dabei in allen Milieus eine Minderheit selbsternannter »nationaler Sozialisten«.

Dieser Begriff des »nationalen Sozialismus« besaß insofern entweder eine völlig beliebige Austausch- und Dehnbarkeit. Oder er war einfach überall anschlussfähig. Es gibt jedenfalls nur wenige politische Schlagworte mit einer solch umfangreichen und inhaltlichen Bandbreite. Deutlich wird das aus der bisherigen Forschung zu den Minderheiten der nationalen Sozialisten innerhalb der verschiedenen politischen Bewegungen der Weimarer Zeit. Denn reklamiert wurde dieser Begriff zeitgenössisch von Gruppen sämtlicher politischen Strömungen.

Es ist gleichzeitig verwirrend und historisch sehr interessant, dass es keiner politischen Richtung nachhaltig gelang, *den* oder *einen* nationalen Sozialismus für sich selbst anzumelden und Deutungshoheit zu erlangen. Daher ist es auch so schwierig, eine Definition oder eine Beschreibung dieses Phänomens zu finden. Kennzeichnend ist aber für alle nationale Sozialisten, dass sie darunter eine Art von Sozialismus verstanden, der nur oder zuerst über einen nationalen Bezugsrahmen erreichbar sei. Die Abgrenzung vom meist interna-

tional verstandenen Sozialismus bestand nicht so sehr im Fernziel des Sozialismus, sondern eher auf dem Pfad dahin, nämlich dem Weg über die Nation.

Eine allgemeine Begriffsdefinition vornehmen zu wollen, ist daher gar nicht möglich. Es gab zu viele Sozialismuskonzeptionen, Parteien, Personen und politische Richtungen, die nationalen Sozialismus für sich beanspruchten. Mit Absolutheitsanspruch gingen sie davon aus, nur sie selbst wüssten die einzige wahre und richtige Route eines (nationalen) Sozialismus.

Die Weimarer Republik war politisch zersplittert. Doch innerhalb der einzelnen politischen Richtungen gab es noch weitere Minderheiten. Und in allen Milieus sind nationale Sozialismen anzutreffen. Am bekanntesten sind die Nationalsozialisten des linken Parteiflügels. Speziell Namen wie Gregor Strasser standen innerhalb der NSDAP gerade für die Idee eines nationalen Sozialismus. Doch auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums gab es solcherlei Kreise. Bei den Kommunisten existierte sogar bis zur Stalinisierung der KPD ein rechter Flügel, dessen Vertreter obendrein mit linken Nationalsozialisten zu diskutieren bereit waren. Kommunisten wie Heinrich Laufenberg wirkten dabei prägend. Auch in der Sozialdemokratie gab es auf dem rechten Parteiflügel Kräfte, die einen nationalen Sozialismus vorantreiben wollten. Einer der besonders aktiven Protagonisten war Lothar Erdmann. Sozialismuskonzeptionen existierten ebenfalls im katholischen Milieu, dazu in bürgerlich-liberalen, protestantischen, konservativen und Gewerkschaftskreisen. Solcherlei Ideen kursierten schlüssig überall in der Weimarer Politik.

So verworren und heterogen der Gebrauch des Begriffes in der Weimarer Republik war, so schwierig stellte sich auch seine Erforschung dar. Inzwischen sind zwar rund 100 Jahre vergangen, aber es liegt nach wie vor kein Standardwerk oder wenigstens eine Übersichtsstudie vor. Es gibt zwar eine gewisse Fülle an Publikationen zu Einzelaspekten. Doch keine einzige betrachtet das Gesamtsubjekt. Es gibt kein Werk, welches die nationalen Sozialismen kompakt behandelt, nur Werke, die Detailfragen oder Teilrichtungen betrachten.

Zwei auffällige Beispiele verdeutlichen das. Es könnte angenommen werden, dass nationale Sozialismen angesichts des linken Parteiflügels der NSDAP und des rechten Parteiflügels der KPD besonders gut erforscht seien. Schließlich erhielten diese beiden Parteien in der zeitgenössischen Öffentlichkeit wie in der späteren Forschung sehr große Aufmerksamkeit. Tatsächlich gibt es auch Publikationen zu den jeweiligen Parteiflügeln, aber eben keine übergreifenden Analysen. Wer sich mit nationalen Sozialismen befassen möchte, stößt dabei nur auf den Singular: nationaler Sozialismus. Linke Nationalsozialisten wie rechte Kommunisten beanspruchten ihn jeweils für

sich. Doch eine Überblicksstudie zum übergeordneten Thema sucht man vergebens. Es bleibt immer dabei, dass zum linken NSDAP-Flügel beispielsweise das Werk von Markus März (2010) und zum rechten KPD-Flügel das Werk von Otto-Ernst Schüddekopf (1960) herangezogen werden müssen. Natürliche Folge ist eine Verengung des Blickwinkels und dessen ständige Weitertradierung.

Nicht anders sieht es aus bei den Ideen nationaler Sozialismen im katholischen Milieu, innerhalb des Protestantismus, bei den konservativen wie rechtskonservativen Parteien, den Gewerkschaften, dem rechten SPD-Flügel, den bürgerlich-liberalen Parteien und vielen weiteren gesellschaftspolitischen Akteuren der Weimarer Zeit. Annäherungen sind dabei regelmäßig nur über einzelne Aufsätze, sehr alte Monografien und Sammelände, oder aber fallstudienartige Biografien möglich. Dieses bunte Sammelsurium ersetzt schlicht keine umfassende, vergleichende Publikation auf dem neuesten Stand.

Genau diese Lücke zu füllen ist Ziel des vorliegenden Sammelbandes. Erstmals sollen hier alle größeren Aspekte nationaler Sozialismen in der Weimarer Republik erfasst, untersucht, verglichen und eingeordnet werden. So gelingt ein Gesamtüberblick zum Thema. Zudem ist jeder einzelne Beitrag innovativ und für sein jeweiliges Untersuchungsobjekt ein weiterer Meilenstein im entsprechenden Forschungsstand. Wer nach Einzelaspekten sucht, kann in jeden Beitrag problemlos einsteigen. Jeder steht für sich, und reiht sich zugleich in die Gesamtanlage ein.

Konzeptionell wirft der Band einen ausgreifenden Blick auf sämtliche relevanten Einzelaspekte. Untersucht werden Ideen und Ideologien, Parteien und Verbände, Biografien und Strukturen. Erfasst wird das gesamte politische Spektrum von linken Nationalsozialisten über Rechtskonservative, Liberale, Sozialdemokraten bis hin zu rechten Kommunisten; Katholiken, Gewerkschaften und internationale Vergleiche finden sich ebenso. Diese Heterogenität der Anthologie spiegelt die Vielschichtigkeit des Themas wider. Sie ist unerlässlich, um die nationalen Sozialismen als komplexe politische Ideen ausdifferenzieren zu können.

Gegliedert ist der Band dabei in mehrere grob abgrenzbare Abschnitte. Jeder hält Aufsätze mit strukturell ähnlichen Themen bereit. Der Einstieg in einzelne Beiträge ist jederzeit möglich. Der Gesamtband betrachtet zwar die nationalen Sozialismen, doch wer gezielt nach einer bestimmten politischen Richtung oder einem gewissen Akteur sucht, kann unabhängig von den anderen Untersuchungen überall einsteigen, da sie sämtlich auch und gerade für sich stehen. Diese Gesamtanlage des Bandes ermöglicht so zwei bei Sammel-

bänden selten anzutreffende Zugriffe: die Gesamtschau einerseits (hier auf die nationalen Sozialismen), und den detaillierten Blick auf Einzelaspekte des Themas andererseits (die einzelnen Perspektiven nationaler Sozialismen).

Den Auftakt bildet die vorliegende Einführung des Herausgebers *Daniel Meis*. Dann folgt der Abschnitt zu den einschlägigen Flügeln der für nationale Sozialismen relevantesten Parteien. *Stefan Vogt* betrachtet hierbei die SPD, *Leonie Eva Konietzko* die KPD und *Daniel Meis* die NSDAP. Der hiernach folgende Abschnitt zu Ideen und Ideologien ist der quantitativ größte des Bandes. *Armin Pfahl-Traughber* untersucht die Sozialismus-Auffassungen der Intellektuellen der Konservativen Revolution, *Stefan Wannenwetsch* die KGRNS rund um Otto Strasser, *Niels Tim Dickhaut* unternimmt einen internationalen Vergleich, und *Benedikt Brunner* analysiert das Verhältnis des (politischen) Katholizismus und der Idee eines nationalen Sozialismus, während *Valentin Magnus Franken* die zeitgenössischen Gewerkschaften in den Blick nimmt. Der dritte Abschnitt des Bandes widmet sich ausgewählten und berühmten Protagonisten nationaler Sozialismen. *Roy Ralph Storbeck* erläutert die Position Wichard von Moellendorffs, *David Müller* analysiert Heinrich Brüning, *Daniel Meis* schließlich Lothar Erdmann.

Ersichtlich wird durch den Sammelband, seine Anlage und die einzelnen Aufsätze zweierlei. Erstens zeigt sich, wie virulent die Ideen nationaler Sozialismen in der Weimarer Zeit waren. Sie waren kein Alleinstellungsmerkmal eines einzelnen Parteidürgels wie der schon namentlich scheinbar besonders nahen nationalsozialistischen Partei. Vielmehr finden sich diese Ideen in allen Parteien, ob sie nun rechts oder links waren, demokratisch oder autoritär, konservativ oder liberal. Selbst innerhalb der christlichen Konfessionen und der Gewerkschaften sind Vorstellungen eines nationalen Sozialismus auszumachen. Dies liegt schlicht an den zeitgenössisch drängenden sozialen Fragen und dem selbstverständlichen Denken in nationalen Kategorien.

Zweitens wird durch den Sammelband erkennbar, wie heterogen und zugleich ähnlich die verschiedenen nationalen Sozialismen ausfallen konnten. Schon durch die starke Heterogenität in Fragen wie des Wirtschaftssystems, des Umgangs mit politischer Opposition und der Zusammenarbeit mit anderen Staaten scheint es daher geboten, den Plural nationaler Sozialismen dem Singular des nationalen Sozialismus vorzuziehen. Zugleich existiert jedoch eine nicht wegzudiskutierende Klammer, welche von Nationalsozialisten bis Kommunisten reichte. Überhaupt von Sozialismus zu reden und diesen über einen nationalen Bezugrahmen verwirklichen und/oder erreichen zu wollen, zeigt dies auf. Dass innerhalb dessen erhebliche Überschneidungen in Fragen

der Sozialstaatlichkeit, von Sinn und Zweck der Politik und schließlich des Menschenbildes vorlag, verstärkt diesen Eindruck entscheidend. Sie waren heterogen, ihre Grenzen jedoch fließend.

Der vorliegende Sammelband wird nicht alle Einzelfragen um nationale Sozialismen klären. Aber er wird bewirken, die häufig unterschätzen Minderheiten nationaler Sozialisten in den einzelnen Gruppen der Weimarer Politik einen stärkeren Fokus zuzugestehen. Ihre Ideen waren weder unscharf, noch schwammig. Sie waren vielmehr ausformuliert und konsequent durchdacht. Über ihre Erprobung in der Realpolitik sagt dies natürlich nichts aus, schließlich sind sämtliche ausgreifenden Sozialismus-Experimente entweder untergegangen oder mussten grundlegend angepasst werden. Aber Konzepte, Ideen, Vorschläge und Ideale wie Überzeugungen lagen vor. Und dies in allen politischen Gruppen der Weimarer Jahre. Dies wird auch unser Hamburger Arbeiter gesehen haben, wenn er in seiner Stammkneipe einkehrte. Statistisch betrachtet dürfte er tendenziell sozialdemokratisch oder kommunistisch geprägt, protestantischer Konfession und gewerkschaftsnah gewesen sein. Überall dort konnte er auf nationale Sozialismen stoßen.

Nationaler Sozialismus in der Weimarer Sozialdemokratie

Ideologie und Politik des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus

Stefan Vogt

Am 26. November 1932 erschien in der Zeitschrift »Deutsche Republik« ein bemerkenswerter Beitrag des sozialdemokratischen Theoretikers und Mitarbeiters der Theoriezeitschrift »Gesellschaft«, Alexander Schifrin. Unter dem Titel »Nationaler Linkssozialismus?« setzte er sich äußerst scharf mit einer offensichtlich neuartigen Strömung in der Sozialdemokratie auseinander. Er konstatierte dabei den »grundsätzlich neue[n] Versuch« einer »Synthese von radikalsozialistischer Haltung und aktiver Nationalpolitik«. Angesichts der faschistischen Bedrohung sei dies eine höchst gefährliche Tendenz:

»Ein Linkssozialismus mit nationalen Vorzeichen ist zu einem konsequenten Anti-Faschismus überhaupt nicht fähig. Der Anti-Faschismus setzt das Bewußtsein voraus, daß Sozialismus vom Faschismus durch einen Abgrund getrennt ist, das Bewußtsein der historischen Todfeindschaft. Eine national betonte linkssozialistische Ideologie verhindert die Herausstellung dieser Gegensätzlichkeit, sie führt zu einer direkten Idealisierung des Faschismus. [...] Als Ergebnis einer höheren Synthese von Nationalpolitik und Linkssozialismus kommt eine Mischung aus Rosa Luxemburg, Jean Jaurès, Friedrich Naumann, Hans Zehrer und Ernst Niekisch. Die Front ist entschieden zu weit gefaßt. Man bekommt Kopfschwindel von einer solchen Synthese.«¹

¹ Schifrin, Alexander, Nationaler Linkssozialismus?, in: Deutsche Republik 7 (1932), S. 266–270, hier S. 267, 270. Eine frühere Version dieses Beitrags erschien als: Vogt, Stefan, Der nationale Sozialismus der sozialdemokratischen Jungen Rechten, in: reichwein forum 13 (2008), S. 31–40.

Die angegriffene Gruppe war der Kreis um die »Neuen Blätter für den Sozialismus«.² Diese Zeitschrift fungierte von 1930 bis zu ihrer erzwungenen Einstellung im Juni 1933 als Diskussionsorgan für Sozialdemokraten und der Partei nahestehende Autoren, die sich Gedanken um eine theoretische, kulturelle und in zunehmendem Maße auch politische Erneuerung des Sozialismus machten. Sie profilierte sich als Plattform einer Strömung innerhalb der Sozialdemokratie, die nicht nur die klassenkämpferische Position des linken Flügels in der SPD bekämpfte, sondern auch den »alten« Reformismus der Mitte und der Parteirechten kritisierte. Diese Strömung propagierte eine Abkehr von der traditionellen marxistischen Theorie, wie auch von der traditionellen reformistischen Praxis. Dabei griff sie auf der politischen Rechten, insbesondere in den verschiedenen Fraktionen der sogenannten Konservativen Revolution vertretene autoritäre und nationalistische Ideen auf und nahm auch Kontakt zu deren Vertretern auf. Das Ziel war hier die Schaffung einer gemeinsamen Front gegen Kapitalismus und gegen Nationalsozialismus.³ Die Ideologie der Gruppe lässt sich mit dem Begriff des »nationalen Sozialismus« bezeichnen, den sie auch für sich selbst in Anspruch nahm.⁴ Deren Kern war eine Synthese von Nationalismus und Sozialismus, bei der, anders als im Nationalsozialismus oder im Faschismus, die sozialistischen Wurzeln durchaus sichtbar bleiben sollten.

Die Gründung der »Neuen Blätter für den Sozialismus« bildete den Höhepunkt der Entwicklung dieses Kreises. Seine Geschichte reicht zurück bis zum Beginn der Weimarer Republik und seine ideologischen Wurzeln sind teilweise noch älter. Der Einfluss auf Programmatik und Politik der Weimarer Sozialdemokratie blieb begrenzt, auch wenn einige seiner Mitglieder durchaus pro-

2 Zur Geschichte des Kreises um die »Neuen Blätter für den Sozialismus« vgl. ausführlich Vogt, Stefan, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918–1945, Bonn 2006, worauf dieser Beitrag basiert. Aus der älteren Literatur vgl. unter anderem Beck, Dorothea/Haubach, Theodor/Leber, Julius/Mierendorff, Carlo/Schumacher, Kurt, Zum Selbstverständnis der »militantischen Sozialisten« in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), S. 87–123; Martiny, Martin, Die Entstehung und die politische Bedeutung der »Neuen Blätter für den Sozialismus« und ihres Freundeskreises, in: Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 373–419; Smith, Woodruff D., The Mierendorff Group and the Modernization of German Social Democratic Politics, 1928–33, in: Politics and Society 5 (1975), S. 109–129.

3 Aus der reichhaltigen Literatur zur »Konservativen Revolution« vgl. als Überblick Breuer, Stefan, Anatomie der Konservativen Revolution, 2. Auflage, Darmstadt 1995.

4 Vgl. zum Beispiel Heller, Hermann, Nationaler Sozialismus, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 154–156.

minente Positionen in der Partei erreichten. Es lässt sich nur spekulieren, welche Bedeutung dem Kreis und seinen Vorstellungen zugekommen wäre, wenn die Weimarer Republik nicht 1933 zerstört worden wäre. Bemerkenswert ist jedenfalls der Umstand, dass einige seiner Mitglieder herausragende Rollen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus eingenommen und nicht wenige dies mit ihrem Leben bezahlt haben.

Der vorliegende Beitrag will die Geschichte und Ideologie des Kreises rekonstruieren und dabei deutlich machen, dass es sich trotz teilweise unterschiedlicher Ausprägungen bei einzelnen Protagonisten um eine kohärente Strömung handelte. Auf dieser Grundlage sollen die politischen Konsequenzen, welche die Mitglieder des Kreises aus dieser Ideologie zogen, diskutiert und deren Bedeutung im Kontext des Untergangs der Weimarer Republik eingeschätzt werden.

1. Die organisatorischen und ideologischen Wurzeln des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus

Die organisatorische Keimzelle des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus war der rechte Flügel der Jungsozialisten, der so genannte Hofgeismarkreis.⁵ Zu den führenden Repräsentanten des Kreises zählten unter anderem Theodor Haubach, Franz Osterroth, August Rathmann, Gustav Dahrendorf und Heinrich Deist. Im Gegensatz zur Mehrheit der Jungsozialisten, die eher dem linken Flügel der Sozialdemokratie zuneigte, wollte sich der Hofgeismarkreis nach den Worten von Rathmann und Osterroth darum bemühen,

»das in der sozialistischen Bewegung noch immer lebendige Mißtrauen gegenüber unserem eigenen Staat und Volk zu überwinden und ein neues po-

5 Zum Weimarer Jungsozialismus vgl. Walter, Franz, »Republik, das ist nicht viel.« Partei und Jugend in der Krise der Weimarer Republik, Bielefeld 2011; Walter, Franz, Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebenswelten im frühen Weimarer Jungsozialismus, Berlin 1986; Lüpke, Reinhard, Zwischen Marx und Wandervogel. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919–1931, Marburg 1984. Vgl. außerdem Hägel, Helmuth, Die Stellung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu Staat und Partei in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 12 (1976), S. 166–216.

sitives Volksbewußtsein, eine klar entschiedene Staatsgesinnung zu erarbeiten.«⁶

Im Zentrum des politischen Denkens des Hofgeismarkreises stand von Anfang an das Thema der Nation. Daher war es auch kein Zufall, dass sich der Kreis im Anschluss an eine Tagung im hessischen Hofgeismar im Frühjahr 1923 gebildet hatte, unter dem Eindruck der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen und der damit verbundenen nationalen Aufregung.⁷ Die Debatte, die danach im neu geschaffenen Diskussionsorgan der Gruppe, dem »Politischen Rundbrief des Hofgeismarkreis«, über sozialistische Außenpolitik geführt wurde, stand im Zeichen der, wie es Gustav Warburg formulierte, »Befreiung von Versailler Fesseln« und der »Wiedererwerbung deutscher Weltgeltung«.⁸ Ebenso drehten sich die Auseinandersetzungen mit der linken Mehrheit innerhalb der jungsozialistischen Bewegung um die Frage, welchen Stellenwert der Nation in der Ideologie und Politik der Sozialdemokratie zukommen sollte.⁹ Anlass für den Austritt der Hofgeismarer aus der jungsozialistischen Bewegung Anfang 1926 war eine Unvereinbarkeitserklärung der Reichsleitung der Jungsozialisten gegenüber den Positionen von Ernst Niekisch und ihr Antrag an die Parteiführung, ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn einzuleiten. Niekisch, der in der Münchner Räterepublik aktiv und da-

6 Einladungstext zur Tagung in Hofgeismar, zitiert nach Osterroth, Franz, Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten, in: Archiv für Sozialgeschichte 4 (1964), S. 525–569, hier S. 536.

7 Zu Ablauf und Atmosphäre der Tagung vgl. O., Fr., Bericht über die Tagung, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), S. 83–107. Vgl. auch seine spätere Darstellung in Osterroth, Hofgeismarkreis, S. 535–544; Osterroth, Franz, Erinnerungen 1900 bis 1934, Archiv der Sozialen Demokratie, Nachlass Franz Osterroth, Box 1., S. 116–122.

8 Warburg, Gustav, Warum ist der Pakt von Locarno ein Fortschritt? In: Politischer Rundbrief des Hofgeismarkreis 5 (Jan. 1926), S. 17–27, Zitate S. 17, 27. Vgl. auch Deist, Heinrich, Die außenpolitische Woche in Gudensberg, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), S. 189–191.

9 Vgl. vor allem die Debatte bei der dritten Reichskonferenz der Jungsozialisten in Jena im April 1925, bei der für den Hofgeismarkreis Hermann Heller und für den linken »Hannoveranerkreis« Max Adler sprachen. Die Referate sowie das Protokoll der anschließenden Diskussion sind abgedruckt als Heller, Hermann, Staat, Nation und Sozialdemokratie, in: Hermann Heller, Gesammelte Schriften, Band 1. Orientierung und Entscheidung. Herausgegeben von Martin Drath, Gerhart Niemeyer, Otto Stammer, Fritz Borinski und Christoph Müller, Leiden 1971, S. 527–563. Vgl. auch die Darstellung bei Osterroth, Hofgeismarkreis, S. 550–556.

nach Mitglied des Hofgeismarkreises gewesen war, verfolgte eine Synthese aus linkssozialdemokratischen und nationalistischen Positionen und wurde später zu einem der Begründer der nationalrevolutionären Richtung innerhalb der Konservativen Revolution.¹⁰ Zwar teilten die übrigen Hofgeismarer nicht mehr die sich immer stärker auf die Sowjetunion orientierenden Vorstellungen Niekischs, und beide Seiten gingen inzwischen getrennte politische Wege. Dennoch war man nicht bereit, die demonstrative Distanzierung vom Nationalismus zu akzeptieren, die der Ausschluss Niekischs bedeutete. In all diesen Punkten zeigte sich: das politische Programm des Hofgeismarkreises sollte ein nationaler Sozialismus sein.

Es lassen sich mehrere intellektuelle Wurzeln ausmachen, die den nationalen Sozialismus des Hofgeismarkreises und des späteren Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus prägten. Erstens griffen die jungen Sozialdemokraten schon bestehende nationalistische Traditionen auf, die sich bereits in der wilhelminischen Sozialdemokratie herausgebildet hatten und im so genannten »Kriegssozialismus« während des Ersten Weltkriegs einige Bedeutung erlangen konnten. Zweitens nahmen die Jungsozialisten Einflüsse aus der bürgerlichen Jugendbewegung auf und damit auch einige der völkischen und konservativ-revolutionären Elemente, die in deren Ideologie enthalten waren. Beides, Kriegssozialismus und Jugendbewegung, war für die Jungsozialisten attraktiv, weil sie vielfach selbst der Frontgeneration angehörten. Drittens lieferte Hermann Heller mit seinem Buch »Sozialismus und Nation«, das 1925 auf Betreiben der Hofgeismarer im Arbeiterjugendverlag erschienen war, einen zentralen ideologischen Bezugspunkt für die Gruppe. Viertens schließlich griffen die Jungsozialisten Ideen des ethischen und religiösen Sozialismus auf, wie sie insbesondere von Hendrik de Man in seinem Buch »Zur Psychologie des Sozialismus« und vom religiös-sozialistischen Berliner Kreis um Paul Tillich und Eduard Heimann entwickelt wurden. Intellektuelle wie Heller, de Man und Tillich wurden schließlich auch die wichtigsten Bündnispartner der Hofgeismarer Jungsozialisten bei der Bildung einer eigenständigen Strömung innerhalb der Sozialdemokratie.

Diese vier Wurzeln sollen im Folgenden knapp skizziert werden. Zunächst zum Kriegssozialismus. Der Begriff des Kriegssozialismus geht auf einen

¹⁰ Zu Niekisch vgl. Pittwald, Michael, Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, Köln 2002; Dupeux, Louis, »Nationalbolschismus« in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985.

Artikel zurück, den Paul Lensch im Januar 1915 in der Frankfurter sozialdemokratischen Zeitung »Volksstimme« publiziert hatte.¹¹ Zu den führenden Vertretern des Kriegssozialismus zählten neben Lensch unter anderem Konrad Haenisch und Heinrich Cunow sowie der Soziologe Johann Plenge, der das Schlagwort der »Ideen von 1914« geprägt hatte.¹² Die Kriegssozialisten bestimmten nie den offiziellen Kurs der Sozialdemokratie. Sie selbst waren aber wiederum nur die radikale Variante einer breiteren nationalistischen Tendenz, die in Teilen der Parteiführung und in Zeitschriften wie den »Sozialistischen Monatsheften« Unterstützung fand. Die Kriegssozialisten propagierten den deutschen Sieg im Weltkrieg als notwendige Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus. Sie definierten diesen dabei in scharfer Abgrenzung gegen den vor allem in England verorteten Individualismus und Liberalismus. Tatsächlich habe Deutschland mit der Kriegswirtschaft bereits entscheidende Schritte in Richtung auf einen solchen Sozialismus getan. »Unter der Not des Krieges«, so Johann Plenge in seiner Schrift »1789 und 1914«,

»schlug die sozialistische Idee in das deutsche Wirtschaftsleben ein, seine Organisation wuchs in einem neuen Geiste zusammen, und so gebar die Selbstbehauptung unserer Nation für die Menschheit die neue Idee von 1914, die Idee der deutschen Organisation, die Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus.¹³

Diese Ideen eines spezifisch deutschen und explizit antiliberalen Sozialismus wurden vor allem durch Eduard Heimann an die Jungsozialisten des Hofgeismarkkreises vermittelt. Heimann hatte sich bereits 1915 mit kriegsso-

¹¹ Zitiert nach dem Nachdruck im *Vorwärts*, 5. Februar 1915, Beilage. Die *Vorwärts*-Redaktion distanzierte sich in einem ausführlichen Kommentar von den Thesen Lenschs.

¹² Zum Kriegssozialismus vgl. Krüger, Dieter, *Kriegssozialismus. Die Auseinandersetzung der Nationalökonomien mit der Kriegswirtschaft 1914–1918*, in: Michalka, Wolfgang (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994, S. 506–529; Robert Sigel, *Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg*, Berlin 1976; Huhn, Willy, *Etatismus – »Kriegssozialismus« – »Nationalsozialismus« in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie*, in: *Neue Kritik*, 10 (1970), Nr. 55/56, S. 67–111. Zu Plenge vgl. Beßlich, Barbara, *Wege in den »Kulturkrieg«. Civilisationskritik in Deutschland 1890–1940*, Darmstadt 2000, S. 261–326.

¹³ Plenge, Johann, *1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes*, Berlin 1916, S. 82.

zialistischen und eng an die Arbeiten Plenges angelehnte Aufsätze hervorgetan und stieß nach dem Krieg zum Hofgeismarkkreis.¹⁴

Eduard Heimann repräsentierte nicht nur die Kontinuität nationalistischer Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie, sondern auch die Übernahme solcher Überzeugungen aus der bürgerlichen Jugendbewegung. Die Gründung der jungsozialistischen Bewegung war selbst bereits das Ergebnis der Aufnahme jugendbewegter Vorstellungen in der Arbeiterjugend gewesen. In dieser bildete sich aber schnell ein noch stärker an der bürgerlichen Jugendbewegung orientierter, so genannter »jungdeutscher« Flügel, der die Elemente des politischen Irrationalismus in der jugendbewegten Ideologie besonders betonte.¹⁵ Bevor Heimann 1921 zu den Jungsozialisten stieß, war er in der freideutschen Jugendbewegung aktiv gewesen, und nun machte er sich innerhalb des Jungsozialismus für die Aufnahme dieser Elemente stark.¹⁶ »In der Reihe der menschlichen Gemeinschaften kommt dem Volk eine überragende Bedeutung zu«, schrieb Heimann in den »Jungsozialistischen Blättern«. »Sozialismus ist gewiß nur als Gemeinschaft eines sich als Volk empfindenden Volkes möglich, wie denn umgekehrt Volk nicht auf Klassengrundlage, sondern nur in sozialistischer Gliederung denkbar ist.« Auch im Sozialismus sei eine unmittelbare Zugehörigkeit des Einzelnen zur Menschheit nicht möglich. »Diese Einsicht in das Wesen der Gemeinschaft«, so Heimann, »verdankt der Sozialismus dem konservativen Weltbilde«.¹⁷

14 Heimann, Eduard, Ueber Individualismus und Solidarismus in der kapitalistischen Konzentration, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 39 (1915), S. 741–766; Heimann, Eduard, Vom neuen Wirtschaftsgeist, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 41 (1916), S. 758–768.

15 Vgl. Kieler Leitsätzen der freideutschen Jungsozialisten, verfasst von Johannes Schult 1921, zitiert nach Osterroth, Franz, Der Hofgeismarkkreis, S. 529; Erich Fäse, Das geistige Wollen der Jungsozialisten, in: Arbeiter-Bildung 1 (1920), S. 16–17; Haase, Gustav, Jungsozialisten und Arbeiterjugend, in: Jungsozialistische Blätter 1 (1922), S. 75–77; Haase, Gustav, Gemeinschaft oder Organisation? In: Jungsozialistische Blätter 1 (1922), S. 139–141; Spengler, Walter, Was not tut! In: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), S. 9–10.

16 Heimann war Mitglied der Neuen Akademischen Gemeinschaft in Heidelberg und der Deutschen Akademischen Freischar, und er publizierte regelmäßig in der Zeitschrift »Freideutsche Jugend«.

17 Heimann, Eduard, Offener Brief an Alma de l'Aigle, in: Jungsozialistische Blätter, Heft 8 (April 1921), S. 86–86, Zitate S. 86. Vgl. auch Walter Spengler, Volksgemeinschaft, in: Jungsozialistische Blätter 1 (1922), S. 162–163, sowie das gesamte Februarheft 1923 der Jungsozialistischen Blätter, das von den »freideutsch« orientierten Berliner Jungsozialisten bestritten wurde und sich dem Thema »Volk« widmete.

Aus diesem Flügel der Jungsozialisten ging dann auch der Hofgeismarkreis hervor.

Die theoretische Grundlage für die Bemühungen des Hofgeismarkreises um eine Verbindung von Nationalismus und Sozialismus lieferte Hermann Heller mit seiner Schrift »Sozialismus und Nation« von 1925.¹⁸ Heller war durch seine Tätigkeit in der Leipziger Volkshochschule in Kontakt mit dem Hofgeismarkreis gekommen. In seiner Schrift kritisierte er den Nationsbegriff des Austromarxisten Otto Bauer, der eine Theorie des Nationalismus auf historisch-materialistischer Grundlage entwickelt hatte.¹⁹ Dem stellte Heller eine substantialistische Definition der Nation entgegen. »Die stärksten und dauerndsten menschlichen Vergemeinschaftungen«, so begann Heller seine Ausführungen über das »Wesen der Nation«,

»beruhen nicht auf organisatorischer, zweckbewusster Interessenverbindung, sondern haben einen organischen, naturhaften Kern. Die wichtigsten naturhaften Bedingungen, welche die Menschen ohne ihr Zutun zusammenführen und von anderen absondern, sind das Blut und der Boden, die Abstammung und die Landschaft. Beide bilden auch natürliche Grundlagen der Nation.«²⁰

Daraus ergaben sich für Heller entscheidende Konsequenzen für das Verhältnis von Sozialismus und Nation.

»Die Nation ist eine endgültige Lebensform, die durch den Sozialismus weder beseitigt werden kann noch beseitigt werden soll. Sozialismus bedeutet keineswegs das Ende, sondern die Vollendung der nationalen Gemeinschaft, nicht die Vernichtung der nationalen Volksgemeinschaft durch die Klasse, sondern die Vernichtung der Klasse durch eine wahrhaft nationale Volksgemeinschaft.«²¹

¹⁸ Heller, Hermann, Sozialismus und Nation, in: Gesammelte Schriften, Band 1, S. 437–526. Zu den Bemühungen der Hofgeismarer um die Herausgabe der Schrift vgl. Brief Franz Osterroth an Fritz Borinski vom 23. Februar 1983, in: Institut für Zeitgeschichte München, Nachlass Fritz Borinski, ED 340, Box 13; Osterroth, Hofgeismarkreis, S. 547.

¹⁹ Vgl. Bauer, Otto, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1924.

²⁰ Heller, Sozialismus und Nation, S. 452.

²¹ Ebenda, S. 468.

Heller stellte hier einen Nationsbegriff zur Verfügung, der zwar im traditionellen sozialdemokratischen Nationsverständnis wurzelte, sich zugleich aber von diesem, wie auch von den Vorstellungen Otto Bauers, deutlich unterschied. »Nation« bedeutete zwar weiterhin die politische und soziale Teilhabe aller an der Gesellschaft. Sie bedeutete dies jedoch auf der Grundlage einer primär vorhandenen völkischen Gemeinschaft. Heller wurde auch direkt für den Hofgeismarkkreis aktiv, publizierte im »Politischen Rundbrief« und nahm an Tagungen des Kreises teil.²² Als sich bei der Reichskonferenz der Jungsozialisten Ostern 1925 in Jena der Hofgeismarkkreis und der linken Flügel zur entscheidenden Auseinandersetzung um die zukünftige Ausrichtung des Jungsozialismus gegenüberstanden, war es Heller, der die Position der Hofgeismarer vertrat.²³

Die vierte und am wenigsten eindeutige ideologische Wurzel des nationalen Sozialismus des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus war der ethische und religiöse Sozialismus. Dass im ethischen und religiösen Sozialismus Quellen nationalistischen Denkens zu finden sein sollen, scheint auf den ersten Blick wenig überzeugend, zumal er durchaus auch zur Begründung eines dezidiert antinationalen Sozialismus dienen konnte. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass ethischer und religiöser Sozialismus eine Anschlussstelle für Nationalismus bereitstellte, die materialistische Formen des Sozialismus kaum bieten konnten. Die Idee, die materialistische durch eine ethische Grundlage des Sozialismus zu ersetzen, findet sich bereits im Revisionismus Eduard Bernsteins und war in der Sozialdemokratie zu Beginn der Weimarer Republik weit verbreitet. Der ethische Sozialismus entkoppelte die Begründung des Sozialismus von der materiellen Entwicklung der Gesellschaft, also der Entwicklung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse, und wies sie dem Bereich eines ethisch definierten Sollens zu. Die entscheidende Grundlage dafür bildete die neukantianische Philosophie, die schon Bernstein von Friedrich Albert Lange rezipiert hatte und die von den Philosophen der Marburger Schule, vor allem Hermann Cohen und der bereits erwähnte Paul Natorp, systematisch weiterentwickelt worden war.

Vor dem Hintergrund der Krise des Rationalismus und Liberalismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts schien nun aber eine rein idealistische Begrün-

22 Vgl. zum Beispiel Heller, Hermann, Sozialistische Außenpolitik?, in: Politischer Rundbrief des Hofgeismarkkreises 1, Oktober 1924, S. 6–8; Hermann Heller, Die innenpolitische Entscheidung, in: Politischer Rundbrief des Hofgeismarkkreises 3, April 1925, S. 68–72.

23 Vgl. Heller, Staat, Nation und Sozialdemokratie.

dung der sozialistischen Ethik nicht mehr auszureichen. Schon Cohen verierte die Ethik anstatt bei den Individuen beim – allerdings explizit als liberal gedachten – Staat.²⁴ Paul Natorp zog in seinen während des Weltkrieges publizierten Schriften daraus die Konsequenz, dass Deutschland für den Sozialismus kämpfe.²⁵ Vor allem aber entwickelte er Vorstellungen, welche die Individuen nicht mehr in erster Linie als vernunftbegabte Einzelne und als Träger von Ideen, sondern als Teile eines organischen Ganzen begriffen und damit anschlussfähig waren für organische und irrationalistische Ideologien.²⁶ Die Ethik wurde nun in den Kategorien einer kollektiven Psychologie und eines irrationalen Glaubens in substantialistischer Weise neu gefasst. Stärker noch war dies bei Hendrik de Man der Fall.

De Mans Buch »Zur Psychologie des Sozialismus«, das 1926 im Eugen Diederichs Verlag erschien, wurde schnell zum Bestseller der sozialdemokratischen Literatur der Weimarer Republik und stieß vor allem bei den Jungsozialisten des Hofgeismarkreises auf eine äußerst positive Resonanz.²⁷ De Man erklärte darin, die Quelle des sozialistischen Denkens sei nicht in einer bestimmten Klassenlage und dem daraus abgeleiteten Klasseninteresse zu suchen, sondern in einer »fast unendliche[n] Mannigfaltigkeit von

²⁴ Vgl. Cohen, Hermann, Ethik des reinen Willens. Werke Band 7, Hildesheim/Zürich/New York 1981, S. 80–81.

²⁵ Vgl. Natorp, Paul, Deutscher Weltberuf. Band 2: Die Seele des Deutschen, Jena 1918, insbesondere S. 7–35, S. 196.

²⁶ Vgl. vor allem Natorp, Paul, Sozialidealismus. Neue Richtlinien sozialer Erziehung, 2. Auflage, Berlin 1922.

²⁷ De Man, Hendrik, Zur Psychologie des Sozialismus, Jena 1926. Vgl. die Rezensionen von August Rathmann und Haubach, Theodor, August Rathmann, Zur Erneuerung des Sozialismus, in: Politischer Rundbrief des Hofgeismarkreises 5 (Januar 1926), S. 27–30; Haubach, Theodor, Hendrik de Man: Psychologie des Sozialismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56 (1926), S. 254–258; sowie die private Reaktion Rathmanns: Brief von August Rathmann an Hendrik de Man v. 10. Dezember 1925, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlass Hendrik de Man, Nr. 190. De Man hatte das Buch explizit an die Jungsozialisten adressiert, von denen er sich die Erneuerung des Sozialismus in seinem Sinne versprach: »Ich wünsche von diesem Buche nicht weniger und nicht mehr, als daß es dem Jungsozialismus zum Arbeitsprogramm werden möge.« De Man, Psychologie, S. 7. Vgl. auch die Reaktion von Carl Mierendorff auf das Buch: Carl Mierendorff, Erneuerung des Sozialismus, in: Hessischer Volksfreund, 3. März 1926 und 4. März 1926, Beilage; Brief von Carl Mierendorff an Hendrik de Man v. 26. Februar 1926, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlass Hendrik de Man, Nr. 190.

Gefühlslagen [...], die kulturellen, ethischen und ästhetischen Ursprungs sind.«²⁸ Daher sei der Materialismus für die Begründung des Sozialismus untauglich, an seine Stelle müsse die Psychologie treten. Im Kapitalismus, so de Man, würden eine ganze Reihe elementarer Triebe der Arbeiter nicht befriedigt, so dass die Arbeiterschaft an einem kollektiven »Minderwertigkeitskomplex« leide. Aus diesem Grunde habe die Arbeiterbewegung von Anfang an den »Charakter einer sittlichen Auflehnung gegen eine als ungerecht empfundene Klassenherrschaft« besessen.²⁹ Diese Auflehnung sei aber nicht rational, sondern intuitiv motiviert. Den Rationalismus deutete de Man als Relikt des 19. Jahrhunderts, der von den philosophischen und humanwissenschaftlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts überwunden sei. An die Stelle begrifflicher Konstruktionen als Grundlage menschlichen Handelns trat eine substantialistische Größe: die triebhafte Veranlagung des Menschen, die bestimmte Willensvorstellungen erzeuge. »Unsere Zeit sagt nicht mehr: ›Ich denke, also bin ich‹, sondern: ›Ich will, also bin ich‹«, so brachte dies de Man auf den Punkt.³⁰

Während die Entscheidung zum Sozialismus für de Man jedoch eine Frage des Willens war und er damit trotz aller Psychologisierungen letztlich ihm Rahmen einer idealistischen Vorstellung verblieb, ging der religiöse Sozialismus, wie ihn Paul Tillich und der Berliner Kreis vertraten, noch einen Schritt weiter.³¹ Zwischen dem Berliner Kreis und dem Hofgeismarkreis bestand schon früh eine Verbindung über Eduard Heimann. Seit 1925 entwickelte sich dies zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit, und Tillich wurde schließlich zu einer zentralen Figur für die Formierung des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus. Tillich und Heimann zeigten sich mit de Man zunächst darin einig, dass der Sozialismus nicht eine Frage der Vernunft, sondern eine Frage des Glaubens sei und seine Begründung daher nur eine irrationale sein kön-

28 De Man, Psychologie, S. 135.

29 Ebenda, S. 164.

30 Ebenda, S. 37.

31 Zu Tillichs politischen Positionen seiner Bedeutung für den Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus vgl. Vogt, Stefan, Die Sozialistische Entscheidung. Paul Tillich und die sozialdemokratische Junge Rechte in der Weimarer Republik, in: Danz, Christian/Schüßler, Werner/Sturm, Erdmann (Hg.), Tillich und der religiöse Sozialismus. Internationales Jahrbuch der Tillich-Forschung, Band 4, Wien/Berlin 2009, S. 35–52; außerdem Schreiber, Gerhard/Schulz, Heiko (Hg.), Kritische Theologie. Paul Tillich in Frankfurt (1929–1933), Berlin 2025.

ne.³² Während de Man aber den Glauben an den Sozialismus in den Köpfen der Menschen verortete, widersprach ihm genau hierin Eduard Heimann. Es sei dies eine »idealistic-voluntaristic Auseinanderreißung von Sein und Sollen.«³³ Sinn werde dem Sein aber nicht von außen durch einen willkürlichen Akt des Denkens hinzugefügt, sondern er wohne ihm inne. Alles Leben sei wesenhaft und könne diesem Wesen daher auch entfremdet sein. Aufgabe des Sozialismus sei eine Überwindung dieser Entfremdung.³⁴ Die Erweiterung, die der Berliner Kreis hier für die Ideologie des sich formierenden Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus vorschlug, bestand, wie Heimann später selbst konstatierte, in der Einbeziehung lebensphilosophischer Elemente.³⁵ Der ethische und insbesondere der religiöse Sozialismus hatte die materialistische Basis des Sozialismus beseitigt, um dadurch schließlich nur das Bedürfnis nach einer noch substantialistischeren Grundlage zu schaffen. Genau diese Rolle konnte und sollte für den Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus die Nation übernehmen.

2. Der Nationalismus des Kreises der Neuen Blättern für den Sozialismus

Im Folgenden werden einige Kernelemente des Nationalismus des Kreises der Neuen Blättern für den Sozialismus herausgearbeitet, wie er sich am Ende der Weimarer Republik darstellte. Dabei soll die Vielschichtigkeit der Debatte des Kreises um die Nation deutlich gemacht und gleichzeitig gezeigt werden, dass dieser Debatte eine Reihe gemeinsamer Überzeugungen zugrunde lagen. Diese Überzeugungen waren dafür verantwortlich, dass der Kreis der Neuen Blättern für den Sozialismus insgesamt nicht nur politische Ideen entwickelte, die

³² Eine direkte Debatte lieferten sich Heimann und de Man auf der Konferenz »Sozialismus aus dem Glauben« 1928 in Heppenheim, die der inhaltlichen Klärung der Position des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus dienen sollte. Vgl. Sozialismus aus dem Glauben. Verhandlungen der sozialistischen Tagung in Heppenheim a. B. Pfingstwoche 1928, Zürich/Leipzig 1929.

³³ Heimann, Eduard, Die Begründung des Sozialismus. Korreferat, in: Sozialismus aus dem Glauben, S. 64–89, Zitat S. 65.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 65–66.

³⁵ Heimann, Eduard, Warum SPD? In: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 590–603, hier S. 592–593, Anm. 1.

von den sonst in der Sozialdemokratie vertretenen Positionen erheblich abwichen, sondern dass sie auch Teilen der radikalen Rechten offene Bündnisavancen machte und zu einer höchst problematischen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus kam. Diese Überzeugungen waren jedoch auch dafür verantwortlich, dass es schließlich zu keinem Bündnis mit der radikalen Rechten kam und der Weg vieler Mitglieder des Kreises der Neuen Blättern für den Sozialismus nicht in die Kollaboration, sondern in den Widerstand gegen den Nationalsozialismus führte.

Der erste Grundkonsens im Kreis der Neuen Blättern für den Sozialismus bestand darin, dass die Sozialdemokratie die Bedeutung der nationalen Fragen unterschätzt, und dass der Marxismus einen verengten und negativen Nationsbegriff habe, den es zu überwinden gelte. »Gehemmt von den vagen kosmopolitischen Vorstellungen des vulgären Marxismus«, hieß es in den »Neuen Blättern für den Sozialismus«, »hat die Partei es versäumt, sich zum Organ jener leidenschaftlichen nationalen Bewegung zu machen, die bei einem Volke, das so, wie das deutsche mißhandelt und ausgebeutet worden ist, selbstverständlich sein muß.«³⁶ Den direkten theoretischen Bezugsrahmen für ein alternatives Nationsverständnis bildeten erneut die Positionen Hermann Hellers. In seinem Aufsatz »Nationaler Sozialismus« definierte er die Nation als eine »Wesensgemeinschaft, die jeder, der in ihr lebt, auch ohne sein Wissen und Wollen, durch seine Selbstgestaltung verwirklicht.«³⁷ Wie schon in Hellers Schrift »Sozialismus und Nation« findet sich auch hier ein höchst ambivalenter Nationsbegriff, der zwischen politischen und völkischen Vorstellungen, zwischen »Selbstgestaltung« und »Wesensgemeinschaft« oszilliert.³⁸ Diese Ambivalenz kennzeichnete die gesamte Debatte des Kreises

36 Geyer, Florian, Die Sozialdemokratie am Scheidewege, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), 449–458, Zitat. S. 455. Vgl. auch Die Sieger von übermorgen, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 505–517; Rathmann, Nationale Politik; Laun, Rudolf, Die auswärtige Politik der Sozialdemokratie und die Zollunion, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 249–255; Geyer, Florian, Zwischen den Entscheidungen, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 169–179; Eck, Thomas, Nation – Sozialismus und Nationalismus, in: Neue Blätter für den Sozialismus 4 (1933), S. 8–15.

37 Heller, Nationaler Sozialismus, S. 155.

38 Die hier benutzten Kategorien knüpfen konzeptionell an die klassische Unterscheidung der Nationalismusforschung zwischen subjektivistischem und objektivistischem, oder auch politischem und völkischem Nationsbegriff an. Vgl. dazu insbes. Kohn, Hans, Die Idee des Nationalismus, Frankfurt a.M. 1962.

der Neuen Blätter für den Sozialismus um die Nation, so auch August Rathmanns programmatischem Aufsatz »Nationale Politik«, der in den ersten beiden Heften der »Neuen Blätter für den Sozialismus« erschien. Für Rathmann war die Nation »nichts anderes als das seiner selbst bewußte Volk«.³⁹ Die Bezugnahme auf das Volk transportierte hier einerseits die Forderung nach Befreiung aus der bisherigen sozialen und kulturellen Unmündigkeit und damit nach einer Demokratisierung der Gesellschaft.⁴⁰ Sie beinhaltete andererseits das Postulat einer übergeschichtlichen und natürlichen Grundlage für das Handeln der Menschen und damit auch für den Sozialismus.⁴¹ Diese beiden an sich widersprüchlichen Konzepte von Nation – hier politisch, dort völkisch – wurden miteinander in Einklang gebracht, indem man dem Volksbegriff eine eigentümliche Wendung gab: das Volk wurde zum Subjekt der Geschichte. »Wenn ein Volk«, so Rathmann, »sich im Kampfe gegen fremde Gewalthaber behauptet hat und daran zum Selbstbewußtsein erwacht ist, muß es diese Wendung vom politischen Objekt zum Subjekt notwendig auch im Innern vollziehen.«⁴² Wurde die Nation als personifizierter Akteur der Geschichte verstanden, so konnte sie zugleich eine quasi-natürliche Einheit und ein politischer Akteur sein und damit die Rolle einnehmen, die der Marxismus traditionell der Arbeiterklasse zugewiesen hatte. Der Sozialismus konnte in dieser Vorstellung zum nationalen Sozialismus werden ohne dass er dabei aufhören musste, Sozialismus zu sein.

Die Art und Weise, wie der Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus Nation definierte und mit Sozialismus verband, zeigt auffällige Gemeinsamkeiten mit den Ideen einer Reihe von Vertretern der Konservativen Revolution. Viele Autoren der Konservativen Revolution, von Oswald Spengler bis Ar-

39 Rathmann, August, Nationale Politik, in: Neue Blätter für den Sozialismus 1 (1930), S. 29–37 und S. 60–72, hier S. 29.

40 Vgl. ebenda, S. 67. Vgl. auch Borinski, Fritz, Revolution des 20. Jahrhunderts – Revolution von rechts?, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 387–392, hier S. 392.

41 Vgl. Rathmann, Nationale Politik, S. 64. Vgl. auch Borinski, Fritz, Der Weg des Proletariats, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 35–39; Klatt, Fritz, Gedankenschrumpfung im öffentlichen Leben, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 291–299; Heimann, Eduard, Sozialismus und Mittelstand, Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 356–371; Heller, Hermann, Ziele und Grenzen einer deutschen Verfassungsreform, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 576–580.

42 Rathmann, Nationale Politik, S. 29. Vgl. auch Heimann, Sozialismus und Mittelstand, S. 371; Bergsträsser, Arnold, Deutschland und die europäische Politik, Neue Blätter für den Sozialismus 1 (1930), S. 529–535, hier S. 530; Heller, Ziele und Grenzen, S. 577–578.

thur Moeller van den Bruck, entwarfen ebenfalls Synthesen von Sozialismus und Nationalismus. Was dabei unter Nation verstanden wurde variierte freilich kaum weniger als die jeweiligen Definitionen von Sozialismus. Während Jungkonservative wie Moeller van den Bruck, Wilhelm Stapel und Edgar Julius Jung weitgehend biologistische Vorstellungen vertraten, enthielt die Nation bei Oswald Spengler und mehr noch bei Ernst Jünger auch kulturalistische und politische Motive.⁴³ Noch stärker politisch argumentierten Carl Schmitt und Hans Freyer, sowie die Autoren des Tat-Kreises um Hans Zehrer und der Schwarzen Front um Otto Strasser.⁴⁴ Dies bedeutete jedoch keineswegs, dass bei diesen Autoren ein wirklich politischer Nationsbegriff vorlag. Stattdessen wurde ein durchaus biologistisch verstandenes Volk durch einen voluntaristischen oder mythischen Akt, dessen Agent zumeist der Staat war, zur Nation und dadurch zum Subjekt der Geschichte. »Indem das Volk durch das System der industriellen Gesellschaft durchbricht«, schrieb zum Beispiel Hans Freyer, »wird der gesellschaftlich erfüllte, gesellschaftlich neutralisierte Staat gleichsam von innen her umgestülpt. In den Subjektlosen schießt ein drängendes,

43 Auch zwischen den verschiedenen Vertretern der »jungkonservativen« Strömung gab es durchaus ausgeprägte Unterschiede. Vgl. zum Beispiel Moeller van den Bruck, Arthur, Rasse, in: Arthur Moeller van den Bruck, *Das Recht der jungen Völker*. Sammlung politischer Aufsätze. Herausgegeben von Hans Schwarz, Berlin 1932 (Orig.: 1924), S. 202–206; Jung, Edgar Julius, *Die Herrschaft der Minderwertigen*, 3. Auflage, Berlin 1930 (Orig. 1927), S. 112–128; Stapel, Wilhelm, *Volk und Staat*, in: Felix Krüger (Hg.), *Philosophie der Gemeinschaft*. 7 Vorträge, Berlin 1929, S. 44–58; Spengler, Oswald, *Der Untergang des Abendlandes*, Band 2, München 1922, S. 202–207; Jünger, Ernst, *Blut*, in: *Stahlhelm-Jahrbuch* 1927, S. 68–73; Ernst Jünger, *Großstadt und Land*, in: *Deutsches Volkstum* 28 (1926), S. 577–588.

44 Vgl. zum Beispiel Zehrer, Hans, *Der Weg ins Chaos*, in: *Die Tat* 21/II (1929/30), S. 563–577; Zehrer, Hans, *Der Sinn der Krise*, in: *Die Tat* 23/II (1931/32), S. 937–957, hier S. 937–942; Hans Zehrer, *Revolution oder Restauration?* In: *Die Tat*, 24/I (1932/33), H. 5, August 1932, S. 353–393; Schmitt, Carl, *Der Begriff des Politischen*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 58 (1927), S. 1–33; Freyer, Hans, *Revolution von rechts*, Jena 1931; Zehrer, Hans, *Gemeinschaft und Volk*, in: Krüger, *Philosophie der Gemeinschaft*, S. 7–22; Strasser, Otto, *Aufbau des Deutschen Sozialismus*, Leipzig 1932, S. 15–17; Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten, *Die 14 Thesen der Deutschen Revolution!*, abgedruckt in: Moreau, Patrick, *Nationalsozialismus von links*. Die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« und die »Schwarze Front« Otto Strassers 1930–1935, Stuttgart 1985, S. 240–242. Zum Nationalismus des Tat-Kreises vgl. Fritzsche, Klaus, *Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des »Tat«-Kreises*, Frankfurt a.M. 1976, S. 148–167.

tatbereites Subjekt ein.⁴⁵ Besonders die Ideen von Freyer und Zehrer wurden in den »Neuen Blättern für den Sozialismus« lebhaft diskutiert und, wenn auch nicht ohne Kritik, so doch durchaus positiv rezipiert.⁴⁶ Man war sich mit diesen Autoren einig, dass die Nation zwar eine politische Kategorie darstellte, ihr aber das Volk als eine natürliche Einheit zugrunde liege. Und man war sich ihnen einig, dass das Volk den Schritt von der nur natürlichen zur auch politischen Einheit dadurch vollzog, dass es als diese Einheit zum Subjekt der Geschichte und damit zur Nation wurde. Der Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus partizipierte hierin unmittelbar am nationalistischen Diskurs der radikalen Rechten.

Dass sich die Rezeption der Konservativen Revolution auf die am stärksten politisch argumentierenden Autoren dieser Strömung konzentrierte ist jedoch bereits ein erster Hinweis auf die Grenzen dieser Partizipation. Der Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus blieb bei allen ihren Bemühungen, sich den nationalistischen Ideologien der radikalen Rechten zu öffnen, den intellektuellen und politischen Traditionen der Sozialdemokratie verpflichtet. Dies schloss es von vornherein eine vollständige und unhinterfragte Übernahme dieser Ideologien aus. Die feste Verankerung in der Sozialdemokratie verhinderte darüber hinaus, dass die Gruppe dieselben politischen Konsequenzen aus ihrem Nationalismus zog wie die radikale Rechte, denn es hätte bedeutet, sowohl Demokratie wie auch Sozialismus letztendlich völlig aufzugeben. Zugleich jedoch blieben die politischen Vorstellungen des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus zutiefst von ihrer nationalistischen Grundhaltung geprägt. So entwickelte die Gruppe zwar außenpolitische Vorstellungen, die etwa in ihrer Forderung nach einer Einbeziehung Polens in die europäische Verständigungspolitik auch über die üblichen sozialdemokratischen Ideen positiv

45 Freyer, Hans, Revolution von rechts, Jena 1931, S. 62. Vgl. auch ebenda, S. 67.

46 Vgl. zum Beispiel Muhle, Hans, Zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus. Zur geistigen Krisis des jungen Bürgertums, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 185–188; Borinski, Fritz, Die »Tat« im Zeichen Zehrrers, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 633–635; Pfeiffer, Heinrich, Der »Tat«-Kreis, Herr von Schleicher und der Sozialismus, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 488–491; Ledig, Gerhard, Hans Freyers Soziologie und der Sozialismus, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 291–294; Mayer, J. P., Zur Problematik der deutschen Soziologie der Gegenwart, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 454–461; Borinski, Revolution des 20. Jahrhunderts; Heimann, Warum SPD. Zu Freyer bestanden bereits Kontakte über die Volkshochschulbewegung. Vorübergehend wurde sogar diskutiert, ihn in den Beirat der Neuen Blätter für den Sozialismus aufzunehmen.

hinausging, zugleich aber in teilweise aggressiver Form die Revision der Versailler Ordnung verlangte, die Wiedererlangung deutscher Weltherrschaftstellung und eine kontinentaleuropäische Gegenmacht gegen die weltpolitische Hegemonie Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Ebenso wollte man die Weimarer Demokratie verteidigen, indem man sie zu einer autoritären und antiliberalen Demokratie umgestaltete. Diese ideologische Festlegung verhinderte es, dass die Gruppe echte Alternativen zur Politik der sozialdemokratischen Führung im Kampf um den Erhalt der Demokratie bieten konnte.⁴⁷

Der Nationalismus des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus war die Konsequenz aus der Überzeugung, dass das Zeitalter des Liberalismus, Materialismus und Rationalismus an seinem Ende angekommen sei und dass auch der Sozialismus an diesen Ideen nicht länger festhalten dürfe. Dies war ebenso die Prämisse für die Haltung des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus gegenüber dem Nationalsozialismus.⁴⁸ Nach den Septemberwahlen 1930 wurde in der Zeitschrift die Ansicht vertreten, dass es nun erstmals eine antikapitalistische Mehrheit im Reichstag gebe, und dass »das Bürgertum auf breiter Front politisch geschlagen« sei.⁴⁹ Die Gruppe hatte richtig erkannt, dass Teile der Mittel- und Unterschichten dem Nationalsozialismus aus einer diffusen antikapitalistischen Überzeugung heraus folgten. Doch darin lag für sie nicht das Problem, sondern die Lösung. Denn dieser Antikapitalismus, dessen antisemitische Pointe der Gruppe offenbar verborgen blieb, wurde von ihr nicht problematisiert, sondern er wurde als Ausdruck einer notwendigen und

-
- 47 In diesem Punkt widerspreche ich der die Forschung bisher prägenden Interpretation Hans Mommsens, der die Unfähigkeit der Sozialdemokratie zu einer wirksamen Strategie der Verteidigung der Demokratie ihrem »politischen Immobilismus« zuschreibt, der es ihr verunmöglich habe, die Ideen des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus positiv aufzunehmen. Vgl. Mommsen, Hans, *Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus*, in: Mommsen, Hans, *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt a.M. 1974, S. 106–133.
- 48 Vgl. dazu Vogt, Stefan, *Nationalist Socialism Against National Socialism? Perceptions of Nazism and Anti-Nazi Strategies in the Circle of the Neue Blätter für den Sozialismus, 1930–34*, in: Beck, Herrmann/Jones, Larry E. (Hg.), *From Weimar to Hitler: Studies on the Dissolution of Weimar Democracy and the Establishment of the Third Reich, 1932–34*, New York 2019, S. 222–247.
- 49 Rathmann, August, *Antikapitalistische Politik?* In: *Neue Blätter für den Sozialismus* 1 (1930), S. 433–441, Zitat S. 433. Vgl. auch Rathmann, August, *Positiver Radikalismus*, in: *Neue Blätter für den Sozialismus* 2 (1931), S. 1–7.

richtigen Entwicklung affiniert, die weg führte vom Liberalismus und Rationalismus. Vor allem die Radikalisierung der Mittelschichten, die im Nationalsozialismus ihren politischen Ausdruck fand, avancierte so zu einem zukunftsweisenden Anknüpfungspunkt für den Sozialismus. Es käme darauf an, so Eduard Heimann, die

»echten antikapitalistischen Antriebe in der nationalsozialistischen Bewegung als notwendige Ergänzung der eigenen Kampfesart anzuerkennen, sie dadurch aus der reaktionären Umklammerung zu befreien und in den eigenen Boden zu pflanzen, wo allein sie Frucht bringen können, weil sie dort hingehören und unentbehrlich sind.«⁵⁰

Der Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus war der Ansicht, dass die nationalsozialistische Bewegung Teil einer richtigen und notwendigen Entwicklung sei, die nicht nur den Kapitalismus, sondern auch den Liberalismus und Rationalismus überwinden würde. Die Gruppe war der Meinung, dass der Nationalsozialismus die falschen Konsequenzen aus dieser Entwicklung ziehe, weil seine Führer die Interessen des Kapitals verfolgten und daher die Sozialdemokratie zerschlagen und die Weimarer Demokratie vollständig abschaffen wollten. Deshalb stand die Gruppe in unversöhnlicher Gegnerschaft zur nationalsozialistischen Führung und ihren politischen Ambitionen. Mit Teilen der Anhängerschaft des Nationalsozialismus glaubte man sich jedoch ebenso geistesverwandt wie mit anderen nationalrevolutionären Gruppen aus den Reihen der Jugendbewegung und der Konservativen Revolution. Das Recht der nationalrevolutionären Gruppen liege, so Paul Tillich, »genau an dem Punkt, an dem auch der Sozialismus gegen die bürgerliche Gesellschaft ankämpft. Es liegt in dem Protest des Menschen gegen die entmenschlichenden Folgen des durchgeföhrten rationalen Systems.«⁵¹ Aus dieser Gemeinsamkeit ergab sich für Tillich und den Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus die Möglichkeit und zugleich die Notwendigkeit eines Bündnisses. Im Herbst 1931 richteten die »Neuen Blätter für den Sozialismus« ein eigenes Ressort ein, das sich um die Verbindungen zu den Gruppen und Autoren der radikalen Rechten kümmern sollte und mit dem Pädagogen

⁵⁰ Heimann, Warum SPD, S. 594. Vgl. auch Pahl, Walther, Der Run zum Nationalsozialismus, in: Sozialistische Monatshefte 36/III (1930), S. 864–872.

⁵¹ Tillich, Paul, Die sozialistische Entscheidung, Potsdam 1933, S. 66. Vgl. auch ebenda, S. 123–126.

Fritz Borinski besetzt wurde, der sich besonders intensiv um die Öffnung zu den radikalen Nationalisten bemühte.⁵² Das Ergebnis waren eine intensive gegenseitige Rezeption in den jeweiligen Zeitschriften sowie eine Reihe von Zusammenkünften, darunter eine Tagung auf der thüringischen Leuchtenburg im Oktober 1932 unter dem Titel »Mit oder gegen Marx zur deutschen Nation«, an der unter anderem Wilhelm Rößle vom Tat-Kreis und der Chef der »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten«, Otto Strasser, teilnahmen.⁵³ Zu einem regelrechten Bündnis ist es dann allerdings nicht gekommen. Die Diskussion auf der Leuchtenburg beispielsweise zeigte recht deutlich, dass der Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus auf der führenden Rolle der Arbeiterschaft und damit der sozialdemokratischen Partei auch im Kampf um einen nationalen Sozialismus bestand. Die Vertreter der Gruppe verstanden sich als integralen Bestandteil der Sozialdemokratie, die es gegen den Angriff von rechts zu verteidigen galt. Die Aktivisten der radikalen Rechten hingegen wollten sämtliche Parteien verschwinden sehen. Als erstes verschwinden sollte die sozialdemokratische Partei.

Resümee: Der Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus und der Untergang der Weimarer Republik

Es waren politische Motive, die eine weitere ideologische Annäherung des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus an die radikale Rechte verhinderten. Im Zentrum stand dabei das Verhältnis zur Weimarer Demokratie und zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Weil der Kreis zwar beides

52 Vgl. Borinski, Fritz, Die Neuen Blätter für den Sozialismus. Ein Organ der jungen Generation von 1930 bis 1933, in: Rathmann, August, Ein Arbeiterleben. Erinnerungen an Weimar und danach, Wuppertal 1983, S. 173–201, hier S. 183. Zu Borinski vgl., allerdings eher unkritisch, Freudenthal-Haase, Martha, Fritz Borinski und die Bildung zur Demokratie. Geschichte eines Lebens zwischen Pädagogik und Politik, Bad Heilbrunn 2023.

53 Vgl. Mit oder gegen Marx zur deutschen Nation. Diskussion zwischen Adolf Reichwein, Halle (SPD), Wilhelm Rößle (Tat-Kreis), Otto Strasser, Berlin und dem Leuchtenburgkreis, Leipzig 1932. Borinski erwähnt in seinen unveröffentlichten Erinnerungen als Beispiele weiterer Treffen ein solches im August 1932 im Lokal »Onkel Toms Hütte« in Berlin sowie regelmäßige Treffen an der Deutschen Hochschule für Politik. Ähnliche Hinweise stammen von Rathmann. Vgl. dazu Borinski, Fritz, Erinnerungen IV 1925–Frühjahr 1933, Institut für Zeitgeschichte München, Nachlass Fritz Borinski, ED 340, Box. 1, S. 940–942, S. 972; Brief August Rathmanns an Walter Hammer v. 13. 11. 1954, Institut für Zeitgeschichte München, Nachlass Walter Hammer, ED 106, Bd. 49.

grundlegend verändern, nicht jedoch abschaffen oder gar zerschlagen wollte, blieb er schließlich auf Distanz zur Konservativen Revolution und ein Teil der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie blieb nicht nur der primäre Bezugsrahmen für die Debatten des Kreises um die politische Strategie, sondern auch der Ort, von dem aus ihre Aktivisten in politische Funktionen und Ämter eintraten. Der nationale Sozialismus des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus blieb ein Projekt innerhalb des Sozialismus. Zugleich jedoch finden sich im Bereich der Ideologie teilweise erhebliche Übereinstimmungen mit den Ideen der radikalen Rechten. Dies brachte den Kreis dazu, auch politische Konzepte zu entwickeln, welche die Grenzen der Weimarer Demokratie klar überschritten. So wurden beispielsweise Debatten um einen autoritären Umbau des Verfassungssystems geführt, der den liberalen »Parteienstaat« der Weimarer Republik überwinden sollte. Während also die politische Orientierung auf die Sozialdemokratie mäßigend auf die Ideologie des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus wirkte, führte ihre ideologische Festlegung auf einen nationalen Sozialismus zur Radikalisierung ihrer politischen Vorstellungen.

Diese ambivalente Haltung machte nicht nur aus dem Verhältnis des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus zur Konservativen Revolution eine höchst komplizierte Angelegenheit, sondern auch, und vielleicht noch mehr, aus dem Verhältnis des Kreises zum Nationalsozialismus. Bereits in der Weimarer Republik standen die Mitglieder der Gruppe an vorderster Front im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Nach der Machtübernahme beteiligten sie sich in einem Ausmaß und einer Intensität am Widerstand, wie es innerhalb der Sozialdemokratie nur mit den Aktivitäten linker Splittergruppen vergleichbar war. Diese Gegnerschaft war jedoch durch die Diagnose motiviert, der Nationalsozialismus gebe die falschen Antworten auf die richtigen Fragen und mache damit die historische Chance für einen grundsätzlichen Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer liberalen und rationalistischen Ideologie zunicht. Um die Massen aus den Fängen des Nationalsozialismus zu befreien, sollten diese nicht, wie es die Strategie der SPD-Führung vorsah, von ihren wahren, sozialistischen Interessen überzeugt werden, sondern der Sozialismus sollte sich den wahren, nämlich nationalen und irrationalen Interessen der Massen öffnen. Der Entschluss vieler Aktivisten des Kreises der Neuen Blätter für den Sozialismus zum aktiven Widerstand war eine Konsequenz dieser Überzeugung.

Die Mitglieder des Kreises waren und blieben militante Gegner des Nationalsozialismus. Der Versuch einer Konstruierung direkter Kontinuität

zwischen dem nationalen Sozialismus des Kreises und dem Nationalsozialismus führt daher in die Irre.⁵⁴ Ebenso unzutreffend ist es jedoch, den Kreis als einen Verteidiger der Demokratie und Vertreter eines konsequenteren Antifaschismus zu bezeichnen.⁵⁵ Konsequenter Antifaschismus setzte, wie dies Alexander Schifrin in einer Kritik am Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus betonte, die grundsätzliche Weigerung voraus, die von den faschistischen Bewegungen geforderte Rücknahme der aufgeklärten und emanzipatorischen Elemente der bürgerlichen Gesellschaft hinzunehmen. Zu einer solchen grundsätzlichen Weigerung war der Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus nicht bereit. Die Mitglieder des Kreises erkannten besser als viele andere Sozialdemokraten die Krise, in welche die Ideen der Aufklärung und des Liberalismus, und damit auch die Ideen der Emanzipation und des Sozialismus geraten waren. Indem sie aber das Hereinbrechen des Irrationalen in die aufgeklärte Gesellschaft nicht als Gefahr und Verhängnis, sondern als eine Chance begriffen, wurden sie selbst zu einem Teil dieser Krise. In diesem indirekten Sinn hat der Kreis der Neuen Blätter für den Sozialismus dazu beigetragen, dass die Weimarer Republik unterging und der Nationalsozialismus triumphieren konnte.

Es wäre jedoch falsch, hieraus die Schlussfolgerung zu ziehen, der Kreis habe mit dem Nationalsozialismus kollaboriert. Die Überzeugung, dass am Nationalsozialismus etwas Wahres und Legitimes sei führte nur äußerst wenige seiner Mitglieder zu einer aktiven Unterstützung des Regimes. Für viele andere war es ein Grund, sich dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus anzuschließen, denn sie waren der Ansicht, dass dieser eine wichtige und richtige Idee zutiefst verzerrt und missbraucht hätte. Die Tatsache, dass einige von ihnen deshalb ermordet wurden, widerspricht nicht dem Befund, dass ihre Sicht auf den Nationalsozialismus falsch war. Vielmehr fügt es dem ohnehin schon komplexen Bild des Widerstandes eine zusätzliche Ebene der Kom-

54 So zum Beispiel in Bezug auf Adolf Reichwein Hohmann, Christine, Dienstbares Begleiten und später Widerstand. Der nationale Sozialist Adolf Reichwein im Nationalsozialismus, Bad Heilbrunn 2007.

55 In diesem Sinne argumentieren unter anderem Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989; Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive; Moraw, Frank, Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg 1973.

plexität hinzu. Die Feststellung, dass manche der im Widerstand verfolgten politischen und ideologischen Vorstellungen höchst fragwürdig waren, macht es notwendig, sich kritisch mit diesen Vorstellungen auseinanderzusetzen. Es darf aber kein Grund sein, dem Mut dieser Männer und Frauen den Respekt zu versagen.

»Rechte« Kommunismen der vorstalinistischen KPD?

Überblicke zu Geschichte, Perspektiven und Desiderata

Leonie Eva Konietzko

»Nur die Diktatur des Proletariats wird der Diktatur der deutschen Bourgeoisie ein Ende machen. Den Kampf um die Diktatur des Proletariats vorzubereiten und zu organisieren – das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei.«¹

»Das Aktionsprogramm der KPD (1924)«, Beschluss des Frankfurter Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1924

Vor allem durch neu zugängliche Quellen, aber auch frische sozialhistorische Konzepte und Thesen, hat sich die Forschung zu den Kommunisten in den letzten Jahren von der Gegnerforschung entfernt. Die Anzahl der Publikationen und Beiträge zu den Weimarer Kommunisten ist auf eine solche Menge angewachsen, dass sie den Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus inzwischen auf den Fersen ist. Zentral sind hier neben der biografischen Forschung auch Fragen nach Milieus, Exil- und Widerstandserfahrungen sowie demokratische- und ideengeschichtliche Ansätze. Hinzu kommen eine große, erfreuliche Menge an Lokal- und Regionalstudien. Wenig beachtet aber werden die sogenannten »rechten Kommunisten« und ihre Vorstellungen eines deutschen Kommunismus und einer deutschen Arbeiterregierung.

Die KPD und ihre Flügel durchlebten einen »dreizehnjährigen Krisenzirkus«,² der durch häufige Wechsel des Parteipersonals und der Vorsitzenden

1 Zitiert nach: Der Deutsche Kommunismus – Dokumente 1915–1945, Köln 1973. Herausgegeben von Hermann Weber, S. 86–87.

2 Der Kenner des deutschen Kommunismus Hermann Weber beschrieb bereits 1961 die rapiden und radikalen innerparteilichen Umwälzungen und Kurswechsel, der die KPD

geprägt war. Diese Fluktuationen waren *grosso modo* durch die beiden äußeren Parteiflügel geprägt, die sich in ihrer Vormachtstellung in der Partei mehr oder minder abwechselten. Sie verhandelten die Gewichtung von Reformismus in der Vorbereitung und Durchführung der Revolution, für die es die Arbeiterschaft vorzubereiten, auszurüsten und zu agitieren galt. Der linke oder der rechte Flügel hatten dabei – bis zur Stalinisierung 1924 – immer so lange die Parteiführung inne, wie ihr Kurs für die Anhänger:innen realistisch und erfolgsversprechend schien.

Bei den Bezeichnungen des »linken« und »rechten« Flügels und respektive der – mitunter zeitgenössisch auch als Schmähbegriffe verwendeten – »Linken« und »Rechten«, handelt es sich dabei um übernommene historische Selbstbezeichnungen. Diese sind nicht ganz unproblematisch, da sie Polemiken und diffamierende Zuschreibungen der Zeitgenossen reproduzieren, andererseits durch den Bestand der Flügelkämpfe vor der Stalinisierung, ihrer historischen Bedeutung und auch unvermeidbar werden. Zudem unterlagen die Begriffe kontinuierlicher Veränderung, da sich der Parteivorstand in der Parteizentrale und die politische Richtung in Moskau ständig veränderte – es gilt sie *cum grano salo* zu lesen und zu verwenden.

Diese beiden Lager standen sich nicht ausnahmslos feindlich gegenüber, sondern waren in der Lage die innerparteiliche Machtfrage – die sich maßgeblich auf den Ausbruch der Revolution bezog und diesen zeitgleich beeinflusste – hinter eben jenes Ziel zu stellen. So kam es beispielsweise im Oktober 1923 zu einem kurzweiligen, aber keinesfalls friedlichen Zusammengehen. Zu linken Strömungen und Programmatiken gehörten unter anderem, aber nicht nur der Anarchosyndikalismus (gewerkschaftliche Selbstorganisation der Produktion, Auflösung des Staates) oder der bolschewistischen Auslegung des Kommunismus (Leninismus) oder der Unionismus.³ Sie alle drängten auf eine baldige, weitere Revolution, die auf die eine oder andere Art die Etablierung einer proletarischen Diktatur oder Regierung vorsah. Im Gegensatz dazu standen

ausgesetzt war. Siehe hierzu Weber, Hermann, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. *Wandlung des Kommunismus in Deutschland*, Hannover 1961, S. 68.

³ Zu (ultra-)linken Strömungen und ihrer Ideologie sowie Strukturgeschichte siehe unter anderem Langels, Otto, *Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. 1984 sowie Bock, Hans Manfred, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik*, Darmstadt 1993 und Bois, Marcel, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen 2014.

die Rechte – gelegentlich auch Versöhnler genannt, da sie eine Zusammenarbeit mit Teilen der SPD nicht ausschlossen – die eine gemäßigtere Politik machten. Sie glaubten, die KPD und ihre Anhängerschaft habe allein nicht genug Kampfkraft, um eine Revolution für sich zu entscheiden und versuchte so, Proletarier:innen von anderen Parteien »abzuwerben« und über den Parlamentarismus zu unterwandern. Im Folgenden möchte ich in die wichtigsten und prägendsten Gruppen und Ideen sowie politischen und programmatischen Momente des »rechten« Flügels der KPD, ihre Erforschung und aktuell noch ausstehende Ergebnisse und Perspektiven beleuchten. Ich hoffe, somit eine möglichst konzise Zusammenfassung des aktuellen Standes vorzulegen um ein wenig Orientierung bieten zu können.

Beginnen möchte ich in diesem Aufsatz dabei mit einer Klärung des Begriffspaares *Nationalkommunismus* und *Nationalbolschewismus*. Neben ihren Definitionen und den programmatischen Auslegungen durch verschiedene politische Gruppen, wird an dieser Stelle auch die Geschichte der *Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (KAPD) relevant sein. Diese gilt es grundsätzlich auf dem linken Parteiflügel zur verorten; durch ihre strikte Ablehnung der Parlamente und dem Drängen auf eine baldige Revolution mit einer anschließenden Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Vorbild in anarchosyndikalischer Tradition vertraten sie die »Offensivtheorie«. Für eine Darstellung rechter Kommunismen bietet sich die KAPD vor allem aufgrund ihrer beiden Vorsitzenden (bis August 1920) an: Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim. Nachdem beide Männer, die wie »geistige Zwillingsbrüder⁴ seit dem Ersten Weltkrieg ideologische Flugblätter und Schriften unter das Volk brachten und sich dann zunehmend dem Nationalbolschewismus und national-bürgerlichen Ansichten angenähert hatten, wurden sie schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Da der Nationalbolschewismus zu einer besonderen, sowjetgebunden und imperialistisch-antiwestlichen Spielart des rechten Kommunismus gehört, bietet es sich an, den *Hamburger Nationalkommunismus* und die *Laufenberg-Wolffheim-Affäre* zu betrachten, dessen Geschichte eng mit der der KAPD verknüpft ist.

Im Anschluss folgt die *Die Kommunistische Arbeitergemeinschaft* (KAG), die von dem ehemaligen Parteivorsitzenden Paul Levi⁵ gegründet wurde und eine

4 Schüdekopf, Otto-Ernst, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.

5 Paul Levi war von 1919 bis 1921 Vorsitzender der KPD und kehrte dann über die USPD zur SPD zurück. Zur Biografie Paul Levis siehe Scholle, Thilo, Paul Levi. Linkssozialist –

oppositionelle Interessensvertretung des rechten Flügels darstellte. Paul Levi gilt darüber hinaus auch als Initiator, wenn nicht sogar als »Erfinder« der – in der Form, in der sie 1923 und zum Ende der Weimarer Republik zu beobachten war – Einheitsfront und der zugehörigen, entwickelten »Einheitsfronttaktik«, die danach betrachtet werden soll.

Die Einheitsfronttaktik ist dabei grundsätzlich ein Projekt und Theorem der Rechten gewesen, das aus strategischen Gründen unter sowjetischer Anleitung auch von Linken und Versöhnern adaptiert wurde. Das Konzept der Einheitsfront entspringt Vorstellungen von einer Revolution des Proletariats, die seit Anbeginn der Arbeiterbewegung eine zentrale Rolle in ihrer Mobilisierung und Politik spielten. Mit dem Auseinanderbrechen der Sozialdemokraten nach dem Ersten Weltkrieg und dem Entstehen der Kommunistischen Partei Deutschlands konkurrierten nun zwei Parteien um die potentielle Kampfkraft der Arbeiter:innen. Dass dies zu Beginn der 1920er Jahre die Arbeiterschaft zunehmend spaltete und drohte, zu irreparablen Differenzen innerhalb der gesellschaftlichen Gruppe zu führen und somit die Revolution auf unbestimmte Zeit zu verhindern, hatte auch die Komintern zu Beginn der 1920er Jahre erkannt.

Eng mit der Einheitsfront in Verbindung stehend, da ihre programmatischen Überschneidungen zu dieser Zeit an gewissen Stellen gegeben waren, ist die sogenannte *Schlagertaktik* der KPD. Im Rahmen der Ruhrbesetzung und des Ruhrkampfes gegen die französischen und belgischen Besatzer, bemühte sich die KPD auf allen Ebenen, Verbündete im Kampf gegen das »internationale Kapital« zu sammeln. Bestimmte Anhänger:innen scheuten dabei auch nicht vor der Agitation in völkisch-nationalistischen Milieus zurück. Einer der wichtigsten Akteure zu dieser Zeit war Karl Radek (geb. Karol Sobelsohn),⁶ der als eine der zentralen Figuren in dem ständigen Wechsel der Ablehnung und Annäherung an nationalbolschewistische und nationalkommunistische Inhalte und politische Strategien zu nennen ist. Das ist vor allem dadurch zu erklären, dass er als Deutschlandemissär der Kommunistischen Internationale Moskaus Kurs zu repräsentieren und umzusetzen hatte – was die Auswüchse seiner Politik aber nicht immer restlos erklärt, wie noch zu sehen sein wird.

Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied, Leipzig 2017 sowie Beradt, Charlotte, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1969.

⁶ Zur Biografie Karl Radeks siehe vor allem Gutjahr, Wolf-Dietrich, »Revolution muss sein«. Karl Radek. Die Biografie, Köln 2012.

Neben ihm gilt auch Ruth Fischer (geb. Elfriede Fischer)⁷ als eine der Schlüsselfiguren und meistdiskutierte Agitatorin der *Schlagetaktik*. Fischer war von 1924 bis 1926 Vorsitzende der KPD und galt mit ihrem Lebensgefährten Arkadi Maslow (geb. Jefimowitsch Teschemerinski) als eine der prominentesten Vertreter:innen der KPD-Linken. Sie ist vor allem bekannt durch ihre antisemitischen Äußerungen im Rahmen der Schlagetaktik, die in der Forschung – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass Fischer selbst Jüdin war – rege Debatte angeregt haben. Auch darum soll es im Rahmen der Schlagetaktik gehen.

Grundsätzlich gilt die erste Hälfte der 1920er Jahre als hauptsächlicher Betätigungszeitraum für den »rechten« Flügel der KPD, was größtenteils auf die Stalinisierung ab 1924 zurückzuführen ist. Ich würde aber bereits an dieser Stelle argumentieren, dass die hohe Aktivität und der Rückhalt seitens der Komintern auch in den innen- und außenpolitischen Begebenheiten wurzelte und so ihren Teil dazu beitrug. Zu den wichtigen »rechten« Kommunisten zählt unter anderem Heinrich Brandler⁸ – seine Zeichens Gründungsmitglied und Parteivorsitzender von 1921 bis 1924 gemeinsam mit August Thalheimer.⁹ Thalheimer und er gingen nach dem »Moskauer Parteiverfahren« in ein Ehrenexil, um sich dann gegen Ende der 1920er Jahre erneut in der innerparteilichen »rechten« Opposition zu engagieren. Insbesondere das Krisenjahr 1923 nimmt bei der Betrachtung der »rechten« Kommunisten eine Schlüsselposition ein. Nicht nur ist es das Jahr, in dem »rechte« Programmatiken in der KPD erprobt, angepasst und verworfen werden – es ist auch das Jahr, in dem »rechts-kommunistische« Ideen nach kleinen Erfolgen zu scheitern scheinen. Der Umgang der KPD damit ist bezeichnend für die folgenden Jahre der Partei und den von Weber beschriebenen »Krisenzyklus«. Unweigerlich mit dem Jahr 1923 verbunden sind die Losung »Schlägt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree«, des Essener Kongress 1923 Anfang Januar und der aktive Kampf der Kommunisten gegen Bourgeoisie und Imperialismus – bei dem sich der

7 Siehe zur Person vor allem Kefßler, Mario, Ruth Fischer (1895–1961). Ein Leben mit und gegen Kommunisten, Köln 2013 und Hering, Sabine/Schilde, Kurt, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt a.M. 1995.

8 Siehe zur Person Brandlers vor allem Becker, Jens, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001 und Hermann Weber, Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949–1967, Berlin 1981.

9 Mehr zur Person Thalheimers in Becker, Jens, August Thalheimer. Früher Kritiker der Stalinisierung, Hamburg 2000, S. 75–100 und Bergmann, Theodor, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004.

KPD die Frage stellte, ob es nun nach »rechtem« oder »linkem« Kurs zu operieren galt. Zeitgleich mit rechten Regierungsbildungen in Mitteldeutschland, griffen die Linken mit den bewaffneten *proletarischen Hundertschaften* an der Ruhr die französischen und belgischen Besatzungsmächte an und riefen die »Arbeiterrepublik im Rheinischen Ruhrgebiet« aus.

Die KPD erlag in dieser Zeit beinahe völlig einem innerparteilichen Ringen um den richtigen Kurs durch und aus der Krise, hin zur proletarischen Revolution. Dass dabei in einer Partei, die den undemokratischen Kommunismus vertrat, fast demokratisch gerungen wurde, fasziniert bis heute.

1. Nationale Sozialismen: Nationalbolschewismus und Nationalkommunismus

Neben den linken Strömungen innerhalb der KPD, existierten vor der Staliniierung auch solche Splittergruppen, die sich mit nationalen Auslegungen der kommunistischen Ideologie beschäftigten. Dazu gehören an erster Stelle der *Nationalbolschewismus*, eine zeitgenössische Selbstbezeichnung und Begriffszuweisung durch Karl Radek gleichermaßen, und der *Nationalkommunismus*.

Der *Nationalbolschewismus* beschreibt dabei eine rechtsradikale, völkisch-nationalistische Spielart des Antikapitalismus. Er wurde maßgeblich durch Ludwig Moller von den Brucks *Politisches Kolleg* und den *Juni-Klub* geprägt, die eher männlich-dominierten Debattierclubs und Echokammern völkisch-nationalistischer Inhalte und Ideologien waren. Damit ist der Nationalbolschewismus ideologischer Teil der Konservativen Revolution, die die »Volksgemeinschaft« idealisierte und den Liberalismus, vor allem aber den Marxismus, entschieden ablehnte. Sie verstand den internationalen Kapitalismus als »undeutsch« und begriff die Proletarisierung als teilweise schon abgeschlossene Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen aus dem »Volkskörper«. Auch auf dem politisch linken Spektrum florierte der Nationalbolschewismus: zu seinen prominentesten Vertretern zählte Ernst Niekisch.¹⁰ Der Sozialdemokrat war 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in München, wurde dafür zu zwei Jahren Festungshaft durch eine Beteiligung am »Hochverrat« verurteilt, und schloss sich nach seiner Freilassung dem *Hofgeismarer*

¹⁰ Weiterführend zu Niekisch Pittwald, Michael, Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, Köln 2002 und Kowalcuk, Ilko-Sascha, Niekisch Ernst, Berlin 2010.

Kreis an, der unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung gegründet wurde. Dort diskutierte er mit anderen Jungsozialisten des rechten Parteiflügels das Verhältnis von Nationalismus und Sozialismus und die Funktionen von Volk und Staat. So sah man in einer »nationalen Volksgemeinschaft« die Lösung für den Klassenkampf und träumte von der »deutschesten Epoche Europas« in einer »Aristokratie der Arbeit«.¹¹ Der Kreis vertrat einen »nationalistisch-volksintegrativen«¹² Typus der Sozialpolitik, den die Mitglieder als jenseits von rechts oder links verstanden.

In den folgenden Jahren inkorporierte Niekisch sozialdarwinistische, androzentrisch und männlich-kämpferisch sowie demokratiefeindliche Versatzstücke in seine politische Theorie. Er ersehnte sich für das postrevolutionäre Deutschland, das sich erfolgreich von dem Versailler Vertrag befreit haben würde, eine Rückkehr zu den Ideen der französischen Revolution von 1789 und den eigenen preußischen Wurzeln, die ein Zusammengehen mit Russland ermöglichten.¹³ Auch Niekisch wandte sich gegen einen »internationalen Marxismus« und sah Deutschland durch einen westlichen Kapitalismus bedroht.

Diese antikapitalistische Haltung – die sich vor allem gegen ein internationales, als jüdisch verstandenes Finanzkapital wandte – bot eine Anschlussfähigkeit für eine Gruppe kommunistischer Theoretiker und fand seine eigene Form im *Hamburger Nationalkommunismus*. Bezeichnend für diesen Nationalkommunismus, der aufgrund der Herkunft seiner geistigen Vordenker auch als *Hamburger Nationalkommunismus* gehandelt wird, waren die beiden ehemaligen Linkskommunisten Heinrich Laufenberg¹⁴ und Fritz Wolffheim.¹⁵ Der Historiker Laufenberg und der Journalist Wolffheim traten erst der SPD bei und wandten sich 1914 stark gegen den beschworenen *Burgfrieden*, bis sie als Teil der USPD 1919 zur KPD gelangten. Mit der Zeit machten sie eine Wandlung vom linken zum rechten Parteiflügel durch, während derer sie den rechten

11 Opitz, Reinhard, Ernst Niekischs »Widerstandsbewegung«. Oder was heißt »national-revolutionär«?, 2022, S. 152.

12 Ebenda, S. 152.

13 Ebenda, S. 166–187.

14 Siehe zur Biografie von Heinrich Laufenberg unter anderem Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008 und Brietzke, Dirk/Kopitzsch, Franklin, Hamburgische Biografie (2), Göttingen 2006.

15 Siehe zur Biografie von Fritz Wolffheim Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008. Bezüglich Fritz Wolffheims Biografie und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit seinem Leben/seiner Politik en détail besteht ein Desiderat.

Hamburger Nationalkommunismus begründeten. Noch im Oktober 1918 gehörte Laufenberg und Wolffheim zu einer kleinen Gruppe, die in Norddeutschland mit dem Spartakusbund den Oktoberaufstand plante und zementierten sich damit bis zum November 1918 als »resolute Gegner des imperialistischen Krieges«.¹⁶ Heinrich Laufenberg wurde am 11. November 1918 in den neugegründeten Arbeiter- und Soldatenrat Hamburgs gewählt und hielt, in seiner ersten Rede auf der Vollversammlung, fest, dass eine vollständige gesamtdeutsche Revolution »unumstößliche Tatsache« sei.¹⁷ Das resultierte vor allem aus der Annahme, dass die Revolution in Russland bald abgeschlossen sei, deutsche Proletarier:innen sich Sowjetrussland aber nicht zum Vorbild nehmen können. Zu groß seien die Unterschiede gewesen und so liege »die europäische Revolution und ihr Schicksal im jetzigen Augenblick in den Händen der deutschen Arbeiterklasse«.¹⁸ In Berlin unterstützte Laufenberg die Gründung eines weiteren Arbeiter- und Soldatenrates, erkannte aber die schwierige Lage in der Hauptstadt und forderte zusätzlich die Bildung von Parlamenten¹⁹ – etwas, das eher in den Gefilden der Einheitsfront, als der Offensivtaktik zu verorten wäre. Im Jahr 1919 veröffentlichten Laufenberg und Wolffheim gemeinsam zwei Schriften, die sich mit programmatischen Fragestellungen beschäftigten.²⁰ In ihnen thematisierten sie die Notwendigkeit einer zweiten deutschen Revolution, um die von 1918 im Sinne einer proletarischen Diktatur zu vollenden. Als konkrete Ziele einer zweiten Revolution nannten sie die Zerschlagung der Generalsstäbe, der Bürokratie, des Großbürgertums und des »Versailler Systems«.²¹ Stattdessen wollten sie die Macht der Räte von 1918 konsolidieren, die Betriebsräte als »Element der nationalen Sammlung, der nationalen Organisation« etablieren und stärken sowie die Teile den Klein- und Mittelstand in die Arbeiterre-

16 Opitz, Ernst Niekisch, S. 86. Siehe weiterführend zu Wolffheims politischem Engagement in den Jahren 1918/1919 unter anderem Meyer-Lenz, Johanna/Kopitzsch, Franklin/Hedrich, Markus, Hamburg in der Novemberrevolution von 1918/19. Dynamiken der politischen und gesellschaftlichen Transformation in der urbanen Metropole, Bielefeld 2022.

17 Opitz, Ernst Niekisch, S. 87.

18 Zitiert nach Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 89.

19 Ebenda, S. 89.

20 Die Rede ist von den Texten »Zwischen der ersten und der zweiten Revolution« und »Knechtschaft oder Weltrevolution?«. Beide erschienen nach dem Niederschlag der Münchener Räterepublik, im Frühjahr 1919.

21 Schüddkopf, Linke Leute, S. 210.

gierung integrieren, da sie diese ebenfalls als durch den Versailler Vertrag ausbeutet verstanden.²²

An dieser Stelle passierte nun etwas durchaus Auffälliges: Auf der Suche nach einer Mehrheit, die diese Revolution nicht nur tragen, sondern vor allem durchführen würde, wandten sich Laufenberg und Wolffheim den rechten, völkisch-nationalen Kreisen zu. Sie verklärten die extreme Rechte zu potentiellen Bündnispartner und diese taten es ihnen gleich – beide Seiten mit der Absicht, die jeweils andere zum eigenen Standpunkt zu bekehren. Laufenberg und Wolffheim erkannten für sich, dass es neben den Proletarier:innen nur noch die Freikorps gab, die ausreichend für eine Revolution ausgestattet seien und bestimmten als gemeinsamen Gegner beider Lager das »Ententekapital«.²³ Während die Hamburger Nationalkommunisten an eine gemeinsame rechts-kommunistische Einheitsfront glaubten, hatten die völkisch-nationalen Kreise jedoch ein anderes Ziel. Sie hofften, sie könnten den Bolschewismus »nationalisieren« und zu »etwas Deutschem zu machen«²⁴ – und damit auch zähmen. Für den ungewöhnlichen Schulterschluss fanden Laufenberg und Wolffheim einen eigenen Begriff, den sie ihrer bisherigen politischen Erfahrung entnahmen: revolutionärer Burgfrieden. Die daraus gemeinsam gegründete Revolutionsarmee werde aber obsolet, sobald sich die neue proletarische Diktatur errichtet habe. Dann könne man eine Rote Armee schaffen, die die Weltrevolution bestreiten würde. Aus dem Lager der völkisch-nationalen Rechten bestand trotzdem – laut Schüddekopf vor allem wegen²⁵ – der wehrpolitischen Diskussionen die Revolution und die Zeit danach betreffend, ein Interesse. Neben Ernst Graf zu Reventlow und Wilhelm Stapels, knüpften auch Offiziere der Freikorpstruppen von Graf Paul von Lettow-Vorbeck während der Hamburger *Sülzeunruhen* Kontakt zu Hamburger Nationalkommunisten. Viele dieser Kontakt- und Kooperationsversuche scheiterten vor allem an dem gegenseitigen Misstrauen. Vor allem von Seiten der KPD erfolgte harte Kritik an der Strategie, die Laufenberg und Wolffheim versuchten umzusetzen. Karl Radek, Deutschlandemissär im EKKI, nahm dabei die sowjetische Perspektive ein: In Russland war man sich sicher, dass eine Revolution nicht in naher Zukunft stattfinden könne und versuchte, während Laufenberg und Wolffheim gegen westliche Staaten

22 Ebenda, S. 110.

23 Schüddekopf, Linke Leute von Rechts, S. 112.

24 Ebenda, S. 114.

25 Ebenda.

agitierten, mit genau diesen Handelsabkommen zu schließen. Außerdem hatten Lenin und Radek »Sorge von einer zu selbstständigen Entwicklung des deutschen Kommunismus, die das Schwergewicht in der internationalen revolutionären Bewegung von Rußland nach Deutschland hätte verlagern können«.²⁶ Hinzu kommt auch eine ideologische Ebene, welche die Kritik zu einer Notwendigkeit mache. Es wird von russischer Seite aus zu dieser Zeit unvorstellbar gewesen sein, dass sich der als internationale Bewegung ausgewiesene Kommunismus mit einem radikalen, sozialdarwinistischen Nationalismus zusammenschließen könnte.

Gemäß Andersons *imagined communities*²⁷ betrachteten Laufenberg und Wolffheim die deutsche Nation als eine Gruppe von Individuen, das »auf den Werten der Sprache und der Sitten beruht, die der Wirtschaft jedoch eng verbunden sind«.²⁸ Dass Laufenberg und Wolffheim ihren Nationalismus kulturell auslegten, erlaubte es ihnen sich mit völkisch-nationalen Kräften zu verständigen, deren Nationalismusbegriff rassistischer ausfiel, in der kulturellen Dimension jedoch nur marginal abwich. Ähnlich verhielt es sich auch bei der Haltung gegenüber den Pariser Vorortverträgen, insbesondere dem Versailler Vertrag, den Laufenberg und Wolffheim konsequent ablehnten und der sie außenpolitisch näher an das völkisch-nationale Lager brachte. Hatten sie während und kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs noch für die Auflösung von Grenzen und »Wandelungsfähigkeit der nationalen Kulturen« plädiert,²⁹ bezichtigten sie nun vor allem Frankreich und Großbritannien eines westlichen Kapitalimperialismus.

Einen kulturell-sprachlich begründeten Nationsbegriff eröffneten Laufenberg und Wolffheim auch die proletarisch-revolutionäre Annexion von Österreich, mit der ein größeres Gewicht gegenüber Osteuropa erreicht werden sollte. Zeitgleich sollte eine Rote Armee im Westen Deutschlands vorrücken und den Arbeiter:innen in Belgien und Frankreich zur Revolution verhelfen. Damit all dies erreicht werden könne, müsse man kriegerische Handlungen mit Russland und im Baltikum sofort beenden. Ohne einen Sieg der Arbeiterschaft in den ehemaligen Ententeländern, der nur durch die Unterstützung Russlands

26 Ebenda.

27 Anderson, Benedict, *Imagined Communities. Reflections of the Origin and Spread of Nationalism*, London 2006.

28 Dupeux, *Nationalbolschewismus*, S. 84.

29 Ebenda.

mit Ressourcen zu erlangen sei, wäre der Befreiungskampf nicht zu gewinnen.³⁰

Vor allem Laufenberg entwirft hierbei dezidiert das Bild eines »Weltbundes der kommunistischen Republik« als Gegenentwurf zu den, wie er sie benannte, »Weltbund der imperialistischen Staaten«³¹ – gemeint war hiermit vor allem vermutlich der Völkerbund und die frühen Europäisierungsbestrebungen. Hinzu kamen auch Vorstellungen einer deutschen kulturellen und wirtschaftlichen Vormachtstellung gegenüber den osteuropäischen Staaten. So skandierten Laufenberg und Wolffheim, es sei »nun naiv und absurd, Rußland als das rückschrittlichste Land zum Vorbild zu nehmen«, und sprachen sich für eine führende deutsche Rolle aus, die staatspolitische Aufgaben zu übernehmen habe.³² Schon Zeitgenoss:innen fiel auf, dass die beiden Hamburger mit der Zeit alldutschere Töne anschlugen: es kursierten in der Partei Vergleiche mit dem rechtskonservativen Professor Paul Eltzacher, Radek beschimpfte Laufenberg als »kleinbürgerlichen Nationalist«.³³

Nachdem die Hamburger Nationalkommunisten sich gegen die Dritte Internationale aussprachen und es auf dem illegalen Heidelberger Parteitag am 21. Oktober 1919 zu erbitterten, verbalen Kämpfen kam, wurden Laufenberg und Wolffheim aus der KPD ausgeschlossen. Mit ihnen wurden unter anderem auch Otto Rühle aus Dresden, Friedrich Wender aus Berlin und 23 weitere Delegierte ausgestoßen. Grund waren neben den nationalkommunistischen Agitationen Streitigkeiten über die KPD-Gewerkschaftspolitik. Unter Berliner Federführung gründeten sich die *Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland* (KAPD), ein anarcho-syndikalische Partei. In Berlin, wo neben Hamburg (der Bezirk Nord stand unter der Leitung Laufenberg und Wolffheim) eines der beiden Parteizentren entstand, verlor die KPD die Hälfte ihrer Mitglieder an die KAPD.³⁴ Besonders stark war sie in den Hochburgen der KPD, neben Berlin und Hamburg zählte dazu auch das Ruhrgebiet.³⁵ Schon bald aber waren Laufenberg und Wolffheim als Wortführer des Hamburger Nationalkommunismus, obwohl sie versuchten die ideologische Leitung der

³⁰ Schüdekopf, Linke Leute von rechts, S. 111.

³¹ Ebenda, S. 112.

³² Ebenda, S 120.

³³ Ebenda, S. 117–118.

³⁴ Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg, 1986, S. 116.

³⁵ Weber, Hermann: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht – Wandlung des Kommunismus in Deutschland, 4. Auflage, Hannover, 1961, S. 33.

KAPD zu übernehmen, an den Rand gedrängt worden und verließen bald darauf die KAPD.

Die Vorstellungen eines sozialistischen Nationalismus wurden mit der Stalinisierung bis zum Ende der 1920er Jahre aus der KPD verdrängt und erlebten dann bis zum Parteiverbot von 1933 eine Renaissance. In rechten Parteien wurden sie besonders prominent von den Strasser-Brüdern und dem linken Flügel der NSDAP vertreten. Die Verwendung und Definition der Begriffe Nationalbolschewismus und Nationalkommunismus sind dabei durchaus umstritten. Das ist grundlegend auf die Begriffsfindung zurückzuführen: auf der einen Seite verwendete Karl Radek den Begriff *Nationalbolschewismus* als diffamierende Bezeichnung für ein Lager von Kommunist:innen, gleichsam waren die Begriffe Nationalbolschewismus und Nationalkommunismus auch Selbstbezeichnungen für bekennende Theoretiker und Anhänger:innen gleichermaßen. Die Ideen und das staatstheoretische Konstrukt, das stellenweise auch an Antonio Gramscis Hegemonietheorie erinnert, lassen sich schon vor Beginn des 20. Jahrhunderts feststellen.³⁶ Bei dem Nationalkommunismus, insbesondere dem der Hamburger Spielart, handelt es sich um einen ethnisch-kulturell begründeten Antikapitalismus, der sich gegen ein »internationales Kapital« richtet, das in der Form der Ententemächte personifiziert wurde und sich insbesondere durch den Versailler Vertrag ausdrückte. Der Nationalbolschewismus hingegen ist eine rassistischere, sozialdarwinistisch geprägte Form des Antikapitalismus, welcher den Kapitalismus und seine Vertreter als dezidiert »undeutsch« versteht. Beide Formen wiesen eine Anschlussfähigkeit in kommunistischen, national-revolutionären und völkisch-nationalistischen Lagern auf. Beide sind aber auch gewissermaßen politisch radikale Erscheinungen am rechten Parteirand der KPD, die nationalistische Politik zur Lösung der Nachkriegsprobleme anstrebten. Dabei duldeten Vertreter:innen Deutschnationalisten und völkisch-nationale Ideologien oder strebten nach dem Prinzip der Einheitsfront ein Zusammengehen mit Teilen der SPD an. Diese Strategien der Macht Sicherung und der darauffolgenden, wie ein Damoklesschwert über den zeitgenössischen kommunistischen

³⁶ So datiert Schüddekopf das erste Aufkommen von national-kommunistischen in der Neuzeit, mit den *Lyoner Instruktionen* von Joseph Fouché und Collet d'Herbois im Jahr 1793, sieht darüber hinaus aber auch Tendenzen bei Bismarck und seinen Gesprächen mit Lasalle im Sommer 1863 und darin auch die Entstehung der »Ideen von 1914«. Siehe hierzu: Schüddekopf, Linke Leute, S. 100–101.

Diskursen schwelbenden, Errichtung einer proletarischen Diktatur scheiterten am innerparteilichen Widerstand, der auch von Moskau unterstützt wurde. Als das innenpolitische Klima in der Weimarer Republik sich weiter radikalierte, kehrte man zu Beginn der 1930er Jahre noch einmal zu national-kommunistischen und nationalbolschewistischen Taktiken zurück.³⁷ Es ist durchaus bemerkenswert, dass nationale Kommunismen vor allem in Regionen der Weimarer Republik so erfolgreich waren, in denen es zuvor Soldaten- und Arbeiterräte gab. Das erhärtet den Verdacht, dieser Erfolg sei mitunter auch darauf zurückzuführen, dass revolutionäre Hoffnungen enttäuscht wurden. Der national-revolutionäre Kommunismus ersetzte damit für einige Kommunist:innen den bisherigen Kurs, der sein Ziel nicht erfüllen konnte. Das spiegelt sich auch in den Rufen nach einer zweiten Revolution wider. Wie erfolgreich und anschlussfähig Nationalkommunismus und Nationalbolschewismus unter den Anhänger:innen der KPD schlussendlich tatsächlich war, lässt sich aktuell noch nicht beantworten. Damit eng verbunden ist, dass soziale Forderungen und deren politische Anschlussfähigkeit (Assimulationsgrade), sowie Wahl- oder Parteimanifeste noch nicht ausreichend zur Beantwortung der Definitionsfrage herangezogen wurden.

2. Die Kommunistische Arbeitergemeinschaft (KAG)

Im Februar 1920 trat Paul Levi als Vorsitzender der VKPD zurück, mit ihm verließen auch Parteigrößen wie Clara Zetkin und Ernst Däumig die deutsche Zentralkommission. Damit wechselte die Parteführung vom rechten zum linken Flügel. Die neue linke Parteizentrale positionierte sich offensiv-revolutionärer (*Offensivtheorie*) und entschied sich dafür, nach Ostern 1921 im mitteldeutschen Industriegebiet (Halle-Merseburg und Sachsen) den Auftakt zur gesamtdeutschen Revolution zu initiieren. Dort hielt man die Erfolgschancen durch die Mitgliederstärke der KPD in diesem Teil Deutschlands für besonders hoch. Das Datum der geplanten Revolution in Mitteldeutschland wurde schließlich vorgezogen, da der sozialdemokratische Oberpräsident Otto Hörsing aufgrund einer erhöhten Putschgefahr das Gebiet mit Hundertschaften

³⁷ Siehe zum maßgeblichen Vordenker dieser zweiten Phase des Nationalbolschewismus/Nationalkommunismus, Karl Otto Paetel, vor allem Steffensen, Steffen, Karl O. Paetel (1906–1975). Journalist und Schriftsteller, Heide 1993 und Dupeux, Nationalbolschewismus.

der Polizei besetzen ließ. So kam es am 21. März 1921 durch den Aufruf zum Generalstreik zum Auftakt der *Märzaktion*, die ab dem 23. März 1921 zu bewaffneten Konfrontationen zwischen der Polizei und den bewaffneten Arbeiter:innen anwuchs. An den Kämpfen war unter anderem auch Max Hoelz, Mitglied der KAPD, beteiligt, der unter anderem Waffen an die Arbeiter:innen in Mansfeld austeilte. Er blieb bis zum, von der VKPD offiziell am 1. April 1921 verkündeten, Ende der Aufstände in den bewaffneten Kämpfen aktiv. Im Rahmen der *Märzaktion* verstarben 180 Personen, mehrere Tausend hatten in der Folge Haftstrafen zu bewältigen.³⁸

Nachdem die Märzaufstände in Mitteldeutschland nicht die erwünschte »gesamtdeutsche Revolution« herbeigeführt hatten, kritisierte Paul Levi öffentlich die Entscheidungen der VKPD. Die Broschüre *Unser Weg – Wider den Putschismus* begründete seine Ablehnung des Offensivkurses, den die VKPD mit den Kämpfen in Sachsen und Halle-Merseburg beschritten hatte. Levi führte die kommunistische Niederlage auch auf das EKKI und ehemalige UPS-Mitglieder zurück, die sich 1920 mit der KPD zur VKPD vereinigt hatten. Für uns aber relevanter ist, dass Levi genau diese Mechanismen als notwendiges Opfer stilisierte, welches das EKKI in Kauf genommen habe, um den rechten Flügel der VKPD zu neutralisieren.³⁹ Ferner beschrieb er die Abgesandten EKKI als *Tscheka*, die gegen die Interessen der kommunistischen Parteien in anderen Ländern operiere und schrieb der EKKI damit ein konterrevolutionäres Attribut zu. Auch vom linken Parteiflügel, beispielsweise von Ernst Friesland (Generalsekretär der KPD), kam zaghafte Kritik an dem Scheitern des Märzaufstandes.⁴⁰

Für Paul Levi mag diese Deutung durchaus schlüssig gewesen sein, war doch Karl Radek als Deutschlandexperte und Abgesandter der Komintern auch an den Diskussionen um den Märzaufstand beteiligt. Tatsächlich befand sich das sowjetische Russland zu dieser Zeit in einer tiefgreifenden Krise. Ausgelöst durch den *Kronstädter Aufstand*, waren die KI-Kommissare davon überzeugt,

³⁸ Siehe zur sogenannten *Märzaktion* unter anderem Knatz, Christian, »Ein Heer im grünen Rock?«. Der mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000 sowie als Standardwerk Koch-Baumgarten, Sigrid, Der Aufstand der Avantgarde. Die *Märzaktion* der KPD 1921, Frankfurt 1986.

³⁹ Hirschinger, Frank, »Gestapoagenten, Trotzkisten, Verräter«. Kommunistische Partei-säuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005, S. 44.

⁴⁰ Weber, Wandlung des Kommunismus, S. 39.

dass eine deutsche kommunistische Revolution die Moral im eigenen Land haben könne.⁴¹ Darüber hinaus bot die politische und wirtschaftliche Lage in der jungen Weimarer Republik einen Nährboden für einen solchen Umsturz – insbesondere die andauernden Straßenkämpfe in der Hauptstadt Berlin und in Oberschlesien befeuerten die Instabilität. Auch Samuel Gurski (geb. August Kleine), der als hochrangiger Mitarbeiter Komintern auch Teil der deutschen Zentralkommission war, erklärte die »Zeit sei reif zum Losschlagen«.⁴² Gurski pflegte zudem mit Grigori Sinowjew Kontakt, dem Vorsitzenden der Komintern, der ebenfalls eindringlich für den Beginn einer kommunistischen Revolution in Deutschland plädierte.⁴³

Levi und seine Anhänger:innen wurden nach seiner Kritik aus der KPD ausgeschlossen. Sie gründeten im September 1921 die *Kommunistische Arbeitsgemeinschaft* (KAG), die sich ganz bewusst als Element der Mutterpartei begriff und versuchte, diese zu reformieren. Die KAG warb somit für eine stärkere Unabhängigkeit von der Komintern und Russland, eine Rückkehr zur innerparteilichen Demokratie und eine weniger zerstörerische Gewerkschaftspolitik, die auf die Geschlossenheit der Gewerkschaften abzielte.⁴⁴ Für die KAG war die Zusammenarbeit mit der VKPD somit auch nur unter Bedingungen möglich, welche diese Pläne unterstützten. Somit hielten sie diese Vereinbarungen einem internen Papier fest, das die KAG an die VKPD weiterleitete:

- » I. Völlige materielle Unabhängigkeit von der Kommunistischen Internationale.
- 2. Unterstellung aller bei auswärtigen kommunistischen Organisationen erscheinenden Literatur unter die Mitkontrolle der deutschen Parteiführung.
- 3. Sicherheit gegen alle offenen oder verdeckten organisatorischen Eingriffe des EKKI neben, außerhalb der gegen die Organe der deutschen Sektion.
- 4. Programmatische Festlegung einer Politik, die die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter in Deutschland ermöglicht, unter ausdrücklichem Verzicht auf alle putschistischen Bestrebungen im Sinne der März-Aktion.

41 Flechtheim, Die KPD, S. 127.

42 Ebenda, S. 127.

43 Hermann, Wandlung des Kommunismus, S. 38.

44 Flechtheim, Die KPD, S. 45.

5. Festlegung einer Gewerkschaftspolitik, die unbeschadet aller revolutionären Ziele die organisatorische Einheitlichkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften aufrechterhält.«⁴⁵

Die Organisation blieb klein, neben Levi beteiligten nur vier Reichstagsabgeordnete aus der VKPD zur KAG – bis zur Auflösung 1922 waren lediglich 15 Personen Teil der Gruppe.⁴⁶ Für Paul Levi, der nun gewissermaßen als Kopf der KAG fungierte, bestand das zukünftige Ziel unverändert darin, die VKPD zu einer Massenpartei werden zu lassen. Insbesondere zur Förderung der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz der VKPD formulierte er also die vergleichsweise milde Gewerkschaftspolitik und setzte sich für eine »aktive Einheit« mit der SPD ein.⁴⁷ Bemerkenswert ist, dass Levi damit nicht eine Abwendung von der kommunistischen Programmatik anstrebte, sondern versuchte, »den kommunistischen Charakter« zu verschleieren.⁴⁸ In der KPD und dem EKKI herrschte Verwirrung und Uneinigkeit darüber, wie mit der Arbeitsgemeinschaft und der von ihr geäußerten Kritik umzugehen sei. Besonders deutlich zeigt sich das am Umgang mit dem Generalsekretär Ernst Friesland (geb. Ernst Reuter). Der auf dem Jenaer Parteitag in Januar 1921 als Generalsekretär berufene Verfechter der *Offensivtheorie* wechselte nur ein Jahr später zur KAG. Grund dafür waren Dokumente von Clara Zetkin, die vom SPD-Parteiorgan *Vorwärts* veröffentlicht wurden, und Bezug auf geplante Terroraktionen während der *Märzaktion* nahmen.⁴⁹ Er forderte, auch um den innerparteilichen Bruch mit der KAG zu heilen, die Gruppe um Hugo Eberlein zum Rücktritt zu zwingen. Friesland schlossen sich daraufhin Mitglieder der Zentralen Gewerkschaftsabteilung an. Bei dem Politischen Büro der KPD stieß er mit seinen Forderungen und seinem Plädoyer an die Glaubwürdigkeit der Partei auf taube Ohren und wurde am 13. Dezember 1921 seines Amtes als Generalsekretär enthoben.

Einen Tag später erklärte die Parteizentrale, nach Feststellung des EKKI und des russischen Zentralkomitees – die KAG als antikommunistisch und verurteilte jegliche Zusammenarbeit. Man bezichtigte die KAG »zur Zersplitterung der KPD« beizutragen und ferner »den Interessen der Bourgeoisie und

45 Weber, Wandlung des Kommunismus, S. 40

46 Koch-Baumgarten, Aufstand der Avantgarde, S. 409.

47 Fritz, Bernd Dieter, Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP, Bonn 1966, S. 88-90.

48 Ebenda, S. 91.

49 Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984.

der SPD zu dienen«.⁵⁰ Doch die innerparteiliche Opposition, die sich mittlerweile um Heinrich Malzahn, Ernst Friesland und Otto Brass versammelt hatte, ließ sich nicht beirren. Am 20. Dezember erklärte Friesland in der Broschüre *Zur Krise unserer Partei*, dass die KPD unter der Einmischung Moskaus, insbesondere verkörpert durch Karl Radek, leide und dadurch an Glaubwürdigkeit (vor allem gegenüber der SPD und USPD) verliere. Die Reaktion der Zentrale befeuerte die seit November 1921 – durch rückgekehrte deutsche Emigranten aus dem bolschewistischen Russland und deren Deutungen über die Märzkämpfe – entstandene »Agentenhysterie«⁵¹ innerhalb der Partei. Im Januar 1922 denunzierten sie die innerparteiliche Opposition als »Agenten der KAG«.⁵² Dass Friesland, Malzahn, Brass und ihre Anhänger:innen für eine innerparteiliche Diskussionsfreiheit und die Vertretung aller Proletarier:innen durch die KPD plädierten änderte für sie nichts: Am 23. Januar 1922 wurden sie aus der KPD ausgeschlossen. Ernst Friesland, vor einem Jahr noch schärfster Kritiker Paul Levis, schloss sich nun gemeinsam mit seinen Mitstreiter:innen der KAG an und folgte ihrem Weg zu USPD und SPD. Die »Friesland-Krise«⁵³ illustriert stellvertretend für den Umgang mit der KAG, was Hermann Weber unermüdlich in seinen Studien zur später erfolgenden Stalinisierung betonte: Verlust demokratischer Diskurselemente in der KPD, eine stärkere Bindung an Russland und eine Ausrichtung an der Politik und Programmatik der KPR.

Auch wenn die Komintern und die VKPD Levis Vorschläge zu einer Einheitsfronttaktik und breiten Agitation der Arbeiterschaft zuerst nicht teilten, ließ sich der Erfolg für die Partei – auch ohne Zutun der KAG – dennoch nicht leugnen. Die erfolgreiche Regierungsbildung aus linken Kräften in Thüringen und Sachsen Ende 1921 – die zuvor für parteiinterne Diskussionen gesorgt hatte und keineswegs beliebt gewesen war – belebte das Konzept. Am 25. Dezember 1921 verabschiedete das EKKI die *Leitsätze über die Einheitsfront der Proletarier*.⁵⁴ Das mag, vor dem Hintergrund des Umganges mit Personen wie Friesland oder Levi, nun zurecht verwirren. Der Anstoß zu dieser Entscheidung kam erneut aus Russland, da man unter Bolschewiki davon ausging, dass durch die angespannte wirtschaftliche Lage zunächst ohnehin keine Revolution möglich

50 Hirschinger, Kommunistische Parteisäuberungen, S. 48.

51 Ebenda, S. 46–47.

52 Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 535.

53 Ebenda, S. 534.

54 Hierzu weiterführend vor allem Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, Kapitel 3.5.

sei. Sinowjew rechtfertigte den rapiden Kurswechsel anlässlich der ersten Sitzung der Erweiterten Exekutive im Februar 1922 damit, dass die internationale Revolution nach 1919 ausgeblieben sei und man nun dafür die anderen sozialistischen Parteien benötige.⁵⁵ Damit war die Revolution bis auf weiteres vertagt.

Im selben Monat schlug die KAG der USPD ein Treffen zur »Besprechung über eine politische und organisatorische Verständigung vor«.⁵⁶ Am 20. Februar 1922 wurde der Beitrittsgesuch der KAG auf der Reichskonferenz der USPD einstimmig angenommen. Große Euphorie herrschte bei keiner der beiden Gruppen, trotzdem gingen Levi und seine Anhänger:innen im September 1922 auch den Schritt zur SPD mit. Die KAG blieb trotz der innerparteilichen Debatten die sie in der KPD auslöste weitgehend politisch unbedeutend und konnte, bis auf die Postulation eines anderen Planes zum Sturz des demokratischen Systems, inner- und außerparteilich nichts umsetzen. Die Vorschläge der KAG wurden konsequent zurückgewiesen und die Diskussionen um Verantwortung an den gescheiterten Märzaktionen an ihr so stark abgerieben, dass sie sich nur noch zur innerparteilichen Spaltung eignete. Das Experiment der *Kommunistischen Arbeitergemeinschaft* wurde 1927 in Thüringen wiederholt, trat dann aber als ultralinke Gruppierung auf, weswegen häufig von der »ersten« (1921–1922) und »zweiten« (1926/1927–1931) *Kommunistischen Arbeitergemeinschaft* die Rede ist.

3. Die Einheitsfronttaktik 1921–1924: Die Frage nach der deutschen proletarischen Revolution

Die *Einheitsfronttaktik* beschrieb Bestrebungen der KPD, die von der SPD betriebene Reformpolitik aufzugreifen, in proletarische Massenkämpfe umzuwandeln und die deutsche Arbeiterbewegung unter kommunistischer Führung zu vereinigen.⁵⁷ Dabei galt es für die KPD zunächst die Basis von der

⁵⁵ Ebenda, S. 541.

⁵⁶ Fritz, Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, S. 143.

⁵⁷ Hemje-Oltmanns, Dirk, Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfrontpolitik in der KPD 1920/21, Berlin 1973. Zu den Grundlagen der Einheitsfront in der ersten Hälfte der 1920er Jahre zudem auch Harald Jentsch, Die KPD und der »Deutsche Oktober« 1923, Rostock 2005 sowie Flechtheim, Die KPD. Zur zweiten Phase der Einheitsfronttaktik, bis 1933 und der damit in Verbindung stehenden Sozialfaschismusthese, siehe vor allem Hoppe, Bert, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007 sowie Richard Rohrmoser, Antifa — Portrait einer linksradicalen Bewegung, Berlin 2010.

Parteiführung zu trennen, vor der gescheiterten Oktoberrevolution 1923 noch durch politische Verhandlungen zur »Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses«.⁵⁸ Nach 1923 änderte die KPD ihre Taktik und versuchte nun, sozialdemokratische Arbeiter:innen durch »direkte propagandistische Apelle« zu erreichen von einem Zusammengehen zu überzeugen.⁵⁹ Der Kurswechsel steht in direkter Verbindung zu der, 1924 von Grigori Sinowjew formulierten, *Sozialfaschismusthese*, welche die Sozialdemokratie als Stütze des bürgerlichen Kapitalismus verstand.

Die Anfänge der *Einheitsfront* und der damit in Verbindung stehenden Einheitsfronttaktik liegen im Jahr 1921, als Paul Levi – noch als Parteivorsitzender – einen Offenen Brief an die SPD und USPD richtete. In diesem warb er mit einem »Minimalprogramm« für gewerkschaftliche Zusammenarbeit, mit der er Verbesserung der wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und auch außenpolitischen Position der Arbeiter:innen erreichen wollte.⁶⁰ Obwohl die Basis für ein Zusammengehen mit der KPD gestimmt haben soll, lehnten die Vorstände Levis Vorschläge ab.⁶¹ Das EKKI und das ZK hatten der *Einheitsfronttak-*

kalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022 neben Gmeiner, Je-
na/Schulz, Markus, Deutsche Volksfront ohne Volk. Manifeste des Widerstandes, Bie-
lefeld 2010 und Siegfried Bahne, Zur Vorgeschichte der Volksfront — Die kommunisti-
sche »Einheitsfrontpolitik« gegenüber der Sozialdemokratie in den Jahren 1933–35, in: Zeitschrift für Politik 2 (1960), S. 166–178. Zu der zweiten Phase der Einheitsfronttak-
tik gehörte auch die Gründung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) 1928/1929. Siehe hierzu beispielsweise Müller, Werner, Lohnkampf, Massenstreik, So-
wjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln 1988 und Heer-Kleinert, Lore, Die Gewerkschafts-
politik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./New York 1983. Die Einheits-
fronttaktik findet sich nicht nur in der europäisch-kommunistischen Politik (Deutsch-
land und Frankreich), sondern wurde von der Komintern auch in Asien (China und Ja-
pan) bemüht. Siehe hierzu beispielsweise Greiner-Petter, Andrea, Zur Einheitsfrontpo-
litik der Kommunistischen Partei Japans 1922–1935, 2 Bände, Berlin 1988 sowie Mayu-
mi, Itō, The making of China's war with Japan. Zhou Enlai and Zhang Xueliang, Singa-
pur 2016 neben Heinzig, Dieter, Chinas Politik gegenüber der UDSSR 1976 bis 1978 auf dem Weg zur »antisowjetischen Einheitsfront«, Köln 1982 und Kuo, Heng-yü, Die Kom-
intern und die chinesische Revolution. Die Einheitsfront zwischen der KPD Chinas und der Kuomintang 192—1927, Paderborn 1979.

⁵⁸ Dapp, Teresa, Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik. Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 503–544, hier S. 522.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Flechtheim, Die KPD, S. 126.

⁶¹ Ebenda.

tik 1921 formal zwar zugestimmt und sie zum neuen *modus operandi* erkoren, dennoch blieb sie parteiinterner Kritik ausgesetzt. So empfand man die Geschwindigkeit, mit der die Kooperation mit der SPD eingeleitet worden war, als zu schnell und hielt eine internationale Einheitsfront in naher Zukunft für unerreichbar.⁶²

Mit dem Attentat auf Walter Rathenau am 24. Juni 1922 musste sich die Einheitsfront vor allem innerparteilich im Rahmen der Arbeiterdemonstrationen beweisen. In der KPD erhöhte sich so der Druck auf die geschlossenen Abkommen und gemeinsamen Aktionen mit der SPD – vor allem vonseiten des linken Flügels um Ruth Fischer und Arkadi Maslow. Die Rechten hingegen befürworteten die Einheitsfront, in der Hoffnung, man könne so »gewisse Aktionsziele und eine Verbesserung der Lage der Arbeiter«⁶³ erreichen. Sie sprachen sich für eine Mitarbeit in den *Freien Gewerkschaften* sowie Parlamentarismus aus, stellten sich theoretisch in die Tradition des Vorkriegs-Sozialismus und hielten eine Synthese von *Leninismus* und *Luxemburgismus* für vorteilhaft.⁶⁴ Seine Ursprünge hatte diese ideologische Kluft in der Prägung der Rechten, die größtenteils noch zum Spartakusbund gehört hatten und – im Gegensatz zu den Linken, besonders in Berlin – weniger Intellektuelle als Arbeiter und Gewerkschafter waren.⁶⁵ Im Jahr 1922 kam es, trotz erheblicher Kritik des »linken« Parteiflügels, zu gemeinsamen Streiks der Eisenbahnbeamten und die KPD entsandte Delegierte zu Kongressen des sozialdemokratisch durchsetzten *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB).⁶⁶ Darüber hinaus unterzeichnete die KPD das sogenannte *Berliner Abkommen* – eine Vereinbarung mit Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, zur »Demokratisierung der Republik«, die eine deutliche reform-demokratische Prägung hatte.⁶⁷

Auf dem rechten Parteiflügel bestand die Ansicht, dass die SPD und vor allem ihr linker Flügel unter genügend Mitarbeit und Druck der Massen, bereit wäre, sich von der Partei abzuspalten und sich der KPD und einer Revolution anzuschließen (Einheitsfront »von unten«). Dieser Druck der Massen, also der Breite aller Arbeiter:innen, wäre dann auch in den Parlamenten zu spüren. Sobald dort und in anderen Institutionen des öffentlichen und politischen

62 Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 543.

63 Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 17.

64 Ebenda.

65 Ebenda.

66 Flechtheim, Die KPD, S. 134.

67 Ebenda, S. 136.

Lebens die Interessen der Arbeiter:innen durchgesetzt würden, müsse sich die Bourgeoisie verteidigen und es käme so zu einer Revolution (Einheitsfront »von oben«). Für die Linken in der KPD hingegen war eine solche Einheitsfront »von oben« unvorstellbar und sie rangen auch mit der Einheitsfront »von unten«, die sie lediglich als Mittel zur Abspaltung der Arbeiter:innen von der SPD akzeptierten. Diese Diskussion brach umso härter hervor, als im Januar französische und belgische Truppen im Rheinland und Ruhrgebiet einmarschierten. Nachdem sie das Rhein- und Ruhrgebiet militärische besetzten und die Cuno-Regierung zum Generalstreik aufgerufen hatte, litt die Bevölkerung unter Hunger und Hyperinflation. Die *Ruhrkrise* befeuerte den innerparteilichen Diskurs ebenso wie die radikalen Stimmungen im Land. Die Parteivorsitzenden Bandler und Thalheimer versuchten nun, die EKKI-Lösung der Einheitsfront mit der aktuellen politischen Lage in Einklang zu bringen und gleichzeitig dem revolutionären Drängen der Linken gerecht zu werden. Zu Verdruss dieser, hielt die rechte Parteiführung eine Revolution ohne die Kräfte der SPD für undurchführbar. Auch Karl Radek setzte sich nun für die Einheitsfront ein und setzte sich auf einer Geheimsitzung der KPD für eine »loyale Durchführung der Parteitagsbeschlüsse gegen Fraktionsbildung«⁶⁸ ein. Sonderlich trennscharf fiel die Programmatik eines Einheitsfrontkurses der KPD zu dieser Zeit aber nicht aus, zumindest nicht in Bezug auf die Sozialdemokratie (siehe Abschnitt zur *Schlagetaktik*). Das wiederrum änderte aber nichts zarten Erfolgen: Hermann Weber attestierte der KPD während der Ruhrkrise einen stetig wachsenden Einfluss der KPD, der es vermutlich zeitweise gelang, die Mehrheit der sozialistisch orientierten Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen.⁶⁹ Trotz tiefgreifender programmatischer und ideologischer Unterschiede, schuf die »ambivalente Mischung aus Intimität und Distanz, diese Gemengelage aus Gemeinsamkeit, Ähnlichkeit, Differenz und Gegnerschaft begründete nicht unbedingt Freundschaft [...] aber Nähe«.⁷⁰ Ob dies aber wirklich auf einen taktischen und programmatischen Erfolg der Einheitsfront

⁶⁸ Ebenda, S. 139.

⁶⁹ Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 44. Harald Jentsch beurteilte den Einfluss der KPD auf die Arbeiterschaft etwas vorsichtiger, in Jentsch, Deutscher Oktober, S. 209. Michael Wildt schilderte, dass die Versuche der »proletarischen Mobilisierung an der Ruhr [...] auf wenig Gegenliebe« stießen, in Wildt, Michael, Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918–1945, München 2022.

⁷⁰ Mallmann, Klaus-Michael, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (1999), S. 406.

zurückzuführen ist, oder eher in äußeren Faktoren und wirtschaftspolitischen Umstände wurzelt, ist noch nicht abschließend feststellbar.

Innerhalb der KPD wurde nun auch die Möglichkeit diskutiert, mit der SPD eine Regierung zu bilden. Hatte man zuvor versucht, die SPD und ihre Reformpolitik als für die Arbeiterschaft unzureichend zu »entlarven«, sah man nun die Möglichkeit, aus der Koalition eine *Arbeiterregierung* werden zu lassen.⁷¹ In der Folge entbrannte in der KPD ein Streit darüber, ob diese als Parlamentarismus (rechter Flügel) oder als *Diktatur des Proletariats* (linker Flügel) zu verstehen sei.⁷² In Sachsen (10. Oktober 1923) und Thüringen (16. Oktober 1923) bildete die KPD schließlich im Herbst 1923 gemeinsam mit der SPD eine rote Minderheitsregierung,⁷³ die damit erstmalig formal die Vorstellungen der Einheitsfront erfüllte und sich am Parlamentarismus orientierte. Durch die von Komintern angeordnete zur Regierungsbeteiligung angewiesen,⁷⁴ gelang es der KPD in diesen beiden Ländern ein Verbot der Proletarischen Hundertschaften zu verhindern, die sich schon seit August 1923 für eine bewaffnete Revolution ausrüsteten. Zu weiteren »außerparlamentarischen Machtfaktoren« – die man im Rahmen der Einheitsfront ausbauen wollte, um den proletarischen Umsturz durchführen zu können – gehörten unter anderem die Stärkung der Betriebsräte und die Bildung von Ausschüssen, die Kontrollfunktionen und die Koordinierung von bewaffneter Abwehr und Angriff übernehmen sollten.⁷⁵ Als die Reichswehr Ende Oktober bis Anfang November in Mitteldeutschland einmarschierte, um die Einheitsfrontregierungen auf Basis einer Notverordnung aufzulösen, veröffentlichte die KPD ein Flugblatt, in dem die sozialdemokratischen Arbeiter:innen dazu aufgerufen wurden, die Einheitsfront zu verteidigen.⁷⁶ Der SPD-Vorstand hatte aber bereits im September allen Parteiorganisationen und Mitglieder:innen gegenüber das Verbot ausgesprochen, im Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Reichswehr

71 Flechtheim, Die KPD, S. 134.

72 Ebenda.

73 Siehe zu den rot-roten Einheitsfrontregierungen auch Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Göttingen, 2011 und Leimbach, Timo, Parlamentarische Integration vs. Stalinismus? Die KPD-Fraktion im Landtag von Thüringen 1920–1932, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 5 (2018) S. 43–60.

74 Angress, Werner T., Stillborn Revolution – Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Bonn 1973, S. 436–437.

75 Jentsch, Deutscher Oktober, S. 206.

76 Ebenda, S. 231.

»auf das kommunistische Angebot einer ›Einheitsfront von unten‹ einzugehen.«.⁷⁷ Thüringen und Sachsen wurden von der Reichswehr besetzt und die Einheitsfrontregierungen gewaltsam abgesetzt, was in der KPD die Rufe nach einem Losschlagen der proletarischen Revolution lauter werden ließen. Verstärkt wurde dies durch die – ausgehend von der Ruhrbesetzung – massiv verschlechterten Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung. Es stand sowohl für Teile der KPD als auch der linken SPD fest, dass keine der beiden Parteien genügend Gewicht für einen geplanten alleinigen Widerstand, noch für eine bewaffneten Revolution aufbringen konnte. Und das obwohl vor allem führende Teile der linken KPD – durch die Kulmination von Ruhrbesetzung und »latenter Revolutionsstimmung«⁷⁸ in Mitteldeutschland – die innenpolitische Lage für geeignet hielten.

So terminierte die EKKI in Absprache mit der KPD das Datum für die Revolution Anfang Oktober 1923 auf den 9. November 1923. Der Termin wurde durch eine geplante Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses, angeregt durch Bandler, durch die Zentrale bestätigt. Innerhalb der KPD-Zentrale begann man bereits im Sommer 1923 mit Plänen für eine deutsche Revolution, da sich vor dem Hintergrund der Ruhrbesetzung Zuversicht breit machte. Nun standen Bandler und Thälheimer aber vor der Herausforderung ihre Kampfverbände und die Basis in viel kürzer Zeit für eine bewaffneten Revolution auszurüsten und auf die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten. Man hielt sich dabei an die Pläne die schon im Sommer ausgearbeitet wurden: Initialkämpfe in Thüringen und Sachsen, Vermeidung von Kampfhandlungen im Ruhrgebiet und Bayern durch respektive die französische Militärpräsenz und erstarkende Faschisten sowie die Vorbereitung zur Bildung eines Reichsbetriebsrätekongresses zur Proklamation der proletarischen Revolution.⁷⁹ Sorge bereitete der Parteiführer vor allem die Bewaffnung ihrer *proletarischen Hundertschaften* in Mitteldeutschland und der Arbeiterschaft in den anderen Gebieten der Weimarer Republik.

Hoffnungen, die die KPD in Aufrufe an sozialdemokratische Arbeiter:innen die Einheitsfront zu verteidigen, gelegt hatte wurden enttäuscht: Ein geplanter Generalstreik in Chemnitz zum Auftakt der proletarischen Revolution

77 Ebenda, S. 212.

78 Borchardt, Knut, Grundriss der deutschen Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1975, S. 542.

79 Jentsch, Deutscher Oktober, S. 206–207.

wurde durch die SPD abgelehnt.⁸⁰ Die KPD wich in der Folge auf Hamburg aus – dort sollte nun ein Aufstand den Auftakt der Revolution verkünden. Der *Hamburger Aufstand* (gelegentlich auch *Barmbeker Aufstand*) und die Ereignisse die zu den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hamburger Kommunisten und der Polizei sowie Gegenrevolutionären führten, wurden in der Vergangenheit rege diskutiert. Eine stetig rekurrierende Frage stellte dabei die Rolle eines Kuriers dar, dessen Bedeutung und Person wiederholt aufgegriffen wurden und mittlerweile als nachgewiesen und belegt gilt. Auf der Polbüro-Sitzung vom 20. Oktober erhielt man Meldung aus Kiel, dass dort nicht nur ein Generalstreik stattfinden solle, sondern dass die örtlichen Kommunist:innen dort seien ausreichend bewaffnet seien. Man schickte den Kurier Hermann Remmeli, Mitglied des Reichstages für die KPD, nach Kiel, um die Lage zu überprüfen und dann gegebenenfalls vor Ort die Kieler Kommunisten zum Losschlagen zu bewegen, um im Anschluss die Bewegung auf Bremen, Hamburg und Mecklenburg auszuweiten. In Hamburg begann die KPD umgehend, sich auf einen Aufstand vorzubereiten – ungeachtet der Entscheidungen die man Chemnitz getroffen hat. Maßgeblich daran beteiligt war August Thälmann, der ranghöchsten Funktionär des Bezirks Wasserkante, der sich von einer schnellen und bestenfalls erfolgreichen Kampfhandlung einen persönlichen parteipolitischen Vorteil erhoffte. Der *Hamburger Aufstand*, der in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober nach knapp zwei chaotischen Tagen endete, forderte insgesamt über 100 Tote und Verletzte. Durch den erfolglosen Hamburger Aufstand, der »die einzige bewaffnet geführte Kampfhandlung des ›deutschen Oktobers‹ war«⁸¹ war für die Partei evident geworden, dass in Deutschland im Herbst 1923 keine Revolution ausbrechen würde.

In der Folge der Oktoberniederlage gingen die Linken hart mit den Rechten und der von ihnen geförderten Einheitsfronttaktik ins Gericht. Sie waren überzeugt davon, dass das Festhalten an der Einheitsfront und ein zu großer Fokus auf Sachsen und Thüringen zur Niederlage geführt hatte und ihnen schloss sich die sogenannte »Mittelgruppe« an. Die Rechten hatten ihnen nicht viel entgegenzusetzen und entschieden sich dafür, an ihrem Kurs festzuhalten, der an der Stabilisierung der Arbeiterklasse in einer weiterhin revolutionären Situation. Die Linken und die Mittelgruppe drängten allerdings weiterhin auf eine schnelle, vollständige Revolution und die »Zermaltung der Rechten«.⁸² Sie

⁸⁰ Ebenda, S. 234.

⁸¹ Ebenda, S. 239–244.

⁸² Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 58–60.

bestimmten den Diskurs für sich und stürzten die Parteiführung, deklarierten Brandler einen »Verräter«, machten ihn für die Niederlage und die vermeintlich verpasste Revolutionsmöglichkeit im Sommer 1923 verantwortlich.⁸³ Von der SPD entfernte man sich programmatisch deutlich durch die *Sozialfaschismusthese*, die auch eine Zäsur für die Einheitsfront bedeutete.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit und Diskussion der Einheitsfront wurde auch die Frage aufgeworfen, inwiefern die Basen der beiden Parteien diese mittrugen und wie durchführbar sie tatsächlich gewesen wäre. Dabei spielt auch die Frage nach der Handlungsmacht von Ortsgruppen der KPD und deren (Un-)Abhängigkeit von Lösungen der Komintern und Parteizentrale eine große Rolle. Als erster hat Klaus-Michael Mallmann dieses Verhältnis untersucht und damit eine Gegenposition zur der, von Hermann Weber begründeten, Stalinisierungsthese entwickelt, was eine Forschungskontroverse zur Folge hatte.⁸⁴ Mallmann entwickelte seine These unter anderem vor dem Hintergrund eines »linksproletarischen Milieus«. Die Implikationen die das für die Stalinisierungsthese besitzt, sind an dieser Stelle – wenn auch interessant und vieldiskutiert – sekundär. Für die Einheitsfront würde die Existenz eines solches parteiübergreifenden sozialistischen Milieus in der Konsequenz eine fast lückenlos durchgeführte gemeinsame Politik (nach Überwindung der ideologischen Spaltung) und ein ebenso lückenloses Zusammengehen in den bedeutenden Momenten der Einheitsfronttaktik bedeuten. Idealerweise wäre diese so ausgefallen, wie die jeweilige Parteizentrale die Einheitsfront gedeutet hätte, für das Jahr 1923 also nach der Strategie der Rechten und einer Einheitsfront »von oben« zur Bildung einer Einheitsfront »von unten«. Dass aber versuchte Aufstände und Streiks, wie beispielsweise in Hamburg, oder die bestehenden rot-roten Regierungen in Sachsen und Thüringen nicht ausreichten, um die Arbeiterschaft zu einem bewaffneten Kampf zu bewegen, spricht dagegen. Harald Jentsch hat bereits darauf hingewiesen, dass die Masse der Arbeiterschaft »mit den Auffassungen und der Politik der KPD sympathisieren« möchte, dies aber nicht ausreichte um »um ihre angestammte Passivität in Aktivität zu verwandeln und sie zum Wagnis

83 Flechtheim, Die KPD, S. 149–151.

84 Die gesamte Debatte um die Stalinisierung wurde von Rübner, Hartmut, Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte (Teil Eins), in: Sozial.Geschichte Online 34 (2023), S. 98–107 konzise dargestellt.

eines bewaffneten Aufstandes zu motivieren«.⁸⁵ Sicherlich kommt, durch die EKKI-Lösung der Einheitsfront auch noch eine latente Verunsicherung hinzu, die vor allem aus dem programmatischen Ringen der Rechten und Linken um den Parteikurs entstand.

So oszillierte beispielsweise die *Bergische Arbeiterstimme*⁸⁶ im Jahr 1923 stets zwischen rechter Parteilinie und linker Agitation gegen die SPD-Führung. Im Januar 1923 publizierte sie den Artikel »Ein sozialdemokratisches Urteil über sozialdemokratische Politik«, in dem die Steuerpolitik (Zurückhaltung der Steuer am Zahltag) der SPD auf Reichsebene als »schändliche Opferung der Arbeiterschaft« eingeordnet wurde.⁸⁷ Wenige Wochen später, im März 1923, erklärte die Bergische Arbeiterstimme feierlich eine »vernichtende Niederlage für die rechtsstehende Führerclique« der SPD auf dem sächsischen Landesparteitag, die gleichzeitig einen »Sieg der sozialdemokratischen Massen über die Stinneskoalitionsgelüste ihres rechtsstehenden Führer [sic!] ist«.⁸⁸ Einige Tage später druckte sie darüber hinaus die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion aus SPD und ADGB des Internationalen Frankfurter Kongresses, »Krieg dem Kriege!«, in dem die linke SPD-Fraktion von der Notwendigkeit sprach »daß die Arbeiterklasse national und international die Einheitsfront schließt«.⁸⁹ Anfang Oktober warnte auch die *Bergische Arbeiterstimme* vor »der heranmarschierenden Konterrevolution« und forderte gemeinsam mit der ADGB die Arbeiter:innen auf: »Rüstet euch zu wirksamer Abwehr der Angriffe der Konterrevolution. Schlagt alle Angriffe auf den Achtstundentag ab. Schlagt alle Angriffe auf die sächsischen und thüringischen Proletarier ab, indem ihr überall im Reiche eure einheitliche Kampffront errichtet!«.⁹⁰ Nach dem die

85 Jentsch, Deutscher Oktober, S. 209.

86 Die Bergische Arbeiterstimme war das Presseorgan der KPD-Hochburg Solingen, das von der USPD zur KPD überging. Durch diese historische Nähe zur SPD, lohnt es sich, die Darstellungen der Ereignisse des Jahres 1923 in der Bergischen Arbeiterstimme zu betrachten. Siehe weiterführend zur Bergischen Arbeiterstimme vor allem Wündrich, Volker, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.

87 Bergische Arbeiterstimme vom 4. Januar 1923, »Ein sozialdemokratisches Urteil über sozialdemokratische Politik« (34, 3), Solingen 1923.

88 Bergische Arbeiterstimme vom 7. März 1923, »Die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter durchkreuzen die Stinneskoalition« (34, 56), Solingen 1923.

89 Bergische Arbeiterstimme vom 21. März 1923, »Krieg dem Kriege! Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Kongreß in Frankfurt« (34, 68), Solingen 1923.

90 Bergische Arbeiterstimme vom 6. Oktober 1923, »Einigt, rüstet und verteidigt euch gegen die heranmarschierende Konterrevolution!« (34, 207), Solingen 1923.

Reichsregierung in der *Causa Sachsen und Thüringen* die Notverordnung verabschiedet hatte, titelte die Bergische Arbeiterstimme »Die großkapitalistische Diktatur errichtete mit Hilfe der Sozialdemokraten⁹¹ und zeigte sich enttäuscht über die Erklärung der »USPD-Opposition«, die zwangsweise für die Notverordnung gestimmt haben solle.

Wie aussagekräftig diese Artikel für die Gesamtrezeption der Einheitsfronttaktik in der breiten Masse der KPD sind, bleibt fraglich. So hat Klaus-Michael Mallmann bereits darauf hingewiesen, dass durchaus eine erstaunlich große Divergenz zwischen der Anzahl an Mitglieder:innen einer Ortsgruppe und den tatsächlichen Abonnent:innen der parteilichen Presseorgane vorlag.⁹² Zudem zeigt sie nur ein lokales Umgehen mit der Parteilinie, das je nach Region unterschiedlich ausgeprägt war. Teresa Dapp hat darauf hingewiesen, dass sich im Saarland – »wo die NSDAP stets außerordentlich schwach an Mitgliedern und Wählern war⁹³ – keine Bestrebungen zur Gründung einer Einheitsfront beobachten lassen. Sie führte somit die Gründung von Einheitsfronten in verschiedenen Orts- und Landesverbänden Ende der 1920er Jahre in erster Linie auf gemeinsam empfundenes Bedrohungsgefühl durch die erstarkenden Nationalsozialisten zurück. Mallmanns These folgend sieht sie dort ein »Gefühl der Zusammengehörigkeit« gegeben, das je nach lokalen und regionalen Gegebenheiten stärker oder schwächer ausfiel.⁹⁴ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Joachim Häberlen in seiner Betrachtung des linksproletarischen Milieus in Leipzig zum Ende der Weimarer Republik, in dem sich (gewaltsame) Konflikte häuften und die politischen Ziele

91 Bergische Arbeiterstimme, »Die großkapitalistische Diktatur errichtet mit Hilfe der Sozialdemokraten«,

92 Mallmann, Klaus-Michael Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse. Eine Erwiderung, in: Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte 47 (1999), S. 401–415 (47,3). Der Artikel erschien als Erwiderung auf Andreas Wirsching's Rezension von Mallmanns Habilitationsschrift, die die These der Stalinisierung in Frage stellte und damit eine Forschungskontroverse eröffnete. Siehe zur Habilitationsschrift Mallmann, Klaus-Michael, Sozialgeschichte des deutschen Kommunismus, Göttingen 1995 und für die Besprechung durch Wirsching, Andreas, »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 449–466.

93 Dapp, Kommunistische Milieus, S. 523.

94 Ebenda, S. 523–524.

so weit voneinander abrückten, dass auch »vage Vorstellungen von Sozialismus [...] gemeinsame Traditionen [...] oder der Glaube an die Wichtigkeit einer geeinten Arbeiterbewegung« diese nicht überbrücken konnten.⁹⁵ Beide Beobachtungen decken sich mit den Bedingungen zur Bildung der rot-roten Regierungen in Sachsen und Thüringen, die vor allem auf Basis einer Sorge vor faschistischen Märschen nach Berlin geführt wurden.⁹⁶ Mit einer freiwilligen Einheitsfront – die auf Überbrückung der ideologisch-programmatischen Differenz und nicht auf Zweckmäßigkeit beruhte – hat dies nicht viel gemein. Grundsätzlich scheint die Parteizentrale unter Brandler und Thalheimer die innen- und außenpolitische Situation und die daraus resultierende Stimmung in der deutschen und der europäischen Arbeiterschaft falsch eingeschätzt zu haben. So rechnete man der KPD-Spitze mit einer Welle der Solidarität in den Nachbarländern, insbesondere aus Frankreich und Belgien. So titelte auch die *Bergische Arbeiterstimme* Anfang Januar 1923 »Französische und Deutsche Arbeiter für den Kampf gegen Imperialismus und gegen internationale Kapitaldiktatur«.⁹⁷ Die internationalen Proteststreiks, auf die die KPD gehofft hatte, blieben aber aus. Resigniert stellte Heinrich Brandler schon im April 1923 fest: »Wir haben uns geirrt und einen schweren Fehler gemacht«.⁹⁸

Der Einheitsfrontbegriff erlebte in der KPD seine rhetorische und politisch-programmatische Wiedergeburt als »Einheitsfront von oben« von 1929 bis zur »Machtergreifung« durch die Nationalsozialisten, sowie bei der »Zwangvereinigung« von SPD und KPD zur SED.⁹⁹ Dadurch wurde die Einheitsfront auch in der DDR zu einem Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtungen, so beispielsweise in den Quelleneditionen Arnold Reisbergs zur Einheitsfront.¹⁰⁰ Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass Forschungsbeiträge, die

95 Häberlen, Joachim C., Kameradschaft mit dem Messer? Zum Zerfall des linksproletarischen Milieus in Leipzig am Ende der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte 53 (2013), S. 223–243.

96 Jentsch, Deutscher Oktober, S. 219.

97 Bergische Arbeiterstimme vom 9. Januar 1923, »Deutsch-französisches Großkapital für Ruhrbesetzung« (34, 7), Solingen 1923.

98 Zitiert nach Wildt, Zerbörstene Zeit, S. 124.

99 Siehe zur »Zwangvereinigung« der SED und KPD in der DDR, auch in kritischer Beurteilung der Begrifflichkeit und Zuschreibung »Zwang«, unter anderem Clegg, Julianne, Die Vereinigung von SPD und KPD zur SED, in: Politik und Gesellschaft 2 (2016), S. 95–128.

100 Reisberg, Arnold, Aus den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Band 1 und 2, Berlin 1971. Von Arnold Reisberg ist zudem eine Promotionsakte von 1964 zu selbigem Thema im Bundesarchiv vorhanden: BArch DY 30/5972. Der Dietz Verlag veröffentlichte darüber

sich mit der historischen Betrachtung der Forschung an den Weimarer KPD beschäftigen, aktuell noch ausstehen. Es könnte lohnend sein, den Einheitsfrontbegriff, seine ideologischen Prägungen sowie politischen Auslegungen aus wissenschaftshistorischer Perspektive zu betrachten und einem deutsch-deutschen Vergleich zu unterziehen.

4. Der Schlageter-Kurs: Anbiederung, Ahnungslosigkeit oder Populismus?

Im Rahmen der französisch-belgischen Ruhrbesetzung änderte die, vom rechten Flügel geleitete, KPD nicht nur vor dem Hintergrund der Einheitsfronttaktik ihren politischen Kurs. Ausgehend von der antifranzösischen Agitation der völkisch-nationalen Kreise erhitzte sich die Stimmung und Nationalisten verübten im Namen des »Ruhrkampfes« Sabotageaktionen und Attentate auf die Infrastruktur und das Militär der Besatzer. Auch die KPD schloss sich dem Kampf an – für sie ging es aber vielmehr um eine Provokation des »internationalen Kapitals« und man sah nun die Zeit für den Ausbruch einer gesamtdeutschen Revolution gekommen.

Nach dem Anschlag Albert Leo Schlageters auf die Bahnverbindung bei Kalkum im März 1923 – der später posthum zu einem Märtyrer des Nationalsozialismus und der völkisch-nationalistischen Idee ausgerufen wurde – hielt Karl Radek eine schon von Zeitgenossen vieldiskutierte Rede zum kommunistischen Kurs. Auf der 3. Erweiterten Tagung des EKKI am 20. Juni 1923 sprach er sich mit »Leo Schlageter – der Wanderer ins Nichts« für einen Richtungswechsel in der Causa Ruhrkampf aus. Er erklärte Schlageter zu einem Beispiel des in einem Nationalisten erwachten Klassenkämpfers, der Vorbild für all jene sei, die noch dem Faschismus anhingen. Es gelte nun »die ehrlichen, patriotischen Massen, die gegen die französische imperialistische Invasion kämpfen wollten« zu sammeln. Radek bediente in seiner umstrittenen *Schlageter-Rede* neben einer Kriegsromantik, einem kriegerischen Männerbild und der Anbiederung mit faschistischer Sprache auch eine Rhetorik des »Wir gegen Die«. Er spricht von einem Kampf »gegen einen Feind, der bis auf die

hinaus im Jahr 1991 eine marxistisch geprägte Studie zur Märzaktion, in der unter anderem von »Monopolkapital«, »Knechtung Deutschlands durch die Siegermächte« und den »Chemieherren« aus der Industrie die Rede ist. Siehe hierzu auch Weber, Stefan, Ein kommunistischer Putsch? – Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin 1991.

Zähne bewaffnet ist, während Deutschland zermürbt ist«¹⁰¹ und beschwört eine »Einheitsfront der Arbeitenden« – die ohnehin aus »der Mehrheit des deutschen Volkes« bestehe.¹⁰² Den Feind bildeten »Eisen- und Kohlenkönige« und die kapitalistische Entente.¹⁰³ Radek verkärt daraufhin Schlageter zu einem Vorreiter des gesamtdeutschen Klassenkampfes, einem »Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit«.¹⁰⁴ Dieser Brückenschlag zur nationalrevolutionären Rechten sorgte in der Folge für »literarischen Waffengängen zwischen Kommunisten und Nationalisten«.¹⁰⁵ Die Rote Fahne publizierte deutschvölkische Artikel des Nationalsozialisten Ernst Graf zu Reventlows und Karl Radek brachte gemeinsam mit Arthur Moeller van den Bruch, dem Schöpfer des Begriffs »Drittes Reich«, eine Aufsatzsammlung heraus. Grundsätzlich herrschte in weiten Teilen unter Nationalisten aber eher Verunsicherung über den Umgang mit den Annäherungsversuchen der KPD.¹⁰⁶

Die Gründe für Radeks Versuch, mit Teilen des deutschnationalen und völkischen Lagers gegen die Besatzung und die Weimarer Republik mobil zu machen, werden auf veränderte russische außenpolitische Interessen zurückgeführt.¹⁰⁷ Russland hätte von einer deutsch-russischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit profitiert – mit dem »Curzon-Ultimatum« im Mai 1923 aber verabschiedete die Komintern sich fürs Erste von der Illusion, die Weimarer Republik als Schutzwall vor dem »Internationalismus« zu etablieren und griff nun auch die Cuno-Regierung an.¹⁰⁸ Hinzu kommt, dass die Ruhrbesetzung vor allem die kleinbürgerliche Mittelschicht in Aufregung versetzte, die man in der kommunistischen Lesart entweder »aktiv auf ihre Seite ziehen oder wenigstens in einer passiven Neutralität halten«¹⁰⁹ musste. Radek soll darüber hinaus – durch die politischen Entwicklungen und Erfolge der konterrevolutionären bis faschistischen Parteien in Deutschland, Italien, Polen und Bulgarien – »neue Möglichkeiten die Weltrevolution zu initiieren« gesehen

¹⁰¹ Weber, Dokumente, S. 146.

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ Ebenda, S. 143–144.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 147

¹⁰⁵ Flechtheim, Die KPD, S. 141.

¹⁰⁶ Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 178.

¹⁰⁷ Flechtheim, Die KPD, S. 141.

¹⁰⁸ Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 180.

¹⁰⁹ Jentsch, Deutscher Oktober 1923, S. 114.

haben.¹¹⁰ Nachdem seine Rede innerparteilich zu Auseinandersetzungen geführt hatte, erklärte er im Juli 1923 seine Intention vor der KIJ. Für Radek sei es illusorisch zu glauben, die Arbeiterklasse allein könne das kapitalistische System stürzen und sah als »erste Bedingung sei eine ›Koalition mit den nichtkommunistischen Arbeiterparteien‹, eine ›Einheitsfront des Proletariats‹«.¹¹¹ Hinzu kam, dass der »linke« Parteiflügel um Thälmann, Fischer und Maslow im Ruhrkampf den Beginn der proletarischen Revolution sahen und die Parteizentrale – die vom »rechten« Parteiflügel gehalten wurde – unter Druck setzte.¹¹² Die Zentrale versuchte daraufhin, die Forderungen nach einer Revolution mit der Einheitsfront-Lösung der Komintern in Einklang zu bringen.¹¹³

Louis Dupeux bewertete die Schlageter-Rede in seiner wegweisenden Studie zum *Nationalbolschewismus* als »neue Strategie« auf dem Weg zur zweiten proletarischen Revolution in Deutschland,¹¹⁴ und kritisierte als Erster die vorherige Lesart, es handele sich um ein Zusammensehen mit faschistischen Parteien und Kräften.¹¹⁵ Neben Dupeux wiesen in vergangenen Jahren auch Harald Jentsch und Olaf Kistenmacher¹¹⁶ darauf hin, dass die »Schlageter-Rede« keineswegs ein Aufruf zum gemeinsamen Kampf mit Faschisten und faschistischen Kräften sei. Folgen wir an dieser Stelle dem Politikwissenschaftler Dietmar Schirmer und seinen Beobachtungen zum Populismus, lässt sich in dem

110 Ebenda, S. 115–116.

111 Ebenda, S. 117.

112 Dupeux, *Nationalbolschewismus*, S. 179–180.

113 Ebenda, S. 179.

114 Ebenda, S. 190.

115 Ebenda, S. 187–189. Zur Deutung des Schlageter-Kurses als Zusammensehen mit faschistischen Parteien und Akteuren siehe Carr, Edward Hallett, *A history of Soviet Russia. The Interregnum 1923–1924*, London 1954 und Schüddekopf, *Linke Leute von Rechts. Zum bereitwilligen Betreten des Kurses* siehe Heinrich August Winkler, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 2019 sowie Angress, Werner Thomas, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*, Düsseldorf 1973 und Enzo Traverso, *Die Marxisten und die jüdische Frage. Eine Debatte (1843–1943)*, Mainz 1995.

116 Kistenmacher, Olaf, *National und bolschewistisch – nicht nationalbolschewistisch. Die Kommunistische Partei Deutschlands zur Zeit der Weimarer Republik*, Manuskript für einen Vortrag im Rahmen der Veranstaltung »Rot-braune Bündnisse? Zum Verhältnis von Kommunisten und Nationalsozialisten in der Weimarer Republik«, in Hamburg am 27. April 2016, https://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Kistenmacher_National_und_bolschewistisch_27_April_2016.pdf, zuletzt abgerufen am 20. Juli 2024.

Umgang der KPD mit Schlageter noch etwas anderes erkennen. Die Erweiterung des Adressatenkreises – Dupeux hat darauf hingewiesen, dass Radek die Faschisten ganz direkt in seiner Rede adressiert¹¹⁷ – erhöht »das Mobilisierungspotenzial des populistischen Diskurses, denn je geringer die Bindung an konkrete Inhalte, desto größer das Reservoir derer, die anschlussfähige Enttäuschungen erlebt haben«.¹¹⁸ An dieser Stelle ausführlich auf die Definitionsdiskurse und Theorien der Populismusforschung¹¹⁹ einzugehen, ist nicht möglich. Für uns an dieser Stelle relevant ist, dass Populismus eine Welt und damit auch eine Politik konstruiert die: »auf der einen Seite der Grenze das ›Volk‹ konstituiert; auf ihrer anderen Seite finden sich alle, die nicht zum Volk gehören, also politische, wirtschaftliche und intellektuelle Eliten, ihre Günstlinge und alle, die als Fremde identifiziert werden«.¹²⁰ Kolja Möller definiert das darin inhärente Versprechen als perspektive Entmachtung der »Eliten«, die »eine grundlegende Neuordnung der Machtverteilung« nach sich ziehe.¹²¹ Wenn auch die Bedeutung und das tatsächliche Auftreten von Populismus und populistischen Strategien und Diskursformen in der Weimarer Republik umstritten sind, haben neben Dupeux¹²² auch Historiker wie Peter Fritzsche¹²³ die Bedeutung einer (rechts-)populistischen Entleerung des innen- und außenpolitischen Diskurses festgestellt. Für einen »Linkspopulismus«, etwa der KPD, stehen noch umfangreiche Untersuchungen aus. Die Tendenz, dass Karl Radek populistische Taktiken verwendet, um das revolutionäre Potenzial des rechtskonservativen Lagers Ruhrkampfes im Sinne der Sowjets für den Ruhrkampf auszuschöpfen, findet sich auch bei Ruth Fischer¹²⁴ wieder.

¹¹⁷ Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 186.

¹¹⁸ Schirmer, Dietmar, Die populistische Konjunktur. »Movement« und »Counter-Movement« im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung, Wiesbaden 2017, S. 146.

¹¹⁹ Zum Einstieg eignen sich unter anderem Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London 2005 und Paul Taggart, *Populism*, Buckingham 2000.

¹²⁰ Schirmer, Populistische Konjunktur, S. 146.

¹²¹ Möller, Kolja, Der Populismus als Forschungsgegenstand in Politik- und Sozialwissenschaft, in: Kolja Möller (Hg.), *Populismus. Ein Reader*, Frankfurt a.M. 2022, S. 7–52, hier S. 11.

¹²² Dupeux erwähnt en passant eine »Art von patriotischem Populismus« in Radeks Rede. Siehe: Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 187.

¹²³ Fritzsche, Peter, *Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany*, New York/Oxford 1990. Fritzsches Studie beschäftigte sich mit der rechtspopulistischen Agitation der NSDAP im Raum Mitteldeutschlands.

¹²⁴ Siehe zur Biografie von Ruth Fischer vor allem Keßler, Mario, *Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961)*, Köln 2013.

Ihr Auftritt auf der Veranstaltung »Wofür starb Schlageter? Kommunismus, Faschismus und die politische Entscheidung der Studenten« vor kommunistischen und völkischen Studenten in Berlin im Sommer 1923, von dem lediglich Überlieferungen ihrer Rede im sozialdemokratischen *Vorwärts* erhalten geblieben sind,¹²⁵ wurde wie auch Radeks Schlageter-Rede stark diskutiert, rezipiert und untersucht. Ihr Ausruf, den sie in Richtung der völkischen Studenten tätigte, entflammte in der Vergangenheit eine Debatte über Antisemitismus in der KPD und galt, vielzitiert, gleichsam als Beweis:

»Sie rufen gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. [...] *Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.* Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, den Klöckner...?«¹²⁶

Ruth Fischers Motive, sich als Jüdin in diesem Maße antisemitisch zu äußern, werden seit Längerem diskutiert und sind an dieser Stelle nur von rudimentärer Bedeutung. Zunächst galt die Annahme, dass Fischer und die Berliner KPD versucht hatten, den Schlageter-Kurs und die inhärente Anbiederung mit völkisch-nationalistischen Kreisen durch den glühenden Antisemitismus zu entlarven und gewissermaßen ins Lächerliche zu ziehen.¹²⁷ Olaf Kistenmacher hat aber zurecht auf die Ebene der vermeintlichen »jüdischen Weltverschwörung« und judenfeindlichen Konnotationen, Stereotype und Eigenschaften hingewiesen, die Fischer in ihrer Rede bediente.¹²⁸ Indem sie dem Judentum zuschrieb, eine im Verborgenen agierende Übermacht zu sein,

125 »Hängt die Judenkapitalisten. Ruth Fischer als Antisemitin«, im *Vorwärts* vom 22. August 1923. Es wurde in der Geschichtswissenschaft/Sozialwissenschaft gelegentlich demontiert, dass Ruth Fischer die Rede jemals oder dem Wortlaut getreu gehalten haben soll. Dass sie selbst oder Mitglieder der KPD sich nicht gegen die Veröffentlichungen des *Vorwärts* aussprachen, die auf einem Bericht des Kommunisten Franz Pfemfert beruhften, spricht gegen diese Theorie.

126 Zitiert nach Silberner, Edmund, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 268. Hervorhebungen im Original.

127 Das erste Mal tauchte diese These bei Flechtheim auf. Siehe dazu Flechtheim, Die KPD.

128 Kistenmacher, Olaf, Vom »Judas« zum »Judenkapital«. Antisemitische Denkformen in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik 1918-1933, in: Brosch, Matthias/Elm, Michael/Geißler, Normal (Hg.), Exklusive Solidarität – Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007, S. 69–86, hier S. 72-73.

stilisierte sie das »Judenkapital« zum zweiten größten Feind der Kommunisten, neben den Nationalsozialisten.¹²⁹ So sah sie das Ziel in einem vereinten deutschen Proletariat, zu dem sie auch die völkischen Studenten zählte. Das politische Manöver sollte ihr nicht gelingen: direkt nach ihrem Auftritt wurde Ruth Fischer von den Studenten antisemitisch angefeindet. Ralf Hoffrogge sieht daher in Fischers Rede eine misslungene Provokation, die unter anderem darauf abgezielt habe, eine »Entlarvung des antisemitischen Diskurses« zu leisten.¹³⁰ Neben Ruth Fischer und Karl Radek suchte unter anderem Hermann Remmele Nähe zu völkischen Kreisen. So sprach er beispielsweise als Redner auf einer Versammlung der NSDAP und auch Heinrich Brandler, Parteivorsitzender im Jahr 1923, bediente sich ihres Jargons, indem er in der *Roten Fahne* von einem »verjudeten Finanzkapital« sprach.¹³¹

Grundsätzlich scheint die KPD im Frühjahr 1923 die »ideologische Modernisierung«¹³² der rechten, antodemokratischen Parteien und Bündnisse unterschätzt zu haben. Die dabei lang vertretene Annahme, der Schlageter-Kurs sei zwar innerparteilich auf wenig Gegenliebe gestoßen aber größtenteils widerspruchslos hingenommen bis aktiv gefordert worden, hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Besonders konzise legt Ralf Hoffrogge in einem neueren Aufsatz dar, wie der linke KPD-Flügel im Jahr 1923 Kritik an der Annäherung an national-revolutionäre Kreise übte.¹³³ Besonders aktiv in der Bekämpfung zeigte sich die eher intellektuell geprägte Berliner-KPD zu der unter anderem auch Ruth Fischer gehörte. Sie selbst war in den Monaten vor ihrem Auftritt auf der Studentenversammlung noch in die Opposition zum Schlageter-Kurs gegangen.¹³⁴ Zu dieser Zeit fuhr sie mit Werner Scholem in das besetzte Ruhrgebiet und sprach sich auf dem Parteitag der KPD-Rheinland Nord für revolutionäre Politik aus. Heinrich Brandler reagierte alarmiert auf den beginnenden innerparteilichen Kampf und forderte Ruth Fischer und Werner Scholem erfolgslos dazu auf, sich dem Schlageter-Kurs anzuschließen. Fischer

¹²⁹ Ebenda, S. 75–76.

¹³⁰ Hoffrogge, Ralf, Der Sommer des Nationalbolschewismus. Die Stellung der KPD-Linken zum Ruhrkampf und ihre Kritik am »Schlageter-Kurs« von 1923, in: Sozial.Geschichte Online 20 (2017), S. 99–147, hier S. 106.

¹³¹ Kistenmacher, Olaf, »Gegen den Geist des Sozialismus – Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, Freiburg/Wien, 2023, S. 30.

¹³² Hoffrogge, Sommer des Nationalbolschewismus, S. 110.

¹³³ Ebenda.

¹³⁴ Ebenda, S. 106.

und Scholem blieben beständig und erhielten unter anderem Unterstützung von Fischers Lebensgefährten Arkadi Maslow. Er warnte seine Parteigenoss:innen davor, dass der Ruhrkampf und die Ruhrkrise die rechten Parteien spürbar stärken würden und warb für ein radikaleres Wirtschaftsprogramm, um Hitler und den Nationalsozialisten etwas effektiveres entgegenzusetzen zu können, als die »sozialdemokratisierten« Teilverstaatlichungen.¹³⁵ Auch Max Hesse, der ein paar Monate später eine tragende Rolle bei den Oktoberaufständen spielen sollte, schrieb an Moskau und beschwerte sich darüber, dass man Graf Reventlow in der *Roten Fahne* publizieren ließ.¹³⁶ Mit der Zeit öffnete sich nicht nur die KPD immer mehr dem rechten Lager, auch Ruth Fischer schien einzulenken. Das geschah aber, so Hoffrogge, nicht aus dem Ziel heraus, eine Zusammenarbeit anzustreben, vielmehr erhoffte sich die Parteizentrale »in einem abenteuerlichen Manöver [...] das nachrechts driftende Kleinbürgertum zu gewinnen oder zumindest zu spalten«.¹³⁷ Der Schlageter-Kurs wurde so zu einer Taktik, einem Versuch, die erstarkende Rechte zu schwächen oder insofern zu absorbieren, als dass sie etwas von ihrer machtpolitischen Bedrohung verlor. Dabei schreckten weder die rechts-geleitete Parteizentrale, noch Teile ihrer Linksopposition davor zurück, sich zu diesem Zwecke deutsch-nationale und völkisch-nationalistische Sprache und Rhetorik zu eignen zu machen und die eigenen Werte hintenanzustellen. Für Juden und Jüdinnen in der KPD stellte der Schlageter-Kurs allerdings kaum eine Zäsur dar. Wie neueste Forschung zum Antisemitismus in der KPD zeigt, gehörte subtile und latente, bis offene Judenfeindlichkeit zum Alltag in der Partei.¹³⁸

In der Vergangenheit wurde vor allem »taktischen Gründen« genannt, um zu erklären, dass die KPD ihre »jüdischen Mitglieder aus repräsentativen Positionen mehr oder weniger auszuschalten« versuchte.¹³⁹ So attestierte man der Partei eine Verharmlosung des Antisemitismus in den eigenen Reihen, den man, obwohl man ihn theoretisch und ideologisch nicht förderte, auch nicht aktiv bekämpfte.¹⁴⁰ Diese Indifferenz gegenüber dem parteiinternen Judenhass lässt sich besonders gut während der Schlageter-Monate im Sommer 1923

135 Ebenda, S. 124–125.

136 Ebenda, S. 134.

137 Ebenda, S. 130.

138 Kistenmacher, Anarchistische und kommunistische Kritik.

139 Silberner, Kommunisten zur Judenfrage, S. 165.

140 Ebenda, S. 271.

beobachten. Wenn Karl Radek in seinen Diskussionen mit Grafen zu Reventlow in der *Roten Fahne* skandierte »die deutschen Großindustriellen würden mit den jüdischen Kapitalisten zusammen Deutschland beherrschen«¹⁴¹ und die Redaktion der *Roten Fahne* dem Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Weiß Ende 1923 fälschlicherweise den Vornamen »Isidor« zuwies.¹⁴² geschah das nicht ohne innerparteiliche Kritik. Besonders deutlich wurde diese durch Werner Scholem vorgetragen, seine und die Kritik anderer – vor allem jüdischer – Kommunist:innen wurde aber nicht entsprechend gehört. Stattdessen verortete man den Antisemitismus, der sich primär gegen eine vermeintliche wirtschaftliche und klandestine Übermacht richtete, je nach Umstand innerparteilich entweder als einen Auswuchs des Kapitalismus oder eine Form des Antikapitalismus. Eine gleiche, dem radikalen Antisemitismus somit gewissermaßen fast wohlwollende, Haltung legte man auch 1923 den völkisch-nationalistischen und national-revolutionären Gruppen gegenüber an den Tag.

Auch als die KAPD unter Laufenberg und Wolffheim offen antisematisch gegen den KPD-Parteivorsitzenden Paul Levi hetzte, entschied man sich dazu, die Aussagen nicht zu kommentieren.¹⁴³ Seinen Höhepunkt fand der Antisemitismus innerhalb der KPD sicher mit dem Pogrom im Berliner Scheunenviertel, im November 1923. Dort hatten vor allem linke Kräfte¹⁴⁴ Läden und Wohnungen geplündert sowie Jüdinnen und Juden angegriffen. Die KPD brachte daraufhin zum Jahresbeginn 1924 ein *Referentenmaterial über das Berliner Judenpogrom und unsere Stellung zum Antisemitismus* vom heraus, indem »die KPD in einer nachträglichen Analyse nicht nur die antisemitische Gewalt verurteilte, sondern ihre Mitglieder zugleich dazu ermahnte, nicht zu ›Beschützern des jüdischen Kapitalismus‹ zu werden«.¹⁴⁵

Die mitunter auch judenfeindlichen Agitationen der KPD im Rahmen der Schlageter-Taktik und dem Ruhrkampf stellten also nicht die ersten innerparteilichen antisemitischen Ausfälle dar. Der Antisemitismus schwoll während des Schlageter-Kurses an; der *in nucis* eine beinahe explosive Gemengelage von strategischer und verbaler Annäherung an Rechtsextreme, dem verzweifelten

¹⁴¹ Kistenmacher, Anarchistische und kommunistische Kritik, S. 31.

¹⁴² Ebenda, S. 22–23.

¹⁴³ Ebenda, S. 24–27.

¹⁴⁴ Walter, Dirk, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 154.

¹⁴⁵ Kistenmacher, Anarchistische und kommunistische Kritik, S. 42–43.

Versuch diese – deren Erstarken man als Bedrohung wahrnahm – zu schwächen, dem innerparteilichen Drängen auf Revolution und dem populistischen Ausschlachten einer gesellschaftspolitischen Stimmung. Wie ziellos die KPD in den Schlageter-Monaten des Jahres 1923 versuchte, vor allem den radikalen Rändern der Gesellschaft Unterstützer:innen für den Kampf gegen den »internationalen Kapitalismus« zu finden zeigt sich beispielhaft auch an einer Ausgabe der Weißen Fahne – Kommunistisches Organ für Nationalkommunismus. Dort ließ man 1923 den politisch radikalen Verkünder der Apokalypse Louis Hauesser Artikel veröffentlichen, in denen er sich gegenüber Adolf Hitler als einziger wahren Volksrepräsentanten stilisierte, welcher die Weimarer Republik vom Kapitalismus befreien könne.¹⁴⁶

Das Ende der Geschichte? Ein Ausblick

Mit der als *Stalinisierung* bezeichneten Ausrichtung der KPD an sowjetisch-bolschewistischen Strategien und dem Wechsel des politischen Personals auf fast allen Ebenen, geriet der rechte Flügel zunehmend ins innerparteiliche Abseits. Sie wurden entweder ausgeschlossen, verließen die Partei oder formierten sich als »rechte Opposition« vorsichtig neu.

Es ist deutlich geworden, dass es sich bei dem rechten Flügel der KPD um eine Gruppe handelte, die größtenteils vom Vorkriegs-Sozialismus und der Spaltung der SPD geprägt waren. Zu ihnen gehörten neben Anhänger:innen des Nationalkommunismus und -bolschewismus auch »Versöhnler:innen« und Einheitsfrontler:innen. Sie versuchten in den Richtungskämpfen der jungen KPD vor 1924 Strategien zu entwickeln, die Arbeiter:innen, die sich vermeintlich auf einem Irrweg befanden, zum Kommunismus »zu bekehren«. Einige von ihnen suchten das Proletariat in anderen politischen Lagern und gingen dafür mir völkisch-nationalistischen und radikal rechten Gruppierungen in den Dialog. Die Strategien und Taktiken dazu wechselten je nach Besetzung der Parteizentrale und wurden in einigen wenigen Bereichen auch von Linken in der KPD übernommen. Besonders präsent und aktiv waren die Rechten im Krisenjahr 1923, das gleichzeitig ihre innerparteiliche Bedeutungslosigkeit zur Folge hatte. Mit der KPD-Opposition (KPD-O) ab 1928 tauchten alte rechte Funktionäre und ihre Ideen, Ideale und Strategien

¹⁴⁶ Stark, Leonard, Weiße Fahne. Organ für National-Kommunismus, Heilbronn/Berlin 1923.

erneut auf.¹⁴⁷ Außerhalb der KPD traten beispielsweise mit dem Tat-Kreis auch andere Grenzgänger auf, die mit Gemengelagen von linken und rechten Radikalismen gegen die Weimarer Republik, Juden und Jüdinnen und den Kapitalismus agitierten.¹⁴⁸ Mit der Ausrichtung entlang der Sozialfaschismusthese verabschiedete die KPD sich endgültig von einem Zusammensehen mit Teilen der SPD.

Grundsätzlich scheint aber in dem hier betrachteten Zeitraum eine hohe Anschlussfähigkeit für die Ideen und Programmatiken der rechten Kommunist:innen vorzuliegen. Um dies abschließend feststellen zu können, wäre allerdings eine nähere Betrachtung der Parteibasis vonnöten. Da beispielsweise die Einheitsfront stets auch eine Auslegungssache darstellte, könnte es sich lohnen, diesbezügliche Einstellungen, Perspektiven und Umsetzungsversuche von KPD-Politiker:innen aus Hochburgen wie Solingen auszuwerten. Gleiches gilt auch für die Schlagetertaktik, deren Betrachtung sicher auch von einer feministischen Perspektive profitieren würde. Wie reagierten insbesondere Kommunistinnen auf die Annäherung an völkische Kreise, die ihre Rechte negierten? Wie gingen sie damit um, dass Werte die für ihren Emanzipationsraum essentiell waren, zur politischen Agitation hintenangestellt wurden? Das wird besonders vor dem Hintergrund interessant, dass die rechten Gruppierungen der KPD scheinbar verstärkt Zulauf erhielten. Es stellt sich also auch die Frage, wie attraktiv deren Konzepte für die Basis der Partei waren, wie viel Zulauf und Zuspruch sie tatsächlich erhielten und wie Anhänger:innen dann auf das Jahr 1924 reagierten. Ferner wäre es von Interesse wie hetero- oder homogen die Gruppe der Rechten in der KPD war, wie sie sich zusammensetzte und ob und wenn ja, wie Diskurse verhandelt wurden – außerhalb der Wortführer liegen noch große Teile der Anhängerschaft im Dunklen. An dieser Stelle könnte dann auch die Umsetzung von Konzepten wie der Einheitsfront oder der Schlagetertaktik besser nachvollzogen werden. Auch hinsichtlich der Sozialfaschismusthese und deren Durchschlagkraft in der Parteibasis könnte diese Betrachtung neue Erkenntnisse zutage fördern.

¹⁴⁷ Fritz, Bernd Dieter, Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP, Bonn 1966.

¹⁴⁸ Siehe zum Tat-Kreis und dessen Publikationen als Amalgam rechter sowie linker extremer Ideologien und Programmatiken im gleichnamigen Presseorgan vorrangig Hanke, Edith/Hübinger, Gangolf, Von der »Tat«-Gemeinde zum »Tat«-Kreis. Die Entwicklung einer Kulturtzeitschrift, München 1996.

Dankenswerterweise hat sich seit der Abkehr von der Gegnerforschung am deutschen Kommunismus eine Trendwende – damit auch weg vom unweigerlichen Scheitern des deutschen Kommunismus und der Weimarer Republik – eingestellt. Die KPD und ihre Anhänger:innen werden seit dem Ende der 1990er Jahre auch durch Lokal- und Regionalstudien differenzierter und indeterministischer untersucht. Es wäre wünschenswert, dass auch der rechte Flügel der Kommunistischen Partei Deutschlands flächendeckend Teil dieser Forschung wird.

Die NSDAP und ihr linker Flügel

Daniel Meis

In der Regel besitzt jede Partei zwei Flügel. Selbst bei Kleinstparteien ist solches der Fall. Der Name »Partei« legt eigentlich etwas anderes nahe. Doch Parteien zeichnen sich gerade dadurch aus, viele Interessen, Ziele und Motivationen zu vereinen. Häufig geschieht dies in Form von Angleichung, Interessen-austausch und gegenseitiger Anregung. Dennoch werden Parteien häufig nur für einen ihrer Flügel rezipiert oder wahrgenommen. Die NSDAP ist dabei keine Ausnahme.

Der Ruf der NSDAP baut zumeist auf dem rechten Flügel auf. Dieser überwog eindeutig. Dennoch war der linke Flügel stärker, größer und wirkmächtiger, als die ältere Forschung annahm. Teilweise findet sich bis heute die Interpretation, der linke Parteiflügel der NSDAP sei nur zur Besänftigung oder Bestechung der Arbeiterschaft formiert worden. Er sei nur eine Finte gewesen, habe keinen Einfluss besessen und sei innerhalb der Partei belächelt worden. Dies alles kann nur als Fehlinterpretation zurückgewiesen werden. Und doch gehört es offensichtlich zur Natur des linken NSDAP-Flügels, ständig unterschätzt zu werden.

Diese Missdeutung umzukehren kann nicht Anspruch vorliegenden Aufsatzes sein. Doch wird er seinen Beitrag leisten zu einer Neubetrachtung des linken Flügels der NSDAP. Es gibt zwar einige Studien, welche sich dem Oberthema zuordnen lassen. Doch stets beschränken sich diese auf Einzelaspekte wie Biografien, Zeitabschnitte oder geografische/organisatorische Zuschnitte. Am bekanntesten dürfte Udo Kissenkoetters Monografie über Gregor Strasser und die NSDAP von 1978 sein.¹ Sehr wichtig ist zudem die auf den Zeitraum 1925 bis 1930 konzentrierte Studie von Reinhard Kühnl aus dem Jahr 1966² und

1 Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

2 Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim am Glan 1966.

die ebenfalls auf diese halbe Dekade verdichtete Publikation von Markus März aus dem Jahr 2010.³ Unumgänglich ist das 1964 veröffentlichte Werk von Gerhard Schildt über die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West«.⁴ Gleiches gilt für die 1985 publizierte Untersuchung von Patrick Moreau über die linken Abspaltungen vom linken Parteiflügel nach 1930.⁵ Ein Übersichtswerk hingegen fehlt.

Wer nun meint, es habe sich mit einem Zusammenschreiben der bestehenden Werke getan, liegt falsch. Einerseits bestehen inzwischen einige jüngere Studien zu Details, darunter ganz besonders zu Protagonisten des linken Parteiflügels wie Joseph Goebbels, Karl Kaufmann oder Erich Koch. Diese geben nochmals völlig neue Perspektiven auf die Überzeugungen und Weltanschauungen der links-nationalsozialistischen Individuen. Andererseits ist für einen Eindruck von der links-nationalsozialistischen Programmatik ein Blick auf die Quellen nötig. Wer sich beispielsweise mit Goebbels' Veröffentlichungen über nationalen Sozialismus oder der Theoriezeitschrift der »Nationalsozialistischen Briefe« befasst, kann die Ideen und Propaganda des linken Flügels kaum noch als reine Finte oder Ablenkungsmanöver bezeichnen.

Klar ist heute natürlich: der linke Flügel der NSDAP gelangte nie zum Durchbruch. Je nach Interpretation wurde er dauerhaft zurückgedrängt im Jahre 1925, 1926, 1929, 1933 oder 1934. Doch seine Ideen waren und blieben virulent, der Anhang in der Partei wird auf etwa ein Drittel geschätzt, selbst in der Parteiführung kann etwa rund ein Drittel der Protagonisten dem linken Parteiflügel zugeordnet werden. Die nationalen Sozialisten unter den Nationalsozialisten ließen sich dabei immer wieder vertrösten, nahmen strategische Rücksichten und passten ihre Politik an. Doch ihre Interpretation des Nationalsozialismus als nationalen Sozialismus blieb unberührt, erhalten und mehr oder weniger »rein«. Sie hofften nur auf den Moment, wo sie sich durchsetzen und ihre Ideen ummünzen könnten.

Der linke Parteiflügel, seine Ideen und Protagonisten waren heterogen, divers und oft widersprüchlich. Er handelte sich nicht um einen geschlossenen

³ März, Markus, Nationale Sozialisten in der NSDAP. Strukturen, Ideologie, Publizistik und Biographien des nationalsozialistischen Straßer-Kreises von der AG Nordwest bis zum Kampf-Verlag 1925–1930, Graz 2010.

⁴ Schildt, Gerhard, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/1926, Freiburg i.Br. 1964.

⁵ Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« und die »Schwarze Front« Otto Straßers 1930–1935, Stuttgart 1985.

Denkraum, vielmehr um ein ideologisch offenes Feld. Es bestand keine organisatorische oder strukturelle Instanz. Umso wichtiger und zielführender ist eine Annäherung über die Personen. Ein Überblicksaufsatz wie der vorliegende kann dies alles aufzeigen, doch eine Struktur oder innere Logik erhält die Vision der nationalen Sozialisten der NSDAP dadurch nicht automatisch.

Hier werden drei Kapitel dem Dickicht etwas Ordnung verleihen. Das erste Kapitel geht auf die wenigen strukturellen Entitäten ein, soweit sie als solche bezeichnet werden können. Im zweiten Kapitel geht es um einige wichtige programmatische Punkte zentraler Politikfelder, primär anhand publizistischer Quellen dargelegt. Das dritte Kapitel porträtiert einige Protagonisten als Träger des linken Parteiflügels. Im Fazit werden die zentralen Erkenntnisse kurz zusammengefasst und ein Ausblick gegeben.

1. Strukturen?

Tatsächliche Strukturen wie man sie bei Parteien gewohnt ist, wies der linke Flügel der NSDAP nicht auf. Es wurde in der Forschung hin und her diskutiert, ob solche versucht wurden zu gründen. Einige Entitäten geben dazu Anlass. Größtenteils wurden sie von Adolf Hitler zur Seite gedrängt. Je nach Interpretation fühlte er seine eigene Stellung oder jene des rechten Parteiflügels bedroht. Doch wie dem auch sei, können doch einige wenige Strukturen oder Ansätze solcher Strukturen identifiziert werden. Sie beanspruchten nie, für den linken Parteiflügel als solchen zu stehen. Aber ihre Sprache ist eindeutig.

Am bekanntesten dürfte die »Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue der NSDAP« sein. Zumeist abgekürzt als »Arbeitsgemeinschaft Nord-West« oder »AG Nord-West« handelte es sich um eine innerparteiliche Sondergemeinschaft. Hitler regte diese bei Gregor Strasser an. Mit ihr sollten die noch jungen Gaue im Norden und Westen von den Deutschvölkischen abgehalten und näher an die aus München geleitete Gesamtpartei gebunden werden. Gregor Strasser seinerseits war Reichsorganisationsleiter der Partei und nach Hitler die wichtigste Persönlichkeit der NSDAP in jenen Jahren. Nach diversen Vorarbeiten 1925 gegründet⁶ fallen die Parallelen von »AG Nord-West« und linken Parteiflügel schnell und deutlich ins Auge.

⁶ Zur Gründungsphase vgl. Schildt, Arbeitsgemeinschaft, S. 105–122.

Sitz war Elberfeld. Zugleich war Elberfeld ein unfreiwilliger Sammlungspunkt linker Nationalsozialisten: Der Sitz des links-nationalsozialistischen Gaues Rheinland-Nord beziehungsweise Ruhr befand sich dort, Protagonisten wie Goebbels, Kaufmann, Koch und viele weitere stammten von dort oder zogen dorthin, Leiter der »AG Nord-West« war Gregor Strasser, Geschäftsführer Goebbels, Hauptschriftleiter des Presseorgans war ebenfalls Goebbels. Hinzu kommt die Sozialstruktur der Gau im Norden und Westen. Die Bevölkerung und damit auch die Parteimitglieder waren von einer stärkeren Industrialisierung, erheblicheren Arbeitskämpfen und größeren Eingriffen staatlicher Einheiten geprägt; hinzu kamen die Erfahrungen der Besatzung nach dem Ersten Weltkrieg. Der Zusammenhang von »Arbeitsgemeinschaft Nord-West« und linken Parteiflügel war zwangsläufig.⁷

Progammatisch war die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West« folglich eher auf dem linken Parteiflügel zu verorten. Mit der Auflösung Mitte 1926 nahm Hitler ihr die organisatorische Möglichkeit transregionaler Zusammenarbeiten der elf Gau. Aus dem Durcheinander von linkem Flügel, »Arbeitsgemeinschaft Nord-West«, links-nationalsozialistischen Gauen und Protagonisten sowie dem Programm Gregor Strassers entwickelte sich später der Begriff »Strasser-Flügel«, ironischerweise zumeist synonym genutzt für eben jene »Arbeitsgemeinschaft Nord-West«. Der Flügel bestand hingegen schon vor Gregor Strasser, und nicht jeder war mit ihm als Person einverstanden. Dass Hitler die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West« 1926 auflöste, wurde dabei auch häufig als Schlag gegen Gregor Strasser oder den linken Parteiflügel interpretiert.⁸ Das ist möglich, aber die Quellen fehlen hierzu. Möglich ist daher auch, dass die Neuformierung der Gau 1926 ausreichend gefestigt schien, die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West« schlicht ihre Schuldigkeit getan hatte. Darüber hinaus wird sie einen Werbeeffekt auf weitere Parteimitglieder und Interessierte besessen haben, welche sonst tatsächlich am ehesten zu rechten Kommunisten oder den Deutschvölkischen gegangen wären.

Eine gewisse Struktur bildeten auch die publizistischen Kanäle linker Nationalsozialisten. Dazu zählen im weitesten Sinne gar noch die Gauzeitungen

⁷ Zur Überlappung vgl. Kühnl, Linke, S. 11–18.

⁸ Siehe auch: Kissenkoetter, Straßer, S. 28–30. Vgl. ergänzende Details bei Wörtz, Ulrich, Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP. Eine historisch-politische Studie zum Verhältnis von sachlichem Programm und persönlicher Führung in einer totalitären Bewegung, Erlangen/Nürnberg 1966.

links-nationalsozialistischer Gauleiter. Doch am ehesten sind der »Kampfverlag« der Strasser-Brüder und ganz besonders einige Broschüren und Zeitschriften zu fassen. Der Verlag wurde 1926 gegründet und weist ähnliche personelle Parallelen zum linken Parteiflügel auf wie die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West«. Über den Verlag erschienen zahlreiche programmatische Zeitschriften, Broschüren und Bücher. Größtenteils passten diese nicht in die meist als »Hetzblätter« bezeichnete NS-Presse. Vielmehr handelte es sich überwiegend um theoretische, teilweise relativ komplizierte Schriften.⁹ Anschaulichstes Beispiel sind die »Nationalsozialistischen Briefe«. 1926 gegründet als Theorieorgan von und für linke Nationalsozialisten mit Ämtern und Funktionen bildeten sie intellektuell ein durchaus mit den Theorieblättern anderer politischer Richtungen mithaltendes Organ. Herausgeber war Gregor Strasser, Schriftleiter 1926 noch Goebbels, 1926 bis 1928 Kaufmann, bis das Blatt späterhin nach der Verstreitung der Protagonisten über das ganze Reich seinen Theoriecharakter verlor und zur Gauzeitung umgewidmet wurde.

Als Struktur können auch die Abspaltungen gefasst werden. Zwei besondere stechen hervor: die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« und später die »Schwarze Front«. Letztere war mehr oder weniger ein Nachfolger ersterer, beide waren Abspaltungen des 1930 aus der Partei ausgetretenen/geworfenen Otto Strasser. Dieser war noch linksgerichteter und viel weniger diplomatisch als sein Bruder Gregor. Aus Sicht Hitlers war er schlicht eine Gefahr für den eigenen unantastbaren wie totalen Herrschaftsanspruch. Die beiden Organisationen waren als Konkurrenz zur NSDAP gedacht, Otto Strasser versuchte sich gar an der Abwerbung des linken NSDAP-Flügels. Dies blieb erfolglos, einige Personen wechselten zwar das Lager, betätigten sich nach 1933 gar im Widerstand und nach 1945 in sozialistischen Organisationen. Aber den Flügel mitzureißen gelang nicht.¹⁰

Es ist kein Zufall, dass fast alle Strukturen Verbindungslienien in das Ruhrgebiet aufweisen. Zwangsläufig waren dort besondere Umstände für links-

⁹ Vgl. besonders März, Sozialisten, S. 341–410.

¹⁰ Vgl. einander ergänzend: Moreau, Nationalsozialismus, S. 41–199 und Wannenwetsch, Stefan, Unorthodoxe Sozialisten. Zu den Sozialismuskonzeptionen der Gruppe um Otto Straßer und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 2010. Es sei zudem besonders hingewiesen auf den entsprechenden Aufsatz Stefan Wannenwetschs im vorliegenden Band.

nationalsozialistische Ideen gegeben.¹¹ Durch die Parallelität der einzelnen Strukturen und des linken Parteiflügels wuchs dies zwangsläufig immer weiter an, bedingte sich und verstärkte einander. Protagonisten des linken NSDAP-Flügels fanden sich dort zu großen Teilen zusammen, die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West« unterhielt ebenda ihren Sitz, Bücher, Presse und Broschüren entstanden dort, der größte und einflussreichste links-nationalsozialistische Gau »Ruhr« befand sich ebenda. Eine Entzerrung dieser ganzen Überlappungen fand erst statt mit der nachhaltigen Verteilung der Protagonisten über das Reich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre.

Nachhaltige Strukturen zu schaffen gelang dem linken NSDAP-Flüge nie. Dazu waren seine Protagonisten und die in ihm virulenten Ideen auch zu unterschiedlich. Zudem führte gerade die geografische Sammlung so vieler Protagonisten des linken Flügels im Rheinland und Westfalen zu den für Parteien typischen Konkurrenzkampf um Posten, Kompetenzen, Einnahme und Aufmerksamkeit. Spätestens Ende der 1920er Jahre waren die links-nationalsozialistischen Protagonisten zu großen Teilen zerstritten. Eine gemeinsame Struktur zu begründen war so kaum noch möglich.

2. Programmatik

Eine geschlossene Programmatik links-nationalsozialistischer Ideen existierte nicht. Es können einzelne Bestandteile ausgemacht werden für bestimmte Politikfelder, aber in den meisten Fällen blieben diese partikular oder umstritten. Es handelte es bei den Vorstellungen des linken NSDAP-Flügels eher um eine Ansammlung einander ähnlicher Gedanken, als einer tatsächlichen gemeinsamen Programmatik oder geschlossenen Idee. Hinzu kommt die ungewöhnliche Offenheit des linken Parteiflügels für fremde ideologische Einflüsse. In den 1920ern gab es gar Diskussionen mit rechten Kommunisten, die eigene Publizistik bot auch Gegeninterpretationen des rechten NSDAP-Flügels Raum, und der Großteil der Protagonisten passte die eigene politische Vision regelmäßig sachpolitischen Erwägungen an. Der unnachgiebige, den nationalen Sozialismus »rein« halten wollende Politiker à la Otto Strasser war auf dem linken NSDAP-Flügel eine Ausnahmehrscheinung. Es lag eher der Typus des

¹¹ Siehe hierzu besonders die Studie von: Böhne, Wilfried, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933. Eine Regionalstudie zur Entstehung und zum Aufstieg der Staatspartei des Dritten Reiches in der Weimarer Republik, Marburg 1970.

Gregor Strasser vor: ideologisch angetrieben, dabei jedoch strategisch vorgehend, diplomatisch agierend, real- und sachpolitisch abwägend.

Der linke Parteiflügel gelangte nie zur Durchsetzung, daher ist eine durch Sacherwägungen der Alltagspolitik erzwungene Konkretisierung vieler Programmatiken nicht gegeben. Ausnahmen sind die links-nationalsozialistischen Gauleiter, welche zumindest in ihren Territorien ihre individuelle Vorstellung vom nationalen Sozialismus ein Stück weit verwirklichen wollten. Dabei entwickelten sich die Interpretationen durch praktische Politik naheliegenderweise auch immer weiter auseinander, fehlte doch ein organisatorisches Forum zum Austausch und zum Einfangen zu ausgreifender Minderheitsvorstellungen. Grundsätzlich stellte sich dabei jedoch das gleiche Problem, wie bei allen Sozialismen: Erst die flächendeckende Umsetzung führe laut der Theorie zum Endstadium, eine praktisch orientierte, teilweise Vorwegnahme muss unliebsame Rücksichten, Anpassungen und Verbiegungen hinnehmen. Noch dazu waren regionale Umsetzungen links-nationalsozialistischer Politiker sehr heterogen und eingespannt in die Bedingungen der reichsweiten bis lokalen Autarkie- und Rüstungswirtschaft. Um einen Überblick auf die Programmatik des linken Parteiflügels zu werfen, bieten sich also eher die Theoriediskussionen und deren Abstimmungen an, als regionale, kleine und beschränkte Ansätze einer Umsetzung. Es muss aber im Kopf behalten werden, dass auch letztere für nationalen Sozialismus standen, besonders für praktisch umgesetzten.

Gerade die Wirtschaftspolitik zeigt dies sehr deutlich. Die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West« beispielsweise erstrebte vollständige Verstaatlichungen von Grundbesitz an, welcher künftig nur noch per Lehen wie im Mittelalter zu vergeben wäre. Solche Vorstellungen waren noch sehr umfassend und allgemein gehalten. Zustimmung gegenüber der Grundhaltung war daher leichter möglich als die Diskussion von Details. Anders war es im Industriesektor, wo bereits ausformulierte Ideen vorlagen. Industriebetriebe von mindestens 20 Beschäftigten waren in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Bei als »lebenswichtig« definierten Betrieben waren 41 Prozent vom Staat zu halten, zehn Prozent von den Beschäftigten, bei nicht als »lebenswichtig« eingestuften Betrieben waren es 39 und zehn Prozent. Gewirtschaftet werden sollte weiterhin privatwirtschaftlich. Die staatlichen Beteiligungen verteilten sich zudem auf mehrere Gliederungen.

Das war bei weitem keine Planwirtschaft mit umfassenden Verstaatlichungen und zentralen Wirtschaftsplänen, sondern »nur« weitgehende Staatsbeteiligungen. Diese waren teilweise sehr knapp oder gar nur relativ.

In einer praktischen Umsetzung hätten sie durchaus Innovationshemmnisse dargestellt und den Kapitalfluss stark eingeschränkt. Allerdings sollten für die weiterhin privatwirtschaftlich strukturierte Volkswirtschaft noch viel enormere Regulierungen vorliegen. Landwirtschaftliche Güter beispielsweise sollten nur noch durch regionale Zwangsinstitutionen beziehungsweise Genossenschaften veräußert werden.¹² Deutlich wird hier das Denken in regional gebundenen Kategorien gegenüber internationalen, der Rückzug vom wenig beherrschbaren Internationalen ins autarke Regionale.

Zudem war der Unterschied zu Kommunisten oder auch linken Sozialdemokraten in der staatlichen Wirtschaftspolitik erheblich. Dank der Staatsbeteiligungen hätten die verschiedenen Gliederungen des Staats immer einen Fuß in der Tür und könnten durchaus Entscheidungen beeinflussen. Doch Betriebsführung, seine Ausrichtung, Ziele und Weiterentwicklung sollten von privaten Unternehmern bestimmt werden. So antikapitalistisch sich die linken Nationalsozialisten gaben, waren sie doch offen für die Anerkennung der Probleme einer ineffizienten Umsetzung von Staatswirtschaften.

Andere Programmatiken waren ähnlich auf Ausgleich bedacht. Organisatorisch wünschte man beispielsweise einen berufsmäßig gegliederten und autoritär-diktatorischen Ständestaat inklusive diverser Mitbestimmungs- und gegenseitiger Kontrollfunktionen. Innerhalb der Wirtschaft waren dies etwa die Gewerkschaften, oder eher eine nationalsozialistische Gewerkschaft. Diese sollten evolutionär vorgehen und bei Berücksichtigung der Gesamtwirtschaft innerbetrieblich wirken, wie es etwa in den »Nationalsozialistischen Briefen« diskutiert wurde.¹³ Die Gewerkschaftsfrage blieb unter linken Nationalsozialisten umstritten, entschieden wurde sie im Wesentlichen durch Hitlers Entscheidung zugunsten der Einheitsorganisation DAF statt der NS-Gewerkschaft NSBO.¹⁴ Auch hier kann wieder leicht der

¹² Vgl. Der nationale Sozialismus, in: Reinhard Kühnl, Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966) 3, S. 317–333, hier S. 325–351.

¹³ Vgl. beispielsweise ausgeführt bei: Kaufmann, Karl, Grundsätzliches zur Gewerkschaftsfrage, in: *Nationalsozialistische Briefe* 3 (1927) 20, S. 7.

¹⁴ Siehe zur NSBO: Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, 2. Auflage, Frankfurt a.M./Bern/New York 1989. Zum ideologischen Hintergrund von DAF und NSBO siehe: Meis, Daniel, The »German Labour Front« (»Deutsche Arbeitsfront«, DAF). Ideologisation of Work, in: Reitzenstein, Julien/O’Byrne, Darren M. (Haupt-Hg.), *Handbook Ideologies in National Socialism*, Volume

Eindruck entstehen, der rechte Parteiflügel sei mehr auf Geschlossenheit, Totalität und Einheit bedacht gewesen, als es beim linken Flügel diskutiert und gelebt wurde. Das kann hier thesenhaft bestätigt werden, erfordert aber viel weitergehendere Studien.

Die Kulturpolitik war ebenfalls vergleichsweise offen aufgestellt. Übereinstimmend mit dem rechten Parteiflügel war man beispielsweise bei der Forderung der »Arbeitsgemeinschaft Nord-West«, alle Deutschen in Europa in einem Großdeutschen Reich zu vereinen, einer Rückgabe der verlorenen Kolonien und sogar Erweiterung dieser.¹⁵ Auch linke Nationalsozialisten waren Rassisten. Ihre Prioritäten waren dabei nur andere, eben vor allem die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Das konnte beim Antisemitismus so weit gehen, dass er mehr sozial als »rassisches« gedeutet wurde, bei der Ostpolitik konnte es so weit gehen, dann man die kommunistische Sowjetunion als natürlichen Bündnispartner ansah.¹⁶ Wer auf dem rechten Flügel zuhause war, konnte mit einem solchen Bündnis höchstens ein temporäres strategisches Interesse verbinden. Linke Nationalsozialisten hingegen sahen vor allem den gemeinsamen Boden des (wenngleich unterschiedlich interpretierten) Sozialismus und den gemeinsamen kapitalistischen Feind.

Auch hier wieder zeigt sich die Offenheit linker Nationalsozialisten deutlich. Dies auf ein Programm bringen zu wollen, ginge jedoch zu weit. Selbst auf dem linken Parteiflügel gab es immer Ausreißer, welche einerseits große Deutungshoheit besaßen und andererseits Außenseiter unter den linken Nationalsozialisten darstellten. Robert Ley ist ein anschauliches Beispiel hierfür. Auch Streitigkeiten über programmatische Einzelfragen konnten sich zu persönlichen Feindschaften auswachsen. Joseph Goebbels und die Strasser-Brüder waren beispielsweise spätestens ab 1927 bis ans Lebensende zerstritten. Doch alle drei blieben tonangebend für die heterogenen links-nationalsozialistischen Ideen und blieben unvermittelt nebeneinander stehen.

2. Ideology and Institutions, Berlin/Boston 2025 [in Druckvorbereitung; zuvor im Pre-Print der INSO-Datenbank].

¹⁵ Siehe Der nationale Sozialismus, S. 324–325.

¹⁶ Vgl. beispielsweise: März, Sozialisten, S. 262–268.

3. Personen

Alle Protagonisten eint, dass ihre Interpretationen des nationalen Sozialismus weit auseinandergingen, während ihre Sozialisierungen bemerkenswerte Ähnlichkeiten wie Unterschiede aufwiesen. Was nationaler Sozialismus sei, konnte niemand von ihnen je nachhaltig erklären. Auch der alte sozialistische Konflikt, ob evolutionär oder revolutionär vorzugehen sei, blieb umstritten. Einig waren sie sich jedoch im sachpolitischen Zugang: Sozialkritik und Sozialpolitik sollten erste Schritte zum Fernziel sein.

Gregor Strasser verlieh dem linken NSDAP-Flügel (offenbar ungewollt) die Bezeichnung als Strasser-Flügel. Aber viele weitere Protagonisten existierten. Gregor Strasser war als unumgängliches Organisationstalent für die Gesamt-Partei und Hitler höchst wichtig. Er verlieh jedoch auch den links-nationalsozialistischen Gedanken etwas Struktur und Kanäle wie Entfaltungsmöglichkeiten. Im Gegensatz zu den meisten Protagonisten stammte er zudem aus Bayern, also dem süddeutschen Raum, welcher vom rechten Parteiflügel dominiert wurde. Zudem gehörte er der Generation der »Frontkämpfer« an.

Dass Gregor Strasser Namenspatron wurde, liegt auch und gerade an den Möglichkeiten, die er Gleichdenkenden durch Vernetzung und Publizistik gab. Weniger der eigene Input war es, welcher dem linken Parteiflügel auf Jahrzehnte hinaus den missverständlichen Stempel einer Gregor-Strasser-Organisation gab.¹⁷ Ein Abstoßen des rechten Parteiflügels wäre aber bei aller Macht eines Gregor Strasser nie möglich gewesen. Das muss er auch gewusst haben. Denn auch die Konflikte mit Hitler eskalierten grundsätzlich erst 1932/1933 und eben nicht bei (vielleicht) gegen den linken Parteiflügel gerichteten Angriffen Hitlers wie der Auflösung der »Arbeitsgemeinschaft Nord-West«, der Verdrängung des Kampfverlags oder gar des Ausschlusses von Gregor Strassers Bruder Otto. Geholfen hat das aber nichts, 1934 gehörte Gregor Strasser trotz seines 1932 erfolgten Verzichts auf sämtliche Funktionen zu den in der »Nacht der langen Messer« Ermordeten.¹⁸

Radikaler und kompromissloser als die meisten links-nationalsozialistischen Protagonisten war Otto Strasser. Ähnlich sozialisiert wie sein fünf Jah-

¹⁷ Obwohl er gerade im Vakuum während Hitlers Haftzeit programmatische Anstöße für die Gesamt-Partei voranbrachte. Siehe auch: Kühnl, Programmatik, S. 319–324.

¹⁸ Vgl. näher: Stachura, Peter D., »Der Fall Strasser«: Gregor Strasser, Hitler and National Socialism 1930–1932, in: Stachura, Peter D. (Hg.), The shaping of the Nazi State, London/New York 1978, S. 88–130.

re älterer Bruder hatte er am Ende seines Lebens eine völlig andere politische Entwicklung hinter sich. Nach dem Weltkrieg erst in die MSPD eingetreten radikalierte er sich zu beiden politischen Seiten hin extrem schnell. Völkisches Gedankengut wie antikapitalistische Vorstellungen gehörten rasch zu seiner Weltanschauung. Sein wenig diplomatisches Auftreten und sein strategisch schlecht taktierendes Verhalten brachten ihn aber schließlich in Konflikte mit Hitler, die sein Bruder für die eigene Person bis 1932 immer zu entschärfen gelang. 1930 musste Otto Strasser die Partei und nach der reichsweiten »Macht ergreifung« 1933 das Reich verlassen. Seine Konkurrenzorganisationen hatten ebenfalls keinen Erfolg.¹⁹ Nach dem Zweiten Weltkrieg nach Westdeutschland zurückgekehrt, befand er sich je nach Interpretation auf einem rechten Flügel der Linksradikalen oder einem linken Flügel der Rechtsradikalen.

Besondere Prominenz besaß unter den links-nationalsozialistischen Protagonisten zeitgenössisch wie in der Rezeption Joseph Goebbels. Im Rheinland und ohne Kriegseinsatz völlig anders sozialisiert als die Strasser-Brüder entwickelte er sich auffällig parallel zwischen Ideologie und Realpolitik. Goebbels blieb immer primär Ideologe, orientierte sich aber stets an sachpolitischen Erwägungen, sofern sie anregend waren. Während Gregor Strasser immer sachorientierter und Otto Strasser immer ideologischer wurde, bewegte sich Goebbels ab 1926/1927 beständig in die Mitte der Partei, blieb aber stets primär Ideologe.²⁰ Andere Protagonisten nahmen dies gleichfalls war, interpretierten ihn gar noch Mitte der 1920er Jahre als Nationalbolschewist, den es auszustoßen galt. Goebbels hingegen blieb immer nationaler Sozialist, wengleich seine spätere Propaganda für die Gesamtpartei und das Reich sich erheblich an der Hauptströmung des rechten Flügels orientierte – und seine Propaganda als Gauleiter dem linken Flügel verhaftet blieb.²¹ Radikaler linker Na-

- 19 Zum wenig einflussreichen Wirken nach 1930/1933 siehe: Abendroth, Wolfgang, Das Problem der Widerstandstätigkeit der »Schwarzen Front«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 8 (1960) 2, S. 181–187. Insofern stellt sich auch die Frage, ob Otto Strasser ein rechter Linksextremist oder ein linker Rechtsextremist war. Diese Debatte wurde meistens mit viel zu wenig Ernsthaftigkeit geführt. Zum übergeordneten Kontext auch Otto Strassers vgl. das Werk von: Schüddekopf, Otto Ernst, *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1960, passim.
- 20 Vgl. ausführlich: Höver, Ulrich, Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist, Bonn/Berlin 1992.
- 21 Goebbels ist einer der vielschichtigsten Nationalsozialisten. Wahrscheinlich wird er gerade deshalb bis heute auf allen Feldern unterschätzt. Vgl. zu seiner Biografie ein-

tionalsozialist inklusive harscher Kapitalismuskritik blieb er bis ans Ende seiner Karriere und seines Lebens im eingeschlossenen Berlin 1945.

Ähnlich sozialisiert wie Goebbels war dessen zeitweilig bester Freund Karl Kaufmann. Beide entwickelten sich politisch betrachtet ähnlich. 1926 offerierte Hitler dem im Gau Ruhr, der »Arbeitsgemeinschaft Nord-West« und der Theoriezeitschrift der »Nationalsozialistischen Briefe« mit Kaufmann zusammenwirkenden Goebbels ein neues und konkurrenzloses Betätigungsfeld in Berlin. Goebbels nahm diese Chance wahr. Damit wurde der linke Flügel nachhaltig geschwächt, war doch Goebbels vom geografischen Zentrum weit entfernt und spätestens nach 1926 Hitler stark hörig geworden. Kaufmann konnte seine Vorstellungen eines stark antimarxistisch, aber sonst eher gemäßigten nationalen Sozialismus weiter verbreiten, war in der Organisation aber immer mehr auf sich zurückgeworfen. Nach seinem halb-freiwilligen Weggang gen Hamburg 1929/1930 konnte er dort nach der Machtübernahme 1933 ungestört den Boden bereiten für eine spätere Umsetzung eines nationalen Sozialismus. Auf der ihm anvertrauten Hamburger Landesebene verfolgte er die marxistisch orientierten sozialistischen Konkurrenten der Sozialdemokraten und Kommunisten radikaler als es in großen Teilen des sonstigen Reiches der Fall war. Zugleich versuchte er eine neue Art Sozialpolitik auf verschiedenen Wegen zu etablieren. Auch nach 1945 blieb er ausdrücklich nationaler Sozialist, bekannt dies gar noch Mitte der 1950er Jahre vor Gericht.²²

In das gleiche Horn inklusive eigener Sozialisation wie Goebbels und Kaufmann stieß Erich Koch. An seiner Person ist auch die langfristige Schwächung des linken Flügels ersichtlich. Ähnlich wie Goebbels wurde auch Koch vom geografisch-politischen Zentrum des linken Parteiflügels 1928 gekonnt durch Hitler losgelöst. Nach diversen Personalquereien im Ruhrgebiet schickte Hitler

ander ergänzend: Longerich, Peter, Goebbels. Biographie, München 2012 und Reuth, Ralf Georg, Goebbels. Eine Biographie, München 2010.

²² Vgl. primär: Meis, Daniel, Hamburgs »Führer« Karl Kaufmann (1900–1969) – Ein Leben zwischen Macht, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Krankheit, Darmstadt 2022. Konzentriert auf das Ideologische des nationalen Sozialisten Kaufmann siehe einander ergänzend Daniel Meis, Karl Kaufmann (1900–1969) und die Ideologie des Nationalsozialismus, Baden-Baden 2023 und Meis, Daniel, Karl Kaufmann as Left-Wing Gauleiter of the First and Last Hour, in: Reitzenstein, Julien/O'Byrne, Darren M. (Haupt-Hg.), Handbook Ideologies in National Socialism, Volume 1. Ideology and Individuals, Berlin/Boston 2024 [in Druckvorbereitung; zuvor Ende 2023 im Pre-Print der INSO-Datenbank].

den dortigen stellvertretenden Gauleiter Koch nach Ostpreußen und machte ihn ebenda zum Gauleiter. Ähnlich wie Goebbels in Berlin und Kaufmann in Hamburg versuchte Koch so weit wie möglich nationalen Sozialismus in seinem Territorium umzusetzen. Während bei Goebbels dabei werbetechnische Fragen und bei Kaufmann sozialpolitische im Mittelpunkt standen, waren es bei Koch eher ökonomische. Nach Ende der NS-Herrschaft versuchte Koch sich wieder an politischer Betätigung,²³ landete jedoch schließlich in polnisch-kommunistischer Haft.

Einen Sonderfall bildete Robert Ley. Sozialisiert wurde er ähnlich wie die Strasser-Brüder inklusive Fronteinsatz, geografisch geprägt jedoch wie Goebbels, Kaufmann und Koch von den speziellen rheinisch-westfälischen Kontexten der 1910er und 1920er Jahre. Spät im Jahre 1931 aus dem Rheinland von Hitler entzogen und an seine Seite in München geholt, konnte Ley bald eigene sozial- und arbeitspolitische Pläne schmieden. Der Austausch mit den anderen nationalen Sozialisten war durch persönliche Quereien bereits seit Mitte der 1920er Jahre angespannt. Dass Ley nach 1933 mit der »Deutschen Arbeitsfront« ein einzigartiges Betätigungsfeld für linken Nationalsozialismus erhielt, ist dabei vielleicht kein Zufall.²⁴ Nach Ende der NS-Herrschaft noch zeitweilig auf der Flucht wurde er bis zu seinem Selbstmord gar noch im Nürnberger Prozess angeklagt.²⁵ Damit war er definitiv ranghöchster Angeklagter der linken Nationalsozialisten.

Über den einen oder anderen nationalen Sozialisten ließe sich durchaus noch diskutieren, ob er zu den Protagonisten des linken NSDAP-Flügels gehörte, darunter Friedrich Hildebrandt, Fritz Bracht und einige weitere. Aber die Strasser-Brüder, Goebbels, Kaufmann, Koch und Ley besaßen völlig andere Einflussmöglichkeiten und Prominenz, als sämtliche andere Personen. Ihre

23 Vgl. jeweils ergänzend: Meindl, Ralf, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007 und Fuhrer, Armin/Schön, Heinz, Erich Koch, Hitlers brauner Zar. Gauleiter von Ostpreußen und Reichskommissar der Ukraine, München 2010.

24 Siehe Meis, Daniel: Robert Ley – a left-wing dialogue at the head of a labour organisation, in: Reitzenstein, Julien/O'Byrne, Darren M. (Haupt-Hg.), Handbook Ideologies in National Socialism, Volume 1. Ideology and Individuals, Berlin/Boston 2024 [in Druckvorbereitung; in Druckvorbereitung; zuvor Ende 2023 im Pre-Print der INSO-Datenbank].

25 Zu Leys Werdegang und Politik vgl. Smelser, Ronald, Robert Ley. Hitlers Mann an der »Arbeitsfront«. Eine Biographie, Paderborn 1989.

Sozialisationen und politischen Schwerpunktsetzungen zeigen deutlich auf, wie heterogen der linke Parteiflügel der NSDAP aufgestellt war.

Fazit

Von einem geschlossenen linken Parteiflügel, einer Struktur oder gar einem fest umrissenen Weltbild zu sprechen, ist bei den linken Nationalsozialisten nicht zielführend. Die Spannweite der Heterogenität war viel zu enorm. Vielleicht ist das gerade der Grund, warum es nie zu nachhaltigen Strukturen linker Nationalsozialisten kam. Die andere Interpretation hierzu wären Adolf Hitlers Störversuche: lieber einen schwachen linken Parteiflügel, als eine Bedrohung des rechten Parteiflügels und der eigenen Stellung an der Spitze.

Wie dem auch sei: wirkmächtig blieb der linke Parteiflügel dennoch. Die Programmatik war vielschichtig und weit über rechtskonservative Kreise hinaus anschlussfähig. Enorme staatliche Eingriffsrechte, Abwendung von internationalen Zusammenhängen im Wirtschaftskreislauf, verstärkte Arbeitnehmerbeteiligung und vieles mehr wurde gefordert und in der Theorie immer weiter fortentwickelt. Gerade in Abgrenzung zum rechten NSDAP-Flügel wie zu anderen, vor allem klassisch linken Sozialismuskonzeptionen wird dabei ein Eigenwert deutlich.

Angedacht war jedoch keine Planwirtschaft oder ein Avantgardismus. Soziale Probleme sollten gelöst werden mithilfe der eigenen Vorstellung sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit. Das sind die gleichen Begriffe wie etwa bei Kommunisten, aber sie wurden jeweils unterschiedlich verstanden. Soziale Probleme und die Vorbedingungen des Klassenkampfes waren laut linken Nationalsozialisten zu beseitigen durch eine nationale und die Individuen umfassende Einheit. Gleichheit sollte nicht erreicht werden durch eine alle Menschen, Nationen, Völker, Ethnien umfassende soziale Nivellierung. Sie sollte erreicht werden durch eine solidarische nationale Einheit der Gesellschaft. Soziale Gräben waren zuzuschütten und evolutionär zu überwinden. Also Gleichheit wie Gerechtigkeit und am Ende Sozialismus nicht durch internationale, sondern durch nationale Einheit. Solche Vorstellungen waren nicht weit entfernt von jenen rechter Kommunisten, rechter Sozialdemokraten oder linker Konservativer. Die Begründungen für den nationalen statt internationalen Weg waren nur andere. Rechte Sozialdemokraten sahen etwa international einfach noch keine ausreichende Grundlage, linke Nationalsozialisten hingegen betrachteten die eigene Nation schlicht als überlegen und wertvoller an.

Viele offene Fragen zum linken NSDAP-Flügel bleiben. Wie stark lassen sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Protagonisten ausdifferenzieren? Warum gelang nie eine Durchsetzung gegenüber dem rechten Parteiflügel? Wie umfassend war die Integration nicht-nationalsozialistischer Sozialisten nach 1933? Eine Überblicksstudie mit weniger Raumbeschränkung als hier sollte diesen Fragen nachgehen, um das Bild des Nationalsozialismus weiter aufzuhellen.

Konservative Revolution und »nationaler Sozialismus«

Ethische Gemeinschaft ohne soziale Gleichheit als politische Orientierung

Armin Pfahl-Traughber

Dass linke Intellektuelle für den Sozialismus eintraten, kann angesichts zahlreicher Fälle im 20. Jahrhundert nicht verwundern. Dass aber auch rechte Intellektuelle für einen Sozialismus eintraten, irritiert angesichts der gegenteiligen Ausrichtung bis in unsere Gegenwart hinein. Bekannte Figuren waren etwa Arthur Moeller van den Bruck oder Oswald Spengler in der Weimarer Republik. Was sie als Ziel ausgaben, war ein »deutscher«, »nationaler« oder »preußischer« Sozialismus.¹ Diese besondere Einsicht motiviert diverse Fragestellungen, die aus folgender Hauptfragestellung erwachsen: Worin bestanden deren Auffassungen von einem rechten Sozialismus und inwieweit handelte es sich

1 Dazu liegen nur wenige Beiträge aus der Forschung vor, vgl. aber insbesondere: Werth, Christoph H., Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen 1996, S. 43–54, 97–123, 143–169, 170–191. Drei Aufsätze zur Konservativen Revolution finden sich in einem Sammelband zu ansonsten gegenwärtigen Themen: Lausberg, Michael, Oswald Spenglers »Preußentum und Sozialismus«, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster 2019, S. 22–35; Weiß, Volker, »Sozialismus« bei Arthur Moeller van den Bruck, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster 2019, S. 36–48, Eberhardt, Simon, Sozialismus von Rechts? Wirtschaftspolitische Konzepte der Zeitschrift »Die Tat«, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster 2019, S. 49–59.

um ein Element des eigenen ideologischen Selbstverständnisses? Der konkrete Anlass für den letztgenannten Gesichtspunkt ist eine gewisse Skepsis, wofür es wiederum unterschiedliche Gründe und Vorbehalte gibt: Nur einige Intellektuelle der Konservativen Revolution sprachen sich dafür aus, blieben eine Minderheit, andere Repräsentanten dieser geistigen Strömung aber taten es erklärtermaßen nicht.

Eine gewisse Diffusität ist den gemeinten Sozialismusvorstellungen eigen, blieb das Gemeinte doch inhaltlich und konzeptionell im Unverbindlichen. Damit entsteht auch schnell der Eindruck, hier würde ein Begriff lediglich politisch instrumentalisiert. Eine mögliche Absicht könnte dabei in der Gewinnung des Proletariats bestehen, welches den linken Arbeiterparteien und eben nicht konservativen Eliteprojekten zuneigte. Auch könnte hier primär eine Frontstellung gegen den politischen Liberalismus der Weimarer Zeit beabsichtigt gewesen sein, etwa um die Option einer gemeinsamen »Querfront« als Projekt zu befördern. Damit wären als analytische Eckpunkte die Ideologie und Strategie des gemeinten Verständnisses benannt. Einschlägige analytische Betrachtungen müssen dabei auch fragen, inwieweit denn überhaupt von einem eigenständigen rechten Sozialismusverständnis ausgegangen werden kann. Bereits hier sei als Ausgangshypothese formuliert: Es ging eher um die Beschwörung einer nationalen Gemeinschaft, weniger um die einer sozialen Gleichheit.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich für die folgenden Darstellungen und Erörterungen auch eine Struktur: Wichtige Arbeitsbegriffe bedürfen zunächst einer Definition, hier bezogen auf »Intellektuelle« und »Konservative Revolution« (1.). Danach werden die untersuchten Akteure als Personen und Publikationsorgan vorgestellt (2.). Dem folgen die Analyseergebnisse zu verschiedenen Gesichtspunkten (3.): der Ablehnung des linken Sozialismus, der Begründung für einen nationalen Sozialismus, der Einbettung in eine Gemeinschaftskonzeption, der Frontstellung gegen den politischen Liberalismus, dem Modell der angestrebten Staatsordnung und den außenpolitischen Aspekten des nationalen Sozialismus. Darin enthalten sind auch Ausführungen zu Besonderheiten: der Ausnahme einer beschränkten Kapitalismuskritik, dem Antisemitismus als latenter Einstellung als Exkurs, der erhofften Bündnisoption für eine potentielle »Querfront« und der Frage einer Instrumentalisierung des nationalen Sozialismusverständnisses. Schließlich fasst ein Fazit die wesentlichen Erkenntnisse zusammen.

1. Definition: »Intellektuelle« und »Konservative Revolution«

Die gemeinten Denker werden in der vorliegenden Erörterung durchgängig als »Intellektuelle« bezeichnet, womit eine formale Definition bezogen auf Publizisten im theoretischen Sinne einhergeht. Demnach hat die genutzte Bezeichnung nichts mit einer potentiellen Wertschätzung zu tun. Ansonsten steht »Intellektuelle« häufig für einen Personenkreis, der im öffentlichen Diskurs als gesellschaftskritisch, humanistisch und rational in einem liberalen oder linken Sinne verstanden wird. Dabei handelt es sich aber um eine idealisierende Auffassung, wie der Blick auf manche linken Intellektuellen veranschaulicht. Sie beklagten etwa fehlende Gerechtigkeit in liberalen Republiken, schwiegen aber zu Menschenrechtsverletzungen in sozialistischen Totalitarismen.² Daher dürfte man die Gemeinten eigentlich nicht als Intellektuelle bezeichnen. Gleichwohl erfüllen sie die formalen Kriterien von Publizisten in einem theoretischen Sinne. Genau diese Auffassung erlaubt es, hier fortan von rechten Intellektuellen zu sprechen.

Die damit konkret Gemeinten können der damaligen »Konservativen Revolution« als geistige Strömung zugeordnet werden. Damit nutzt die Analyse eine durchaus umstrittene Kategorie, was klarstellende Erläuterungen gegenüber potentiellen Missverständnissen nötig macht. Denn eigentlich handelt es sich um ein antagonistisch wirkendes Begriffspaar, da eine bewahrende Einstellung mit »Konservativ« und mit »Revolution« ein grundlegender Umbruch in Verbindung gebracht wird. Ein Anhänger dieser geistigen Bestrebung, Edgar Julius Jung, bemerkte 1932:

»Konservative Revolution nennen wir die Wiederinachtsetzung aller jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und mit Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An die Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an die Stelle des bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an die Stelle des Massenglücks das Recht der Volkspersönlichkeit.«³

-
- 2 Vgl. Benda, Julian, *Der Verrat der Intellektuellen* (1927), München 1978; Koenen, Gerd, *Die großen Gesänge: Lenin – Stalin – Mao Tsetung. Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 1987.
- 3 Jung, Edgar Julius, *Deutschland und die konservative Revolution*, in: Edgar Julius Jung (Hg.), *Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekannten Politikers*, München 1932, S. 369–382, hier S. 380.

In die Forschungsliteratur eingeführt wurde die »Konservative Revolution« von Armin Mohler, wobei der geistige Begründer der späteren deutschen Neuen Rechten folgende Typologie entwickelte: die »Bündischen«, die »Jungkonservativen«, die »Landvolkbewegung«, die »Nationalrevolutionäre« und die »Völkischen«.⁴ Diese Auflistung überzeugt aus gleich mehreren Gründen nicht: Einige der Gruppen waren nicht konservativ, sie folgten diversen Handlungsstilen und wiesen ideologische Unterschiede auf.⁵ Lediglich den »Jungkonservativen« waren die gemeinten Merkmale eigen: Sie lehnten den Altkonservativismus mit der Fixierung auf das Kaiserreich ab, definierten sich aber selbst weiterhin als Konservative und wollten die Republik zugunsten eines autoritären Systems überwinden. Daher erfolgt in der anschließenden Analyse auch eine Gleichsetzung von »Jungkonservativen« und »Konservativer Revolution«, wobei es speziell um bestimmte intellektuelle Akteure und ein spezifisches Publikationsorgan geht.

2. Akteure und Publizistik

2.1 Akteure: Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler

Die Erstgenannten sollen in biographisch-politischen Kurzportraits vorgestellt werden: Den Anfang macht der Schriftsteller Ernst Jünger (1895–1998),⁶ der auch eine antibürgerliche und nationalrevolutionäre Prägung aufwies. Seine Kriegstagebücher machten ihn zu Beginn der 1920er Jahre berühmt. Jünger wurde einer der bedeutendsten politischen Publizisten, wobei er einen angeblich neuen Nationalismus einforderte. Jünger legte indessen keine Programmschrift vor. Er publizierte eher kürzere Abhandlungen, die aber durchaus seine Grundpositionen zu erkennen geben.⁷ Dieses direkte politische Engagement ging ab Ende der 1920er Jahre zurück. Inwieweit seine dann folgenden Bücher als politische Statements gelten können, ist in der

4 Vgl. Mohler, Armin, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1933. Ein Handbuch (1950), Darmstadt 1989, Band 1, S. 130–165.

5 Vgl. Breuer, Stefan, Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1993.

6 Vgl. Amos, Thomas, Ernst Jünger, Reinbek 2011; Matthias Schöning (Hg.), Ernst Jünger-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart 2014.

7 Gesammelt finden sie sich in: Ernst Jünger, Politische Publizistik 1919–1933. Herausgegeben von Sven Olaf Berggötz, Stuttgart 2001.

Forschung aufgrund ihrer literarischen Prägung umstritten. Jünger rückte aber auch in der Nachkriegszeit nicht von seinen antidemokratischen Positionen ab. Gleichwohl wurde er mit vielen Ehrungen überhäuft und von hochrangigen Politikern besucht, sah man in ihm doch einen renommierten Schriftsteller.

Als zweiter Autor sei Arthur Moeller van den Bruck (1876–1925)⁸ genannt, kann er doch als ideologischer und organisatorischer Begründer der Jungkonservativen beziehungsweise Konservativen Revolution gelten. Direkt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs legte Moeller van den Bruck unterschiedliche Schriften in diesem Sinne vor. Auch die Gründung von politischen Klubs und Publikationsorganen geht auf ihn zurück. Gleichgesinnte veröffentlichten in »Das Gewissen« oder trafen sich im »Juni-Klub«. Damit entstand nicht nur unter Intellektuellen ein informelles Netzwerk, da dieses doch auch aus nahestehender Politik und Wirtschaft einschlägige Unterstützung fand. Bedeutsam war die von Moeller van den Bruck vorgelegte programmatische Schrift »Das dritte Reich« (1923), äußerte er sich doch hierin zu diversen Politikfeldern hinsichtlich seines Selbstverständnisses. In diesem einflussreich wirkenden Buch findet man auch ein gesondertes Kapitel »Sozialistisch«.⁹ Die Umsetzung der NS-Diktatur erlebte Moeller van den Bruck angesichts seines frühen Todes jedoch nicht mehr.

Und dann geht es noch um den Geschichts- und Kulturphilosophen Oswald Spengler (1880–1936),¹⁰ der mit seinem bekanntesten Buch ein geflügeltes Wort prägte: »Der Untergang des Abendlandes« (1918/1922).¹¹ Darin beschrieb er die Entwicklung verschiedener Hochkulturen, woraus eine »Morphologie der Weltgeschichte« abzuleiten sei. Dieser Ansatz, der auch Kritik und Spott motivierte, machte Spengler schon in der Weimarer Republik berühmt. Seine dort formulierte Auffassung, wonach ein Cäsarismus die Demokratie ablösen würde, fand hierbei nur geringen Widerspruch. Durch die gesamten 1920er Jahre hindurch erschienen diverse eindeutig politische

8 Vgl. Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, München 1986, S. 221–317; Weiß, Volker, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012.

9 Vgl. Moeller van den Bruck, Arthur, Das dritte Reich (1923), Hamburg 1931, S. 29–78.

10 Vgl. Felken, Detlef, Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur, München 1988; Naeher, Jürgen, Oswald Spengler, Reinbek 1984.

11 Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte (1918/1922), München 1990.

Schriften, welche durch eine Frontstellung gegen Liberalismus und Parlamentarismus geprägt waren.¹² Ein frühes Buch war mit »Preußentum und Sozialismus« (1919) überschrieben.¹³ Seine antirepublikanische Grundhaltung führte aber nicht dazu, dass die Nationalsozialisten später Spengler vereinnahmen konnten. Er bewahrte eine elitäre Distanz und hatte keine persönlichen Karriereinteressen.

2.2 Publikationsorgan: Autorenkreis um »Die Tat« als Theorieorgan

Und dann sei als der Konservativen Revolution nahestehendes Publikationsorgan auf »Die Tat«¹⁴ verwiesen. Dazu muss noch eine einschränkende Anmerkung bezüglich der Einordnung gemacht werden, lassen sich doch unterschiedliche Entwicklungsetappen der Monatszeitschrift wahrnehmen. Die gemeinten Änderungen sind auch daran ablesbar, dass es immer wieder neue Untertitel gab. So entstand »Die Tat« 1909 mit dem Untertitel »Wege zu freiem Menschentum«, woraus sich eine freireligiöse und kulturelle Orientierung ablesen lässt. Die beiden folgenden Entwicklungsetappen können hier übersprungen werden, da sie für den Kontext nicht wichtig sind. Bedeutsam ist die eher kurze Ausrichtung an der Konservativen Revolution in einem nur vierjährigen Zeitraum. Gemeint ist die Endphase der Weimarer Republik, also die Jahre zwischen 1929 und 1933. Seinerzeit erfolgte eine Änderung der Inhalte und Linie der »Tat«, wodurch das Blatt als »Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit« zu einem einflussreichen politischen Publikationsorgan wurde. Ablesbar war dies an der Auflagenzahl mit rund 30.000 Exemplare.

Den bedeutendsten Anteil daran hatte ein neuer Leiter: Hans Zehrer. Der 1899 Geborene Redakteur arbeitete zuvor für die damals bedeutsame »Vossische Zeitung«, wo er sich als Journalist einen Namen machen konnte. So kam es dann zu seiner Herausgeberschaft bei »Die Tat«, zunächst noch in nicht-öffentlicher Form, da die »Vossische Zeitung« den engagierten Zehrer weiter beschäftigte. Nachdem die neue politische Ausrichtung seines neuen Blattes

¹² Vgl. Spengler, Oswald, Politische Schriften 1919–1926 (1932), Leipzig 2009.

¹³ Spengler, Oswald, Preußentum und Sozialismus (1919), München 1922.

¹⁴ Vgl. Fritzsche, Klaus, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des »Tat«-Kreises, Frankfurt a.M. 1976; Sontheimer, Kurt, Der Tatkreis, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 7 (1959) 3, S. 229–260.

große Resonanz auslöste, wechselte er auch öffentlich zu »Die Tat«. Ihm gelang es mit viel Geschick, so ein erfolgreiches Publikationsorgan zu etablieren. Die offene Ablehnung der damaligen Demokratie zog sich durch viele Texte von Zehrer. So schrieb er noch 1932: »Das System mag in sich vernünftig sein, gut, aber wir wollen es nicht mehr. Dagegen ist kein Argument gewachsen!« Stattdessen setzte er auf eine neue Führerfigur: »Da dieser Führer, von welche Seite er auch immer kommen mag, nur national sein kann, so wird sein Weg der richtige sein, da es der Weg der Nation sein wird.«¹⁵ Auch wenn man bei dieser Aussage aus dem Jahr 1931 an Hitler denken muss, so war er hier nicht als »Führer« gemeint.

Denn vom aufkommenden Nationalsozialismus waren weder »Die Tat« noch Zehrer begeistert. Dagegen spricht auch nicht die ideologische Ausrichtung des Publikationsorgans, wo etwa Kapitalismuskritik und Nationalismus miteinander vermischt wurden. Es gab andere politische Optionen für »Die Tat«, erhoffte man sich doch kurzzeitig eine aus linken und rechten Elementen bestehende »Querfront«. Unter der Führung des Reichskanzlers Kurt von Schleicher sollten der »linke« NSDAP-Flügel und die Sozialdemokratie dazu gehören. Dabei handelte es sich um ein unrealistisches Gedankenexperiment, dem damals auch noch andere Rechtsintellektuelle anhingen. Sie fanden ein Forum in »Die Tat«. Indessen leitete diese Entwicklung den Niedergang des Publikationsorgans ein. Als Herausgeber wurde Zehrer bereits 1933 abgesetzt, wonach bis zu ihrem Ende 1939 aus »Die Tat« eine linientreue nationalsozialistische Zeitschrift wurde. Beachtenswert ist noch die spätere Entwicklung von Zehrer: In den 1950er und 1960er Jahren arbeitete er als einflussreicher Redakteur für den Springer-Verlag, sowohl für »Bild« wie »Die Welt«. 1966 verstarb Zehrer.¹⁶

¹⁵ Zehrer, Hans, Rechts oder Links?, in: *Die Tat*, 23 (1931), S. 505–559, hier S. 524 und 556.

¹⁶ Vgl. Demant, Ebbo, Hans Zehrer als politischer Publizist. Von Schleicher zu Springer, Mainz 1971. Darin finden sich auch Ausführungen zur Entwicklung anderer Publizisten von »Die Tat« nach 1945.

3. Analysen: Konservative Revolution und Sozialisten

3.1 Analysekriterium (I): Ablehnung des linken Sozialismus

Zunächst steht hier die Ablehnung des linken Sozialismus im Zentrum. Denn aus den betonten Differenzen können mitunter die Konturen von dem her-ausgearbeitet werden, was die Grundmerkmale eines »deutschen« oder »nationalen« Sozialismus sein sollten. Auf beide Aspekte bezogen soll indessen eine definitorisch orientierte Bemerkung vorangestellt werden: Die gemeinten Akteure der Konservativen Revolution definierten nicht, was unabhängig von ihrer Einstellung eigentlich unter Sozialismus verstanden werden sollte. Es müsste angesichts ihrer auch affirmativen Auffassung dazu eigentlich ein allgemeines Verständnis geben – je nach akzeptierten und negierten Bestandteilen aufgrund der eigenen ideologischen Prägungen unterscheidbar. Davon kann aber mit Blick auf deren einschlägigen Publikationen nicht die Rede sein. Allenfalls lassen sich Bestandteile einer solchen Definition ausmachen, wobei diese aber nicht in eine Merkmalsauflistung für ein Sozialismusverständnis integriert wurden.

Diese Aussage gilt auch für das Buch »Preußentum und Sozialismus« von Spengler, das mit der Bekundung »Wir sind Sozialisten« als einigen der letzten Worte endet.¹⁷ Zuvor ist gar die Rede von einem »echten Sozialismus«, der ihm demnach in seiner Exklusivität klar gewesen sein müsste, wozu es aber wieder keine Erläuterungen gibt. Höchstens taucht einmal die Formulierung »überpersönliche Gemeinschaft« auf. Gleichwohl wird ein diffuser Einklang von »Preußentum und Sozialismus« postuliert. Dabei gilt offenbar der Gegensatz zum politischen Liberalismus als wichtig, eben eine »illiberale und antiparlamentarische Tendenz«. Die Ablehnung des marxistisch interpretierten Sozialismus ist demgegenüber bei Spengler unverkennbar: Denn »es gilt, den deutschen Sozialismus von Marx zu befreien.«¹⁸ Der Arbeiter werde von ihm einer Klasse und nicht einem Stand zugeordnet. Letzteres stehe für einen ethischen Begriff, Klasse sei ein wirtschaftlicher Terminus. Es ist demnach die ökonomische Fixierung, die am linken Sozialismusverständnis verstörend wirke.

¹⁷ Um den Anmerkungsapparat im Folgenden nicht zu überlasten, werden lediglich an jedem Absatzende die Zitatbelege gesammelt präsentiert.

¹⁸ Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 99, 84, 31, 63, 4.

Ausführlicher setzte sich in seinem Hauptwerk dann Moeller van den Bruck mit »Sozialistisch« auseinander, war doch immerhin ein eigenes Kapitel mit diesem Terminus überschrieben. Darin richten sich die Ausführungen ebenfalls gegen das von Marx entwickelte Sozialismusverständnis. Es wird als Ausdruck einer wirklichkeitsfremden Ideologie angesehen, da dort immer nur in ökonomischen Kategorien gedacht werde. Insbesondere das materialistische Denken verstörte Moeller van den Bruck, ignoriere es doch den »Geist von Europa«. Die materialistische Geschichtsauffassung habe nur eine »stoffliche« Orientierung. Es ginge nicht um »Werte«, sondern nur um »Wirtschaft«. Darüber hinaus verstörte die internationale Dimension auch Moeller van den Bruck vehement, seien doch »Klassenprobleme« bei weitem nicht so relevant wie »Völkerprobleme«. Erörterungen zur sozialen Frage im jeweiligen Land waren daher für ihn kein Thema, dafür wurden als die dringlichsten Anliegen für die deutschen Arbeiter die »Überbevölkerungsprobleme« gesehen.¹⁹

3.2 Analysekriterium (II): Begründung für einen nationalen Sozialismus

Angesichts der Ausrichtung solcher Grundpositionen ist fraglich, inwieweit überhaupt von Sozialismus gesprochen werden kann. Dabei handelt es sich bekanntlich um eine der drei politischen Großtheorien aus dem 19. Jahrhundert, wobei die konstitutive Gemeinsamkeit bezogen auf eine größere soziale Gleichheit war. Eine solche Auffassung bestand gerade nicht bei den Denkern der Konservativen Revolution. Gleichwohl bezogen sich einige ihrer Akteure auf ein wie auch immer verstandenes nationales Sozialismusverständnis. Es war bezogen auf eine ideelle Ebene, nicht auf die soziale Gesellschaftsstruktur. Anders formuliert: Das allgemeine Gemeinschaftsgefühl war konstitutiv, und eben nicht die soziale Gleichheit. Diese grundlegende Erkenntnis ergibt sich auch aus der präsentierten Ideologie des nationalen Sozialismus, wie ein analytischer Blick auf die erwähnten Monographien der beiden Protagonisten veranschaulicht:

Einen »deutschen Sozialismus« forderte Spengler offensiv ein, bemerkte er doch bereits in der Einleitung von »Preußentum und Sozialismus«: »Wir Deutsche sind Sozialisten, auch wenn niemals davon geredet worden wäre. Die Anderen können es gar nicht sein.« Da der Autor aber noch nicht einmal die Bezeichnung »Sozialismus« allgemein definierte, kann auch hier eine fehlende Erläuterung zum Gemeinten nicht verwundern. Es heißt dazu: »Altpreu-

¹⁹ Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 36, 44, 50–51, 55, 59.

ßischer Geist und sozialistische Gesinnung [...] sind ein und dasselbe.« Demnach soll es um eine aus der Geschichte ableitbare Haltung gehen, »wonach das Blut, die durch nie ausgesprochene Ideen gezüchtete Rasse, der zur einheitlichen Haltung von Leib und Seele gewordne [sic!] Gedanke über bloße Ideale, über Sätze und Schlüsse hinwegschreitet.«²⁰ Demnach würde sich also aus dem »Blut« der gemeinte »Sozialismus« ergeben. Wie bereits erwähnt wäre ihm darüber hinaus eine antiparlamentarische und illiberale Ausrichtung eingen. Genauere Aussagen wurden zum Gemeinten aber von Spengler nicht vorgetragen.

Demgegenüber finden sich bei Moeller van den Bruck einige Positionierungen, allerdings nur kurSORisch nach den Ausführungen gegen linken Sozialismus. Ausgangspunkt ist seine Feststellung: »Jedes Volk hat seinen eigenen Sozialismus«. Es soll also nicht eine allgemeine Auffassung davon geben, sondern nur eine an die jeweilige Nation gebundene. Daher auch die Formulierung: der »deutsche Sozialismus«. Das entsprechende Bekenntnis formulierte Moeller van den Bruck wie folgt:

»Wir verstehen unter deutschem Sozialismus [...] eine körperschaftliche Auffassung von Staat und Wirtschaft, die vielleicht revolutionär durchgesetzt werden muß, aber alsdann konservativ gebunden sein wird.«

Diese Auffassung sei nicht atomistisch, sondern organisch: »Sozialismus ist für uns: Verwurzelung, Staffelung, Gliederung«. Es soll um die Einordnung der jeweiligen Individuen gehen, nicht um deren soziale Lage. Eine solche Auffassung müsse auch »allen Liberalismus eines Westlertums« überwinden.²¹ Dies sei die Grundlage für ein neu zu schaffendes drittes Reich.

3.3 Besonderheit: Ausnahme einer beschränkten Kapitalismuskritik

Angesichts der erwähnten Auffassungen kann ein Desinteresse an einer dezidierten Kapitalismuskritik nicht verwundern, kommen doch einschlägige Entwicklungen bei den Konservativen Revolutionären als Thema kaum vor. Es gab aber eine Ausnahme gegenüber dieser Grundlinie: das zwischen 1929 und 1933 von einer beschränkten Kapitalismuskritik geprägte Publikationsorgan

²⁰ Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 4.

²¹ Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 72, 74–75, 78.

»Die Tat«. Darin beriefen sich die relevanten Autoren dezidiert auf »Preußentum und Sozialismus« von Spengler.²² Dessen Auffassungen gegenüber wurde die dem Kapitalismus eigene Krisenanfälligkeit durchaus thematisiert. Darüber hinaus forderten einige Autoren auch staatliche Eingriffe in die Wirtschaft. Besondere Bedeutung kam dabei Ferdinand Fried (das Pseudonym von Ferdinand Friedrich Zimmermann) als Redakteur für Wirtschaftsfragen zu. Er hatte in einer eigenen Buchpublikation »Das Ende des Kapitalismus« (1931) als Prognose wie Titel veröffentlicht.²³ Gleichwohl plädierte auch Fried nicht für ein linkes Sozialismusverständnis.

Seine Aufsätze behandelten aber durchaus die Krisenanfälligkeit dieser Wirtschaftsordnung, wobei mit Datenmaterial die einschlägigen Entwicklungen und ihre sozialen Folgen thematisiert wurden. Dafür standen Beiträge wie »Das Kapital stirbt ab«, »Die Krise des Kapitalismus« oder »Zusammenbruch der Weltwirtschaft«.²⁴ Angesichts der Argumentation oder Begriffswahl könnten auch in den Medien eines linken Sozialismus derartige Texte Platz gefunden haben. Bestärkt wurde dieser Eindruck noch durch Forderungen, etwa bezogen auf eine angestrebte Planwirtschaft oder erhoffte Verstaatlichungen. Derartige Auffassungen müssen aber in einem historischen wie inhaltlichen Kontext gesehen werden. Es galt Fried etwa die frühere »Kriegswirtschaft« als nachahmenswertes Vorbild. Nur um der Krisenbewältigung willen wollte er phasenweise auf derartige Maßnahmen setzen. Sie sollten lediglich für Einschränkungen des Kapitalismus stehen, entsprechend waren sie nicht gegen die Existenz dieser Wirtschaftsordnung gerichtet.

Demgegenüber bekundete Fried zum Kapitalismus eine Mittelposition in »Die Tat«: Die von ihm mitgetragene »kommende geistige Strömung« werde »weder kapitalistisch noch antikapitalistisch sein, sondern akapitalistisch in dem Sinne: wir haben mit ihm nichts mehr zu schaffen, er ist tot, erledigt.«²⁵ Dieser Abgesang war aber nur auf ein diffuses Bild von Kapitalismus bezogen, nicht in Gänze auf ein solches ökonomisches System. Betrachtet man die sonstigen Aussagen von Fried zum Thema, so entsteht das Idealbild

22 Vgl. zum Beispiel Fried, Ferdinand, Autarkie, Jena 1932, S. 45; Hans Zehrer, Außenpolitik und nationaler Sozialismus, in: Die Tat, 25 (1933), S. 177–209, hier S. 187.

23 Fried, Ferdinand, Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931.

24 Vgl. Fried, Ferdinand, Das Kapital stirbt ab, in: Die Tat, 21 (1930), S. 721–735; Fried, Ferdinand, Die Krise des Kapitalismus, in: Die Tat, 22 (1930), S. 89–112; Fried, Ferdinand, Zusammenbruch der Weltwirtschaft, in: Die Tat, 22 8 (1930), S. 577–610.

25 Fried, Ferdinand, Wirtschaften mit Worten. Zur Krise des kapitalistischen Geistes, in: Die Tat, 22 (1930), S. 259–285, hier S. 284.

einer von mittelständischen Kleinproduzenten geprägten prä-kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Fried schwärzte etwa in einem Gesamtkonzept für die Zukunft: »Die Gewerbefreiheit wird eingeschränkt: es ist nun keine ›Entfaltung‹ mehr nötig und möglich, sondern ein Nahrungs- und Lebensspielraum. Die Gesamtwirtschaft wird planmäßig geführt und in nationaler Betontheit zur Autarkie hinstreben.«²⁶ Darin sollte letztendlich das Modell eines »deutschen Sozialismus« in »Die Tat« als einflussreichem Theorieorgan bestehen.²⁷

3.4 Analysekriterium (III): Einbettung in eine Gemeinschaftskonzeption

Dieser Gesichtspunkt soll im Kontext der außenpolitischen Prägungen des »deutschen Sozialismus« noch näher Thema sein. Hier geht es zunächst noch um einen anderen Aspekt, wobei eine konstitutive Grundposition der erörterten geistigen Strömung veranschaulicht wird. Dazu sei noch einmal auf eine bedeutende Differenz zum linken Sozialismusverständnis verwiesen, konzentrierte sich dieses doch auf die sozialen Gegebenheiten in der ökonomischen Sphäre. Wie die vorstehenden Ausführungen zu den einzelnen Denkern veranschaulicht haben, war dieses linke Verständnis bis auf die erwähnte Ausnahme für die rechten Repräsentanten kaum wichtig. Die soziale Lage des deutschen Proletariats galt ihnen nicht als relevantes Thema. Auch wurde bezogen auf die Eigentumsverhältnisse keine Umverteilung gefordert, weder durch Reformen noch durch eine Revolution. Bilanzierend lässt sich daher gegenüber dem linken für den »deutschen Sozialismus« konstatieren: Es ging um ein kollektives Gemeinschaftsbewusstsein, nicht um soziale Gleichheit.

Dabei spielten einige der Autoren auch auf die »Ideen von 1914« an, also die angeblich breite nationale Begeisterung für den kriegerischen Einsatz, worin gar der eigentliche Sozialismus von Spengler gesehen wurde: »Der echte Sozialismus stand im letzten Ringen an der Front oder lag in den Massengräbern von halb Europa«²⁸ Derartige Auffassungen entstanden aber unabhängig vom Kriegsausbruch, er bot allenfalls den Anlass für entsprechende Positionierungen. Bereits Jahre zuvor hatte Moeller van den Bruck postuliert, »daß die soziale Frage dadurch für ein Volk beantwortet wird, daß seine nationale Frage

²⁶ Fried, Ferdinand, Wende der Wirtschaft. Versuch einer geschichtlichen Deutung, in: *Die Tat*, 22 (1931), S. 848–868, hier S. 866.

²⁷ Vgl. Fried, Ferdinand, Deutscher Sozialismus?, in: *Die Tat*, 24 (1933), S. 993–1012.

²⁸ Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 9.

ihre Beantwortung findet.«²⁹ Nicht nur die Prioritätensetzung, sondern auch die Sphärenrelevanz ist wichtig. Man hat es hier nicht mit der konstitutiven Basis einer Gesellschaft zu tun, wie Marxisten meinten, sondern mit einem Grenzbereich des sozialen Zusammenlebens. Dessen reale soziale Grundlage erschien weniger interessant als eine emotionale Integration. Aus nationalem Bewusstsein sollte soziale Gemeinschaft entstehen.

Eine solche Prioritätensetzung bestand auch in der »Tat«, wie einschlägige Aussagen ihrer wichtigsten Autoren veranschaulichen. Für Fried galt etwa: »Aus der Gemeinschaft entsteht der Sozialismus, der nur innerhalb der Grenzen bleiben, nur national sein kann.«³⁰ Gemeinschaftsgefühl war demnach für den Sozialismus die eigentliche Wurzel. Es sollte dabei also konstitutiv um eine innere Einstellung, nicht um soziale Verteilungsfragen gehen. Diese Auffassung schloss gegenüber der gesellschaftlichen Elite nicht aus, ihr bezüglich des monetären Denkens eine andere Haltung nahezulegen. Zehrer sprach diffus von einer »Nivellierung«. Für ihn war das eigentliche Problem »in erster Linie ein moralisches«, und im »Grunde unwesentlich«³¹ wäre demgegenüber die Wirtschaft. Die »Schaffung einer möglichst breiten und geschlossenen Glaubens- und Willensgemeinschaft des deutschen Volkes«³² gilt nicht nur für das Publikationsorgan nach Zehrer als eigentliches Ziel. Genau darin besteht das Kernmerkmal des »nationalen Sozialismus«.

3.5 Analysekriterium (IV): Frontstellung gegen den politischen Liberalismus

Die Denker der Konservativen Revolution grenzten sich aber nicht nur von linken Sozialismen ab. Ihre eigentliche inhaltliche Frontstellung war gegen den politischen Liberalismus gerichtet, also die Basiswerte einer modernen Demokratie auf rechtsstaatlicher Grundlage. Betont werden muss dabei die Ablehnung der politischen, nicht notwendigerweise ökonomischer Dimensionen des Liberalismus. Die Entwicklung der Marktwirtschaft sollte gleichwohl unter dem Primat des Staates stehen: »Das souveräne Wort Freihandel gehört in eine Wikingerwirtschaft«, so Spengler. Und weiter: »Das preußische und also

29 Moeller van den Bruck, Arthur, *Die Zeitgenossen*, Minden 1906, S. 52.

30 Fried, Ferdinand, *Deutscher Sozialismus?*, in: *Die Tat*, 24 (1933), S. 993–1012, hier S. 1006.

31 Zehrer, Hans, *Die eigentliche Aufgabe*, in: *Die Tat*, 23 (1932), S. 777–800, hier S. 797.

32 Zehrer, Hans, *Der Weg in das Chaos*, in: *Die Tat*, 21 (1929), S. 563–577, hier S. 565.

sozialistische Wort wäre im Ganzen der Volkswirtschaft aus der herrschenden in eine dienende Rolle verwiesen.« Gegen dieses englische ökonomische wie politische Denken solle ein »preußischer Geist« gestellt werden:

»die Macht gehört dem Ganzen. Der einzelne dient ihm. [...] Es wird befohlen und gehorcht. Dies ist [...] autoritativer Sozialismus, dem Westen nach illiberal und antidebakatisch«.³³

Noch entschiedener gegen den politischen Liberalismus agierte Moeller van den Bruck, der gar eine existentielle Gefahr für alle Völker sah. Seine folgende Formel ist bis in die Gegenwart hinein bekannt: »Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde«. Diese Aussage bezog sich aber nicht primär auf die ökonomische, sondern die politische Sphäre. Aufklärung, Individualismus und Menschenrechte wurden negiert, demgegenüber sollten Gemeinschaftsdenken, Hierarchisierung, und Unterordnung stehen. Moeller van den Bruck: »Der Kampf gegen die Aufklärung, den wir aufnehmen, wird ein Kampf gegen den Liberalismus auf der ganzen Linie sein.« Oder auch: »Liberalismus ist der Ausdruck einer Gesellschaft, die nicht mehr Gemeinschaft ist.«³⁴ Die erste Aussage richtete sich gegen die philosophische Grundlage des politischen Liberalismus, die zweite Aussage beschwore einen antiindividualistischen Kollektivismus. Beide Denkungsarten legten Eliteherrschaft wie Hierarchisierung sozialen Miteinanders nahe.

Derartige Auffassungen fanden sich auch im Kreis um »Die Tat«, wobei es aber nicht um von besonderen Fachkenntnissen geprägte Funktionseliten ging, sondern eben um Führungseliten über einer homogenen »Volksgemeinschaft«. Dabei galt als hauptsächliches Anliegen die »Schaffung einer möglichst breiten und geschlossenen Glaubens- und Willensgemeinschaft«,³⁵ was für Zehrers Wirken ein zentrales Ziel war. Die in dieser Auffassung eingeforderte hohe Geschlossenheit negierte dann auch potentielle wie reale Offenheit und Pluralismus der gesellschaftlichen Verfasstheit. Gleichzeitig sollte diese einer autoritären Führerschaft unterworfen werden, wie folgende von einer gewissen Berauschtigkeit geprägten Worte von Zehrer veranschaulichen:

³³ Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 48, 15.

³⁴ Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 127, 128–129, 197.

³⁵ Zehrer, Hans, Der Weg in das Chaos, in: Die Tat, 21 (1929), S. 563–577, hier S. 565.

»[W]enn das erste scharfe, aber gerechte Kommandowort eines wirklich persönlichen Willens in das deutsche Volk hineinfahren würde, würde sich dieses Volk formieren [...] es würde marschieren, und es würde befreit aufatmen, weil es den Weg wieder wissen würde.«³⁶

3.6 Analysekriterium (V): Modell der angestrebten Staatsordnung

Aus den Einwänden gegen den politischen Liberalismus ergibt sich das Modell der angestrebten Staatsordnung, welche die Anhänger der Konservativen Revolution der Weimarer Republik entgegensezten wollten. Indessen blieben auch hier die Ausführungen der gemeinten Denker diffus, und die genauen Strukturen der erhofften Systemalternative nur vage vorgetragen. Gleiches gilt für die ökonomische Ausrichtung der politischen Herrschaft, allgemein beschwore man nur für die Politik das Primat. Demnach sollte dort die Dominanz für Entscheidungen liegen, womit einschlägige Schranken für die Wirtschaft verbunden wären. Darüber hinaus gab es aber keine genauer entwickelten Auffassungen zur Gestaltung eines »nationalen Sozialismus«. Lediglich die Ausführungen von Jünger und Spengler vermittelten einige Überlegungen. Sie spielten indessen in der Darstellung entweder auf zukünftige Entwicklungen oder historische Erfahrungen an, woraus sich dann nur Konturen sowohl einer alternativen Staats- wie Wirtschaftsordnung ergaben.

Den historischen Bezugspunkt bildete Preußen für Spengler, hatte er doch sein erwähntes Buch zum Sozialismusbild mit einem entsprechenden Titel versehen. Darin hieß es wieder dezidiert gegen einen behaupteten »englischen Stil« gerichtet: »Der preußische Gedanke der Verwaltung des Wirtschaftslebens aus einem überpersönlichen Gesichtspunkt hatte den deutschen Kapitalismus seit der Schutzzollgesetzgebung von 1879 unwillkürlich in sozialistische Formen im Sinne einer Staatsordnung übergeführt.«³⁷ Genau dementsprechend sollte der Freihandel seine Grenzen haben. Demokratie wurde hierbei mit Geldherrschaft gleichgesetzt, wie Spengler in seinem »Untergang des Abendlandes« unterstellte. Aus dieser Deutung leitete er auch die Notwendigkeit eines Systemwandels ab, welcher in der Etablierung einer autoritären Herrschaft im Staat münden sollte. Nicht als Beschreibung,

³⁶ Zehrer, Hans, Rechts oder links?, in: Die Tat, 23 (1931), S. 505–559, hier S. 556.

³⁷ Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 49.

sondern als Hoffnung hieß es: »Die Heraufkunft des Cäsarismus bricht die Diktatur des Geldes und ihre politische Waffe, der Demokratie.«³⁸

Im als Essay firmierenden »Der Arbeiter« blickte auch Jünger in die Zukunft. Dieses Buch von 1932 beschrieb eine entstehende Gesellschaftsordnung, worin die dem Bürger noch eigene individuelle Freiheit aufgehoben ist. Abgelöst wird er darin von dem Arbeiter als dominante Figur, die in einer Einheitsgesellschaft auf technischer Grundlage lebt. Ihm ist keine Individualität mehr eigen, geht er doch im Kollektiv auf. »Der Arbeiter« beschrieb demnach eine totalitäre Gesellschaftsordnung, wobei die Absicht rezeptionsbedingt unterschiedlich gedeutet wurde. Die Auffassungen reichten von einer Bejahung einschlägiger Entwicklungen bis zu einer ihnen gegenüber vorgetragenen Warnung. Gegen Ende schrieb Jünger indessen: »Hier Anteil und Dienst zu nehmen: das ist die Aufgabe, die von uns erwartet wird.«³⁹ Da in den Ausführungen faschistische wie sozialistische Elemente entdeckt wurden, kam es zu Irritationen hinsichtlich der ideologischen Zuordnung. Sie entstehen aber nicht bei einer Einordnung des Inhalts in Richtung eines »nationalen Sozialismus«.

3.7 Exkurs: Antisemitismus als latente Einstellung

Bei den Ausführungen zu den Einwänden gegen linken Sozialismus wurde ein Thema zunächst ausgeblendet, das hier in einem Exkurs doch noch ausführlicher reflektiert werden soll. Die erwähnten Auffassungen gingen häufig mit einer latenten oder manifesten Judenfeindschaft einher, zumindest artikulierte sich Antisemitismus in entsprechenden Hervorhebungen bei den gemeinten Verwerfungen. Manche Aussagen über Marx als Person können auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Denn dabei wurde auf seinen jüdischen Familienhintergrund abgestellt, wobei er selbst kein praktizierender Jude war. Gleichwohl dienten einschlägige Aussagen zu seiner Herabwürdigung, wurden doch der materialistische Ansatz von ihm wie das behauptete nicht-deutsche Sozialismusverständnis auf nicht mehr bestehende Zugehörigkeiten zurückgeführt. Damit griffen derartige Ausführungen traditionelle antisematische Stereotype auf, welche Juden mit einschlägigen negativen Merkmalen in Verbindung brachten.

In »Preußentum und Sozialismus« schrieb Spengler: »Aber hier unterstützte ihn«, gemeint ist Marx, dem gar ein ganzes Kapitel gewidmet war,

³⁸ Spengler, Der Untergang des Abendlandes, S. 1193.

³⁹ Jünger, Ernst, Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt (1932), Stuttgart 2014, S. 309.

»sein jüdischer Instinkt, den er selbst in einer Schrift über die Judenfrage gekennzeichnet hat. Der Fluch der körperlichen Arbeit am Anfang der Genesis, das Verbot, den Sonntag durch Arbeit zu schänden, das machte ihm das alttestamentliche Pathos des englischen Empfindens zugänglich.«⁴⁰

Antisemitismus und Englandhass kommen gar in Kombination miteinander vor. Ähnliche Aussagen finden sich auch in »Das dritte Reich« von Moeller van den Bruck: »Er«, Marx, »war als Jude ein Fremder in Europa und mischte sich gleichwohl in die Angelegenheiten der europäischen Völker.« Die nationalistisch artikulierte Ausgrenzung ist unverkennbar, die religiöse Herkunft gilt als hauptsächlich prägend, was dann auf die gesamte Lehre übertragen wird: »Marx ist nur aus dem Judentum zu verstehen.«⁴¹ Demnach gilt in dieser Denkweise ein internationalistischer Sozialismus als jüdisch geprägt.

Antisemitische Einstellungen fanden sich auch in der »Tat«, zwar nicht als besondere Auffassung mit entsprechenden Forderungen, aber sehr wohl als erkennbare Haltungen und negative Vorurteile. So war etwa bei Fried von einer »jüdisch stark durchsetzten Börsen- und Finanzwelt« die Rede, oder er sprach über die Juden als eine »empfängliche Rasse« für wirtschaftliches Wachstum.⁴² Demnach bestanden hier wie bei den vorgenannten Autoren rassistische wie sozioökonomische Formen der Judenfeindschaft. Antisemitismus sollte aber bei Fried später noch eine größere Rolle spielen, machte er doch nach 1933 unter der nationalsozialistischen Herrschaft beruflich Karriere. Fried trat NSDAP wie SS bei und arbeitete für einen Staatssekretär als Stabsleiter wie später als Obersturmbannführer im »Rasse- und Siedlungshauptamt« der SS. Seine antisematische Auffassung prägte auch eine eigene Buchveröffentlichung: »Der Aufstieg der Juden« von 1938.⁴³ Nach 1945 schrieb Fried für das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt« und »Die Welt«.

3.8 Analysekriterium (VI): Außenpolitische Aspekte des nationalen Sozialismus

Anschließend soll es noch um die außenpolitischen Aspekte des nationalen Sozialismus gehen, wobei unterschiedliche Gesichtspunkte von den gemeinten

40 Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 74.

41 Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 34.

42 Fried, Ferdinand, Panik, in: Die Tat, 22 (1930), S. 511–520, hier S. 513; Fried, Ende des Kapitalismus, S. 144.

43 Fried, Ferdinand, Der Aufstieg der Juden, Goslar 1937.

Intellektuellen angesprochen wurden. Zunächst sei dazu auf die »Autarkie« als erhofftes Wirtschaftsmodell verwiesen, galt dieses doch als Lösung für viele Probleme. Es muss bedacht werden, dass nur wenige der gemeinten Autoren so weit dachten. Insbesondere im Autorenkreis der »Tat« fanden sich entsprechende Vertreter. Sie plädierten aber nicht für eine totale Abschottung gegenüber ausländischen Märkten, hätte dies doch zu einem ökonomischen Rückfall für die gesamte eigene Volkswirtschaft geführt. Daher wollte man einem autarken Deutschland auch ausländische Handelspartner zugestehen, insbesondere in Mittel- und Südosteuropa. Es ging für Fried in einer eigenen Monographie dazu um den »Vorrang der Binnenwirtschaft«,⁴⁴ dann insbesondere zur Erlangung von mehr ökonomischer und politischer Souveränität nach dem verlorenen Weltkrieg.

Ein anderer außenpolitischer Aspekt war bei den erwähnten Intellektuellen darauf bezogen, dass sie nicht von einem »Klassenkampf«, sondern von einem »Völkerkampf« ausgingen. Zu dieser Deutung wurde schon früh die Grundlage von Moeller van den Bruck gelegt, wobei er in einem wertenden Sinne »alte« und »junge Völker« unterschied.⁴⁵ Dass diese Differenzierung je nach politischer Lage anders vorgenommen wurde, soll hier bezogen auf Moeller van den Brucks mangelnde argumentative Seriosität nicht näher thematisiert werden. Bedeutsam für die zu erörternde Fragestellung sind andere Gesichtspunkte: Deutschland wurde den »jungen Völkern« zugerechnet, und es sollte eine unterdrückte »proletarische Nation« sein. Nicht der Arbeiter im Nationalstaat war wichtig, sondern die Nation unter den Völkern. Daraus folgte für Moeller van den Bruck: »So bleibt das Bevölkerungsproblem das Problem aller Probleme in Deutschland: ein sozialistisches Problem«⁴⁶ Auf die Außen-, nicht auf die Innenpolitik war hier der »nationale Sozialismus« bezogen.

Und schließlich soll hinsichtlich der Außenpolitik noch die Einstellung zur Sowjetunion thematisiert werden. Entgegen einer ersten Erwartung, die aus Antikommunismus einevehemente Negierung vermuten ließe, bestand eher eine skeptische Faszination. Dafür gab es unterschiedliche Gründe: Allgemein gehörte dazu eine gemeinsame Frontstellung gegen die westlichen Staaten, die als gelegentlich eigenmächtige Ordnungsfaktoren auch gegen die Sowjetunion wirkten. Während dortige marxistische Ansätze von den Denkern der

⁴⁴ Fried, Autarkie, S. 131.

⁴⁵ Vgl. Moeller van den Bruck, Arthur, Das Recht der jungen Völker, München 1919.

⁴⁶ Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 64.

Konservativen Revolution abgelehnt wurden, fand eine wachsende Souveränität und Unabhängigkeit entsprechende Zustimmung. Gleichwohl dominierte die Distanz aus ideologischen Gründen. Eine Ausnahme bildete erneut der Autorenkreis der »Tat«, wo sich anerkennende Beiträge von Ernst Wilhelm Eschmann als Redakteur fanden. Die »nationale Entscheidung«⁴⁷ zugunsten einer autarken Planwirtschaft in der Sowjetunion fand etwa seine Zustimmung.

3.9 Besonderheit: Bündnisoptionen für eine potentielle »Querfront«

Neben den ideengeschichtlichen Aspekten, die bei der Konservativen Revolution und deren »nationalem Sozialismus« wichtig sind, kommt entsprechenden Bekundungen auch noch vor strategischen Hintergründen eine Relevanz zu. Gemeint ist die Bündnisoption als potentielle »Querfront«. Da die Bezeichnung etwas irritieren mag, bedarf es dazu einer kurzen Erläuterung. Aufgetreten waren damit einhergehende Gedanken wie erwähnt Ende der Weimarer Republik, wo linke und rechte Kräfte für die Reichskanzlerschaft Kurt von Schleichers als potentielle Unterstützer gefragt waren. Bekanntlich scheiterten diese Bemühungen, übrig blieb der Terminus. Demnach steht ein gemeinsames Bündnis von Linken und Rechten für eine »Querfront«, ein bis in die Gegenwart hinein immer wieder beschworenes Projekt, das aber in der politischen Realität – nicht nur der Weimarer Republik – noch nie funktionierte.⁴⁸ Indessen gab es derartige Auffassungen auch in der Konservativen Revolution.

Bereits in Spenglars »Preußentum und Sozialismus« fanden sich derartige Überlegungen, die gegen politischen Liberalismus wie linken Sozialismus gerichtet waren. So heißt es etwa hinsichtlich einer gemeinsamen politischen Grundlage:

47 Eschmann, Ernst Wilhelm, Russland – Nation und Wirtschaft, in: Die Tat, 23 (1931), S. 696–717, hier S. 698.

48 Vgl. Pesch, Jan Hindrick, *Das Scheitern der Querfront und seine Ursachen. Eine Studie zu Fällen aus dem Links- und Rechtsextremismus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2024; Pfahl-Traughber, Armin, Gibt es eine aus Links- und Rechtsextremisten bestehende »Querfront«? Definitionen, Erscheinungsformen, Geschichte und Relevanz (31. Juli 2023), in: bpdb.de, Gibt es eine aus Links- und Rechtsextremisten bestehende »Querfront«? | Linksextremismus | bpdb.de, zuletzt abgerufen am 22. April 2024.

»Es ist bezeichnend und verrät die Stärke des nationalen Instinkts, daß die beiden Parteien, welche man als spezifisch preußische bezeichnen darf, die konservative und die sozialistische, eine illiberale und antiparlamentarische Tendenz nie verloren haben.«

Dadurch könne sie zur Basis einer Kooperation werden. Zu einem einschlägigen Bündnis rief er auch direkt auf:

»Die beiden sozialistischen Partien Deutschlands müssen sich zusammenfinden gegen den Feind der gemeinsamen Idee, gegen das innere England, den kapitalistisch-parlamentarischen Liberalismus. Eine sozialistische Monarchie [...] eine Einheit, in der jeder nach seinem sozialistischen Range [...] den ihm zukommenden Platz erhält«.⁴⁹

Auf eine solche Monarchie hätten sich indessen linke Sozialisten schwerlich eingelassen.

Die ideologischen Differenzen und der fehlende Nutzen verhinderten immer wieder eine »Querfront«. Gleichwohl riefen Akteure der Konservativen Revolution nicht nur anfänglich in der Weimarer Zeit zu einer solchen Zusammenarbeit auf. Für ein späteres Ansinnen zugunsten einer entsprechenden Bündnisoption stand in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre etwa Jünger, der den Dissens von Kommunisten und Nationalsozialisten gern überwunden gesehen hätte. Er verwies bei seinen Ausführungen darauf, »daß alle revolutionären Kräfte innerhalb eines Staates trotz der größten Gegensätze unsichtbare Verbündete sind.« Ihm ging es um die Ablehnung des bürgerlich-parlamentarischen Systems, die eben durch eine Kooperation der genannten Protagonisten direkter umsetzbar sei. An die eine Adresse gerichtet bemerkte Jünger:

»Die einzige Fragestellung, die heute am Kommunismus wirklich von Interesse ist, ist die, ob es auch in Deutschland gelingen wird, den Begriff des Proletariats aus einem rein wirtschaftlichen in einen heroischen zu verwandeln.«⁵⁰

⁴⁹ Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 66, 69–70.

⁵⁰ Jünger, Ernst, Jugend und neuer Nationalismus, in: Der Student, 10 (1929) 17, S. 3–4, hier S. 4.

3.10 Besonderheit: Instrumentalisierung des Sozialismusverständnisses

Ein weiterer strategischer Aspekt, der thematisiert wird, bezieht sich auf die möglicherweise verbundene Instrumentalisierung. Gemeint ist damit eine diskursive Begriffsaneignung, die Nutzung eines eigentlich politisch linken Terminus. Ihm wird in dieser Deutung eine rechte Ideologie vorangestellt, um daraus einen politischen Nutzen eben in diesem Sinne zu ziehen. Ein derartiges Ansinnen war bekanntlich der NSDAP eigen, wollte sie doch Arbeiter mit ihrer Selbstbezeichnung gewinnen. Sowohl die mit »Arbeiterpartei« einhergehende ausdrückliche Benennung wie die postulierte Eigenschaft »sozialistisch« sprechen für eine solche Zielsetzung. Arbeiter sollten erkennbar aus dem linken politischen Lager in das rechte politische Spektrum herübergezogen werden, was eine einschlägige ideologische und propagandistische Ausrichtung um der Gewinnung von Mitgliedern und Wählern strategisch notwendig machte.

Angesichts dieser Erkenntnis stellt sich die Frage, ob es auch ein solches Ansinnen bei den erwähnten Intellektuellen gab? Wollten sie so Arbeiter für ihre politischen Interessen gewinnen? Eine derartige Auffassung liegt nahe, soll aber nach einer kritischen Prüfung verworfen werden. Dafür sind die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten folgenden Gründe relevant: Zunächst einmal wurde nur von bestimmten Akteuren der Konservativen Revolution ein »nationaler Sozialismus« vertreten. Hierzu gehörten die erwähnten Intellektuellen und das genannte Publikationsorgan. Darüber hinaus gab es noch andere weniger bedeutsame Akteure, die ähnliche Einstellungen öffentlich bekundeten, welche aber keine sonderliche Relevanz beanspruchen können. Demnach handelte es sich auch unter den Denkern der Konservativen Revolution lediglich um eine Teilposition, die als bedeutsame oder gar konstitutive Auffassung nicht der ganzen Richtung zugeordnet werden kann. Eine größere Bedeutung lässt sich dafür bei den Nationalrevolutionären konstatieren.

Bei den Jungkonservativen, die hier mit Konservative Revolution als Synonym gemeint sind, verhielt es sich bei der Positionierung anders. Für einen Edgar Julius Jung oder einen Carl Schmitt war ein solcher »nationaler Sozialismus« darüber hinaus kein Thema. Gegen die Auffassung, so die Massen des Proletariats zu gewinnen, spricht aber noch mehr: Den Intellektuellen der Konservativen Revolution waren die Massen nicht wichtig. Sie traten nicht nur für eine Elitenherrschaft ein, sie wollten auch primär auf eine solche soziale Gruppe wirken. Darin ist auch eine Differenz der Konservativen Revolution zum Nationalsozialismus zu sehen. Die Absichten der Denker Jünger, Moeller

van den Bruck und Spengler bestanden darin, auf der theoretischen Ebene nach Legitimationsfaktoren für ein einheitliches ethnisch und politisches Volksgemeinschaftsverständnis zu suchen. Für einen wichtigen Akteur wie Spengler beschränkte sich dieses spezifische Wirken auch nur auf eine kurze Zeit.

Fazit

Bilanzierend lassen sich aus der Analyse folgende Einsichten zusammenfassen: Bei den Intellektuellen der Konservativen Revolution trat lediglich eine Minderheit für einen »nationalen Sozialismus« ein, von den bekannteren Akteuren waren dies nur Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck und Oswald Spengler und als Publikations- wie Theorieorgan »Die Tat«. Insofern können einschlägige Bekundungen den Jungkonservativen, die hier allein mit Konservativer Revolution gemeint sind, nicht als pauschal vorhandene ideologische Orientierungen zugeschrieben werden. Entsprechende Auffassungen kamen bei den Gemeinten unabhängig vom historischen Nationalsozialismus auf, was sich allein aus der historischen Chronologie ergibt, lässt sich ein erstes Plädoyer hierfür doch bereits kurz nach Weltkriegsende nachweisen. Dabei hatte eine gemeinsame Ablehnung von Liberalismus und Parlamentarismus große Relevanz, womit sich die Frontstellung gegen Normen und Regeln der gerade entstandenen Weimarer Republik verbanden.

Blickt man auf die Auffassungen der untersuchten Intellektuellen, fallen viele inhaltliche Defizite bei ihrem propagierten Sozialismusverständnis auf. Dies ist bereits hinsichtlich einer allgemeinen Definition der Fall, müsste doch eine solche mit anschließender Differenzierung einer nationalen Variante erfolgen. Derartige Ausführungen findet man indessen nicht in den als programmäßig geltenden Texten. Deutlich offenbart sich allenfalls die Abgrenzung von einem linken Sozialismusverständnis, woran eine internationale Dimension und Ökonomiezentriertheit verstörten. Beides sollte nach den genannten Denkern der Konservativen Revolution überwunden werden, was damit die inhaltlichen Kernelemente von deren »nationalen Sozialismus« veranschaulichen. Es ging ihnen nicht um die reale soziale Frage in der Gesellschaft, insofern interessierte sie das Leben des Proletariats nicht näher. Man abstrahierte von deren besonderer Lage wie von der anderer sozialer Schichten. Nicht die ökonomische Entwicklung oder die soziale Verteilung waren wichtig.

Gerade derartige materiell-ökonomische Aspekte sollten im jeweiligen Bewusstsein zugunsten einer ethnisch-kulturellen Gemeinschaftsideologie überwunden werden. Dabei griffen die gemeinten Denker der Konservativen Revolution im linken Sozialismus vorhandene kollektivistische Vorstellungen auf, plädierten aber für eine andere inhaltliche Ausrichtung der dafür relevanten ideologischen Grundlagen des politischen Selbstverständnisses. So sollte ein nationales Bewusstsein, nicht aber eine soziale Klassenzugehörigkeit im »nationalen Sozialismus« wichtig sein. Die damit einhergehende Einbettung in eine Gemeinschaftskonzeption steht dann auch für die eigene Orientierung, welche gegen den politischen Liberalismus gerichtet war und eine autoritäre Staatsordnung wünschte. Diese sollte von der Elitenherrschaft einer Gruppe oder Person geprägt sein. Insofern diente den Denkern der Konservativen Revolution ihr »nationaler Sozialismus« auch dazu, ideologische Bedingungsfaktoren für ein diktatorisches System zu präsentieren.

Eine Frage der Zeit? Der nationale Sozialismus des Kreises um Otto Straßer

Stefan Wannenwetsch

Der nationale Sozialismus des Straßer-Kreises ist sicher kein Konzept, das den Lauf der Geschichte wesentlich beeinflusst hat. Und doch setzen sich Historiker seit Jahrzehnten immer wieder aufs Neue mit ihm auseinander. Reinhard Kühnls 1965 erschienene ideengeschichtliche Studie¹ ergänzte Patrick Moreau zu Beginn der 1980er Jahre um organisations- und politikgeschichtliche Aspekte.² 2010 untersuchte Markus März den von Straßer geleiteten »Kampf-Verlag« und erschloss den Straßer-Kreis biografisch,³ während meine Studie auf einen Vergleich der Sozialismuskonzeptionen von Straßer und einer linken Zwischengruppe abzielte.⁴ In den letzten Jahren erweiterte Moreau den Forschungsstand um eine Analyse der Straßer-Rezeption seitens der Neonazi-Szene in der Bundesrepublik Deutschland, während Gregor Reigner jüngst zeitgenössische Presseberichte aus Österreich aufarbeitete.⁵ Man könnte

1 Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Marburg 1965.

2 Vgl. Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« und die »Schwarze Front« Otto Straßers 1930–1935, Stuttgart 1985.

3 Vgl. März, Markus, Nationale Sozialisten in der NSDAP. Strukturen, Ideologie, Publizistik und Biographien des national-sozialistischen Straßer-Kreises von der AG Nordwest bis zum Kampf-Verlag 1925–1930, Graz 2010.

4 Vgl. Wannenwetsch, Stefan, Unorthodoxe Sozialisten. Zu den Sozialismuskonzeptionen der Gruppe um Otto Straßer und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2010.

5 Vgl. Moreau, Patrick, Strasserism in Germany. In Search of an Anti-Western Alliance with Stalin's USSR and Putin's Russia, in: Laruelle, Marlene (Hg.), Entangled Far Rights. A Russian-European Intellectual Romance in the Twentieth Century, Pittsburgh 2018, S. 154–176 sowie Reigner, Gregor, Otto Strasser: Vom »linken Flügel« der NSDAP zur »Schwarzen Front« – Ziele und Forderungen im historischen Kontext, Wien 2020, S. 54–60.

also den Eindruck gewinnen, als sei langsam alles über Straßer und dessen nationalen Sozialismus gesagt. Lassen sich ausgerechnet durch einen Fokus auf die Weimarer Republik neue Erkenntnisse erwarten, wo doch diese Phase schon den Schwerpunkt der bisherigen Forschung bildete?

Ein Ansatz wäre, die Straßer-Forschung für neuere geschichtswissenschaftliche Trends wie etwa die Analyse historischer Zeitkonzepte zu öffnen.⁶ Tatsächlich liegt in der geschichtsphilosophischen Begründung des nationalen Sozialismus durch den Straßer-Kreis eine Besonderheit vor, die bisher nur am Rande Betrachtung gefunden hat. Dass diesem Aspekt jedoch mehr Bedeutung zukommen könnte, legt eine Aussage Frank-Lothar Krolls nahe, der »den strukturell entscheidenden Unterschied der spezifisch Goebbel'schen Form des Sozialismus zur klassischen marxistischen Lehre« darin festmachte, dass dieser NS-Aktivist »auf einen im strengen Sinne *geschichtsphilosophischen* Überbau verzichtete.«⁷ Da auch der Straßer-Kreis zunächst ohne einen solchen Überbau operierte, ist zu fragen, weshalb Straßer und seine Mitstreiter überhaupt die Notwendigkeit sahen, ihre politischen Konzepte geschichtsphilosophisch abzusichern. Ferner: Wie wirkte sich diese Änderung auf die Sozialismuskonzeption aus, und wie beeinflusste sie die Handlungsoptionen der Akteure? Hält man sich vor Augen, dass der Straßer-Kreis zunächst innerhalb der NSDAP wirkte, sich 1930 von dieser abspaltete, um auch nach 1933 Widerstand gegen das NS-Regime zu leisten, lässt sich diese Frage spezifizieren: Wie wirkte sich die Geschichtsphilosophie auf die Radikalität des Straßer-Kreises aus?

6 Vgl. etwa Landwehr, Achim, Geburt der Gegenwart. Eine Geschichte der Zeit im 17. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2014 sowie Esposito, Fernando/Becker, Tobias, The Time of Politics, the Politics of Time, and Politicized Time: An Introduction to Chronopolitics, in: History and Theory 62 (2023) 4, S. 3–23.

7 Kroll, Frank-Lothar, Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, S. 269. Hervorhebungen im Original.

1. Eine Frage der »Rasse«? Der nationale Sozialismus des Straßer-Kreises

In den politischen Konzeptionen des Straßer-Kreises⁸ spielten biologistisch-völkische Gedanken eine wesentliche Rolle. Nicht zufällig fand Otto Straßer daher 1925 in der NSDAP seine politische Heimat, nachdem er eine solche 1920 in der SPD noch vergeblich gesucht hatte.⁹ Wie Hitler erkannte auch Straßer in der Existenz menschlicher »Rassen« die Grundstruktur der Welt.¹⁰ Die Vorstellung, es gäbe so etwas wie eine Menschheit, lehnten beide ab. Straßers enger Mitarbeiter Herbert Blank erklärte stattdessen: »Die Erde ist eine bunte Vielheit von völkisch-eigenartigen Nationen.«¹¹ Während Hitler und die NSDAP aus dem Postulat der Differenzierung der Menschheit die These einer Hierarchisierung der »Rassen« und die Existenz eines ständigen Überlebenskampfs der Völker ableiteten,¹² zog der Straßer-Kreis mit der Forderung nach einer strikten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Völker andere Schlussfolgerungen. Anstatt imperialistische Ambitionen zu legitimieren, betonte er das Selbstbestimmungsrecht auch der kolonialisierten Völker – nicht zuletzt, weil er die Deutschen aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrags als ein »versklavtes Volk« wahrnahm. Aus dieser Lage konnten sie sich laut Straßer nur durch einen erneuten Krieg befreien.¹³ Die Dringlichkeit der angestrebten gewaltsaenen Einglie-

8 Da Straßers politische Entwürfe in den einschlägigen Arbeiten bereits ausführlich dargestellt und mit zahlreichen Quellen belegt sind, genügt im Folgenden eine stichpunktartige Skizze auf Grundlage ausgewählter Primärtexte.

9 Zur Biografie Straßers vgl. Moreau, Patrick, Otto Strasser – Nationaler Sozialismus versus Nationalsozialismus, in: Smelser, Ronald/Syring, Enrico/Zitzelmann, Rainer (Hg.), Die braune Elite 1. 22 biographische Skizzen, 4. Auflage, Darmstadt 1999, S. 286–298.

10 Entsprechend wies er als erste Grundlage seiner Weltanschauung die Trias »Rasse – Volk – Nation« aus. Vgl. Straßer, Otto, Aufbau des Deutschen Sozialismus, Leipzig 1932, S. 15.

11 Von Miltenberg, Weigand, Adolf Hitler – Wilhelm III, Berlin 1931, S. 68.

12 Vgl. Graf, Rüdiger, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933, München 2008, S. 323 sowie Kroll, Utopie, S. 44.

13 Vgl. etwa Mit oder gegen Marx zur Deutschen Nation. Diskussion zwischen Adolf Reichwein, Halle (SPD), Wilhelm Rößle (Tatkreis), Otto Straßer, Berlin und dem Leuchtenburgkreis, Leipzig 1932, S. 27 sowie [Schultze-Pfaelzer, Gerhard/Straßer, Otto/Buchrucker, Ernst Bruno/Blank, Herbert.] Wir suchen Deutschland. Ein freier Disput über die Zeitkrise zwischen Gerhard Schultze-Pfaelzer und Otto Straßer, Major Buchrucker und Herbert Blank, Leipzig/Zürich 1931, S. 10, 86, 113. Hervorhebungen gelöscht.

derung aller deutschen Siedlungsgebiete in das Reich unterstrich er mit der These, die Auslandsdeutschen seien »Zellen des Organismus ›deutsche Nation‹«. Sobald dieses Ziel aber erreicht sei, wären weitere Kriege nur noch nötig, wenn infolge »des natürlichen Wachstums des deutschen Volkes« neue Gebiete zu erobern waren, was seinerseits eine Vertreibung der dortigen Bevölkerung miteinschloss. Straßer's Begründung dieser Maßnahme weist eine frappierende Nähe zu Hitlers Gedankengut auf: »Die fremden Volksteile wirken wie ein Krankheitsstoff, der ausgeschieden werden muß, wenn der Organismus gesund und leistungsfähig bleiben soll.« Immerhin schloss Straßer die Möglichkeit einer stabilen Friedensordnung in Europa nicht völlig aus.¹⁴ Denn anders als das NS-Regime, dessen »Dogma der Überlegenheit der germanischen Rasse [...] der Idee einer Einheit der europäischen Nationen diametral entgegen[stand]«,¹⁵ ging Straßer von der Existenz einer abendländischen »Völkerfamilie« aus, da sich alle europäischen Völker, wenn auch in unterschiedlichen Mischverhältnissen, aus denselben »vier bis fünf Rassen« zusammensetzten.¹⁶ Dass Straßer dennoch einem »schroffen Nationalismus« das Wort redete,¹⁷ obwohl die Metapher der Völkerfamilie eher die Vision eines gedeihlichen Miteinanders evozierte, ist durchaus bemerkenswert.

Die Wahrnehmung der internationalen Beziehungen als ein strukturell von Gewalt geprägter Zustand wirkte auf die konkreten Entwürfe zur Ausgestaltung des nationalen Sozialismus zurück, auch wenn sie diese nicht vollständig zu bestimmen vermochte. So erwartete Straßer von der Staatsform etwa eine »Beschränkung der inneren Reibungen auf ein Mindestmaß, um ein Höchstmaß an Leistung zu erzielen«, um so »den Bestand der Volksgemeinschaft gegenüber anderen Volksgemeinschaften« zu sichern.¹⁸ Geeignete Formen suchte Straßer, ganz in völkischer Manier, vornehmlich im deutschen Mittelalter:

14 Vgl. Straßer, Aufbau, S. 63–64, 75–77, 81. Dagegen betonte Bruno Ernst Buchrucker, als Major ehemals ein Führer der Schwarzen Reichswehr und Führungsmitglied in Straßers Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten: »Der Krieg kann als die Regel und der Frieden als die Ausnahme erscheinen.« Wir suchen Deutschland, S. 109.

15 Fioravanzo, Monica, Die Europakonzeptionen von Faschismus und Nationalsozialismus (1939–1943), in: Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte 58 (2010) 4, S. 509–541, hier S. 541.

16 Wir suchen Deutschland, S. 31, 33.

17 Straßer, Aufbau, S. 77.

18 Ebenda, S. 57–58.

»Jener urdeutsche Gedanke der Zünfte, der ständischen Selbstverwaltung [...] wird das Gesicht unseres Staates wesentlich bestimmen. Denn er mit seiner germanischen Selbstverantwortlichkeit und nicht die faschistische Satrapie mit dem ›Befehl von oben‹ ist die arteigene Form deutschen Wesens, von deren Finden Leben und Zukunft dieser Nation in erster Linie abhängen.«¹⁹

1932 legte er konkrete Vorschläge zum künftigen Staatsaufbau und zur angestrebten Wirtschaftsordnung vor, die in ihren Grundzügen auf einen Programmentwurf zurückgingen, den Otto und sein Bruder Gregor Straßer 1925/1926 dem linken Flügel der NSDAP vorgelegt hatten.²⁰ Zwei Punkte seien bezüglich der politischen Ordnung herausgegriffen: Das allgemeine, freie und gleiche Wahlrecht, wie es in der Weimarer Republik verankert war, stellte Straßer unter den doppelten Vorbehalt der Berufstätigkeit. Einerseits sollten nur Deutsche, die einen Beruf ausübten oder ausgeübt hatten, wahlberechtigt sein.²¹ Andererseits durften sie nur Personen wählen, die ihrem eigenen Berufszweig entstammten, um eine Auswahl der Besten zu garantieren. Parteien lehnte Straßer hingegen ab, da sie der »Zerklüftung des Volkes« Vorschub leisteten. Ohne reichsweit agierende Interessenorganisationen gab es aber keine Grundlage für überregionale Wahlen. Folglich sollte das berufstätige Volk nur die Mitglieder der fünf Berufsräte auf Kreisebene (»Arbeiterrat«, »Bauernrat«, »Rat der freien Berufe«, »Rat für Industrie und Gewerbe« sowie »Rat für Angestellte und Beamte«) direkt wählen. Ansonsten oblag es diesen Gremien, Delegierte aus ihrer Mitte in die als Parlamente fungierenden »Ständekammern« auf Kreis-, Landschafts- und Reichsebene zu entsenden.²² Dem damit implementierten Rätedenkten setzte Straßer einen zweiten Instanzenzug entgegen, der von dem auf Lebzeit gewählten Reichspräsidenten ausging.

19 Straßer, Otto, Nationalsozialismus und Staat, in: Nationalsozialistische Briefe 4 (1928) 11, S. 199–201, hier S. 201.

20 Vgl. Kühnl, Reinhard, Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966) 3, S. 317–333.

21 Vgl. Straßer, Aufbau, S. 72–73. Frauen sollten perspektivisch nicht mehr berufstätig sein und somit ihr Wahlrecht, streng genommen auch die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren. Vgl. ebenda, S. 74.

22 Ebenda, S. 65–70. Als weitere Einschränkung sah Straßer vor, dass keine der fünf Berufsgruppen die absolute Mehrheit in einer Ständekammer stellen durfte, auch wenn sie grundsätzlich »ein Spiegelbild der soziologischen Schichtung« ihres Gebiets sein sollte. Ebenda, S. 70.

Dies sollte der monarchischen Tradition in Deutschland Rechnung tragen und dem politischen System Stabilität verleihen.²³ Dem Reichspräsidenten oblag daher die Ernennung der Landschaftspräsidenten,²⁴ die wiederum die Mehrheit im »Großen Rat« als der zweiten Parlamentskammer stellten. Da Gesetze wiederum nur die Zustimmung von zwei der drei obersten Reichsinstanzen benötigten, erwuchs dem Reichspräsidenten nahezu unbegrenzte Macht, konnte er doch gemeinsam mit dem von ihm abhängigen Großen Rat die Reichsständekammer stets überstimmen.²⁵

In diesem Konzept spiegelte sich die Vision einer homogenen, aufgrund des Glaubens an die natürliche Ungleichheit der Menschen aber hierarchisch strukturierten »Volksgemeinschaft«, wie sie auch die NSDAP propagierte.²⁶ Im Rahmen der Weimarer Verfassung waren solche Vorstellungen hingegen nicht umzusetzen. Tiefgreifend sollte auch der Umbau der Wirtschaft ausfallen. Auch hier stand das agrarisch und handwerklich geprägte Mittelalter als Ordnungsmodell Pate, ausgelegt jedoch im Kontext des völkischen Verständnisses der Nation als einer »Not- und Brotgemeinschaft«.²⁷ Das existierende kapitalistische System samt seiner globalen Handelsstruktur verwarf Straßer hingegen aufgrund ihrer Ausrichtung auf die Maximierung privater Profitinteressen.²⁸

Drei Aspekte stechen aus seinem Gegenentwurf hervor: Wichtigstes Anliegen war Straßer die Verwirklichung wirtschaftlicher Autarkie. Dieses Ziel folgte nicht nur aus der Definition der Nation als »Brotgemeinschaft«, ebenso wichtig war die Erfüllung eines anderen Zwecks: Deutschland sollte für den geplanten Krieg ertüchtigt werden. Daher war Straßer auch gewillt, den »Volksgenossen« eine »Einfachheit der Lebenshaltung« zuzumuten, die der Wohlfahrtsverlust infolge des Ausstiegs aus der Weltwirtschaft mit sich bringen würde. Zwar delegitimierte Straßer in kulturkritischer Manier die vorhandenen Konsumbedürfnisse seiner Landsleute als Produkt geschickter

²³ Vgl. ebenda, S. 59–60.

²⁴ Historisch gewachsene »Landschaften« sollten die auf dynastische Politik zurückgehenden Länder als mittlere Verwaltunginstanz ersetzen. Vgl. ebenda, S. 62–63.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 61–62.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 64–65. Freilich erinnert ein Verfassungsentwurf, der weitgehend machtlose rätedemokratische Organe mit einem auf Lebenszeit ernannten Herrscher kombiniert, auch stark an das sowjetische Staatsmodell.

²⁷ Ebenda, S. 27. Vgl. Wir suchen Deutschland, S. 61–62.

²⁸ Vgl. etwa von Hutten, Ulrich (=Straßer, Otto), Vom Wesen des Kapitalismus, in: Nationalsozialistische Briefe 3 (1927) 2, S. 23–27.

Werbung,²⁹ doch lagen der Forderung nach Autarkie vor allem die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs zugrunde, als die alliierte Seeblockade zum Tod von 700.000 Deutschen infolge von Unterversorgung beigetragen hatte.³⁰ Die wirtschaftspolitische Konsequenz, die Straßer daraus zog, war indes nicht neu. Schon in den ersten Jahren des Weltkriegs hatten Autarkieforderungen erheblich an Popularität gewonnen. Als ideengeschichtlicher Anknüpfungspunkt diente damals Johann Gottlieb Fichtes Entwurf des »geschlossene[n] Handelsstaat[s]«, den er 1800 veröffentlicht hatte.³¹ Ende der 1920er Jahre erfuhren jene Erfahrungen aus dem Krieg eine Aktualisierung und Verstärkung, machte die Weltwirtschaftskrise die Vulnerabilität gegenüber externen Faktoren doch überdeutlich, die ein interdependentes System, wie es eine arbeitsteilige, komplex verflochtene Weltwirtschaft ist, notwendigerweise mit sich bringt.³² Auch wenn die Junge Rechte innerhalb der SPD, die wie Straßer dem Gedanken des nationalen Sozialismus zugeneigt war, Autarkieforderungen entschieden ablehnte, da sie dem »Ziel eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes« zuwiderliefen,³³ stand Straßer mit seinen Autarkieforderungen im rechten politischen Spektrum der Weimarer Republik keineswegs alleine da. Nicht zuletzt die Armee begrüßte »alle auf wirtschaftliche Autarkie abzielenden Maßnahmen«.³⁴

Der Steigerung der Kriegstüchtigkeit dienten zwei weitere Aspekte von Straßers Wirtschaftsprogramm. Die »Re-Agrarisierung« der Gesellschaft sollte nicht nur die Ernährungssicherheit erhöhen, sondern zugleich die Vulnerabilität gegenüber Luftangriffen verringern. So plante er, Industriekonglomerate zu dezentralisieren und in diesem Zuge das Reich einer »planmäßigen Entstädterung« zu unterwerfen. Auch wenn die Provinz am Ende dieses Umbaus stärker industrialisiert gewesen wäre, strebte Straßer insgesamt eine teilweise Deindustrialisierung des Reichs an – wobei er selbst

29 Vgl. Straßer, Aufbau des Deutschen Sozialismus, S. 29–30.

30 Vgl. Leonhard, Jörn, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, Bonn 2014, S. 518–520 sowie Wir suchen Deutschland, S. 51–52.

31 Vgl. Bruendel, Steffen, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die »Ideen von 1914« und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003, S. 124–125.

32 Vgl. Wir suchen Deutschland, S. 49–50.

33 Vogt, Stefan, Nationaler Sozialismus und soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918–1945, Bonn 2006, S. 265.

34 Vgl. Teichert, Eckart, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939. Außenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München 1984, S. 84–85, 94–96, 199.

beschwichtigend vom »Abbau der Ueberindustrialisierung« sprach.³⁵ Solche agrarromantischen Überlegungen waren durchaus anschlussfähig an den zeitgenössischen politischen Diskurs.³⁶ Das Deutsche Reich befand sich, wie viele andere Staaten, inmitten der »agrarischen Transition«, einer »Phase des Übergangs in den Wirtschaftsweisen, den Herrschaftspraktiken [...] und [...] den kulturellen Deutungsmustern«. Die Tatsache, dass der Agrarsektor noch 30 Prozent der Erwerbsbevölkerung beschäftigte, verlieh ihm beachtliches politisches Gewicht.³⁷ Straßer Pläne brachten jedoch ein Problem mit sich: Sie mussten das deutsche Rüstungspotenzial nachhaltig schwächen. Straßer und seine Mitstreiter waren sich dessen bewusst, und dennoch gaben sie hier dem »völkischen – nicht wirtschaftlichen – Gesichtspunkt« den Vorzug, war in diesem Punkt also Ideologie wichtiger als Pragmatismus. Die Lösung dieses Dilemmas lag darin, die Bedeutung der Technologie herunterzuspielen. Sie habe, so Straßer, selbst im militärischen Bereich lediglich Auswirkungen auf die Zahl der Opfer. Den Ausgang des Kriegs bestimme aber etwas ganz anderes: »Denn ein wirklicher Revolutionskrieg«, den das Reich laut Straßer gegen das Versailler System führen sollte, »geht nicht verloren.«³⁸

Hierfür war aber laut Straßer eine weitere Bedingung zu erfüllen: »Die Voraussetzung unseres nationalen Befreiungskampfes ist [...] die sozialistische Revolution.«³⁹ Konkret bedeutete dies, das Eigentum an Land und Industriebetrieben in die öffentliche Hand zu überführen, um es anschließend als »Lehen« an fähige Deutsche zu übertragen. Bei Industriebetrieben sollten »Leitung, Besitz und Gewinn [...] je zu einem Drittel auf Werkführer, Belegschaft und Staat« übergehen.⁴⁰ Der Gedanke der Drittelparität als Schritt hin zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung findet sich in ähnlicher Weise in den

35 Vgl. Straßer, Aufbau, S. 39–40.

36 Vgl. Homberg, Michael, Jenseits von Eden. Der Traum vom alternativen Leben und die Mission der Siedlungsbewegung im Deutschen Kaiserreich, in: Historische Zeitschrift 319 (2024) 2, S. 270–298.

37 Vgl. Mai, Gunther, Agrarische Transition und industrielle Krise. Anti-Modernismus in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Journal of Modern European History 4 (2006) 1, S. 5–38, hier S. 7–8.

38 Vgl. Straßer, Aufbau, S. 39, 79. Wie Patrick Moreau zeigte, zielte die Agrarideologie des Straßer-Kreises nicht zuletzt darauf ab, politisches Kapital aus der Bauernbewegung in Schleswig-Holstein zu schlagen. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 117–140.

39 Wir suchen Deutschland, S. 89.

40 Vgl. Straßer, Aufbau, S. 41–48.

Schriften Otto Bauers, des Begründers des Austromarxismus.⁴¹ Doch Straßer ging es eben nicht nur um die »allgemeine Entproletarisierung« des Volkes, sondern um die Steigerung der Kampfbereitschaft eines jeden Deutschen, der im kommenden Krieg nicht mehr nur für die abstrakte Idee des Vaterlandes, sondern für den Schutz seines eigenen Besitzes kämpfen sollte.⁴²

Wer in der Weimarer Republik solche völkischen und militaristischen Gedanken hegte, dem waren auch antisemitische Vorurteile nicht fremd. Auch der Straßer-Kreis bildete hier keine Ausnahme. Herbert Blank stellte es explizit als »das Verdienst Hitlers« heraus, »dem Deutschen allgemein gezeigt zu haben, daß es überhaupt eine Juden- und Rassenfrage gibt.«⁴³ Rückblickend bewertete der marxistische Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth Straßer und seinen Kreis denn auch als »unzweifelhaft [...] antisemitisch«, aber nur in einem Maße, wie es unter Konservativen üblich gewesen sei.⁴⁴ Sein Schüler Reinhard Kühnl hingegen urteilte schärfer, denn der Antisemitismus in der Straßer-Presse habe sich »[w]eder in der Intensität [...] noch in der Primitivität [...] von der Hitler-Presse« unterschieden.⁴⁵

Will man ein Fazit ziehen, so zeichnen sich zwei Punkte ab: Erstens lässt sich Straßers Konzeption des nationalen Sozialismus, den er passenderweise auch als »deutschen Sozialismus« bezeichnete, vollumfänglich aus völkischen Vorannahmen ableiten. Und zweitens waren Straßers Vorstellungen im bestehenden Rahmen der Weimarer Republik wie auch der europäischen Nachkriegsordnung nicht realisierbar. Vielmehr handelte es sich um einen radikalen Gegenentwurf, der aufgrund der Betonung der Ungleichheit von Menschen und Völkern politisch eindeutig von rechts kam.⁴⁶ Dass sich Straßer 1925 für einen Beitritt zur NSDAP entschlossen hatte, war insofern nur folgerichtig.

41 Vgl. Wannenwetsch, Unorthodoxe Sozialisten, S. 116.

42 Vgl. Wir suchen Deutschland, S. 57–58. Hervorhebungen gelöscht.

43 Ebenda, S. 126.

44 Abendroth, Wolfgang, Das Problem der Widerstandstätigkeit der »Schwarzen Front«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960) 2, S. 181–187, hier S. 182.

45 Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 96.

46 Vgl. Breuer, Stefan, Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Darmstadt 2001.

2. Eine Frage der Revolution? Straßers Bruch mit der NSDAP

Im nord- und westdeutschen Teil der Partei, den Otto Straßer fortan maßgeblich mitprägte, fand er in Joseph Goebbels schnell einen Gesinnungsgenossen. Bekanntlich sollte dieser 1926 zum Gauleiter von Berlin, 1933 dann als Reichspropagandaleiter und -minister zu einer zentralen Figur des »Dritten Reiches« aufsteigen. Ein ähnlicher Weg hätte auch Straßer und seinen Mitstreitern offengestanden. Doch kam es ganz anders. Im Juli 1930 brachen sie mit Hitlers Politik und verließen die Partei. Mit der »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten«, die sie später in die Sammlungsbewegung »Schwarze Front« überführten, schufen sie sich eine eigene organisatorische Basis. Schon 1933 musste sich Straßer ins Exil begeben, zunächst über Österreich in die Tschechoslowakei, später über mehrere Zwischenstationen nach Kanada, und setzte von dort seine Widerstandstätigkeit gegen das NS-System fort.⁴⁷

Während Moreau den Widerstand Straßers als »ehrenhaft, aber unnütz« abtat und Straßer, »dessen Machtgelüste seine Fähigkeiten als Organisator und Theoretiker immer weit übertrafen«, hierfür persönlich verantwortlich machte,⁴⁸ fiel das Urteil Abendroths wohlwollender aus. Große Bedeutung maß Abendroth dabei der Antisemitismusfrage bei, da Straßer »nach dem Nürnberger Parteitag der NSDAP 1935 [...] in schärfster Weise gegen die Nürnberger Gesetze protestierte und für die Gleichberechtigung des jüdischen Volkes und auch der individuellen einzelnen Juden eintrat.«⁴⁹ Im tschechoslowakischen Exil veröffentlichte Straßer überdies gemeinsam mit dem jüdischen Intellektuellen Kurt Hiller einen Aufruf gegen das NS-Regime.⁵⁰ Wie ungewöhnlich diese Entwicklung eigentlich war, zeigt wiederum ein Blick auf Joseph Goebbels. Dieser nämlich unterstützte zu jeder Zeit »die antisematische Linie der NSDAP [...] in allen Härtegraden, zu großen Teilen aus eigenem Antrieb, und zwar in vielfältigen Sektoren, auch außerhalb seiner Ressort-verantwortung«.⁵¹ Auch Straßer hätte sich in ähnlicher Weise radikalisieren

47 Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 178, 183 sowie Nolzen, Armin, Straßer, Otto, in: Neue Deutsche Biographie 25 (2013), S. 479–481.

48 Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 201.

49 Abendroth, Problem, S. 187.

50 Vgl. Münzner, Daniel, Kurt Hiller. Der Intellektuelle als Außenseiter, Göttingen 2015, S. 151.

51 Barth, Christian T., Goebbels und die Juden, Paderborn/München/Wien/Zürich 2003, S. 257. Vgl. zudem Kroll, Utopie, S. 301–303.

können, seine Ideologie bot dazu allemal die notwendigen Voraussetzungen. Bemerkenswert und erklärungsbedürftig ist daher, weshalb er einen anderen Weg einschlug, der, zumindest mit Blick auf den Antisemitismus, mit einer Deradikalisierung einherging.

Straßer selbst stellte seinen Bruch mit Hitler am 4. Juli 1930 unter die Parole »Die Sozialisten verlassen die NSDAP«.⁵² Der schon länger schwelende wirtschafts- und sozialpolitische Streit zwischen dem nordwestdeutschen und dem süddeutsch-Münchener Flügel spielte hierbei unbestreitbar eine Rolle, aber es folgten nur wenige Parteimitglieder Straßers Aufruf. Allen voran sein Bruder Gregor verblieb in der NSDAP.⁵³ Ja, mehr noch: »Er begann, als erstes und wohl auch als einziges der führenden NS-Mitglieder, von dem Alleinanspruch auf die Macht abzuweichen und sozusagen in das Weimarer System hineinzuwachsen.«⁵⁴ Die Frage, ob man als Koalitionspartner Regierungsverantwortung übernehmen wollte, gewann mit dem stetigen Stimmenzuwachs der NSDAP in der Weltwirtschaftskrise parteipolitisch an Brisanz. Letztlich war sie aber schon durch Hitlers Legalitätskurs, den er nach dem gescheiterten Putschversuch von 1923 eingeschlagen hatte, positiv beantwortet. Und doch bekämpfte ihn der Straßer-Kreis mit allen Mitteln und setzte ganz auf eine Revolution.⁵⁵ Straßers Bruch mit der NSDAP, den Hitler zuvor forciert hatte,⁵⁶ markierte zunächst also gar keine Deradikalisierung, sondern erfolgte, weil die NSDAP Straßers Ansicht nach zu gemäßigt auftrat.

Auch wenn Otto Straßer nur dank seines Austritts weiterhin sein wichtigstes Sprachrohr, den »Kampfverlag«, unter seiner Kontrolle behalten konnte, ging seine Entscheidung unmittelbar mit einem Bedeutungsverlust einher. Wäre er geblieben, hätte Hitler ihm »zusätzliche Machtpositionen« zugestanden, aus denen heraus er »die Entwicklung der NSDAP in der Partei- und Führerkrise des Jahres 1932« hätte beeinflussen können.⁵⁷ So aber beförderte die Abspaltung des Straßer-Kreises – Ironie der Geschichte – mittelfristig die Radikalisierung der NSDAP.⁵⁸ Warum aber war Straßer überhaupt bereit, auf ei-

⁵² Vgl. Straßer, Otto, *Die Sozialisten verlassen die NSDAP*, in: Straßer, Otto, *Ministersessel oder Revolution? Eine wahrheitsgemäße Darstellung meiner Trennung von der NSDAP*, Berlin 1930, S. 37–46.

⁵³ Vgl. Moreau, *Nationalsozialismus von links*, S. 44–48.

⁵⁴ Kissenkoetter, Udo, *Gregor Straßer und die NSDAP*, Stuttgart 1978, S. 44.

⁵⁵ Vgl. Straßer, *Ministersessel oder Revolution*.

⁵⁶ Vgl. Moreau, *Nationalsozialismus von links*, S. 31.

⁵⁷ Kissenkoetter, Straßer, S. 47.

⁵⁸ Vgl. Kühnl, *Die nationalsozialistische Linke*, S. 260–261.

nen innerparteilichen Aufstieg zu verzichten? Zwar war die NSDAP zum Zeitpunkt seines Austritts noch weit davon entfernt, die dominierende politische Kraft zu sein, doch hatte sie den Status einer unbedeutenden Splitterpartei längst hinter sich gelassen. Nur wenige Wochen später stieg sie bei der vorgezogenen Reichstagswahl zur zweitstärksten Fraktion auf. Dennoch deutete trotz der sich weiter verschärfenden Wirtschaftskrise im Sommer 1930 kaum etwas auf das unmittelbare Eintreten der von Straßer ersehnten Revolution hin. Woher bezog er die Gewissheit, dennoch die richtige Entscheidung getroffen zu haben?

Die Antwort darauf lieferte Straßer in einem Artikel mit der bezeichnenden Überschrift »Das Gesetz, nach dem wir angetreten«. Das Gesetz, das er zur Grundlage seines politischen Handelns erhob, war das der »dreieinigen Bipolarität«. Hinter diesem sperrigen Titel verbarg sich eine eigenwillige Geschichtstheorie, gemäß der sich »das System der Freiheit (Ich-Idee) und das System der Gebundenheit (Gemeinschafts-Idee)«, also »Liberalismus und Konservativismus« in regelmäßigen Abständen ablösten.⁵⁹ In der Zwischenzeit, die der Straßer-Kreis auf etwa 150 Jahre veranschlagte, herrschte die jeweilige Idee vollkommen, denn sie allein prägte dann das Erscheinungsbild von »Gesellschaft«, »Kultur« und »Wirtschaft«. Die bisher letzte Ideenrevolution hatte laut Straßer die Französische Revolution »1789/94« eingeläutet, in deren Folge »Individualismus«, »Rationalismus« und »Kapitalismus« die drei Bereiche dominierten. Es war nun eine Frage simpler Mathematik, den endgültigen Sieg des Konservativismus in etwa auf die Jahre »1935/40« zu terminieren. Auch wie die Zukunft konkret aussehen würde, war bereits vollkommen klar. Sie sollte »den Sozialismus, den Nationalismus, den Mystizismus« bringen.⁶⁰ Für Straßer war diese Ideenrevolution überdies schon im Gange, denn wie viele seiner Zeitgenossen erblickte er im »Augusterlebnis« des Jahres 1914, welches anschließend durch die Erfahrungen an der Front eine Festigung erfahren hatte, die entscheidende Zäsur, hinter die es kein Zurück mehr geben konnte.⁶¹ Die ultimative, gleichsam theologische Absicherung er-

59 Straßer, Otto, Das Gesetz, nach dem wir angetreten, in: *Nationalsozialistische Briefe* 5 (1930) 21, S. 343–345, hier S. 343. Hervorhebungen gelöscht.

60 Ebenda, S. 344.

61 Vgl. Straßer, Otto, Vom Sinn des Krieges, in: *Nationalsozialistische Briefe* 5 (1929) 1, S. 3–8 sowie Bruendel, Volksgemeinschaft, S. 65–71.

fuhr das Gesetz jedoch in Straßers Behauptung, in der ihr zugrundliegenden »organische[n] Schau [...] lebt [...] Gott«.⁶²

Für Straßer und seine Mitstreiter stand nun nicht nur fest, dass und wann die Revolution zu ihrem erfolgreichen Abschluss kommen, sondern auch, dass ihnen selbst die entscheidende Rolle in diesem Prozess zufallen sollte. Denn war auch die Entscheidung über den Ausgang der politischen Kämpfe in der Welt der Ideen längst gefallen, musste diese Entscheidung doch noch immer von Menschen exekutiert werden, um Wirksamkeit zu erlangen.⁶³ Und da Straßer »»es«, das heißt die göttlichen Ideen, »in uns« wirken fühlte,⁶⁴ konnte für ihn kein Zweifel daran bestehen, der von Herbert Blank beschworene »Weichensteller des Schicksals« zu sein.⁶⁵

Zu Recht wurde immer wieder auf die zahlreichen Widersprüche und Schwächen dieser Geschichtsphilosophie hingewiesen. Schon einem Gesprächspartner des Straßer-Kreises, Gerhard Schultze-Pfaelzer, Chefredakteur einer Hugenberg-Zeitung und Anhänger des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg,⁶⁶ erschien der Ansatz, »aus der Geschichte ein Bewegungsgesetz abzuleiten«, mechanisch und somit »liberal«, mithin unvereinbar mit der vom Straßer-Kreis hochgehaltenen konservativen Idee. Auch sein Vorwurf, die »europäische Betrachtungsweise«, wonach dem Gesetz der dreieinigen Bipolarität Geltung für das ganze Abendland zukomme, widerspreche dem »deutschen Rassendogma«, wog schwer.⁶⁷ Ganz ähnlicher Argumente bediente sich drei Jahrzehnte später Reinhard Kühnl, der überdies in der unterschiedlichen Bewertung der Handlungsfähigkeit des Menschen einen weiteren Widerspruch ausmachte. So habe Herbert Blank mit seiner These vom »Weichensteller Mensch« kurzerhand »alles widerrufen, was im ›Gesetz von der dreieinigen Bipolarität [...] behauptet worden war.«⁶⁸ Ohne Zweifel lassen sich diese Widersprüche, die Kühnl auf die vom Straßer-Kreis vorgenommene Synthese der in Teilen unvereinbaren Ansätze von Oswald Spengler

62 Vgl. Straßer, Otto, Vorwort, in: Weigand von Miltenberg (=Herbert Blank), Schleicher, Hitler? – Cromwell! Der Rhythmus in der Geschichte, Leipzig 1932, S. 7–10, hier S. 8.

63 Vgl. Blank, Herbert, Weichensteller Mensch. Ideen und Männer der Geschichte, 2. Auflage, Leipzig 1932, S. 20.

64 Wir suchen Deutschland, S. 17.

65 Vgl. Straßer, Otto, Vorwort zur zweiten Auflage, in: Blank, Weichensteller Mensch, S. 9–10, hier S. 9.

66 Vgl. Graf, Zukunft, S. 318.

67 Wir suchen Deutschland, S. 31.

68 Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 163.

und Arthur Moeller van den Bruck zurückführte,⁶⁹ auch mit einem Rest theoretischer Eigenständigkeit Herbert Blanks gegenüber Otto Straßer erklären, von dem das Gesetz der dreieinigen Bipolarität stammte.⁷⁰ Gleichwohl sollte die Bedeutung dieses Widerspruchs nicht allzu hoch veranschlagt werden, da die praktische Schlussfolgerung, die zu Beginn der 1930er Jahre aus der Theorie des Weichenstellers wie auch aus dem Zeitgesetz abzuleiten war, auf dasselbe hinauslief: sich zu historischer Tat berufen zu fühlen.⁷¹

Zu Recht lenkte auch Kühnl den Blick auf die »objektive politische Funktion« von Straßers Geschichtsphilosophie. Für Kühnl erfüllte sie vor allem den Zweck, die Weimarer Republik zu bekämpfen. Zugleich erkannte er aber auch »einige Akzente, die gegen München gerichtet waren«.⁷² Diesen Punkt betonte auch Ulrich Wörtz, der hervorhob, »daß mit dieser Philosophie die erstarrte Programmatik der NSDAP wieder in Fluß gebracht« wurde.⁷³ Eine weitere Funktion kann aus den Schriften Herbert Blanks entnommen werden, auch wenn er jene bezeichnenderweise der geschichtswissenschaftlichen Methode seiner Gegner zuschrieb: »Die Methode eben von ‚Ich-‘-Menschen, die Angst haben vor dem erhabenen, rätselhaften Gesicht der Klio, und die ihr nun mit Kausalitäts-Regeln und -Gesetzen beikommen möchten. Um vor ‚Zufällen‘ gesichert zu sein.«⁷⁴ Und noch eine weitere Funktion wäre hinzuzufügen, wie nun auszuführen ist.

3. Die Geschichtsphilosophie als De-/Radikalisierungsparadoxon

Versucht man das bisher Dargelegte auf einen Begriff zu bringen, so könnte man es als ein De-/Radikalisierungsparadoxon bezeichnen: Straßer und sei-

⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 162, FN 27.

⁷⁰ Laut Ulrich Wörtz wurde dieses Gesetz erstmals am 1. Januar 1929 in den Nationalsozialistischen Briefen von einem Anonymus postuliert, doch sei es »in der Diktion Otto Strassers« verfasst. Wörtz, Ulrich, Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP. Eine historisch-politische Studie zum Verhältnis von sachlichem Programm und persönlicher Führung in einer totalitären Bewegung, Erlangen 1966, S. 132.

⁷¹ Vgl. Straßer, Ministersessel oder Revolution, S. 17 sowie Blank, Weichensteller Mensch, S. 22.

⁷² Vgl. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 164.

⁷³ Wörtz, Programmatik, S. 132.

⁷⁴ Blank, Weichensteller Mensch, S. 14.

ne verbliebenen Gefolgsleute verließen, gestützt auf ihre Geschichtsphilosophie, die NSDAP, um sich für den aus ihrer Sicht sich bereits vollziehenden revolutionären Prozess unter den Bedingungen der Weimarer Republik weiter radikalisieren zu können. Das Ergebnis war jedoch, bezogen auf die weitere Entwicklung der Hitler-Partei, eine Deradikalisierung des Straßer-Kreises.

Um dieses Paradox erklären zu können, lohnt es sich, etwas weiter auszugreifen. Denn auch wenn die meisten Historiker Straßers Bedürfnis, seine Ideologie geschichtsphilosophisch zu untermauern, gleichsam als eine Selbstverständlichkeit hinnahmen, ist es das zunächst einmal nicht. Ohne Zweifel trug das Heranziehen der marxistischen Sozialismuskonzeption als das Ideal, an dem sich andere Entwürfe messen lassen mussten, zum Urteil der Historiker bei.⁷⁵ Denn ein nicht un wesentliches Charakteristikum des Marxismus ist es, den Sozialismus auf Basis des historischen Materialismus als ein geschichtliches Entwicklungsstadium zu verzeitlichen. Auf diese Weise entstand das Stufenmodell, welches die vom Proletariat getragene sozialistische Gesellschaft der bürgerlich-kapitalistischen zeitlich nach- und sie ihr hinsichtlich des erreichten zivilisatorischen Entwicklungsstandes überordnet.⁷⁶ Das Konzept des nationalen Sozialismus – wie im übrigen auch ethisch begründete Sozialismusentwürfe⁷⁷ – bedarf einer solchen Verzeitlichung hingegen nicht, ja es steht ihr im Grunde sogar entgegen, denn es wurde, wie Stefan Vogt gezeigt hat, explizit in Abgrenzung zum Marxismus und zum historischen Materialismus entwickelt.⁷⁸ Die Entzeitlichung des Sozialismuskonzepts ist mithin konstitutiv für dessen nationale Spielart. Es verwundert daher nicht, dass Straßers Sozialismuskonzept eine doppelte Einschränkung erfuhr. Denn es war nicht nur, wie im marxistischen Entwurf, auf eine bestimmte historische Periode beschränkt, sondern Straßer begrenzte seine Geltung überdies auf den Bereich der Wirtschaft. Der Gedanke einer sozialistischen Gesellschaft ist in seinem Gesetz der dreieinigen Bipolarität streng genommen nicht vorgesehen.

So unkonventionell Straßers Auseinandersetzung mit temporalen Konzepten im Kontext des Diskurses zum nationalen Sozialismus auch war, so war sie doch auch zeitgemäß. Die Menschen hatten in den ersten drei

⁷⁵ Vgl. Moreau, Otto Strasser, S. 295.

⁷⁶ Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx, Die Frühschriften. Von 1837 bis zum Manifest der kommunistischen Partei 1848, herausgegeben von Siegfried Landshut, Stuttgart 1971, S. 525–560, hier S. 525–539.

⁷⁷ Vgl. Wannenwetsch, Unorthodoxe Sozialisten, S. 49, 67.

⁷⁸ Vgl. Vogt, Nationaler Sozialismus, S. 21–22.

Dekaden des 20. Jahrhunderts immer wieder grundsätzliche Brüche ihrer Zeitordnung erleben müssen. Die Industrialisierung und Urbanisierung gingen mit einer Beschleunigung des Alltags einher, der Erste Weltkrieg wie auch der Zusammenbruch jahrhundertealter Monarchien stellten klar erkennbar säkulare Zäsuren dar, und überdies wartete der Physiker Albert Einstein mit einer revolutionären Betrachtung des Phänomens Zeit auf, welche dadurch ihren Anschein einer unveränderbaren Konstante einbüßte. Die Menschen wurden so unvermittelt wie heftig mit einem Übermaß an Kontingenzen in der Geschichte konfrontiert. Dies musste das liberale Narrativ des steten geschichtlichen Fortschritts nachhaltig erschüttern.⁷⁹ Tatsächlich setzte schon in den letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts eine Debatte ein, die, unter dem Begriff des Historismus geführt, sich um das »Problem der geschichtlichen Gewordenheit alles dessen, was ist, mit seiner Konsequenz, der Relativität, dem Relativismus« drehte. Friedrich Nietzsche erkannte im Historismus gar eine Gefahr für das Leben, da er die Gültigkeit eines jeglichen Wertmaßstabs infrage stellte und die Menschen orientierungslos und damit handlungsunfähig zurückließ.⁸⁰ Doch erst nach 1918 entfaltete die »Krise des Historismus« ihre volle Wucht. Während der Theologe Ernst Troeltsch versuchte, unter dem Begriff des Historismus »zwei Kulturmuster miteinander zu verknüpfen, die bis dahin keineswegs zwangsläufig zusammengehörten, nämlich ›Geschichtlichkeit‹ und ›Kontingenz‹«, verschrieben sich viele andere dem Gedanken einer »antihistoristischen Revolution«.⁸¹ Dies bedeutete nichts weniger als »die grundsätzliche Negation der geschichtlichen Zeit, die Abkehr von Geschichte als dem grundlegenden Ordnungsprinzip des sozialen Daseins«. Es galt mithin, »die Vergangenheit zugunsten reiner Gegenwart liquidieren zu können.«⁸² Schon die völkische Bewegung in Österreich-Ungarn hatte auf die

79 Vgl. Doering-Manteuffel, Anselm, Mensch, Maschine, Zeit. Fortschrittsbewußtsein und Kulturkritik im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Angster, Julia/Conze, Eckart/Esposito, Fernando/Mende, Silke (Hg.), Konturen von Ordnung. Ideengeschichtliche Zugänge zum 20. Jahrhundert, Berlin/Boston 2019, S. 157–190, hier S. 159–165, 170.

80 Vgl. Oexle, Otto Gerhard, Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Studien zur Problemgeschichte der Moderne, Göttingen 1996, S. 11, 50, 53.

81 Tietze, Peter, Kosellecks reflektierter Historismus, in: Hettling, Manfred/Schieder, Wolfgang (Hg.), Reinhart Koselleck als Historiker. Zu den Bedingungen möglicher Geschichten, Göttingen 2021, S. 302–346, hier S. 308, 314.

82 Doering-Manteuffel, Mensch, Maschine, Zeit, S. 174, 176. Interessanterweise beschrieb Gunther Mai die »agrarischen Transition« als einen »Verlust der Vergangenheit«, die

Kategorien »Volk«, »Rasse« und »Raum« gesetzt und diese »als gänzlich unhistorische Entitäten« behandelt.⁸³ Daran knüpften später zentrale Akteure der NSDAP wie Hitler, Arthur Rosenberg oder Heinrich Himmler an, wie Frank-Lothar Kroll ausführlich dargelegt hat.⁸⁴ Daher soll an dieser Stelle lediglich nach jenen Komponenten in Hitlers Geschichtsbild gefragt werden, welche die Radikalität seines Handelns erklären können.

Wie eingangs erwähnt, erkannte Hitler im Prinzip des Rassenkampfes das entscheidende Strukturmerkmal der Weltgeschichte. Als Hauptgegner identifizierte er dabei das »Ariertum und Judentum«, wobei allein ersteres seiner Meinung nach die Fähigkeit besaß, kulturbildend zu wirken, während letzteres einen »kulturzerstörenden und staatszersetzenden Charakter« aufwies. Alle anderen »Rassen« spielten für die Existenz von Kultur keine Rolle.⁸⁵ Ob zu einem bestimmten Zeitpunkt das »Ariertum« oder das »Judentum« die Oberhand gewannen, musste somit unmittelbar auf das Niveau der kulturellen Entwicklung zurückwirken. Rein strukturell gesehen erinnert diese Geschichtsbetrachtung an das Diktum von Karl Marx, wonach die »Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen« sei.⁸⁶ Und wie Marx war auch Hitler überzeugt, aus dem bisherigen Geschichtsverlauf endgültig aussteigen zu können, und zwar entweder durch den Sieg des »Ariertums«, der dann eine Zeit kultureller Blüte einleiten würde, oder durch den Sieg des »Judentums«, der angeblich mit einem »apokalyptischen Weltenbrand« einhergehen musste. Zugleich fühlte Hitler sich berufen, diese welthistorische Entscheidung selbst herbeizuführen.⁸⁷ Denn zum einen nahm er die jüngste Vergangenheit als eine Geschichte des Verfalls wahr, dem er Einhalt gebieten wollte,⁸⁸ und zum anderen traute der den nachfolgenden Generationen das Meistern dieser Aufgabe nicht zu. Ähnlich wie Oswald

zeitgleich auftretende »Krise der Industrialisierung« als einen »Verlust der Zukunft«. Mai, Agrarische Transition, S. 8, 11.

- 83 Doering-Manteuffel, Anselm, Die Ordnung der Zeit im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Angster, Julia/Conze, Eckart/Esposito, Fernando/Mende, Silke (Hg.), Konturen von Ordnung. Ideengeschichtliche Zugänge zum 20. Jahrhundert, Berlin/Boston 2019, S. 239–258, hier S. 244.
- 84 Vgl. Kroll, Utopie.
- 85 Vgl. ebenda, S. 47, 49, 53, 63.
- 86 Marx/Engels, Manifest, S. 525.
- 87 Vgl. Kroll, Utopie, S. 51–52, 55, 65 sowie Graf, Zukunft, S. 175–176.
- 88 Vgl. Griffin, Roger, Fixing Solutions: Fascist Temporalities as Remedies for Liquid Modernity, in: Journal of Modern European History 13 (2015) 1, S. 5–23, hier S. 6.

Spengler glaubte nämlich auch Hitler an den entwicklungsinhärenten Niedergang einer jeden Kultur.⁸⁹ Aus dieser Konstellation heraus erwuchs nun jene Dynamik, die zur Radikalisierung der NS-Bewegung führte, und die Hinweise auf die De-/Radikalisierung des Straßer-Kreises liefern kann.

Die NSDAP wie auch der Straßer-Kreis teilten die Erwartung einer unmittelbar bevorstehenden säkularen Zäsur, beide glaubten, sie vollziehe sich als Übergang »von der ‚Ich-Zeit‘ zur ‚Wir-Zeit‘«,⁹⁰ und beide Gruppen waren gewillt, sich allein der »Normativität des Ideologischen«⁹¹ zu unterwerfen, also keine Rücksicht auf bestehende Regeln zu nehmen. Für den Straßer-Kreis verkündete Herbert Blank etwa: »Lassen wir alle Caritas beiseite [...] und stellen wir die Moral in die Ecke.«⁹²

Dass sich auch der Straßer-Kreis radikalisiert hatte, lässt sich konkret festmachen, wenn man die eingangs vorgestellten Konzeptionen mit den Entwürfen des Straßer-Programms von 1925/1926 abgleicht. Verfassungsrechtlich trug dieses Programm noch deutlich stärkere demokratische Züge. So sollte der Reichspräsident nicht auf Lebenszeit, sondern, wie in der Weimarer Verfassung festgelegt, nur auf sieben Jahre gewählt werden. Gesetze musste er im Zusammenspiel mit der Reichsständekammer verabschieden, während der Große Rat als weitere parlamentarische Kammer noch gar nicht vorgesehen war.⁹³ Der Präsident wäre folglich auf die Kooperation der Reichsständekammer angewiesen gewesen, was dieser einen größeren Handlungsspielraum verliehen hätte. Weniger drastisch fielen 1925/1926 überdies die Verstaatlichungspläne aus, denn von einer Drittelparität waren sie noch weit entfernt. Inhaber von Betrieben der »[l]ebenswichtigen Industrien« hätten zwar 51 Prozent ihrer Anteile an den Staat abtreten müssen, die übrigen Besitzer jedoch nur 49 Prozent.⁹⁴ Beide Verschärfungen werden als Radikalisierungsschritte verständlich, wenn man die zugrundeliegende Intention versteht. Dem Reichspräsidenten oblag die Verantwortung für die Außenpolitik, und damit auch für die Kriegsführung. Und die Sozialisierung der Betriebe sollte

⁸⁹ Vgl. Kroll, Utopie, S. 86–87.

⁹⁰ Graf, Zukunft, S. 176.

⁹¹ Doering-Manteuffel, Mensch, Maschine, Zeit, S. 178.

⁹² Blank, Weichensteller Mensch, S. 22.

⁹³ Vgl. Kühnl, Zur Programmatik, S. 325. Sicher trug die Erfahrung der Präsidialkabinette zu dieser Änderung bei.

⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 328.

bekanntlich die Kampfmoral der Deutschen steigern. Die stärkste Abweichung im ursprünglichen Straßer-Programm findet sich denn auch in der Beurteilung der internationalen Politik. Mitte der 1920er Jahre hatten die Straßer-Brüder nicht nur die Forderung nach Kolonien erhoben, sondern die Schaffung der »Vereinigten Staaten von Europa« als Ziel ausgegeben, wenn freilich auch unter deutscher Führung. Und anstelle von Autarkie war damals noch die Rede von der Etablierung eines »Mitteleuropäischen Zollvereins«.⁹⁵

Spätestens um 1930 war der Straßer-Kreis ganz und gar der Obsession verfallen, einen Krieg gegen die europäischen Nachbarn führen zu müssen. Ausschlaggebend hierfür dürfte der Abschluss des Young-Plans gewesen sein, der die deutschen Reparationsschulden auf 112 Milliarden Reichsmark festlegte, die über einen Zeitraum von 59 Jahren zu bezahlen waren. Während Gustav Stresemann dieses Vertragswerk als Grundlage einer europäischen Einigung begriff,⁹⁶ sah Straßer den Souveränitätsverlust Deutschlands auf Dauer zementiert.⁹⁷ Die völkische Solidarität innerhalb Europas hintanzustellen und ganz auf einen Krieg zu setzen, konnte freilich allein aus der geschichtsphilosophischen Perspektive des Straßer-Kreises heraus als eine realistische Option erscheinen – realistisch zumindest insofern, als sich Straßer und Blank mit dem Gedanken der Ideenrevolution einfach eine eigene, virtuelle Realität schufen, nach der sie ihr Handeln nun ausrichteten. Und nur aus dieser zweiten Realität konnten sie die Gewissheit beziehen, aus dem kommenden Krieg als Sieger hervorzugehen, da ihrer Meinung nach die Unbesiegbarkeit der Revolutionsarmeen als unverrückbares Gesetz der Geschichte feststand. Dies bedeutete aber auch, dass der nationale Sozialismus als Manifestation der Wirkidee unbedingt zuerst in Deutschland auf revolutionärem Wege verwirklicht werden musste.⁹⁸

95 Vgl. ebenda, S. 332–333.

96 Vgl. Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 215.

97 Vgl. Wir suchen Deutschland, S. 86.

98 1929 hatte Straßer noch versucht, Stalin und die Sowjetunion als Vertreter eines »russischen Sozialismus« für sich zu vereinnahmen. Ein Jahr später, als er seine Geschichtsphilosophie gerade entwickelt hatte, bestritt er vehement, dass in Russland überhaupt ein Sozialismus existiere. Vgl. Straßer, Otto, Der Sowjetstern geht unter, Berlin 1929, S. 5 sowie Straßer, Otto/Frei, Bruno, Internationaler Marxismus oder Nationaler Sozialismus? Eine grundlegende Diskussion zwischen Otto Straßer und Bruno Frei, Berlin 1930, S. 6–9.

Der Glaube an eine unmittelbar bevorstehende Zäsur wirkte auch auf die NSDAP radikalisierend, doch auf ganz andere Weise. Sie nämlich leitete daraus die Strategie des »pragmatische[n] Revolutionismus« ab, das heißt sie verband »den grundsätzlichen Plan der revolutionären Fundamentalumwälzung mit einer konkreten Aktivitätsstrategie«: Sie schickte ihre Mitglieder in Straßenkämpfe mit politischen Gegnern, um auf diese Weise die Zerstörung der bestehenden Republik Schlag um Schlag voranzutreiben. Zugleich wurden die Parteigenossen nun alltäglich mit dem »existentiellen Kampf« konfrontiert, in dem sich laut Hitler auch das deutsche Volk befand.⁹⁹ Die Besonderheit dieses Kampfes lag darin, dass er zu jedem Zeitpunkt endgültig gewonnen oder verloren werden konnte. Daraus erwuchs ein ungeheuerer Handlungsdruck, der wiederum der NS-Ideologie das Signum der »weltanschaulichen Unbedingtheit«¹⁰⁰ verlieh. Denn es mussten, anders als in der marxistischen Geschichtstheorie, keine vorherigen Entwicklungsschritte erreicht sein, um zur Tat zu schreiten. Den Radikalisierungsmechanismus, der schließlich gar im Holocaust gipfelte, setzte in Gang, dass »[l]eading fascists continued to invoke the tightly set timeframe for realizing utopian tasks to an almost absurd degree.«¹⁰¹

Die Geschichtstheorie des Straßer-Kreises entfaltete hingegen eine gänzlich andere Wirkung. Denn ihrem »zyklischen Historismus«¹⁰² war die antihistoristische Vorstellung einer »Endzeit«, die Hitlers Ideologie den »Charakter [...] einer konkreten Eschatologie« verlieh,¹⁰³ völlig fremd. Statt um den Untergang des deutschen Volkes ging es für den Straßer-Kreis höchstens um die Frage, bis zu welchem Grad sie die »Wir-Idee« umzusetzen vermochten. Für Straßer stand deren Sieg jedoch fest, weshalb er die Geschichte, anders als Hitler und Spengler, auch nicht als Verfall wahrnahm.¹⁰⁴ Dagegen finden sich in den Schriften von Herbert Blank durchaus Hinweise auf ein mögliches Scheitern des »Weichenstellers«, wobei er in diesem Fall, ganz im Sinne Hitlers, dessen schlechtes »Blut« und »Rasse« für das Versagen verantwortlich machte.¹⁰⁵

⁹⁹ Graf, Zukunft, S. 323, 324-326.

¹⁰⁰ Wildt, Michael, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, 3. Auflage, Hamburg 2015, S. 846.

¹⁰¹ Esposito/Reichardt, Revolution, S. 39.

¹⁰² Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 201.

¹⁰³ Kroll, Utopie, S. 55 (Hervorhebungen gelöscht).

¹⁰⁴ Spenglars Prophezeiung des Untergangs des Abendlandes setzte Straßer eine optimistische Aussage entgegen: »Die Auferstehung des Abendlandes!« Straßer, Aufbau, S. 92.

¹⁰⁵ Blank, Weichensteller Mensch, S. 20.

Doch selbst ein Scheitern konnte den Verlauf der Geschichte nicht aus den Angeln heben, da 150 Jahre später das Pendel ohnehin wieder zur »Ich-Idee« hin ausschlagen würde. Straßer merkte bezüglich des Liberalismus und Konservatismus denn auch an: »[D]as eine ist nicht denkbar ohne das andere, beide sind gleich wichtig, gleich notwendig, gleich gut.«¹⁰⁶ Ein solcher Gedanke war nun wiederum Hitler völlig fremd.

Der Handlungsdruck war entsprechend gemindert, und während Hitler fürchtete, zu spät zu handeln, trieb den Straßer-Kreis eher die Sorge um, zu früh loszuschlagen. So kritisierte Blank an Hitlers Legalitätskurs, »daß der wahre Revolutionär nur die ganze Macht zu übernehmen oder zu warten habe«.¹⁰⁷ Auch diese These konnten Straßer und Blank durch ihre Geschichtsphilosophie rechtfertigen. Vollzog sich alle 150 Jahre eine Umpolung der gesellschaftlichen Werte, mussten im Zuge einer Ideenrevolution alle Errungenschaften und Einrichtungen der vorherigen Epoche völlig ausgeradiert werden. Diese Tabula-Rasa-Politik stand in klarem Kontrast zum marxistischen Gedanken der Aufhebung des Bestehenden im Neuen.¹⁰⁸ Herbert Blank war zudem überzeugt, dass eine Epoche »niemals an den Widerständen [stirbt], die vom Neuen her an sie herantreten, sondern sie endet an ihrer inneren Vergreisung.«¹⁰⁹ Straßer wiederum hatte, wie oben erwähnt, seine Anhänger auf jahrelanges Warten eingeschworen, als er 1930 den Sieg der Revolution für die Jahre 1935 bis 1940 in Aussicht gestellt hatte.

Trotz ihres Bekenntnisses zu einer Katastrophenpolitik, welche den Untergang der Weimarer Republik beschleunigen sollte,¹¹⁰ lassen sich also klare Hinweise auf eine attentistische Strategie erkennen.¹¹¹ Mit diesem Dilemma, die Revolution unbedingt zu wollen, aber womöglich Jahre und Jahrzehnte untätig auf sie warten zu müssen, sah sich nicht nur der Straßer-Kreis konfrontiert. Es war vielmehr ein Charakteristikum all jener revolutionären Bewegungen, die den Eintritt einer Revolution an das Vorhandensein einer objektiv revolutionären Situation knüpften. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte die SPD dieses

¹⁰⁶ Straßer, Das Gesetz, nach dem wir angetreten, S. 343.

¹⁰⁷ Miltenberg, Adolf Hitler – Wilhelm III., S. 85.

¹⁰⁸ Vgl. Rauner, Irmgard, Marx und der Begriff »aufheben«, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 14 (1966) 3, S. 345–349, hier S. 347.

¹⁰⁹ Miltenberg, Schleicher, Hitler, S. 91.

¹¹⁰ Vgl. Wir suchen Deutschland, S. 68–69.

¹¹¹ Vgl. Graf, Zukunft, S. 319.

Problem intensiv diskutiert. Sie legte sich letztlich auf eine »mehrdimensionale[] Doppelstrategie« fest, für die Karl Kautsky die Parole ausgab, »die Sozialdemokratie sei eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei«.¹¹² Rüdiger Graf erblickte darin zu Recht »die gedankliche Figur des revolutionären Attentismus«.¹¹³ Die darin angelegten Probleme offenbarten sich, als es 1918 tatsächlich zur Revolution kam und die SPD rasch von den Ereignissen überfordert war.¹¹⁴ Dass der Straßer-Kreis trotz dieses Scheiterns des sozialdemokratischen Attentismus keinen Anlass zu einer Revision der eigenen Politik sah, lag darin begründet, dass eine solche Strategie weiter im Osten zum Erfolg geführt hatte. Blank fand dafür rühmende Worte:

Der wahre Revolutionär steht eisern, gelassen auf der Insel seiner Idee, bespien, verlacht vom Kleinvolk der alten Welt, die im Strom der Zeit an ihm vorüberrascht, müder und müder plätschernd. Er kann warten, denn hinter ihm steht die Idee, die sich erfüllen muß. Lenin hatte dem Zarismus 1905 ein blutiges Vorpostengefecht geliefert, dann war er zwölf Jahre in Ruhestellung gefangen, unbewegt, siegessicher.¹¹⁵

Die Revolutionstheorie, die der Straßer-Kreis entwickelte, fußte denn auch auf der Erkenntnis, es bei einem solch fundamentalen Umbruch nicht mit einem plötzlich eintretenden Ereignis, sondern mit einem langwierigen Prozess zu tun zu haben. Eine jede Revolution, egal ob liberal oder konservativ, verlief laut dem Straßer-Kreis in drei Wellen, wie sie sich idealtypisch in der Französischen Revolution gezeigt hatten: »Erste Welle: Reformer (Feuillants), zweite Welle: Gefühlsrevolutionäre, aber noch nicht Täter (Girondisten), dritte Welle: Vollender in Gefühl und Tat (Jakobiner).« Selbstverständlich beanspruchte der Straßer-Kreis, die Jakobiner der anstehenden Revolution zu sein, während der NSDAP die Rolle der Girondisten zufallen sollte.¹¹⁶ Trotz seiner entschiedenen Gegnerschaft zur NSDAP erklärte Straßer sie damit doch zum notwendigen Bestandteil des revolutionären Prozesses und musste ihr Handeln folg-

¹¹² Vgl. Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 39.

¹¹³ Graf, Zukunft, S. 282.

¹¹⁴ Vgl. Grebing, Geschichte, S. 68.

¹¹⁵ Miltenberg, Adolf Hitler – Wilhelm III., S. 41.

¹¹⁶ Miltenberg, Schleicher, Hitler, S. 81–82, 106. Vgl. Wir suchen Deutschland, S. 39–40.

lich als grundsätzlich legitim anerkennen.¹¹⁷ Gleichzeitig konnte Straßer nun jeden Erfolg Hitlers immer auch als seinen eigenen begreifen, Hitlers Unzulänglichkeiten kritisieren und weiter in seiner Wartestellung verharren. Selbst 1946, als der Krieg verloren war, hielt Straßer an seiner Überzeugung fest,

»daß Hitler und die durch ihn gekennzeichnete Epoche [...] einer inneren Notwendigkeit entsprang und [...] eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen hatte. Diese Aufgabe war die Zerstörung einer verkalkten, innerlich leer und morsch gewordenen Ordnung«¹¹⁸.

Fazit und Ausblick

Das Konzept des nationalen Sozialismus des Straßer-Kreises wie auch die Person Otto Straßer haben schon mehrfach geschichtswissenschaftliche Begutachtungen erfahren. Reinhard Kühnl erkannte in Straßers Sozialismuskonzept eine Rebellion der alten, bäuerlich und handwerklich geprägten Mittelschichten gegen die Zumutungen der Moderne.¹¹⁹ Patrick Moreau arbeitete die Funktion des Straßer-Kreises als organisatorisches und ideologisches »Scharnier« zwischen NSDAP und KPD heraus und betonte dabei die vielfältigen Unzulänglichkeiten des »Diktatorenlehrlings« Otto Straßer.¹²⁰ Zu welcher Bewertung und zu welchen neuen Perspektiven kommt man, wenn man den Fokus auf die geschichtsphilosophischen Elemente in Straßers Sozialismuskonzept richtet?

Zunächst ist festzuhalten, dass die Einführung eines geschichtsphilosophischen Überbaus die bereits seit 1925 in Grundsätzen vorliegenden Pläne zur künftigen Wirtschafts- und Staatsordnung nicht fundamental veränderte. Dies überrascht insofern nicht, als schon Straßers Vater vor dem Ersten Weltkrieg ähnliche Gedanken publiziert hatte,¹²¹ und selbst nach dem Zweiten Weltkrieg nahm Otto Straßer nur geringfügige Modifikationen an seinen

¹¹⁷ Auch die KPD konnte daher aufgrund ihres Revolutionsmodells die drohende NS-Herrschaft als ein »notwendiges Übel zum Erreichen des Sozialismus« legitimieren. Graf, Zukunft, S. 314.

¹¹⁸ Strasser, Otto, Deutschlands Erneuerung, 2. Auflage Buenos Aires, 1946, S. 15.

¹¹⁹ Vgl. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 86.

¹²⁰ Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 200–201.

¹²¹ Vgl. Kissenkoetter, Gregor Straßer, S. 13.

Konzepten vor.¹²² Gleichwohl blieb die Einführung der Geschichtsphilosophie nicht ohne Wirkung.

Konzeptionell sind zwei Punkte von Bedeutung: *Erstens* trug die Geschichtsphilosophie dazu bei, die Vorstellungen über den Verlauf des erwarteten Revolutionsprozesses zu konkretisieren. Den Bezugspunkt bildete dabei nicht die aktuelle Situation, vielmehr setzte der Straßer-Kreis auf die Geschichte der Französischen Revolution als verbindlichen Maßstab. Wie wenige Jahre zuvor die Bolschewiki¹²³ als sein zweites historisches Vorbild sah sich auch der Straßer-Kreis in der Rolle der Jakobiner. Das Problem der eigenen politischen Bedeutungslosigkeit verwandelte sich so kurzerhand in eine Garantie, künftig als elitäre Vorhut die Revolution zu ihrer Vollendung zu führen. Herbert Blank verkündete etwa, es werde »überhaupt in keiner Form an die Masse appelliert für die letzten Entscheidungen; es geschieht alles für sie, aber nichts durch sie.«¹²⁴ *Zweitens* erfuhr die in der Revolutionskonzeption schon angelegte Distanzierung des Straßer-Kreises von der Gegenwart, und damit auch von den Menschen,¹²⁵ eine Verstärkung durch das Gesetz der dreieinigen Bipolarität. Mit diesem Gesetz postulierte Straßer die Existenz einer metaphysischen Sphäre, die, in stetem Wechsel von der *Wir*-Idee und der *Ich*-Idee beherrscht, den Verlauf der irdischen Geschichte vorzeichne. Dadurch erhob Straßer diese Sphäre zum eigentlichen Souverän, und nur jener Ideenwelt schuldeten die Menschen Rechenschaft für ihr Handeln. Straßer rückte sein Konzept des nationalen Sozialismus auf diese Weise in den Bereich des Religiösen, ihm selbst kam fortan neben der Rolle des Revolutionärs auch jene eines Priesters oder Sektenführers zu.

Die von Kühnl aufgeworfene Frage, welcher sozialen Gruppe Straßers Sozialismuskonzept eigentlich diene, ist zwar für den von ihm untersuchten Zeitraum von Straßers NSDAP-Mitgliedschaft berechtigt, doch musste sie an Relevanz verlieren, sobald dieser die Partei verlassen hatte. Seither bestand keinerlei Aussicht mehr auf eine Umsetzung seiner wirtschaftlichen und staatlichen Umbaupläne. Nun dienten Straßers Konzepte in erster Linie dem

¹²² Vgl. Strasser, Deutschlands Erneuerung, S. 17–19, 22–26.

¹²³ Vgl. Koenen, Gerd, Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017, S. 735.

¹²⁴ Miltenberg, Schleicher, Hitler, S. 85.

¹²⁵ Dies stellt einen grundlegenden Unterschied zur sozialdemokratischen Rechten dar. »Nicht die Massen sollten von ihren wahren, sozialistischen Interessen überzeugt werden, sondern der Sozialismus sollte sich den wahren, nationalen und irrationalen Interessen der Massen öffnen.« Vogt, Nationaler Sozialismus, S. 459.

Zweck, seiner eigenen politischen Arbeit Sinn zu verleihen. Bemisst man den Wert seiner Geschichtsphilosophie allein an seinem eigenen Handeln, so kann man durchaus zu einer positiveren Einschätzung gelangen. Dann nämlich erscheint es als eine Leistung an sich, anders als viele seiner Sympathisanten tatsächlich den Weg aus der NSDAP gefunden und sich nicht an den Verbrechen des NS-Regimes beteiligt zu haben. Der Austritt aus der NSDAP kam in dieser Hinsicht einer Deradikalisierung gleich, selbst wenn Straßer sich eigentlich selbst weiter radikalisieren wollte – und indirekt zur Radikalisierung der NSDAP beigetragen hat. Ohne Zweifel erleichterte ihm seine Geschichtsphilosophie den Schritt, die Partei zu verlassen.¹²⁶ Nicht nur schöpfte er aus ihr den Glauben, trotz aller Widerstände einem größeren Plan zu folgen, sie eröffnete ihm auch die Möglichkeit, sein völkisches Denken mit einer neuen Perspektive zu konfrontieren.

Dies lenkt den Blick auf Straßers Konzept des Abendlandes. Sein Gesetz der dreieinigen Bipolarität funktionierte nur, weil er in 150-Jahr-Schritten von seiner Gegenwart zur Französischen Revolution 1789 und von dort zur englischen im Jahr 1640 als jeweiligem »Herd der Europäischen Revolution« zurück-springen konnte.¹²⁷ Aus der deutschen Geschichte allein hätte er diesen Rhythmus nicht ableiten können. Wie oben erwähnt drängte Straßer in der Endphase der Weimarer Republik den darin angelegten Gedanken einer europäischen Einheit geradezu gewaltsam zurück, und zwar auch mithilfe seines Konzepts des nationalen Sozialismus, das er nun exklusiv auf Deutschland bezog. Er sah sich hierzu veranlasst, weil er damals ganz und gar der Idee eines revolutionären Krieges gegen das Versailler System verfallen war. Da er Deutschland als ein versklavtes Volk wahrnahm, unterstützte er die antikolonialen Kämpfe und sprach sich strikt gegen den Gedanken einer Rassenhierarchie aus. Interessanterweise revidierte er diese Positionen, nachdem die konservativen Kräfte um Franz von Papen und Paul von Hindenburg das Reich an Hitler ausgeliefert hatten und er selbst Zuflucht im europäischen Ausland suchen musste. Nun forderte er wieder die Schaffung einer »Europäischen Föderation«, deren Hauptaufgabe er in der »Gestaltung und de[m] Ausbau des afrikanischen

¹²⁶ Zur Wahrheit gehört aber auch, dass nur deshalb von einer Deradikalisierung gesprochen werden kann, weil Straßer nie die Möglichkeit erhalten hatte, seine Pläne umzusetzen. Unblutig wäre auch Straßers Revolution und Herrschaft nicht verlaufen.

¹²⁷ Straßer, Deutschlands Erneuerung, S. 16.

Kolonialbesitzes« erblickte.¹²⁸ Nach dem Krieg griff er auch wieder explizit auf rassistische Vorstellungen zurück, auf denen ja auch seine Europaidee aufruhte. Mit der Verschiebung seines politischen Fokus auf Europa war zugleich die Zeit für den Begriff des nationalen Sozialismus abgelaufen. Fortan setzte Straßer auf ein neues Schlagwort: »Solidarismus«.¹²⁹

Der nationale Sozialismus des Straßer-Kreises erweist sich letztlich als nicht eindeutig bestimmbar. In ihm wirkte die Frage der »Rasse«, die Frage der Zeit – und nicht zuletzt auch die Frage des nächsten großen europäischen Krieges.

¹²⁸ Strasser, Otto, Aufbau des Deutschen Sozialismus, 2. Auflage Prag 1936, S. 84 (Hervorhebung gelöscht).

¹²⁹ Vgl. Straßer, Deutschlands Erneuerung, S. 33–35, 130. Eduard Heimann, ein Vertreter der sozialdemokratischen Rechten, hatte schon im Ersten Weltkrieg eine Konzeption zum Solidarismus entwickelt. Vgl. Vogt, Nationaler Sozialismus, S. 43–45.

Faschismus als nationaler Sozialismus?

Eine europäische Umschau

Niels Tim Dickhaut

Im September 2008 beschloss der damalige Neonazi Christian Weißgerber, programmatisch eine neue Richtung zu beschreiten. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits seit einiger Zeit in der Szene aktiv. In seinen Augen war der Nationalsozialismus grundlegend zu reformieren und zu einer linken, sozialrevolutionären Bewegung umzugestalten, um für ein jüngeres Publikum noch attraktiv zu sein. Er orientierte sich dabei an den Brüdern Gregor und Otto Strasser und bezeichnete den Kampf gegen den angeblich jüdischen und US-amerikanischen Kapitalismus als sein Hauptanliegen. Damit wurde er ein prominenter Anhänger der sogenannten Autonomen Nationalisten, die mit derartigen Überlegungen vor rund 15 Jahren eine wichtige Rolle im neonazistischen Spektrum spielten. Vom italienischen Faschismus, der häufig als bedeutende ideologische Wurzel des Nationalsozialismus eingestuft wird, distanzierte er sich hingegen entschieden: »Ich sah mich als *nationaler Sozialist* – mehr rot als braun, mehr Antifaschist als Mussolini-Anhänger.«¹

Gleichwohl räumt Weißgerber an anderer Stelle ein, dass eine seiner damaligen Kameradinnen Kontakte zur neofaschistischen Casa Pound-Bewegung in Italien unterhielt. Er betont außerdem, dass radikalnationalistische Bewegungen mit mehr oder weniger großen Überschneidungen zu historischen Formen von Faschismus nach seinem Szeneausstieg im Jahr 2010 in zahlreichen Ländern an Bedeutung gewonnen haben.² Dazu zählen indes auch Parteien wie der Front National, der von sich selbst behauptet, er sei »ni droit, ni gauche, français«, also weder rechts noch links, sondern schlicht französisch. Dies war bei den historischen Vorbildern vor hundert Jahren

1 Weißgerber, Christian E., *Mein Vaterland! Warum ich ein Neonazi war*, Zürich 2019, S. 174–176, Zitat S. 174.

2 Ebenda, S. 9, 211, 254.

kaum anders. Beispielsweise hat Zeev Sternhell bereits dem französischen Faschismus der 1920er und 1930er Jahre eine ambivalente Positionierung auf der politischen Skala attestiert. Auch dessen Vertreter verstanden sich größtenteils weder als links noch rechts, sondern schlicht als Teil einer radikalen, revolutionären Erneuerungsbewegung auf nationalistischer Basis.³ Dies deckt sich mit der häufig anzutreffenden Beschreibung des Faschismus als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Selbst Benito Mussolini, von dem Weißgerber sich so deutlich distanzierte, war bis zum Ersten Weltkrieg ein radikaler Anhänger der italienischen Sozialisten.

Bei all diesen begrifflichen, organisatorischen und biographischen Überschneidungen drängt sich einerseits die Frage auf, ob der Faschismus der Zwischenkriegszeit generell als »Verbindung von Nationalismus und Sozialismus« bezeichnet werden kann.⁴ Andererseits besteht auch die Möglichkeit, es handle sich bei alledem lediglich um machtpolitischen Pragmatismus. Besonders die Selbstbezeichnung deutscher NSDAP-Mitglieder als nationale Sozialisten wurde oft als pure rhetorische Finte betrachtet, um größere Mengen an Wählern anzuziehen, vor allem aus der Arbeiterschaft. Einige Autoren, insbesondere sofern sie in einer marxistischen Tradition stehen, sprechen der NSDAP daher jeden Charakter als sozialistische Partei ab. Mitunter bezeichnen sie ihre Ideologie auch als deutschen Faschismus, da sie dies als gezielte Abgrenzung von jeglichen Formen des Sozialismus ansehen.⁵ Andere Autoren nehmen hingegen die sozialistische Selbstdarstellung der NSDAP durchaus ernst. Aus ihrer Sicht war der Nationalsozialismus tatsächlich eine Art soziales Programm, das auch ärmeren nichtjüdischen Deutschen einen gewissen Wohlstand ermöglichen sollte, allerdings auf Kosten anderer Völker oder Nationen.⁶ Der internationale Vergleich mit anderen radikalnationalistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit spielt jedoch auch in diesen Studien keine Rolle.

-
- 3 Sternhell, Zeev, *Neither Right Nor Left. Fascist Ideology in France*, Berkeley/Los Angeles/London 1986.
- 4 Nonn, Christoph, *Das 19. und 20. Jahrhundert*, 3. Auflage Paderborn 2014, S. 168 über Mussolini.
- 5 Weißbecker, Manfred, *Das Firmenschild Nationaler Sozialismus. Der deutsche Faschismus und seine Partei 1919–1945*, Köln 2011.
- 6 Am bekanntesten Aly, Götz, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, 4. Auflage Frankfurt am Main 2005, S. 68–69. Darüber hinaus Bons, Joachim, *Nationalsozialismus und Arbeiterfrage. Zu den Motiven, Inhalten und Wirkungsgründen nationalsozialistischer Arbeiterpolitik vor 1933*, Pfaffenweiler 1995, S. 104–106.

Überhaupt liegt eine systematische Forschung zu nationalem Sozialismus bislang so gut wie nicht vor. Lediglich einzelne Akteure sowie der linke Parteiflügel der NSDAP können in dieser Hinsicht als halbwegs erschöpfend untersucht gelten.⁷ Die bislang einzige umfassende Monographie zu national-sozialistischen Ideen, die zudem auch nichtdeutsche Bewegungen wie den italienischen Faschismus und den französischen Boulangismus einbezieht, wurde 1998 von Karlheinz Weißmann vorgelegt. Da Weißmann kurz darauf gemeinsam mit Götz Kubitschek das Institut für Staatspolitik gründete und seither eine Schlüsselrolle in der neurechten Intellektuellenszene innehat, lässt sich nur schwer einschätzen, ob dieser Studie eher eine fachwissenschaftliche oder eine politische Intention zugrundeliegt.⁸ Allerdings wurde der linke oder rechte Charakter von Mussolinis Regime in der italienischen Forschung durchaus kontrovers diskutiert. So attestiert Dino Cofrancesco der faschistischen Herrschaft gewisse sozialistische Elemente auf dem Gebiet der Verwaltung, der Sozialpolitik und sogar der Wirtschaft, auch wenn er an seiner Einordnung des Faschismus als rechter Bewegung keinen Zweifel lässt.⁹ Zudem hat bereits Stefan Breuer festgestellt, dass die Idee eines nationalen Sozialismus oder eher eines sozialen Nationalismus nicht nur für deutsche, sondern auch für italienische und französische Akteure von Bedeutung war.¹⁰ Einen ambivalenten Charakter weist auch die allgemeine Faschismusdefinition von Roger Griffin auf. Griffin betrachtet den Faschismus als radikale Erneuerungsbewegung, die auf eine grundlegend neue Ordnung des Nationalstaats oder gar der gesamten Zivilisation abzielt und dabei in populistischer Manier gegen vermeintlich dekadente Eliten zu Felde zieht. Obwohl er den Faschismus ausdrücklich von sozialistischen Ideen abgrenzt, attestiert er ihm doch einen tiefssitzenden Hass gegen bürgerliche Freiheiten und Individualismus.¹¹ Ähnliche Einstellungen

-
- 7 Kühnl, Reinhard, *Die nationalsozialistische Linke 1925–1930*, Meisenheim am Glan 1966, Kissincoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.
- 8 Weißmann, Karlheinz, *Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890–1933*, München 1998.
- 9 Cofrancesco, Dino, *Faschismus: rechts oder links?*, in: Bracher, Karl Dietrich/Valiani, Leo (Hg.): *Faschismus und Nationalsozialismus*, Berlin 1991, S. 41–106, hier S. 82.
- 10 Breuer, Stefan, *Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich*, Darmstadt 2005, S. 87–111. Noch deutlich weiter geht in dieser Hinsicht Greigor, A. James, *Italian Fascism and Developmental Dictatorship*, Princeton 1979, S. 97.
- 11 Griffin, Roger, *Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung*, Stuttgart 2020, S. 83, 77. Siehe auch: Griffin, Roger, *The Nature of Fascism*, London/New York 1993, S. 26–55.

lassen sich durchaus auch unter radikalen Sozialisten finden, was die Griffinsche Faschismusdefinition, gewollt oder ungewollt, anschlussfähig für totalitärismustheoretische Forschungsansätze macht.¹²

Bei alledem ist aus Sicht des Betrachters selbstredend auch die eigene Vorstellung von Sozialismus ausschlaggebend. Wer darunter lediglich klassisch-marxistische oder eventuell noch anarchistische Ansätze versteht oder die Vorstellung einer Gleichheit aller Menschen als zwingende Voraussetzung betrachtet, der wird den politischen Vorstellungen von Faschisten zu Recht keinerlei sozialistische Züge abgewinnen können. Dieser Beitrag konzentriert sich allerdings darauf, was die behandelten Protagonisten selbst unter Sozialismus verstanden, anstatt eine bestimmte Definition als gegeben vorauszusetzen. Anhand der drei Fallbeispiele Italien, Deutschland und Frankreich werden dabei verschiedene faschistische Theoretiker vorgestellt, die entweder über eine sozialistische Vergangenheit verfügten oder sogar weiterhin eine ideologische Verbindung von Nationalismus und Sozialismus anstrebten.

1. Italien: Nationaler Sozialismus als Spurenelement

Der italienische Faschismus führte zur Verfolgung zahlreicher Sozialisten und Kommunisten. Viele der Überlebenden waren zudem an seiner Niederwerfung beteiligt. Auch die Schändung von Benito Mussolinis Leichnam auf der Piazzale Loreto war zu einem erheblichen Teil von der kommunistischen Partei zu verantworten.¹³ Die ideologischen Fronten scheinen somit geklärt. Dabei wird allzu leicht übersehen, dass Mussolini seine politische Karriere ursprünglich als überzeugter Anhänger der italienischen Sozialisten begann. Am 29. Juli 1883 wurde er in der kleinen ländlichen Gemeinde Predappio in der Emilia Romagna als Sohn eines Hufschmieds und Gastwirts geboren. Sein Vater brachte immerhin genügend Geld auf, um seinem Sohn eine elfjährige

¹² Griffins Definition wurde von anderen Forschern durchaus kritisiert, was vor allem mit ihrer starken Fokussierung auf ideenhistorische Aspekte einhergeht. Schieder, Wolfgang, Einleitung, in: Schieder, Wolfgang (Hg.): Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland, Göttingen 2008, S. 7–28, hier S. 13–14. Da mein Beitrag ebenfalls einer ideenhistorischen Methodik folgt, erscheint mir Griffins Faschismusbegriff hierzu dennoch gut geeignet.

¹³ Woller, Hans, Mussolini. Der erste Faschist. Eine Biographie, 2. Auflage München 2016, S. 315.

Schulbildung zu ermöglichen, die dieser 1901 mit dem Abitur abschloss.¹⁴ Nach einer kurzen, wenig erfolgreichen Karriere als Dorfschullehrer widmete er sich zunächst voll und ganz seiner politischen Karriere als Mitglied des PSI, dem sein Vater ebenfalls angehörte.

Sein politisches Weltbild wurde wesentlich durch seine Aufenthalte in der Schweiz und im österreichisch-ungarischen Trient geprägt. Zu seinen Mentorinnen in Lausanne zählte Angelica Balabanoff, die Wladimir Iljitsch Lenin persönlich kannte. Sein möglicherweise größtes intellektuelles Vorbild wurde allerdings der Sozialphilosoph Georges Sorel. Dessen kompromissloser Aufruf zum Einsatz politischer Gewalt und seine Forderung, die breiten Bevölkerungsmassen mithilfe zugkräftiger Mythen auf ein großes, gemeinsames Ziel einzuschwören, wirkten auf Mussolini überaus faszinierend.¹⁵ Trotz dieser rebellischen Haltung bereitete Mussolini während seines Wehrdienstes zwischen Januar 1905 und September 1906 keinerlei Probleme, sondern galt als treuer und gewissenhafter Soldat. Dies kam vermutlich nicht von ungefähr, denn er teilte den Hass vieler Italiener gegen das autoritäre und zivilisatorisch vermeintlich rückständige Habsburgerreich. Zudem kontrollierte die Donaumonarchie nach wie vor viele Gebiete, welche der junge italienische Nationalstaat für sich beanspruchte.¹⁶ Sein Hass gegen die »Barbaren« jenseits der Alpen verstärkte sich während seines Aufenthalts in Trient. Neben der rivalisierenden pangermanischen Ideologie kam er dort allerdings auch mit den Rassentheorien Arthur de Gobineaus und Houston Stewart Chamberlains in Berührung, die seine Ansichten später nachhaltig bestimmen sollten. Dabei waren es gerade das vermeintliche Erneuerungspotenzial und der moderne Charakter dieser Theorien, die Mussolinis Interesse weckten. Bereits jetzt tauchten jedoch in seinen antikapitalistischen Zeitungsbeiträgen des Öfteren antijüdische Stereotype auf, wie beispielsweise ein Geschäftsmann mit langer Hakennase.¹⁷

Bereits als Chefredakteur der sozialistischen Parteizeitung *Avanti!* in Mailand pflegte er einen sehr autoritären Führungsstil, sodass einige Beobachter Mussolinis Weltbild trotz seiner scharfen Klassenkampf rhetorik bereits als »nazionalismo socialista« bezeichneten.¹⁸ Im November 1913 gründete er

¹⁴ Ebenda, S. 13–16. Kirkpatrick, Ivone, Mussolini, Berlin 1965, S. 13, 16, 23.

¹⁵ Woller: Mussolini, S. 19–22.

¹⁶ Ebenda S. 23–29.

¹⁷ Ebenda S. 28–31.

¹⁸ Ebenda, S. 44. Außerdem Kirkpatrick, Mussolini, S. 51–52.

mit der *Utopia* seine eigene Zeitschrift, die sich kritisch mit der Zukunftstauglichkeit des Marxismus auseinandersetzen sollte.¹⁹ Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 erwärmte er sich schließlich dafür, die sogenannten »unerlösten Gebiete« im Norden im Kampf gegen das autoritäre Habsburgerreich zurückzuerobern. Zugleich hoffte er, nicht ohne Berechtigung, dass ein Kriegseintritt die Chancen für eine Revolution erhöhen würde. Diese Verschmelzung von Nationalismus und Sozialismus ging den Führungsfiguren in der Partei zu weit, da sie im Gegensatz zu ihren deutschen, französischen und britischen Genossen ihre strikt neutrale Haltung zum Krieg der Großmächte wahrten. Dieser Streit führte am 24. November zu Mussolinis Ausschluss aus der Partei. Zuvor griff er bereits auf konservative und liberale Zeitungen zurück, um gegen den Kurs der Parteiführung zu protestieren. Von konservativen Großindustriellen stammte dann auch das Geld, mit dem er seine neue Zeitung *Popolo d'Italia* finanzierte.²⁰ Dennoch kritisierte Mussolini den Pazifismus in der ersten Ausgabe seiner neuen Zeitung als Ideologie der Jesuiten und des Bürgertums. Antikriegspropaganda bezeichnete er als feige und antirevolutionär sowie als schädlich für die nationalen und internationalen Interessen der Arbeiterschaft.²¹

Im Winter 1914/15 übernahm er die Führung der Faschi d'Azione Rivoluzionaria, die sowohl seine antibürgerliche Haltung als auch seinen Nationalismus teilten und Italien durch gewaltbereite Aktionen zum Kriegseintritt gegen die Mittelmächte drängten.²² Ende August 1915 wurde er schließlich selbst zu den Waffen gerufen und galt trotz seiner früheren politischen Gesinnung als tapferer Soldat. Der Krieg bestärkte ihn in seiner Überzeugung, dass das Proletariat als zukünftige Elite in einem neuen italienischen Staat nicht mehr infrage kam. Stattdessen werde diese Elite aus den Soldaten hervorgehen, die in den Schützengräben unter Einsatz ihres Lebens für das Vaterland kämpften.²³ Derartige Ideen wiesen Parallelen zu den gedanklichen Ursprüngen des deutschen »Volksgemeinschafts«-Konzepts auf. Man kann daher sagen, dass Mussolinis Faschismus ursprünglich als eine Art Sozialismus der Soldaten konzi-

¹⁹ Woller, Mussolini, S. 46–47.

²⁰ Ebenda, S. 50–51, 54–55. Außerdem Kirkpatrick, Mussolini, S. 54–58.

²¹ Benito Mussolini, Audacia!, in: *Il Popolo d'Italia* 1 (15. November 1914) 1. Abgedruckt in: *Opera omnia di Benito Mussolini*, Band VII. Herausgegeben von Edoardo Susmel und Duilio Susmel, Florenz 1951, S. 5–8.

²² Woller, Mussolini. S. 59–60.

²³ Ebenda, S. 61–62.

piert war. Dies implizierte allerdings keine Gleichberechtigung aller Beteiligten, sondern war mit einem strikten Glauben an die Notwendigkeit von Hierarchien verbunden. Seine neue Führungsschicht bezeichnete er in Anlehnung an das italienische Wort »trincea« (Schützengraben) als »trincerocrazia«.²⁴

Nach dem Krieg besaß Mussolini durch seine politischen Fähigkeiten, sein Image als kriegsversehrter Soldat und ehemaliger Sozialist gute Chancen, um in der zersplitterten politischen Landschaft sowohl die breiten Mittelschichten als auch die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen.²⁵ Angesichts dieser veränderten Umstände wäre ein Nationalismus ohne Affinität zur breiten Bevölkerung vermutlich chancenlos gewesen, woran auch ältere radikonalnationalistische Verbände wie die Associazione Nazionalista Italiana krankten. Denn diese bestand trotz gewisser national-sozialistischer Ansätze vor allem aus Vertretern der intellektuellen Eliten.²⁶ Mussolini vertrat nun die Hoffnung, dass aus der Frustration und Gewaltbereitschaft der heimgekehrten Soldaten tatsächlich eine Art »socialismo anti-marxista [...] e nazionale« hervorgehen könne. In der Tradition Hegels sah er hierin die Synthese der bisherigen Antithese von Klasse und Nation. Diese ideologische Innovation sollte es den Millionen Arbeitern, die Mussolini sich im Einklang mit den italienischen Wirtschaftsverhältnissen vor allem als Landarbeiter vorstellte, ermöglichen, hoffnungsvoll von den Schlachtfeldern auf ihre eigenen Felder zurückzukehren. Sämtliche veralteten Gegenentwürfe wie Republik, Demokratie, Liberalismus und der herkömmliche Sozialismus würden damit überflüssig.²⁷ Allerdings gestaltete sich die Zukunft des Faschismus nicht ganz so radikal wie von Mussolini erhofft. Bereits vor seiner Machtübernahme stellten sich die faschistischen Kampfverbände häufig in den Dienst großer Landbesitzer und industrieller Eliten, um gemeinsam gegen die vermeintliche Weltrevolution des Bolschewismus zu kämpfen. Nach 1922 mussten die Faschisten sich zudem umfassend mit der Monarchie und der katholischen Kirche arrangieren, wodurch das revolutionäre Potential ihres Regimes ebenfalls eingeschränkt wurde.²⁸

24 M., Trincerocrazia, in: *Il Popolo d'Italia* 4 (15. Dezember 1917) 347. Abgedruckt in: *Opera omnia*, Band X, Florenz 1952, S. 140–142, hier S. 140.

25 Woller, Mussolini, S. 68.

26 Breuer, Nationalismus und Faschismus, S. 129–130.

27 M.: Trincerocrazia, S. 141–142. Zitat auf S. 141.

28 Woller, Mussolini, S. 71. Schieder, Einleitung, S. 27–28. Gentile, Emilio, Partei, Staat und Duce in der Mythologie und der Organisation des Faschismus, in: Bracher, Karl Dietrich/Valiani, Leo (Hg.): *Faschismus und Nationalsozialismus*, Berlin 1991, S. 195–216, hier S. 202.

Mit seiner Idee eines »nationalen Sozialismus«, die er selbst später zunehmend aushöhlte, stand Mussolini innerhalb des frühen Faschismus nicht allein. Ganz ähnlich äußerten sich verschiedene Anhänger eines nationalen Syndikalismus, die ursprünglich mit dem Anarchismus sympathisiert hatten und sich nun faschistischen Alternativen zuwandten. Einige von ihnen betrachteten den Ersten Weltkrieg als Kampf gegen eine wiederauferstandene reaktoriäre Heilige Allianz, die von Österreich-Ungarn und Deutschland verkörpert werde.²⁹ Nach dem Krieg glaubte Sergio Panunzio, ein Anhänger des linken Parteiflügels an die Entstehung eines neuartigen Staates, der mit der Gesellschaft eine deckungsgleiche Einheit bilden sollte. Dabei entfernte er sich zunehmend von seinem Glauben an die Macht der Gewerkschaften. Vielmehr schwelte ihm ein Netz von Organisationen vor, in denen das Volk, ähnlich den Klöstern, Höfen und Kommunen vergangener Epochen, auf lokaler und regionaler Ebene organisiert sein sollte.³⁰

Ein ähnlich heterogenes ideologisches Gemisch entwickelte sich im künstlerischen Bereich unter den Anhängern des Futurismus um Filippo Tommaso Marinetti. So setzte sich die neu gegründete Futuristische Partei im Herbst 1918 für eine Verstaatlichung aller Gewässer und Bergwerke, eine gewaltsame Bekämpfung der Kirche sowie einen »nazionalismo rivoluzionario« ein, der zugleich den Analphabetismus beseitigen und eine patriotische Erziehung der Arbeiter ermöglichen sollte.³¹ Allerdings besaß der Faschismus auch prominente Anhänger wie Giovanni Gentile, die über keinerlei sozialistische Vorgeschichte verfügten. Insgesamt ließ der italienische Faschismus gerade in seiner Frühzeit gewisse Tendenzen zu einem nationalen Sozialismus erkennen, die allerdings nie eine konsistente eigenständige Strömung innerhalb der Partei hervorbrachten. In anderen Ländern sah dies hingegen unterschiedlich aus.

²⁹ Aufruf der Fascio mit dem Titel »Al lavoratori d' Italia« vom 5. Oktober 1914, in: De Felice, Renzo, Mussolini il rivoluzionario. 1883–1920, 3. Auflage Turin 1965, S. 679–681, hier S. 680.

³⁰ Sergio Panunzio, Stato e sindacato, in: Rivista internazionale di filosofia del diritto 3 (1923) 1, S. 8.

³¹ Manifesto-programma del Partito politico futurista (settembre 1918), in: De Felice, Mussolini, S. 738–741, Zitat auf S. 738.

2. Deutschland: Nationaler Sozialismus als eigenständige Strömung

Ähnlich wie in Italien entwickelten sich in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg neue Varianten eines radikalen Nationalismus, der auf eine zugkräftige Massenbasis setzte. Besonders erfolgreich war ab 1929/1930 die NSDAP, die im Gegensatz zum italienischen PNF nationalen Sozialismus offen im Namen trug. Mit ihrer stark populistischen Agitation grenzte sie sich von älteren bürgerlich geprägten Gruppierungen wie dem Alldeutschen Verband ab. Dennoch stand sie mit ihrer Ausrichtung nicht allein. Nachdem die radikale Rechte im Kaiserreich zumeist alle Vertreter des Sozialismus und insbesondere die SPD als »vaterlandslose Gesellen« bezeichnet hatte, versuchten die sogenannten neuen Nationalisten nun zunehmend, Wähler der Arbeiterklasse für ihre eigene Sache zu gewinnen. Die verschiedenen Konzepte eines nationalen Sozialismus, die in diesem Zusammenhang entstanden, folgten mitunter auch außenpolitischen Erwägungen.³²

Arthur Moeller van den Bruck entwickelte seine Ideen zu einem großen Teil sogar bereits vor 1918. Er ging davon aus, die sogenannten »jungen Völker«, zu denen er neben den Deutschen auch die Russen zählte, müssten sich im Kampf gegen die »alten Völker« wie Briten und Franzosen behaupten, die er in imperialistischer Hinsicht bereits als gesättigt ansah und die daher auf eine Erhaltung des weltpolitischen Mächtegleichgewichts aus seien.³³ Der Sozialismus der Sowjetunion war aber nicht das, was Moeller als Ideal für Deutschland vorschwebte. Zudem war der vermeintlich internationale Charakter des Bolschewismus für ihn nur ein strategischer Schachzug. Er sah darin eine genuin russische Erscheinung, die sich auf spezifische nationale Traditionen Russlands stütze, also »auf sein Barfüßlertum, auf seine nihilistische Intelligenz, und auf jenes unnatürliche Proletariat, das von der künstlichen Witteschen Industrialisierung erst geschaffen wurde und von der vorgreifenden Stolypinschen Agrarreform nicht mehr verhindert werden konnte.«³⁴ Deutschland benötigte stattdessen einen eigenen Sozialismus, der sich an Persönlichkeiten wie Friedrich List und Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein orientieren

32 Breuer, Stefan, *Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945. Eine politische Ideengeschichte*, Stuttgart 2010, S. 19–20.

33 Moeller van den Bruck, Arthur, *Das Recht der jungen Völker*, München 1919, S. 18.

34 Moeller van den Bruck, Arthur, *Die Mächte*, in: Moeller van den Bruck, Arthur, *Das Recht der jungen Völker. Sammlung politischer Aufsätze*. Herausgegeben von Hans Schwarz, Berlin 1932, S. 41–71, hier S. 65.

sollte, die Moeller als Vorreiter der deutschen Nationsidee ansah. Die Arbeiterschaft müsse dafür bereit sein, »ein Stand im Staate zu sein, um sich selbst als Stand zu vollenden.«³⁵

Diese Art von Sozialismus war zwar dazu konzipiert, die Arbeiter zu Trägern des Nationsgedankens zu machen. Allerdings zielte sie mehr darauf ab, ihnen Verantwortung zu übertragen als ihnen inhaltliche Zugeständnisse zu machen. Dasselbe galt auch für die generellen Überzeugungen des Juniklubs, dessen intellektuelle Ausrichtung Moeller wesentlich bestimmte.³⁶

Mit Recht betonen deshalb verschiedene Forscher, dass Moellers sehr elitärer Sozialismusentwurf mit den Zielen seiner kommunistischen Gegner nicht viel gemein hatte, sondern schlicht auf eine möglichst geschlossene und effiziente Zusammenarbeit des gesamten Volkes abzielte.³⁷ Dass der Nationalismus für ihn oberste Priorität hatte, gestand er auch selbst offen ein: »Aber wenn wir den deutschen Sozialismus bekommen, dann ist er eine Macht: nicht weil er sozialistisch ist, sondern weil er deutsch ist.«³⁸ Ganz ähnlich verhielt es sich auch bei vielen anderen Autoren der Konservativen Revolution, die den Begriff Sozialismus nicht selten nur als eine Art Gegenbegriff zum verhassten Liberalismus verwendeten, dabei aber ein bemerkenswert hohes Vertrauen in die produktive Kraft des Privateigentums setzten, also vom ökonomischen Standpunkt alles andere als sozialistisch eingestellt waren. Dies galt neben Moeller beispielsweise für Oswald Spengler. Hans Zehrer, Chefredakteur der politischen Zeitschrift *Die Tat*, zog aus seiner antikapitalistischen Agitation hingegen durchaus tiefere ökonomische Konsequenzen. So trat er immerhin dafür ein, D-Banken sowie die Kohle-, Eisen- und Chemieindustrie zu verstaatlichen. Sein Wirtschaftsredakteur Ferdinand Fried wollte sogar Großgrundbesitz zerschlagen, Bauern in Genossenschaften organisieren, Getreide- und Viehwirtschaft sowie den Außenhandel unter staatliche Aufsicht stellen und Gewerbefreiheit ganz oder teilweise aufheben.³⁹ Eine explizite

³⁵ Ebenda, S. 66.

³⁶ Schlüter, André, Moeller van den Bruck. Leben und Werk, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 293–306, 314–318.

³⁷ Weiβ, Volker, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012, S. 200, Breuer, Stefan, Die »Konservative Revolution«—Kritik eines Mythos, in: Politische Vierteljahrsschrift 31 (1990) 4, S. 585–607, hier S. 588–589.

³⁸ Moeller, Die Mächte, S. 67.

³⁹ Breuer, »Konservative Revolution«, S. 588, 590.

Annäherung an sowjetische Verhältnisse forderten die Vertreter des Nationalbolschewismus, die allerdings selbst innerhalb der radikalen Rechten eine verschwindend kleine Sekte darstellten.⁴⁰

Diese heterogenen Vorstellungen eines nationalen Sozialismus lassen sich in nahezu identischer Form auch unter den Mitgliedern der NSDAP wiederfinden. Einerseits war das Konzept, die Arbeiter, aber auch den einfachen Mittelstand an den Nationalismus heranzuführen, ein Markenzeichen der Partei, das sich bereits der Schlosser Anton Drexler als Gründer der DAP auf die Fahnen schrieb.⁴¹ Dass die NSDAP eine wahrhaft sozialistische Partei sei, galt somit unter ihren Mitgliedern als Konsens und wurde selbst unter den neoaristokratisch und stark rassentheoretisch orientierten Anhängern wie Richard Walther Darré oder Heinrich Himmler nicht angezweifelt. Ihr Parteiführer Adolf Hitler nahm dabei eine Schlüsselrolle ein. Er bezeichnete es als »unerhörtesten Völkerbetrug«, wenn der Begriff Sozialismus mit der Sozialdemokratie gleichgesetzt werde. Er versuchte deshalb gezielt, potenzielle Wähler davon zu überzeugen, dass ein Sozialismus jenseits des Marxismus möglich sei und machte sich über die Deutschnationalen lustig, die angesichts der roten NSDAP-Wahlplakate erschrocken Reißaus nahmen.⁴²

Ähnlich wie seine italienischen Vorbilder definierte Hitler seinen nationalen Sozialismus nicht zuletzt in Abgrenzung zum Nationalismus des Bürgertums, indem er von »einfältigen bürgerlichen Angsthasen« sprach.⁴³ Sein wichtigster Kritikpunkt gegenüber den bürgerlichen Eliten war jedoch derselbe, den er auch gegen die Marxisten erhob – nämlich die Konzentration auf materielle Interessen und das vermeintliche Fehlen politischer Ideale.⁴⁴ Nicht großer Besitz, sondern die bedingungslose Opferbereitschaft und der Einsatz des eigenen Blutes sollte das Hauptkriterium der nationalen Zugehörigkeit sein. Damit gewährte Hitler den Arbeitern, die über wenig Geld verfügten, aber im Krieg meist in den ersten Reihen mitkämpfen mussten, eine Mög-

40 Breuer, Stefan, *Anatomie der Konservativen Revolution*, Darmstadt 1993, S. 152–153.

41 Kellerhoff, Sven Felix, *Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder*, Stuttgart 2017, S. 19–20.

42 Hitler, Adolf: *Mein Kampf*, Band I und II, 851.–855. Aufl. München 1943, S. 40 (Zitat), 541–542.

43 Ebenda, S. 542.

44 Zehnpfennig, Barbara, *Hitlers »Mein Kampf«. Eine Interpretation*, München 2000, S. 106.

lichkeit, sich als die wahren Träger des deutschen Nationalismus zu fühlen.⁴⁵ Zugleich diffamierte seine Partei die Sozialdemokraten als vermeintliche Kapitalisten, die in Wahrheit die »Schutztruppe des Judentums« darstellten. Die SPD verhindere angeblich eine wirksame Anwendung des Achtstundentages, da sie skrupellos die Interessen der Kriegsgegner und ihrer vermeintlichen jüdischen Hintermänner durchsetze und die deutschen Arbeiter an die »internationale Hochfinanz« versklave.⁴⁶ Der nationale Sozialismus der NSDAP hing daher eng mit ihrem rabiaten Antisemitismus zusammen. Die Juden waren das Feindbild, das die Vision einer Gemeinschaft von Arbeitern und Arbeitgebern zusammenhielt.

Obwohl Hitler also große Mühe darauf verwendete, die Arbeiter als Zielgruppe anzusprechen und dem Bürgertum mit seiner vermeintlichen Borniertheit und Selbstgefälligkeit die Schuld am Untergang des Nationalismus gab, war er jedoch, ähnlich wie Moeller, kaum bereit, der Arbeiterschaft in ökonomischer Hinsicht große Zugeständnisse zu machen. Auch wenn er den Wert der schaffenden Arbeit ähnlich verherrlichte und heroisierte, wie dies im Marxismus geschah, bedeutete sein nationaler Sozialismus eben keine Vorherrschaft des Proletariats, sondern eine möglichst einvernehmliche Zusammenarbeit sämtlicher Bevölkerungsschichten auf Kosten anderer Völker.⁴⁷ Zwar wäre es falsch zu behaupten, dass Hitler in seinem Glauben an die vermeintliche Einheit des Volkes keinerlei unterschiedliche Gesellschaftsschichten wahrnahm. Allerdings erwartete er von jeder sozialen Gruppe, dass diese ihre spezifischen Interessen gegenüber dem Wohl der gesamten Nation zurückzustellen hatte. Daher waren ihm auch Gewerkschaften als dezidierte Einrichtungen zur Interessenvertretung der Arbeiter weitgehend suspekt.⁴⁸

Anders verhielt es sich mit dem selbsterklärten linken Parteiflügel, der sich um die Brüder Gregor und Otto Strasser herausbildete. Zwar hat Stefan Breuer überzeugend dargelegt, dass man auch die Protagonisten dieses

45 Die soziale Mission des Nationalsozialismus in: *Völkischer Beobachter* 38 (19. Dezember 1925), 224, S. 1.

46 Die Arbeiterverräte am Werk, in: *Völkischer Beobachter* 36 (11. November 1922), 90, S. 1.

47 Breuer, Radikale Rechte, S. 280–283. Lüdicke, Lars, Hitlers Weltanschauung. Von »Mein Kampf« bis zum »Nero-Befehl«, Paderborn 2016, S. 55–57. Zur weitgehend fehlenden Konkretisierung von Hitlers sozialpolitischen Maßnahmen siehe Kroll, Frank-Lothar, Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Paderborn 1998, S. 90–91.

48 Breuer, Radikale Rechte, S. 282–283.

Flügels durchaus dem politischen Spektrum der radikalen Rechten zuordnen kann. Denn eine vollständige Gleichberechtigung aller Menschen lag auch ihnen vollkommen fern. Vielmehr betonten sie den Leistungsgedanken und den Kampf ums Dasein zwischen verschiedenen Nationen ebenso wie die vermeintliche Überlegenheit der Männer aufgrund ihrer Ableistung des Wehrdienstes. Dem entsprach auch ein fester Glaube an die Notwendigkeit territorialer Expansion nach Osten, die allerdings ein künftiges Bündnis mit Russland nicht ausschloss.⁴⁹ Ihre Forderungen nach einer Stärkung der Arbeiterschaft gingen jedoch wesentlich weiter als bei Hitler. Die Daseinsberechtigung der Gewerkschaften erkannten sie ausdrücklich an. Darüber hinaus forderten sie eine Umwandlung aller größeren Industriebetriebe in Aktiengesellschaften, die anschließend rund zur Hälfte verstaatlicht werden sollten, sowie eine teilweise Enteignung des Grundbesitzes. Mit ihren Pressezeugnissen unterstützten sie sogar die Streikaktionen der sächsischen Metallarbeiter im April 1930.⁵⁰

Die vermeintliche Entmachtung des Strasser-Flügels auf der Bamberger Tagung 1926 führte keineswegs zu einer grundsätzlichen Entwertung seines Programms. Vor allem Gregor Strasser nahm mit seinen sozialpolitischen Parolen eine wichtige Rolle ein, wenn es darum ging, an die Bedürfnisse der breiten Volksschichten während der Weltwirtschaftskrise zu appellieren. Dafür forderte er groß angelegte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie insgesamt ein sehr aktives staatliches Engagement, um die Wirtschaft anzukurbeln. Diese Pläne beschränkten sich keineswegs auf die Rüstungsindustrie.⁵¹ Seine national-sozialistische Haltung brachte er auch dadurch zum Ausdruck, dass er sich noch schärfer als Hitler oder Alfred Rosenberg von der Epoche des Kaiserreiches distanzierte. Der Nationalsozialismus sei nicht reaktionär und strebe keineswegs eine Rückkehr in die Zeit vor 1918 an. Die Ausrufung einer Republik nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten habe jedoch die Interessen der deutschen Arbeiter verraten: »Nicht als ›Reaktionäre‹ also hassen wir diesen Tag und seine Revolte. Sondern als Revolutionäre! Als Deutsche! Als Frontsoldaten! Als Sozialisten! Weil dieser Tag nur eine Revolte gebar, keine

49 Ebenda, S. 269–270. Reichstagsrede »Das dritte Versailles« von Gregor Strasser vom 25. November 1925, in: Strasser, Gregor, Hammer und Schwert. Ausgewählte Reden und Schriften eines National-Sozialisten, Teil II, 3. Auflage, Berlin [1930], S. 6–17, hier S. 9–12.

50 Kühnl, nationalsozialistische Linke, S. 192, Breuer, Radikale Rechte, S. 272–273.

51 Breuer, Radikale Rechte, S. 272–273 Kissenkötter, Gregor Straßer, S. 87–93, 118–122.

Revolution!«⁵² Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die Idee eines nationalen Sozialismus, trotz unterschiedlicher inhaltlicher Vorstellungen, zwischen 1919 und 1933 zum festen Repertoire des radikalen Nationalismus in Deutschland zählte. Damit gingen die deutschen Protagonisten wesentlich weiter als ihre italienischen Pendants.

3. Frankreich: Ein anderer Sozialismus?

In der europäischen Mächtekonzellation galt Frankreich eigentlich als der »Erbfeind« des Deutschen Reiches. Dies wurde auf beiden Seiten bereits spätestens seit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, wenn nicht bereits seit napoleonischer Zeit, so gesehen. Durch Weltkrieg und Versailler Friedensvertrag hatte sich diese Sichtweise noch massiv verstärkt. Genau diese Verschärfung des Nationalismus sorgte dafür, dass sich auf beiden Seiten des Rheins verblüffend ähnliche ideologische Entwicklungen abspielten. Auch in Frankreich existierte eine ältere, bürgerlich-traditionelle Form der radikalen Rechten, die gewisse Parallelen zum Alldeutschen Verband aufwies. Diese Strömung wurde hauptsächlich von der Action Française repräsentiert. Obwohl einige ihrer Mitglieder Kontakte zur syndikalistischen Bewegung pflegten, präsentierte sich die Organisation insgesamt als streng monarchistisch, bildungsbürgerlich und antirevolutionär.⁵³ Eine Zuordnung zum Faschismus, wie sie Ernst Nolte vor rund 60 Jahren vorgenommen hat, erscheint angesichts dieses rückwärtsgerichteten Charakters fraglich.⁵⁴ Allenfalls könnte man diese Gruppierung, ähnlich wie den Alldeutschen Verband oder die Associazione Nazionalista Italiana als protofaschistisch bezeichnen.

Zu den ersten, die eine Alternative zu diesem traditionellen bürgerlichen Radikalnationalismus suchten, zählte Georges Valois. Er wird allgemein als Hauptbegründer der ersten faschistisch verstandenen Bewegung in Frankreich, des Faisceau angesehen. Wie Hitler und Mussolini hatte er

52 Strasser, Von der Revolte zur Revolution (6. November 1927), in: Strasser, Gregor, Hammer und Schwert. Ausgewählte Reden und Schriften eines National-Sozialisten, Teil II, 3. Auflage, Berlin [1930], S. 5–6, hier S. 5.

53 Walkenhorst, Peter, Nation–Volk–Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914, Göttingen 2007, S. 328–329.

54 Nolte, Ernst, Die Action Française. 1899–1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) 2, S. 124–165, hier S. 164.

einschneidende Kriegserlebnisse vorzuweisen. Als Infanterieoffizier wurde er an vorderster Front verwundet und ausgezeichnet. Daher erstaunt es kaum, dass die Opferbereitschaft im Krieg in seiner Ideologie einen ebenso wichtigen Platz einnahm wie bei Hitler und Mussolini. Zwar begann er seine politische Laufbahn in der Action Française. Da diese ihrem Vorkriegsprogramm jedoch weitgehend treu blieb und weder die Oktoberrevolution noch Mussolinis »Marsch auf Rom« wirklich zur Kenntnis nahm, liebäugelte Valois zunehmend mit einer revolutionären Variante des radikalen Nationalismus.⁵⁵ Ähnlich wie die italienischen Nationalsyndikalisten pries er den Korporatismus als neuartige Wirtschaftsordnung, die sowohl den bürgerlichen als auch den ökonomischen Individualismus beseitigen sollte. Obwohl die Unternehmer, die ihn auf seinem politischen Weg unterstützten, den Korporatismus eher als einen Weg zur Bändigung der Arbeiterschaft ansahen, verfügten sie und Valois doch über ein gemeinsames Feindbild: den internationalen Finanzkapitalismus, der angeblich den Zusammenhalt und den Bestand der französischen Nation gefährde.⁵⁶

Um diesen Untergang zu verhindern, baute Valois auf einen neuartigen Staat, wie es ihn im gesamten 19. Jahrhundert nicht gegeben habe. Dieser Staat sollte in der Lage sein, auch die gesamte Wirtschaft bis ins kleinste Detail von oben nach unten durchzuorganisieren. Seine politischen Pläne machte er den italienischen Faschisten sogar in deren Muttersprache zugänglich. Den technologischen Fortschrittsoptimismus der Futuristen teilte er dabei uneingeschränkt. So verglich er den französischen Staat in seiner damaligen Form mit einer Pferdekutsche. Benötigt werde hingegen ein Automobil mit 40 PS.⁵⁷ Dabei befleißigte sich Valois einer starken sozialen Ausgleichsrhetorik. Zwar lobte er die enormen zivilisatorischen Fortschritte der vorangegangenen Jahrzehnte. Zugleich kritisierte er jedoch, dass sehr viele Menschen hiervon immer noch nicht profitierten. Dazu zählte er sowohl Bauern als auch Arbeiter, die häufig sogar auf das Notwendigste verzichten müssten. Die bestehende Wirtschaftsordnung ruiniere zudem die kleinen Sparer. Die Lösung sah Valois in einem korporatistisch strukturierten Staat, der berechtigte Interessen dieser Berufsgruppen zusammenführe. Dazu forderte er eine »disciplina nazionale, sociale e umana«.⁵⁸ Allerdings ging es Valois nicht um eine Einschränkung

⁵⁵ Sternhell, *Neither Right Nor Left*, S. 91.

⁵⁶ Ebenda, S. 95.

⁵⁷ Valois, Georges, *Il fascismo francese*, Rom 1926, S. 21.

⁵⁸ Ebenda, S. 23.

oder gar Beseitigung des Privateigentums. Was ihn störte, waren die herkömmlichen bürgerlichen Werte der Mäßigung und Zurückhaltung, an denen seiner Ansicht nach auch der Parlamentarismus krankte.⁵⁹ Zugleich war die Sehnsucht nach einem starken, zentralistisch ausgerichteten Staat keineswegs neuartig in einem Land, das auf föderalistische Herrschaftselemente seit je her weitgehend verzichtet hatte.

Allerdings existierten in der Dritten Republik noch weitaus drastischere Verbindungen von radikalem Nationalismus und sozialistischen Elementen. Diese beschränken sich keineswegs auf die biographische Ebene. So verfügten die Vorsitzenden der beiden wichtigsten Kollaborationsparteien im späteren Vichy-Regime beide über eine Vergangenheit auf der politischen Linken. Der Chef des Parti Populaire Français, Jacques Doriot, gehörte bis 1934 der Kommunistischen Partei an und der erste Mann des Rassemblement National Populaire, Marcel Déat, war bis 1933 Mitglied der Sozialisten.⁶⁰ Solche vermeintlichen Lagerwechsel wurden landläufig oft als spontaner Opportunismus gewertet. Demgegenüber hat Zeev Sternhell jedoch darauf hingewiesen, dass derartige ideologische Wandlungen sich oft sukzessive im Laufe der 1930er Jahre vollzogen. Tatsächlich kommt er sogar zu dem Schluss, dass aus Sicht der Betroffenen selbst manchmal gar kein Wandel stattfand.⁶¹ Vielmehr handelte es sich um Sozialisten, die angesichts der politischen Krisen der Dritten Republik, ähnlich wie Mussolini 20 Jahre zuvor, dem klassischen Marxismus zunehmend misstrauten. Daher hielten sie einen nationalen Sozialismus nun für den besten Weg zur Umsetzung ihrer Ziele sowie zur Rettung Frankreichs und Europas.

Bereits in den 1930er Jahren zählte Marcel Déat zu den prominentesten sozialistischen Reformern in Frankreich. Beeinflusst wurde er vom sogenannten Planismus des belgischen Soziologen Hendrik de Man, der ebenso wie Déat auf einen Sozialismus ohne »Proletarisierung« setzte. Den Kampf zwischen Industriearbeiterschaft und Bourgeoisie deutete Déat allgemein in einen Kampf zwischen Produzenten und Profiteuren um. Dies machte sein Programm für

⁵⁹ Sternhell, Neither Right Nor Left, S. 95.

⁶⁰ Schwarzer, Reinhard, Vom Sozialisten zum Kollaborateur. Idee und politische Wirklichkeit bei Marcel Déat, Pfaffenweiler 1987, S. 3. Breuer, Nationalismus und Faschismus, S. 87–95.

⁶¹ Sternhell, Neither Right Nor Left, S. 142–144, darüber hinaus: Griffiths, Richard, Fascism and the Planned Economy: »Neo-Socialism« and »Planisme« in France and Belgium in the 1930s, in: Science & Society 69 (2005) 4, S. 580–593, hier S. 592.

die Mittelschicht anschlussfähig, die auch das hauptsächliche Wählerpotential des Faschismus darstellte.⁶² Nachdem er sich mit der Sozialistischen Partei Frankreichs zerstritten hatte, geriet er zunehmend auf die nationalistische Bahn. Berühmt wurde er für seinen Zeitungsartikel *Mourir pour Dantzig?*. Dieser erschien im Mai 1939 in der Zeitung *L’Oeuvre*, deren Leitung Déat ein Jahr später übernehmen sollte. Er kritisierte darin die bedingungslose Unterstützung Polens durch die Pariser Regierung und stellte die Frage, warum französische Bauern für polnische Territorialforderungen in den Krieg ziehen sollten.⁶³

Nach der Niederlage gegen Deutschland im Juni 1940 zählte Déat zu den prominentesten Unterstützern der Achsenmächte. Noch gegen Ende 1943 pries er den Nationalsozialismus als eine gesamteuropäische Revolution. Diese habe es geschafft, die Massen an Arbeitern fest ins Kollektiv der nationalen Gemeinschaft zu integrieren. Ermöglicht werde dies durch einen mächtigen und disziplinierenden Staat, der einerseits eine Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Muster vermieden, andererseits jedoch auch den angelsächsischen bürgerlichen Kapitalismus überwunden habe.⁶⁴ Wie dies ohne jede Beeinträchtigung des Privateigentums funktioniert haben soll, blieb indes sein Geheimnis. Zumindest in Déats persönlichem Weltbild stellten Nationalismus und Sozialismus jedoch keine Gegensätze dar. Eher handelte es sich um zwei wechselseitige Komponenten, die bereits während der 1930er Jahre sein Weltbild ausgemacht und nun lediglich die Prioritäten getauscht hatten.

Fazit

Auch wenn es extrem verkürzt wäre, den Faschismus einfach als nationalistische Version des Sozialismus zu betrachten, waren entsprechende Vorstellungen unter seinen Protagonisten erstaunlich weit verbreitet. Allerdings betraf dies nicht alle Länder gleichermaßen. So spielten derartige Überlegungen im französischen Faschismus und im deutschen Nationalsozialismus eine größere und beständigere Rolle als in Italien. Ob dies am Fortbestand der italienischen Monarchie oder an anderen Faktoren lag, müssen künftige Detailstudien

62 Sternhell, Neither Right Nor Left, S. 161.

63 Déat, Marcel, *Mourir pour Dantzig?*, in: *L’Oeuvre* (4. Mai 1939), S. 1, 4.

64 Déat, Marcel, *L’État et la Révolution*, in: *L’Oeuvre* (1./3. November 1943), S. 1-2. Abgedruckt in: Griffin, Roger, *Fascism*, Oxford 1995, S. 200–202.

en erst ermitteln, denn die weitgehend agrarisch geprägte französische Wirtschaft und die daraus resultierende starke Stellung konservativer Eliten ähnelte eigentlich eher dem damaligen Italien als dem bereits stark industrialisierten Deutschen Reich. Sicherlich ist auch die Bedeutung der Judenfeindschaft für die deutsche Variante nicht gering zu veranschlagen, denn das Konzept, die Arbeiterschaft auf nationalistischem Wege vom Kapitalismus zu befreien, vertrug sich vorzüglich mit dem Rassenantisemitismus der NSDAP.

Gemeinsam war den nationalen Sozialisten, dass sie ihre Ideologie als fortschrittlich und historisch neuartig definierten. Einerseits versuchten sie, sich vom klassischen Marxismus abzugrenzen, indem sie neben der Arbeiterschaft auch andere soziale Gruppen wie die Bauern, die Mittelschichten und insbesondere die Soldaten als Fahnenträger ihrer künftigen Revolution ins Auge fassten. Ebenso deutlich versuchten sie jedoch, sich vom älteren Nationalismus der Vorkriegszeit zu lösen, indem sie sich als strikt antibürgerlich präsentierten. Für beide Abgrenzungen spielte der Erste Weltkrieg als Katalysator eine einschneidende Rolle. Interessanterweise gilt dies für alle hier behandelten Staaten, und zwar relativ unabhängig von ihrer stark unterschiedlichen politischen Vorgeschichte. Damit kann die Zeit zwischen 1919 und 1945 insgesamt als eine Art zweite Epoche des radikalen Nationalismus in Europa gelten, die sich durch ihren erhöhten Hang zur Massenmobilisierung deutlich von der ersten Epoche vor dem Krieg unterschied.

Da sie allerdings auf politische und finanzielle Unterstützung angewiesen waren, gelang ihre Abgrenzung vom Bürgertum nicht immer gleichermaßen. Hinzu kommt, dass die meisten Protagonisten ihren nationalen Sozialismus nicht in erster Linie als Abkehr vom Privateigentum verstanden, sondern eher als möglichst weitgehende harmonische Zusammenarbeit aller Gesellschaftsschichten im Dienste der Nation. Dies schloss nicht aus, dass der linke NSDAP-Flügel oder verschiedene französische Neosozialisten tatsächlich umfassendere materielle Begünstigungen für die Arbeiterklasse oder eine Verstaatlichung privaten Eigentums vorsahen. Allerdings waren die meisten nationalen Sozialisten auf der politischen Rechten sich mit den radikalen Sozialisten der Linken hauptsächlich darin einig, was sie nicht wollten: in ihrem Misstrauen gegenüber dem Individualismus sowie bürgerlichen Werten und Normen, in ihrer Ablehnung eines anonymen, vermeintlich unproduktiven internationalen Kapitalismus und damit teilweise auch in ihren antijüdischen Vorurteilen. Ihr Wunsch nach einer grundlegenden politischen Erneuerung war somit typisch für die schwierige Epoche der Zwischenkriegszeit. Dabei traten jedoch die so-

zialistischen Elemente ihres Programms gegenüber den nationalistischen in den Hintergrund.

Feuer und Wasser? Deutscher Katholizismus und Nationaler Sozialismus in der Zwischenkriegszeit

Schlaglichter auf eine problematische Konstellation¹

Benedikt Brunner

In den transformativen »langen 1960er« Jahren wurde die Frage, ob man als Christ auch Sozialist sein könne, intensiv diskutiert.² Prominente evangelische – und auch katholische – Theologen sowie »Laien« neigten dazu, eine solche Frage zu bejahen. Einige, wie der Doyen des Linkspresbyterianismus, der Berliner Theologieprofessor Helmut Gollwitzer (1908–1993), gingen sogar noch einen Schritt weiter und postulierten: ein Christ müsse sogar Sozialist sein. Wobei viel daran hing, was man unter den beiden Bezeichnungen verstehe. Ähnliche Aussagen sind auch vom führenden Linkskatholiken seiner Zeit, Walter Dirks (1901–1991), überliefert.³ Dass Christentum und Sozialismus dann in der »Aufbruchszeit« der 1960er Jahre in den intellektuellen Diskursen so eng

-
- 1 Für vielfältige Anregungen und den immer intensiven und lehrreichen Austausch zum Thema dieses Aufsatzes und verwandter Diskussionsfelder danke ich besonders Gabriel Rolfs (Aachen/Chemnitz).
 - 2 Zu dieser Zeit vgl. Gabriel, Karl, Zwischen Aufbruch und Absturz in die Moderne. Die katholische Kirche in den 60er Jahren, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers Karl, Christian (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 528–543; Pasture, Patrick, Christendom and the legacy of the Sixties: Between the secular city and the age of Aquarius, in: Revue d'histoire ecclésiastique 99, 2004, S. 82–117; Großbötting, Thomas, Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013, S. 137–160.
 - 3 Vgl. zum Beispiel Gollwitzer. Helmut, Warum ich als Christ Sozialist bin, in: Junge Kirche 41, 1980, S. 222–228; Hiepel, Claudia, Walter Dirks und der christliche Sozialismus – produktive Utopie oder Illusion, in: Brunner, Benedikt/Großbötting, Thomas/Große Kracht, Klaus/Eoyke, Maik (Hg.), »Sagen, was ist«. Walter Dirks in den intellektuellen und politischen Konstellationen Deutschlands und Europas, Bonn 2019, S. 135–148.

zusammen gedacht worden sind, hat sicherlich einerseits Gründe, die im spezifischen historischen Kontext verborgen sind.⁴ Andererseits sind die meisten Vertreter, die diese Positionen prominent weiterentwickelten, schon in der Zwischenkriegszeit auf den Spuren dieser Verbindung gewesen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass insbesondere für das katholische Lehramt katholischer Sozialismus eine Sache ist, die es nicht geben darf und nicht geben soll.⁵

Dieser Beitrag, der das Verhältnis von Katholizismus und Sozialismus in der Zwischenkriegszeit in seinen Grundzügen darstellt, will in einem ersten Schritt die Positionen des Lehramtes im Hinblick auf den Sozialismus rekonstruieren. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Enzyklika »Rerum novarum« (1891) Papst Leos XIII. und der von Papst Pius XI. verfasste Enzyklika »Quadragesimo anno« (1931), die dem Namen nach vierzig Jahre später erschien. Im Anschluss sollen dann einige Schlaglichter auf die Konflikte, die sich über katholische Sozialismusrezeptionen entsponnen, geworfen werden. Im Ausblick wird dann darauf hingewiesen, dass bei einigen Vertretern auf diesem Weg auch Brücken zum Nationalsozialismus geschlagen werden konnten, zumindest in den ersten Jahren des »Dritten Reiches«.

1. Etwas, dass es nicht geben darf: Katholischer Sozialismus aus der Sicht des kirchlichen Lehramtes

Für die Genese eines katholischen Sozialismus sind die Erfahrungen des 19. Jahrhunderts grundlegend. Insbesondere das Aufkommen sozialer Fragen im

4 Vgl. Eitler, Pascal, »Wende zur Welt? Die Politisierung der Religion in der Bundesrepublik Deutschland um 1968, in: Cahn, Jean-Paul/Kaelble, Harmut (Hg.), Religion und Laizität in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2008, S. 137–150.

5 Es sollte nicht vergessen werden, dass institutionell der religiöse Sozialismus immer ein Phänomen einer Minderheit war und blieb, vgl. Vollnhaus, Clemens, Zwischen den Stühlen. Der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik, in: Danz, Christian/Schüßler, Werner (Hg.), Paul Tillich in Dresden. Intellektuellen-Diskurse in der Weimarer Republik, Berlin/Boston 2023, S. 69–82; Breipohl, Renate, Religiöser Sozialismus und bürgerliches Geschichtsbewußtsein zur Zeit der Weimarer Republik, Zürich 1971 sowie schon Rissing, Heinz-Josef, Die Diskussion über den »christlichen Sozialismus« im katholischen Raum in Deutschland 1918–1948, Bochum 1977.

Zuge einer fortschreitenden Industrialisierung und ihrer Begleiterscheinungen stellte die Validität der althergebrachten katholischen Welterklärungen stärker in Frage als je zuvor.⁶ Im 19. Jahrhundert war der Begriff des Christlichen Sozialismus zunächst ein Synonym für »Christliche Sozialreform«, worunter Johannes Messner zufolge »die vom christlichen Gewissen geleiteten Bestrebungen zur Beseitigung der Schäden der sozialen Ordnung durch Behebung ihrer tieferen Ursachen«⁷ verstanden wurde. Insbesondere durch seine Verbindung mit dem Liberalismus habe der Kapitalismus in politischer und ökonomischer Hinsicht die katholische Kirche und den Katholizismus massiv betroffen.⁸ Einen Anknüpfungspunkt zum eigenen Handeln sahen kirchliche Vertreter und katholische Laien beim Phänomen des Pauperismus, der eine Reaktion gegen die massenhafte Vereelendung insbesondere städtischer Bevölkerungsteile erforderlich machte. Durch die soziale Frage entsteht so jedenfalls eine antikapitalistisch überzeugte christlich-soziale Bewegung, zu deren führenden Köpfen unterschiedliche Persönlichkeiten wie Wilhelm Hohoff, Bischof Wilhelm Emmanuel Ketteler, Heinrich Pesch, Franz Hitze und Adolf Kolping gehörten, welche die Debatten in der Zwischenkriegszeit prägen sollten. Besonders wichtig ist hierbei auch das katholische Vereins- und Verbändewesen, in dem sich diese Kräfte bündeln, nach innen konsolidieren und nach außen ihre Wirksamkeit entfalten wollten, wie insbesondere der 1890 gegründete »Volksverein für das katholische Deutschland«.⁹

Antikapitalistisch bedeute nun aber gerade nicht sozialistisch, oder auch nur offen für sozialistische Versatzstücke. Vielmehr spricht einiges dafür, wie

6 Vgl. als Überblick Greschat, Martin, Das Zeitalter der Industriellen Revolution. Das Christentum vor der Moderne, Stuttgart u.a. 1980, S. 195–208. Für den folgenden Abschnitt vgl. auch Uhl, Bernd, Die Idee des Christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947, Mainz 1975, S. 13–50.

7 Messner, Johannes, Die soziale Frage, 8. Auflage, Innsbruck 1964, S. 289; zu den Grundlagen die wichtigen Beiträge in Langner, Albrecht (Hg.), Katholizismus, konservative Kapitalismuskritik und Frühsozialismus bis 1850, München/Paderborn/Wien 1975.

8 Uhl, Idee, S. 15.

9 Vgl. Heitzer, Horstwalter, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918, Paderborn/München/Wien/Zürich 1979; Grothmann, Detlef, Verein der Vereine? Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997; Klein, Gotthard, Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang, Paderborn/München/Wien/Zürich 1996.

schon Johannes Messner herausgearbeitet hat, dass die christlich-soziale Bewegung gleichermaßen antikapitalistisch wie antisozialistisch war.¹⁰

Da es sich bei diesen Dingen um Phänomene handelte, die auch die Kirche als Ganzes betrafen, äußerte sich 1891 Papst Leo XIII. mit seiner Enzyklika »Rerum novarum« zu den »neuen Dingen«. Vor allem stand aber die Arbeiterfrage im Zentrum seiner Ausführungen. Die Enzyklika ist in zwei Hauptteile unterteilt. Im ersten Hauptteil richtet er sich gegen die Lösungsvorschläge, die der Sozialismus seiner Ansicht nach propagiert. Fest stehe aber auch: »[E]s liegt nun einmal zutage, und es wird von allen Seiten anerkannt, daß geholfen werden muß, und zwar, daß baldige ernste Hilfe not tut, weil Unzählige ein wahrhaft gedrücktes und unwürdiges Dasein führen.«¹¹ Die Frage ist, wie diese Hilfe geleistet werden soll. Die sozialistische Position, die Leo im Kern als Aufhebung des Privatbesitzes verstand, lehnte er ab.¹² Diese grundsätzliche Ablehnung wurde von ihm ausführlich begründet und dargelegt. Er hielt fest:

»Aus alledem ergibt sich klar die Verwerflichkeit der sozialistischen Grundlehre, wonach der Staat den Privatbesitz einzuziehen und zu öffentlichem Gute zu machen hätte. Eine solche Theorie gereicht denen, welchen geholfen werden soll, lediglich zu schwerem Schaden, sie widerstreitet den natürlichen Rechten eines jeden Menschen, sie verzerrt den Beruf des Staates und macht eine ruhige, friedliche Entwicklung des Gesellschaftslebens unmöglich.«¹³

¹⁰ Vgl. Messner, Frage, S. 320.

¹¹ Leo XIII., Rerum novarum (1891), in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) (Hg.), Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente, Kevelaer 1975, S. 31–70, hier S. 32. Vgl. ferner Frigato, Sabino, La difficile democrazia: La dottrina sociale della Chiesa da Leone XIII a Pio XII (1878–1958), Cantalupa 2007; Ernesti, Jörg, Leo XIII. Papst und Staatsmann. 2. Auflage, Freiburg i.Br. 2019, S. 235–246. Zum Überblick vgl. Kruip, Gerhard, Papst Leo XII., Rerum novarum (1891), in: Brocker, Manfred (Hg.), Geschichte des politischen Denkens. Das 19. Jahrhundert, Berlin 2021, S. 748–761.

¹² Leo XIII.; Rerum, S. 33: »Indessen dieses Programm ist weit entfernt, etwas zur Lösung der Frage beizutragen; es schädigt vielmehr die arbeitenden Klassen selbst; es ist ferner sehr ungerecht, indem es die rechtmäßigen Besitzer vergewaltigt, es ist endlich der staatlichen Aufgabe zuwider, ja führt die Staaten in völlige Auflösung.«

¹³ Ebenda, S. 39.

Nach diesem Verdict erfolgt dann im zweiten Abschnitt der Lösungsvorschlag, welcher die Rolle von Religion und (katholischer) Kirche in den Vordergrund stellte. Doch auch die Rolle des Staates bei der Lösung der sozialen Frage wurde von ihm anerkannt und befürwortet. Er setzte dem Handeln der Arbeitgeber klare Grenzen und forderte sie dazu auf, einen gerechten Lohn zu zahlen.¹⁴ Er wies auch auf die »wichtige und tiefgreifende Lehre« der Kirche hin, die er als »Pflicht der Wohltätigkeit, das Almosen«¹⁵ bezeichnete. Was er vorschlug, ist also ein dritter Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, eine eigenständige katholische Antwort auf die drängenden Fragen der Zeit. Die weitere Entwicklung des katholischen Solidaritätsprinzips baute auf dieser Enzyklika auf, die zudem dem Sozialkatholizismus im Deutschen Reich sowie den dortigen Verbänden enormen Auftrieb gab.¹⁶ Das lief allerdings, wie der Hinweis auf den Gewerkschaftsstreit belegt, keinesfalls immer ohne Reibungen und Streit ab. In dieser Auseinandersetzung wurde um die Legitimität katholischer Gewerkschaften gestritten. Die sogenannten Integralisten bestritten diese Legitimität und lehnten zudem die demokratischen und sozial-emanzipatorischen Tendenzen in den Christlichen Gewerkschaften entschieden ab.¹⁷

Am Ende der lehramtlichen Entwicklung für den Zeitraum, der hier von Interesse ist, steht »Quadragesimo anno«, die Enzyklika Pius XI., die vierzig Jahre danach 1931 publiziert wurde. Sie war Teil der Diskussionen, die im folgenden Abschnitt im Zentrum stehen, weshalb sie an dieser Stelle dargelegt wird. Dies ergibt auch Sinn, weil sich Pius XI. selbst mit dieser Enzyklika daran schickte, Unklarheiten aus »Rerum novarum« zu beseitigen. An ihrer Entstehung waren zwei führende deutsche Theologen beteiligt, die sich auch in

14 Vgl. ebenda, S. 42.

15 Ebenda, S. 43f.

16 Vgl. zum Beispiel Klönne, Arno, Arbeiterkatholizismus. Zur Geschichte des Sozialkatholizismus in Deutschland, in: Ludwig, Heiner/Schroeder, Wolfgang (Hg.), Sozial- und Linkskatholizismus. Erinnerung – Orientierung – Befreiung, Frankfurt a.M. 1990, S. 32–45; Lönné, Karl-Egon, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986, S. 51–85; Jedin, Hubert, Kirche und Katholizismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Rauscher, Anton (Hg.), Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus, München/Paderborn/Wien 1973, S. 71–84.

17 Vgl. Aretz, Jürgen, Katholische Arbeiterbewegung und christliche Gewerkschaften – Zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung, in: Rauscher, Anton (Hg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, Band II, München/Wien 1982, S. 159–214; Tacchi, Francesco, Vatikanische Quellen zum deutschen Gewerkschaftsstreit. Die bischöflichen Gutachten und die Entstehung der Enzyklika »Singulare quadam« (1912), Paderborn 2022.

der Debatte um den Sozialismus engagierten: Die Jesuiten Oswald von Nell-Breuning (1890–1991) und Gustav Gundlach (1892–1963), die als die führenden Köpfe des »Königswinterer Kreises« gelten müssen.¹⁸ In der Sozialencyklika wurde also wieder Fragen der Industriegesellschaft diskutiert. In ihr wurden zudem auch Aussagen über die gesellschaftliche Ordnung insgesamt getroffen und mit dem Subsidiaritätsprinzip ein Vorschlag gemacht, wie diese Ordnung auch Freiheiten garantieren könne.¹⁹

Nach einem ersten Abschnitt, der über die Wirkungsgeschichte von »Rerum novarum« reflektierte, folgten im zweiten Abschnitt Aussagen über die kirchliche Lehre von Gesellschaft und Wirtschaft, in denen auch das Subsidiaritätsprinzip entfaltet wurde. Im dritten Abschnitt erfolgte dann eine ausführliche Auseinandersetzung und entschiedene Ablehnung von sozialistischen Konzeptionen, die nun im Vordergrund stehen. Der dritte Teil begann mit der Feststellung, dass sowohl die Wirtschaftsweise als auch der Sozialismus seit den Tagen Leos XIII. »[t]iefgreifende Wandlungen²⁰ durchgemacht hätten. Beide Hauptspielarten des Sozialismus, sowohl der Marxismus-Leninismus als auch seine demokratische Spielart, wurden jedoch abgelehnt, wenn auch in unterschiedlichen Abstufungen. Beide seien sich zudem selbst spinne feind und bekämpften sich gegenseitig »ohne allerdings die dem ganzen Sozialismus gemeinsame widerchristliche Grundlage verlassen zu haben.«²¹ Der Kommunismus verfolge in Theorie und Praxis mit dem »schärfsten Klassenkampf« und »äußerste[r] Eigentumsfeindlichkeit«

-
- 18 Aus der äußerst umfangreichen Literatur zu diesen beiden Theologen seien nur genannt: Hagedorn, Jonas, Oswald von Nell-Breuning SJ. Aufbrüche der katholischen Soziallehre in der Weimarer Republik, Paderborn 2018; Große Kracht, Hermann-Josef, Gustav Gundlach SJ (1892–1963). Katholischer Solidarismus im Ringen um die Wirtschafts- und Sozialordnung, Paderborn 2019. Zur Bedeutung des Königswinterer Kreises, aus dem später das »Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung« wurde, vgl. Große Kracht, Hermann-Josef, Den Kapitalismus im Kapitalismus überwinden. Protokapitalistische Anfänge und bleibende Kapitalismuskritik bei Oswald von Nell-Breuning, in: Emunds, Bernhard/Hockerts, Hans Günter (Hg.), Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik, Paderborn 2015, S. 27–42; vgl. zeitgenössisch noch von Nell-Breuning, Oswald, Kirche und Kapitalismus, Mönchengladbach 1929.
- 19 Vgl. hierzu die Beiträge in Rauscher, Anton (Hg.), Besinnung auf das Subsidiaritätsprinzip, Berlin 2015.
- 20 Pius XI., Quadragesimo anno (1931), in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) (Hg.), Texte, S. 91–152, hier S. 127.
- 21 Ebenda, S. 131.

seine beiden Hauptziele und gehe dabei mit rücksichtsloser Gewalttätigkeit vor.²² Wie kirchenfeindlich der Kommunismus sei, bedürfe keiner weiteren Belege, weil es offen zutage liege, insbesondere in Osteuropa.

Anders wurde die gemäßigtere Richtung im Sozialismus bewertet, die auf Gewalt verzichte und ihrerseits eher zu einer Abmilderung des Klassenkampfes beitrage. Unleugbar sei hier »gelegentlich eine bemerkenswerte Annäherung sozialistischer Propagandaforderungen an die Postulate einer christlichen Sozialreform zu beobachten.«²³ Und die Autoren konzedierten durchaus, dass es im gemäßigten Sozialismus »[b]erechtigte Bestrebungen und Forderungen« gebe, die nicht zur christlichen Auffassung über das Eigentum im Widerspruch ständen; diese seien dann aber auch nicht mehr spezifisch sozialistisch. Sie warnten davor, sich davon täuschen zu lassen, man könne sie dadurch auf die eigene Seite ziehen. Vielmehr gelte:

»Wer ein rechter Künster der Frohbotschaft sein will, verlege sich vor allem darauf, den Sozialisten vor Augen zu führen, wie ihre Forderungen, soweit sie die Gerechtigkeit für sich haben, aus den Grundsätzen des christlichen Glaubens eine viel schlagendere Begründung, aus der Kraft der christlichen Liebesgewinnung eine viel machtvollere Förderung erfahren.«²⁴

Nur im Christentum sei eine wirklich tragende Antwort für die Herausforderungen der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen zu sehen. Abschließend folgte eine Erklärung:

»der Sozialismus, gleichviel ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung, auch nachdem er in den genannten Stücken der Wahrheit und Gerechtigkeit Raum gibt, bleibt mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar – er müßte denn aufhören, Sozialismus zu sein: der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar.«²⁵

²² Zitate ebenda.

²³ Ebenda, S. 132.

²⁴ Beide Zitate ebenda, S. 133.

²⁵ Ebenda, S. 134.

Auch wenn der Sozialismus wie jeder Irrtum auch einiges Richtige enthalte, was die Päpste auch nie bestritten hätten, sei es »unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein.«²⁶

2. Die Konflikte um die katholische Sozialismusrezeption in der Zwischenkriegszeit

Wie so oft in der Kirchengeschichte reichten päpstliche Verurteilungen oder Klärungsbemühungen nicht, um ein Phänomen von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Im Gegenteil, »Rerum novarum« bot vielmehr einige Anknüpfungsmöglichkeiten für katholische Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus. Die Rezeptionsgeschichte von »Quadragesimo anno« wurde durch den Nationalsozialismus verkürzt und begann eigentlich erst nach 1945. Mehrere Eckpunkte und Debattenfoci sollen hier im Folgenden kurz skizziert werden. Am Ende des Deutschen Kaiserreiches gab es die Idee eines Christlichen Sozialismus bereits, sie wurde vor allem von Heinrich Pesch geprägt, der lange Zeit den Begriff des Solidarismus zu seiner Beschreibung präferierte.²⁷ Dieses Konzept hatte er in seinem fünfbandigen »Lehrbuch der Nationalökonomie« entwickelt. Er versuchte »sowohl die Fehler des Individualismus wie des Sozialismus zu vermeiden, den Ansprüchen von Individuum und Gemeinschaft aber gerecht zu vermeiden«, das Konzept sollte in der Mitte zwischen den beiden Polen zum Stehen kommen.²⁸ Wichtig ist, dass Pesch »den Solidarismus nicht als theologisches, sondern als sozialphilosophisches und das ›solidaristische Arbeitssystem‹ als volkswirtschaftliches System«²⁹ verstanden wissen wollte, zugleich aber auch eine besondere Nähe zum christlichen Denken konzedierte.

²⁶ Ebenda, S. 135.

²⁷ Vgl. Große Kracht, Hermann-Josef/Karcher, SJ Tobias (Hg.), Das System des Solidarismus. Zur Auseinandersetzung mit dem Werk von Hermann Pesch SJ, Berlin/Münster 2007; Rauscher, Anton, Herman Pesch (1854–1926), in: Aretz, Jürgen/Brechenmacher, Thomas/Mückl, Stefan (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 3, Mainz 1979, S. 136–148.

²⁸ Stegmann, Franz Josef/Langhorst Peter, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Helga Grebing (Hg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, 2. Auflage, Wiesbaden 2005, S. 599–865, hier S. 727.

²⁹ Ebenda, S. 729.

Auf der Grundlage des Werks von Pesch haben sich in den zwanziger und dreißiger Jahren dann jüngere Sozialwissenschaftler wie Johannes Messner, Gustav Gundlach, Oswald von Nell-Breuning, Paul Jostock und andere mehr an der Weiterentwicklung des Solidarismus beteiligt. Einige dieser Linien führten sowohl personell als auch inhaltlich bis in die Enzyklika »Quadragesimo anno« hinein. Sie alle arbeiteten an einer Überwindung des Kapitalismus ohne Sozialismus. Die politische Situation nach der Revolution von 1918 führte nun dazu, dass politischer Katholizismus und Sozialdemokratie einer intensiven Begegnung ausgesetzt waren, die insgesamt in einer für die Demokratie fruchtbaren und demokratieerhaltenden Zusammenarbeit in der »Weimarer Koalition« führte.³⁰ Da diese Zusammenarbeit funktionierte wendeten sich einige katholische Theologen und Denker mit neuer Intensität der Idee des Sozialismus zu oder waren zumindest willens, eine intellektuelle Auseinandersetzung mit ihm zu führen.

Zuvorderst ist hier sicherlich die Rolle des Moraltheologen Theodor Steinbüchel (1888–1949) hervorzuheben, der 1920 in Bonn bei Fritz Tillmann mit einer Arbeit über das Thema »Der Sozialismus als sittliche Idee. Mit besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zur christlichen Ethik« theologisch promoviert worden war.³¹ Bei ihm setzte eine Beschäftigung mit dem Sozialismus ungefähr um 1916 ein. Dazu war zum einen seine Begegnung mit dem Werk

³⁰ Vgl. Lönne, Katholizismus, 217–247; Hürten, Heinz, Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn/München/Wien/Zürich 1992, S. 49–62. Zur umgekehrten Sicht vgl. Weir, Todd H., Religious Politics in the German Revolution: Secularism and Socialist Opposition 1914 to 1923, in: Central European History 56, 2023, S. 46–70. Zu den großen Problemen der Weimarer Republik gehörte es, dass der politische Protestantismus diesen Pragmatismus zur Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften nicht aufbringen konnte, vgl. aus der Zeit Beckmann, Joachim, Kirche und Sozialdemokratie – ein Wort zur religiösen Verständigung, in: Reformierte Kirchenzeitung 69, 1919, S. 218–222 und zum Gesamtkomplex Brunner, Benedikt, Aneignungen und Abgrenzungen. Der protestantische Umgang mit dem demokratischen Parlamentarismus in Weimar, in: Hohmann, Uta Elisabeth/von Scheliha, Arnulf (Hg.), »Eyn sonderlicher Gottis Dienst? Evangelische Theologinnen und Theologen als Parlamentarier, Frankfurt/New York 2022, S. 141–171 sowie die instruktive ältere Arbeit von Strohm, Theodor, Kirche und Demokratischer Sozialismus. Studien zu Theorie und Praxis politischer Kommunikation, München 1968.

³¹ Zu Steinbüchel und diesem Thema vgl. die wichtige Arbeit von Lienkamp, Andreas, Theodor Steinbüchels Sozialismusrezeption. Eine christlich-sozialetheistische Relecture, Paderborn/München/Wien/Zürich 2000.

und der Person von Wilhelm Hohoff ursächlich, einem Paderborner Geistlichen und seines Zeichens einer der Pioniere und Vorreiter des christlich-sozialistischen Dialogs.³² Beide standen in einem intensiven brieflichen Austausch. Steinbüchel pflegte außerdem Kontakt mit Theodor Brauer, einem führenden Theoretiker der Christlichen Gewerkschaften, in deren Publikationsorganen Steinbüchel verschiedenen Vorarbeiten zu seiner Promotion publizierte. »Die treibende Kraft zu seiner theologischen Dissertation« waren, so Andreas Lienkamp, »nicht primär sozialismusfreundlichere Zeitgeistströmungen, sondern tatsächlich die ›erfahrenen Nöte von ohnmächtigen, an ihren gesellschaftlichen Lebensbedingungen leiden Menschen‹«³³. Die oben genannte und im Mai 1919 eingereichte Dissertation jedenfalls erschien erst 1921, versehen mit der Imprimatur des Erzbischöflichen Generalvikariats, ohne dass Gründe hierfür noch ermittelt werden könnten.

Seine Dissertation, die sich mit der Anthropologie, Geschichtsphilosophie und Ethik des Sozialismus auseinandersetzte, hatte das Ziel, damit einen moraltheologischen Beitrag zu leisten. Damit unterschied er sich hinsichtlich seines Erkenntnisinteresses eindeutig von Victor Cathrein, dessen Stoßrichtung apologetisch und auf eine Konfrontation mit dem Sozialismus und seinen Vertretern aus war.³⁴ Das war auf der anderen Seite jedoch auch ein ernsthaf-

32 Vgl. Kreppel, Klaus, Wilhelm Hohoff – der »rote Pastor« und die katholischen Sozialisten, in: Ewald, Günter (Hg.), Religiöser Sozialismus, Stuttgart/[West-]Berlin/Köln/Mainz 1977, S. 79–90; Patt, Helmut Josef, Wilhelm Hohoff (1848–1923), in: Aretz, Jürgen/Brechenmacher, Thomas/Mückl, Stefan (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Band 3, Mainz 1979, S. 123–135.

33 Lienkamp, Andreas, Ein »vergessener Brückenschlag«, Theodor Steinbüchels Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, in: Köhler, Joachim/van Melis, Damian (Hg.), Siegerin in Trümmern. Die Rolle der katholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Stuttgart 1998, S. 85–02, hier S. 88. Zum Stichwort vgl. Dirks, Walter, Vergessene Brückenschläge. Das Gespräch mit dem Sozialismus 1918–1933, in: Dirks, Walter, Das schmutzige Geschäft. Die Politik und die Verantwortung der Christen, Olten/Freiburg i.Br. 1964, S. 233–240.

34 Vgl. Lienkamp, Brückenschlag, S. 89, Anm. 20: »Der Moralphilosoph und Theologe Victor Cathrein war ein bedeutender Gegenpol und wissenschaftlicher Gegner Hohoffs wie aller Bemühungen um eine katholisch-sozialistische Annäherung. Sein dezidierter Antisozialismus fand durch sein in sechszehn Auflagen und in elf Sprachen übersetztes Werk ›Der Sozialismus‹ weite Verbreitung und Unterstützung in katholischen Kreisen. Das Buch erreichte allein in der deutschsprachigen Auflage 35.000 Exemplare.«; vgl. ferner: Rauscher, Anton, Victor Cathrein (1845–1931), in: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Band 4, Mainz 1980, S. 103–113.

tes Bemühen als das von Heinrich Pesch, bei dem nur eine begriffliche und aus strategischen Überlegungen erfolgte semantische Annäherung zu beobachten ist. Denn Pesch, der eine einflussreiche Lehrerfigur für die oben genannte Generationen von Theologen war, hatte sich 1902 zunächst vom Begriff des Christlichen Sozialismus distanziert, ehe er ihn in der unmittelbaren Nachkriegszeit, »aus taktischen Gründen«, wie Bernd Uhl herausgearbeitet hat, wieder zu verwenden begann.³⁵ Steinbüchel verstand unter Sozialismus eine auf »philosophischen Voraussetzungen und besonderen ethischen Grundsätzen beruhende Lebenswertung.«³⁶ Neben all dem Fremden und Gegensätzlichem sieht Steinbüchel im Sozialismus auch viele Verwandtes, weshalb man an ihm gerade als Ethiker nicht vorbeigehen dürfe. Gemeinsames solle bejaht werden, Gegensätzliches hingegen verneint.³⁷

Im Zentrum seiner Dissertation steht die These, dass sich im Sozialismus eine »sittliche Idee« zeige, die zu einer christlichen Ethik in Bezug gesetzt werden könne. Es findet sich bei ihm auch die Vermutung, dass »der Sozialismus ›auch vom Erbgut unserer christlichen Überzeugung‹ zehre.«³⁸ Er versprach sich also, in der Auseinandersetzung mit Karl Marx etwas lernen zu können, und sprach nicht über sein Denken direkt schon das Verdikt aus, dass von dort nichts zu lernen sei. Diese Auseinandersetzung erfolgte dann in besonders intensiver Zeit in Steinbüchels Gießener Zeit zwischen 1926 und 1933.³⁹ Alois Baumgartner hat schon 1977 nachgewiesen, dass insbesondere der Gemeinschaftsgedanke in diesen Zusammenhängen bei Steinbüchel eine wichtige Rolle gespielt hat. Sozialismus sei eben für Steinbüchel kein rein wissenschaftliches Unterfangen gewesen, sondern habe mit einer bestimmten Lebensform in Verbindung gestanden. Seine vorhin geschilderte Methodik wendete Steinbüchel jedenfalls auch auf die Frage nach den Berührungspunkten oder Gegensätzen der Gemeinschaftsauffassungen von Sozialismus und

-
- 35 Uhl, Idee, S. 28; Ruhnau, Clemens, Der Katholizismus in der sozialen Bewährung. Die Einheit theologischen und sozialethischen Denkens im Werk Heinrich Peschs, Paderborn/München/Wien/Zürich 1980.
- 36 Steinbüchel, Theodor, Der Sozialismus als sittliche Idee. Ein Beitrag zur christlichen Sozialetik, Düsseldorf 1921, S. V.
- 37 Vgl. Lienkamp, Brückenschlag, S. 90.
- 38 Steinbüchel, Idee, S. VI, zitiert nach Lienkamp, Brückenschlag, S. 90.
- 39 Seit 1927 erschienen die historisch-kritische Ausgabe der Werke, Schriften und Briefe von Marx und Engels (MEGA), die Lienkamp zu folge eine wichtige Rolle bei der weiteren Beschäftigung von Steinbüchel gespielt haben, vgl. Lienkamp, Brückenschöag, S. 91f.

Katholizismus an. Der Sozialismus sei also Träger eines ethischen Gemeinschaftsideals.⁴⁰ Davon rührte auch die Bedeutung des Klassenkampfes in der sozialistischen Theorie, durch die ein bestimmtes Gemeinschaftsgefüge hergestellt werden solle, das durchaus als höhere Form der Volksgemeinschaft und als Ziel sozialistischen Hoffens und Glaubens verstanden wurde.⁴¹ In diesem Kontext brachte Steinbüchel seine Überzeugung zum Ausdruck, dass es Christlichen Sozialismus nur in einem bestimmten Sinne geben könne, nämlich als »eine Wirtschafts- und Gemeinschaftsgesinnung«, also »den im heutigen ethischen Sozialismus nach Wirklichkeit drängenden Geist der [...] Solidarität.«⁴² Konvergenzen gab es also beim Streben nach einer solidarischeren und gerechteren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich in konkreten Modifikationen am Katholizismus freilich noch würde bewähren müssen.⁴³

Die liberale Metropole Frankfurt a.M. wurde zu einem Zentrum für katholische Auseinandersetzungen und Inanspruchnahmen des Sozialismus, in dem auch die Ideen von Steinbüchel und anderen verfingen und intensiv diskutiert und modifiziert wurden. Dort erwarb der aus dem Ruhrgebiet stammende und jugendbewegte Walter Dirks seine ersten journalistischen Spuren als Redakteur der von Friedrich Dessauer herausgegebenen Rhein-Mainischen Volkszeitung.⁴⁴ Dirks stand mit Theodor Steinbüchel in einem brieflichen Austausch und mag von diesem auch Anregungen erhalten haben, sich mit den Frühschriften Karl Marx' zu beschäftigen.⁴⁵ Aufgrund seiner

⁴⁰ Vgl. Baumgartner, Alois, Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik, München/Paderborn/Wien 1977, S. 124.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 127.

⁴² Steinbüchel, Sozialismus, S. 257.

⁴³ Vgl. auch noch die zeitgenössische Beurteilung von Heimann, Eduard, Der Sozialismus als sittliche Idee und die materialistische Geschichtstheorie. Ein Versuch, anlässlich neuer Schriften von Steinbüchel, Radbruch, Wilbrandt und Tillich, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 52, 1924, S. 139–176.

⁴⁴ Vgl. Lowitsch, Bruno, Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung, Wiesbaden/Frankfurt a.M. 1980.

⁴⁵ Vgl. Blankenberg, Heinz, Politischer Katholizismus in Frankfurt a.M. 1918–1933. Mainz 1981, S. 216, Anm. 206 sowie die Hinweise bei Dirks selbst, Dirks, Walter, Der singende Stotterer. Autobiographische Texte, München 1983, S. 19. Zum Weimarer Dirks vgl. außerdem Brunner, Benedikt, Ein »singender Stotterer.« Walter Dirks und die »Kultukrise« der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 70/1, 2018, S. 29–51.

großen Bedeutung als katholischer Linksintellektueller lohnt sich ein genauerer Blick auf Walter Dirks. Als Gymnasiast trat Dirks dem Quickborn bei, der ihn nicht nur in Bezug auf seine Glaubenspraxis und -überzeugungen ganz maßgeblich prägte. Gegründet wurde dieser Jugendbund Anfang des 20. Jahrhunderts als Abstinenzverein katholischer Jugendlicher.⁴⁶ Besonderen Einfluss entfaltete dort der in Italien geborene Theologe Romano Guardini, der sich zu einem der Hauptvertreter der Liturgischen Bewegung in Deutschland entwickelte.⁴⁷ Die liturgische Gemeinschaft und die Propagierung eines »Katholizismus der Tat« standen im Vordergrund.⁴⁸ Es ging Guardini wie auch der Liturgischen Bewegung insgesamt um die Erneuerung und Vertiefung der liturgischen Gemeinschaft, vor allem, aber nicht nur, in Bezug auf die Eucharistie. Diese Aspekte und nicht zuletzt Guardini selbst sollten Dirks nachhaltig prägen.

1920 nahm Dirks das Studium der katholischen Theologie in Münster und später dann in Paderborn auf, welches er aber 1923 abbrach.⁴⁹ In diesem Jahr wurde er für kurze Zeit der Privatsekretär Guardinis.⁵⁰ Durch dessen Vermittlung wurde Dirks 1923 Redakteur bei der Rhein-Mainischen Volkszeitung, die

- 46 Vgl. Dirks, Walter, Anfänge und Folgen katholischer Jugendbewegung, in: Korn, Elisabeth/Suppert, Otto/Vogt, Karl (Hg.), *Die Jugendbewegung. Welt und Wirkung*, Düsseldorf/Köln 1963, S. 243–250.
- 47 Vgl. z.um Beispiel Romano Guardini, *Vom Geist der Liturgie*, Freiburg i.Br. 1919. Vgl. hierzu Henrich, Franz/Guardini, Romano, *Christliche Weltanschauung und menschliche Existenz*, Regensburg 1999.
- 48 Vgl. Henrich, Franz, *Die Bünde katholischer Jugendbewegung. Ihre Bedeutung für die liturgische und eucharistische Erneuerung*, München 1968, S. 95–100. Vgl. außerdem jetzt umfassend Lerch, Lea, Romano Guardini und die Ambivalenz der Moderne. Liturgische Bewegung und Gesellschaftsreform in der Weimarer Republik, Paderborn 2023. Retrospektiv und ein wenig verklärend die Sicht bei Dirks, Walter, *Ein Bund und ein Mensch*, in: *Was meinem Leben Richtung gab. Bekannte Persönlichkeiten berichten über entscheidende Erfahrungen*, Freiburg i.Br. 1982, S. 34–38.
- 49 Zum Studium der Theologie in dieser Zeit vgl. Unterburger, Klaus, Pacelli und die Theologie in Deutschland. Handlungsspielräume, Optionen und Konsequenzen, in: Wolf, Hubert (Hg.), Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich, Paderborn/München/Wien/Zürich 2012, S. 87–98.
- 50 Vgl. Bröckling, Ulrich, Walter Dirks. Sozialist aus christlicher Verantwortung, in: Schwab, Hans-Rüdiger (Hg.), *Eigensinn und Bindung. Katholische deutsche Intellektuelle im 20. Jahrhundert*. 39 Porträts, Kevelaer 2009, S. 323–338, hier S. 324f.

von Friedrich Dessauer herausgegeben wurde.⁵¹ Die RMV war das Sprachrohr des linken Flügels der Zentrumspartei, zu dessen führenden Köpfen neben Dessauer vor allem Joseph Wirth (1879–1959) gehörte.⁵² Dieser linke Flügel, aber auch der politische Katholizismus insgesamt, die ja in der Weimarer Republik mit ganz spezifischen Problemen zu kämpfen hatten, blieben ein konstanter Referenzpunkt seiner Publizistik.⁵³ Dies war der Rahmen, indem eine intensive Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten eines katholischen Sozialismus von Dirks propagiert wurde. Im Rahmen seiner Tätigkeiten für die RMV kam er mit einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten zusammen, die einen anhaltenden Einfluss auf seine politischen und theologischen Positionen hatten. Zuvörderst ist hier Ernst Michel (1889–1964) zu nennen. Michel war einer der prominentesten und auch exponiertesten katholischen Sozialisten und Laientheologen der Zwischenkriegszeit.⁵⁴ Besonders stark rezipierte Dirks Michels Ansatz einer »Politik aus dem Glauben«.⁵⁵ Dieses Buch stellte einen Versuch dar, die krisenhaften Symptome in Gesellschaft, Politik

⁵¹ Zu Dessauer vgl. Habersack, Michael, Friedrich Dessauer (1881–1963). Eine politische Biographie des Frankfurter Biophysikers und Reichstagsabgeordneten, Paderborn/München/Wien/Zürich 2011. Bröckling behauptet in seinen Aufsätzen, Dirks sei Ernst Michel empfohlen worden und über diesen zur RMV gekommen. Kleinmann, Hans-Otto, Walter Dirks (1901–1991), in: Jürgen Aretz u.a. (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 8, Mainz 1997, S. 265–281, hierzu S. 268 und Habersack, Dessauer, S. 173 meinen, Dirks sei Dessauer direkt empfohlen worden. Habersack führt eindeutige Quellenbelege an, weshalb ihm und Kleinmann wohl zu folgen sein wird. Nicht unwahrscheinlich ist freilich, dass beides stimmt und Michel derjenige gewesen ist, der bei der Vermittlung eine zentrale Rolle gespielt hat.

⁵² Zu Wirth vgl. Hörster-Philipps, Ulrike, Joseph Wirth 1879–1959. Eine politische Biographie, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998. Vgl. auch Dirks, Walter, Joseph Wirth: der Mann zweier Alternativen, in: Hörster-Philipps, Ulrike (Hg.), Rapallo – Modell für Europa? Friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit heute, Köln 1987, S. 227–237.

⁵³ Vgl. Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Republik 1923–1930, Düsseldorf 1992; Ruppert, Karsten, Die weltanschaulich bedingte Politik der Deutschen Zentrumspartei in ihrer Weimarer Epoche, in: Historische Zeitschrift 285 (2007), S. 49–97.

⁵⁴ Vgl. Lowitsch, Bruno, Ernst Michel (1889–1964), in: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 5, Mainz 1982, S. 223–238.

⁵⁵ Michel, Ernst, Politik aus dem Glauben, Jena 1926. Zu Michels Ethik und auch seinen Beziehungen in das linke Spektrum des Katholizismus vgl. Reifenberg, Peter, Situati-

und Wirtschaft der Weimarer Republik aus einem katholisch-christlichen Selbstverständnis heraus zu lösen. Das Zusammendenken von Politik und Christentum, mit dem Ziel der »Grundlegung einer katholischen Politik«⁵⁶ scheint großen Eindruck auf Dirks gemacht zu haben.⁵⁷

1928 ließ er sich von einem größeren Teil seiner Pflichten bei der RMV entbinden, um wieder ein Studium aufzunehmen. Er studierte zunächst in Frankfurt, dann in Gießen Soziologie und Philosophie. In diesem zweiten Studium machte insbesondere Steinbüchel großen Eindruck auf Dirks. Eine Dissertation über Georg Lukacs' »Geschichte und Klassenbewusstsein«, die Steinbüchel als Doktorvater betreute, wurde 1935 als Dirks sich in »Schutzaft« befand, von seinem Bruder aus Angst vor einer Hausdurchsuchung vernichtet.⁵⁸

Neben Steinbüchel und Michel wurde Dirks noch von einer Reihe weiterer sogenannter »katholischer Sozialisten« beeinflusst. Dabei setzte sich Dirks hier wie auch nach 1945 intensiv mit der Frage auseinander, ob und wenn ja, wie man überhaupt zugleich Sozialist und Katholik sein könne.⁵⁹ Es ist kein Zufall, dass diese Prägungen ihm in Frankfurt a.M. widerfuhren, das für sein liberales Klima und auch für seinen verhältnismäßig weltoffenen Katholizismus bekannt war.⁶⁰ Dirks jedenfalls sah im Ersten Weltkrieg das umstürzende Ereignis, das eine »Revision der Beziehungen zwischen Sozialismus und Katholizismus«⁶¹ nötig gemacht habe. Für Veränderungen sei es erforderlich, dass sich die geistige Haltung auf beiden Seiten wandle. 1931 sah Dirks den

onsethik aus dem Glauben. Leben und Denken Ernst Michels (1889–1964), St. Ottilien 1992.

56 Michel, Ernst, Zur Grundlegung einer katholischen Politik, Frankfurt a.M. 1923.

57 Vgl. Dirks, Walter, Politik aus dem Glauben. Aufsätze zu Theologie und Kirche, Zürich 1989. Herausgegeben von Fritz Boll, Ulrich Bröckling und Karl Prümm. Vgl. außerdem Haunhorst, Benno, »Politik aus dem Glauben«. Zur politischen Theologie Ernst Michels, in: Ludwig, Heiner/Schroeder, Wolfgang (Hg.), Sozial- und Linkskatholizismus. Erinnerung – Orientierung – Befreiung, Frankfurt a.M. 1990, S. 101–129.

58 So Bröckling, Ulrich, Walter Dirks, in: Friedrich Gerhard Hohmann (Hg.), Westfälische Lebensbilder, Band 17, Münster 2005, S. 241–254, hier S. 246.

59 Vgl. etwa Dirks, Walter, Katholische Sozialisten [zuerst 1928], in: Dirks, Walter, Erbe und Aufgabe. Gesammelte kulturpolitische Aufsätze, Frankfurt a.M. 1931, S. 148–155.

60 Vgl. Blankenberg, Katholizismus; Schatz, Klaus, Geschichte des Bistums Limburg, Mainz 1983, S. 223–255. Das galt übrigens auch noch nach 1945, vgl. Rotberg, Joachim, Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung. Die Anfänge der CDU in Frankfurt a.M. 1945–1946, Frankfurt a.M. 1999.

61 Dirks, Walter, Zur katholisch-sozialistischen Verständigung, in: Dirks, Walter, Erbe, S. 143–147, hier. S. 143. Hervorhebungen gelöscht.

weltanschaulichen Materialismus und die mit ihm einhergehende Religionsfeindlichkeit weitestgehend abgebaut. Auch hinsichtlich der Eigentumsfrage näherte man sich zumindest an.

»Der Grundgedanke sozialistisch-katholischer Verständigung dürfte folgender sein: Da er Sozialismus grundsätzlich im Wirtschaftlichen, also im profanen Bereich bleibt, kann er mit dem Katholizismus als mit einer grundsätzlich auf die Uebernatur gerichteten Religion, wenn beide konsequent sind, grundsätzlich in keinen Konflikt geraten, da die beiden Systeme auf unvergleichbaren Ebenen liegen.«⁶²

Dirks war klar, dass von beiden Seiten hier Widerspruch erfolgen werde, und beide mit dem Naturrecht argumentieren könnten. Der Wille zur Verständigung würde katholischerseits vor allem bei denjenigen gespürt, die in ihrer Gegnerschaft zum kapitalistischen System »brüderliche Kameradschaft«⁶³ mit den Sozialisten suchen. Wie realistisch dieser aus der Beobachtung der politischen Landschaft abgeleiteten Einschätzungen Dirks' waren, steht auf einem anderen Blatt.

Neben diesem von Friedrich Dessauer protegierten Kreis gab es noch eine weitere Gruppe um Heinrich Mertens, die 1929 und 1930 die Monatsschrift »Das rote Blatt der katholischen Sozialisten« herausgaben, als Publikationsorgan des von ihm mitgegründeten »Bund der katholischen Sozialisten Deutschlands«.⁶⁴ Bernd Uhl hat gezeigt, dass Mertens

»den direkten Anschluß von Katholiken an die Sozialdemokratie [vertrat], um die Proletarier wieder zu einer lebendigen Religiosität zu führen und andererseits die Katholiken an die antikapitalistische Bewegung des Sozialismus anzuschließen.«⁶⁵

⁶² Ebenda, S. 146.

⁶³ Ebenda, S. 147.

⁶⁴ Vgl. Klein, Wolfgang, Das Rote Blatt der katholischen Sozialisten, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 16, 1975, S. 139–159; Bröckling, Ulrich, Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik. Zeitkritik und Gesellschaftstheorie bei Walter Dirks, Romano Guardini, Carl Schmitt, Ernst Michel und Heinrich Mertens, München 1993, S. 101–112.

⁶⁵ Uhl, Idee, S. 43; Mertens, Heinrich, Katholische Sozialisten, Mannheim 1930.

Mertens selbst sah die Enzyklika von 1931 in hohem Maße kritisch. Man fühlte sich offenbar angesprochen. Insgesamt sei sie für den sozial-fortschrittlichen Katholiken eine Enttäuschung. Mertens sah klar die Forderungen nach einem Korporativsystem, wie es in Italien gegenwärtig schon aufgerichtet werde. Die enthaltene Kapitalismuskritik »weicht in einigen Punkten von dem katholischen Antisozialismus der früheren Zeit, etwa eines Pater Cathrein S. J. ab, ohne indessen im Grad der Ablehnung zurückhaltender zu sein.«⁶⁶ Die Positionen Gustav Gundlachs, zu denen auch Mertens die auffällige Nähe der Enzyklika bemerkte, rückte für ihn in eine zutiefst reaktionäre Ecke.

»Weil Gundlach den christlichen Glauben mit einer historisch bedingten Weltanschauung, einer ›naturrechtlichen‹ mittelalterlichen Sozialtheorie, dem dazugehörigen Wertbewußtsein und Lebensgefühl identifiziert, bleibt ihm nichts anderes übrig, als die Rettung des christlichen Glaubens nur unter der Voraussetzung einer reaktionär-faschistischen Lösung der Gesellschafts- und Kulturkrise, einer Restauration vergangener Ordnungen, für möglich zu halten.«⁶⁷

Die in der Enzyklika bekundete Unvereinbarkeit zwischen Sozialismus und Katholizismus wendete Mertens daher polemisch um: »Daß es unmöglich ist, einen *katholisch* benannten *Sozialfaschismus* zu erstreben und gleichzeitig *wirklicher Sozialist* zu sein – das liegt klar auf der Hand. Mehr ist in der Enzyklika nicht bewiesen.«⁶⁸ In Pius XI. erkannte Mertens einen »faschistischen Politiker«⁶⁹, der deshalb keine Achtung und Autorität beanspruchen dürfe.

Gustav Gundlach SJ hingegen blieb der antisozialistischen Position des Jesuitenordens treu und gehörte zugleich zu denen, die sich am intensivsten mit dem Sozialismus beschäftigten, wenn auch in einer in erster Linie abwehrenden Haltung.⁷⁰ Für ihn blieben Sozialismus und Katholizismus unvereinbar und diese Überzeugung sollte auch in die Enzyklika von 1931 einfließen. Die

66 Mertens, Heinrich, Die Enzyklika »Quadragesimo anno« und die neueste katholische Sozialismuskritik, in: Zeitschrift für Religion und Sozialismus 3 (1931), S. 389–397, hier S. 390.

67 Ebenda, S. 395. Hervorhebungen gelöscht.

68 Ebenda, S. 396. Hervorhebungen gelöscht.

69 Ebenda, S. 397. Hervorhebungen gelöscht.

70 Zu Gundlach und dem ideengeschichtlichen Kontext seines Antisozialismus vgl. Chappel, James, Catholic Modern. The Challenge of Totalitarianism and the Remaking of the Church, Cambridge, MA/London 2018, S. 258.

Religion im christlichen und katholischen Sinne »also als Jenseitswert, [kann] ein inneres Verhältnis zum Sozialismus als Gesellschaftsbewegung nicht haben«.⁷¹ Religiöser Sozialismus sei nach dem Individualismus der zweite große geistige Einbruchsversuch in das Katholische, indem er »auf dem Freiheits- und Gleichheitsverlangen der vom Besitz getrennten Massen aufbaut und die Schranken von Dogma und Naturrecht als ›antisoziale‹ Einstellung und feudalistisch-bürgerliche Verwachsung der Kirche und ihrer Organe ausgibt.«⁷² Und allein schon aus diesem Grund wurde diese Richtung von ihm als irrend und un-katholisch angesehen.

Das Erscheinen von »Quadragesimo anno« 1931 führte also zu einer Reihe von Stellungnahmen, die die beiden wesentlichen Enzykliken oftmals zusammendruckte und besprach. Oswald von Nell-Breuning war offenbar um Deutungshoheit bemüht, weil von ihm bereits im Mai 1932 entsprechende Erläuterungen zu ihr erschienen. Wie bewertete er die von ihm mitverfassten Bewertungen des Sozialismus und seiner Wandlungen seit »Rerum novarum«? Vom Kommunismus handele der Papst kürzer, weil seiner kein Zweifel bestehe, dass man ihn, vor allem aufgrund seiner Gewaltbereitschaft, abzulehnen habe. Ausführlicher handele der Papst vom gemäßigten Sozialismus, der von ihm »in dem denkbar vorteilhaftesten Licht gezeigt«⁷³ worden sei. Umso eindrucksvoller sei es dann, dass der Papst dennoch die Unverzöglichkeit von Sozialismus und Katholizismus habe festhalten können. Damit sei er gegen eine wachsende Unsicherheit auf Seiten der Katholiken vorgegangen, ob die gemäßigten Formen des Sozialismus nicht als mit dem Christentum »verträglich« angesehen werden könnten, wofür es auch »eifrige Bemühungen« gegeben habe.⁷⁴ Der Papst lasse aber keine Ausflüchte mehr zu mit seiner Feststellung, dass auch der maximal geläuterte Sozialismus »grundsätzlich unvereinbar mit der christlichen Gesellschaftslehre ist«.⁷⁵ Die Unvereinbarkeit zeige sich also vor allem in den unterschiedlichen Auffassungen über die Gesellschaft, wie von Nell-Breuning dann ausführlich erläutert. Der Sozialismus müsse schon aufhören, Sozialismus zu sein, um

71 Gundlach, Gustav, Sozialismus [zuerst 1931], in: Gundlach, Gustav, Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft, Band 2, Köln 1964, S. 117–123, hier S. 122.

72 Gundlach Gustav, Religiöser Sozialismus [zuerst 1932], in: Gundlach, Gustav, Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft, Band 2, Köln 1964, S. 124–135, hier S. 124.

73 Von Nell-Breuning, Oswald, Die soziale Enzyklika. Erläuterungen zum Weltrundschreiben Papst Pius XI. über die gesellschaftliche Ordnung, Köln 1932, S. 191.

74 Vgl. ebenda.

75 Ebenda, S. 192. Hervorhebungen im Original.

eine Vereinbarkeit mit der katholischen Lehre herbeizuführen. Religiöser, beziehungsweise christlicher Sozialismus seien Widersprüche in sich, weil dies meine ja »religiös-religionsfreie bzw. christlich-religionsfreie Auffassung der Gesellschaft.«⁷⁶ Nell-Breuning ließ es sich dann nicht nehmen, abschließend auf das berühmte Zitat August Bebels hinzuweisen, dass sich Christentum und Sozialismus verhielten wie Feuer und Wasser. Dieser behielte Recht.⁷⁷ Die inhaltliche Arbeit der christlichen Sozialisten genügten also nicht, um hier aus Sicht des Heiligen Stuhls zu einem gemeinsamen Nenner zu gelangen, der Papst, und auch Nell-Breuning, erteilen ihnen eine scharfe Absage. Dass sich bei ihm eine ostentative Ablehnung der Verständigungsbemühungen fand, ist allerdings nicht weiter erstaunlich.

Als weiteren Kommentar kann man die im September 1932 in den Druck gegebene Monografie von Paul Jostock (1895–1965) verstehen, der ebenfalls dem Königswinterer Kreis angehörte.⁷⁸ Jostock ging historisch der Frage nach, welchen Beitrag der deutsche Katholizismus zur Überwindung des Katholizismus leisten könne und leisten müsse. Die ersten fünf Kapitel liefern dann vor allem historische Analysen über katholische Positionierungen in Bezug auf den Kapitalismus und damit auch eine Genese der katholischen Soziallehre in einem weiteren Sinne. Für den Zusammenhang vorliegenden Beitrags ist vor allem das letzte Kapitel aufschlussreich, dass sich mit dem »Ringen der Gegenwart« seit Mitte der 1920er Jahre auseinandersetzte. Für seine Zeit machte er drei katholisch-soziale Richtungen aus, die unterschiedlich relevant seien. Zum ersten eine an Feudalismus und Stadtwirtschaft orientierte Gruppe, die sich der Romantik zuordnen ließe, zweitens eine »demokratische, vorwärtsblickende, eher am Sozialismus orientierte«⁷⁹ so-

76 Ebenda, S. 206.

77 Zu diesem Zitat vgl. Lidtke, Vernon L., August Bebel and German Social Democracy's Relation to the Christian Churches, in: Journal of the History of Ideas 27/2, 1966, S. 245–264; und in einem anders gelagerten Horizont Fitzpatrick, Matthew P., Affirmative Orientalism: August Bebel, Islam, and World History, in: Modern Intellectual History 2024, S. 1–27.

78 Vgl. Müller, J. Heinz, Paul Jostock (1895–1965), in: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 6, Münster 1984, S. 127–138; Schwaezter, Harald/Stahl, Henrieke/Zeyer, Kirstin (Hg.), Soziale Gerechtigkeit – Zur Würdigung von Paul Jostock, Regensburg 2006.

79 Jostock, Paul, Der Deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus. Eine ideengeschichtliche Skizze, Regensburg 1932, S. 190. Hervorhebungen gelöscht. Vgl. auch den Aufsatz von Brauer, Theodor, Der deutsche Katholizismus und die soziale Ent-

wie drittens der Solidarismus als Richtung, die einen Mittelweg verfolge. Die Jugendbewegung um Guardini sah Jostock als eine Übergangsrichtung zwischen der ersten und der zweiten. Zumaldest hat er richtig erkannt, dass viele Figuren aus der zweiten Richtung, allen voran Walter Dirks, von ihm und der durch ihn initiierten liturgischen Erneuerungsbewegung geprägt worden sind.⁸⁰ Er schrieb dem Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung eine wichtige Rolle zu, der es unter der weisen Führung Dessauers gelungen sei, sich »[z]wischen der bürgerlichen Geschäftswelt und dem stürmischen Wollen der Jugend«⁸¹ schadlos hindurchzubewegen, und die bislang keine sozialistischen Zielsetzungen sich zu eigen gemacht habe, was Jostock positiv hervorhob.

Bei den eindeutig sozialistisch gesinnten Gruppierungen um Heinrich Mertens und Vitus Heller (1882–1956)⁸² hielt Jostock es für erstaunlich, dass hier »zweifellos religiös gesinnte [...] katholische [...] Menschen«⁸³ den Sozialismus bejahen und mehr noch, Marx und seine Wirtschaftslehre zum Fundament für den anvisierten Neubau machten. Jostock wollte dies aber nicht als »geringschätziges Urteil« über Marx verstanden wissen.⁸⁴ Vielmehr sei es so, dass dessen Werke im deutschen Katholizismus noch immer zu wenig bekannt seien. Gewinnbringend sei Marx' kritische Analyse des Kapitalismus; für den Neubau von Wirtschaft und Gesellschaft sei bei ihm allerdings nichts zu lernen. Der Solidarismus könne aber, nicht zuletzt auf Grundlage der Bestimmungen von »Quadragesimo anno« »mit voller Kraft auf die Umwandlung des Kapitalismus in ein berufsständisches Wirtschaftssystem hinarbeiten«.⁸⁵ Dass diese Nähe zum Ständestaat, die hier anklang, mit einer deutlichen Distanz zur Demokratie einherging, wurde von Jostock

wicklung des kapitalistischen Zeitalters, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie 24, 1930, S. 209–254, der ebenfalls von einer historischen Genese her operiert. Brauer war ein Vordenker der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, vgl. auch Brauer, Theodor, Der moderne deutsche Sozialismus, Freiburg i.Br. 1929.

⁸⁰ Vgl. Jostock, Katholizismus, S. 194–195.

⁸¹ Ebenda, S. 195.

⁸² Zu ihm vgl. Försch, Helmut, Vitus Heller. Vergessener Kämpfer für die Gerechtigkeit, Würzburg 2017; Löhr, Wolfgang, Vitus Heller (1882–1956), in: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 4, Mainz 1980, S. 186–196.

⁸³ Jostock, Katholizismus, S. 196.

⁸⁴ Zitat ebenda.

⁸⁵ Ebenda, S. 200.

nicht weiter problematisiert.⁸⁶ Die Frage, wie es um den Untergang oder die Überwindung des kapitalistischen Systems wirklich stehe, sei in der gegenwärtigen Krise – gemeint ist die Weltwirtschaftskrise – immer wieder heiß diskutiert worden. Möglicherweise liege das Ende des Kapitalismus noch in weiter Ferne. Sein Buch schloss mit einem Aufruf zur praktischen Tat der Katholikinnen und Katholiken, um an einer Umgestaltung im Sinne des sozialen Katholizismus mitzuwirken. »Voraussetzung für den Erfolg ist natürlich in jedem Fall zureichende theoretische Klarheit einerseits, Erziehung zum Gemeinschaftsgedanken und Lenkung des Gemeinwillens anderseits.«⁸⁷ All diesen Zielen setzte die nationalsozialistische »Machtergreifung« und die damit einhergehende Ausschaltung des politischen Katholizismus ein jähes Ende.

Das Sozialismusverständnis einiger der hier engagierten Intellektuellen wurde aber ex negativo genutzt, um Brücken in das »Dritte Reich« zu bauen, zumindest in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft.⁸⁸ Der katholische Zugang zum Nationalsozialismus wurde in den ersten Jahren von Joseph Lortz gesucht, aber auch und vor allem von Josef Pieper und Michael Schmaus. Lortz leitete seine kleine Schrift damit ein, dass das tiefere Wesen des Nationalsozialismus in dessen »heftigen und tödlichen Widerspruch gegen

86 Vgl. Seefried, Elke, »Reich« und »Ständestaat« als Antithesen zum Nationalsozialismus: Die katholische Zeitschrift *Der Christliche Ständestaat*, in: Grunewald, Michel/Puschner, Uwe (Hg.), *Le milieu intellectuel catholique en Allemagne, sa presse et ses réseaux/Das katholische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871–1963)*, Bern/Berlin/Bruxelles/Frankfurt a.M./New York/Oxford/Wien 2006, S. 415–438.

87 Jostock, Katholizismus, S. 210.

88 Vgl. hierzu jetzt umfassend Flasch, Kurt, *Katholische Wegbereiter des Nationalsozialismus*. Michael Schmaus, Joseph Lortz, Josef Pieper. Essay, Frankfurt a.M. 2021. Insbesondere die ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft evozierten in beiden großen Kirchen einen Orientierungsprozess in denen viele die Nähe zum neuen Regime suchten. Erst 1934/35 als sich das vermeintliche »Positive Christentum« aus dem Parteiprogramm der NSDAP zunehmend als Illusion herausstellte, rückten viele Theologen, kirchenleitende Persönlichkeiten und Christ:innen ideologisch wieder von solchen Positionen ab, vgl. Kohne, Samuel, *Nazism and Religion: The Problem of »Positive Christianity«*, in: *Australian Journal of Politics and History* 60, 2014, S. 28–42; Horn, Wolfgang, *Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933)*, Düsseldorf 1972, S. 30–98.

den Bolschewismus« liege.⁸⁹ In der Bekämpfung des Kommunismus sah Lortz also einen wertvollen Beitrag des Nationalsozialismus und einen katholischen Anknüpfungspunkt an seine Ideologie.⁹⁰ Das sind aber nicht die einzigen gemeinsamen Gegner. Auch Liberalismus und Relativismus seien in dieser Reihe zu sehen. »Der Nationalsozialismus ist wesentlich Gegner des Bolschewismus, des Liberalismus, des Relativismus.«⁹¹ Dieser Satz steht in einem Abschnitt über grundlegende Verwandtschaften zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus. Mit dem Nationalsozialismus sei eine Kraft erschienen die

»in die Wirklichkeit des Lebens einführt, was im 19. Jahrhundert die Päpste Gregor XVI., Pius IX. und auch Leo XIII. unter dem überheblichen Hohn gelächtert der ganzen sogenannten gebildeten und fortschrittlichen, für die ›Kultur‹ kämpfenden Welt lehrten, bzw. ablehnten«.⁹²

Der Nationalsozialismus erfülle sogar die Forderung von Papst Pius XI. in »Quadragesimo anno« nach einem ständischen Aufbau der Gesellschaft um ihre vielfältigen Schäden zu heilen. Damit erwähnte Lortz einen ähnlichen Punkt, den auch schon Jostock gemacht hatte. Hierbei handele es sich

»um eine gewaltige Umschichtung der Menschheit, die den Mut und die Kraft zu einer ebensolchen geistigen Umschichtung voraussetzt, und es handelt sich um eine urkatholische Form der Gesellschaftsgliederung, die in sinnfälliger Art aus der Zeit der einen gemeinsamen civitas christiana des Abendlandes die tiefe Verwandtschaft zwischen katholisch und germanisch bekundet.«⁹³

⁸⁹ Lortz, Joseph, Katholischer Zugang zum Nationalsozialismus kirchengeschichtlich gesehen, Münster 1933, S. 3. Die Schrift erschien mit kirchlicher Druckerlaubnis in der Reihe »Reich und Kirche«, zu dieser Reihe vgl. Flasch, Wegbereiter, S. 11–20. Zum Reichsbegriff als weiterer Brücke katholischer Intellektuelle in den Nationalsozialismus vgl. Breuning, Klaus, Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934), München 1969.

⁹⁰ Lortz, Zugang, S. 4: »Niemand hat vordem in unbeirrbarer Konsequenz stärkere Verurteilungen des Kommunismus und der ›klassischen‹ Sozialdemokratie ausgesprochen als der römische Papst, die Bischöfe und die katholische Theologie. Der Nationalsozialismus hat die katholischen Forderungen eingelöst: eine eminent ›kirchliche‹ Tat, die zwingt, aufzumerken und anzuerkennen.«

⁹¹ Ebenda, S. 9.

⁹² Ebenda, S. 9–10.

⁹³ Ebenda, S. 13.

Der Nationalsozialismus vertrete in seiner Devise »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« eine christliche Lehre, die aufgrund seiner grundlegenden Anerkennung der Ungleichheit des Menschen, nur begrüßt werden könne.

Bei dem katholischen Philosophen Josef Pieper (1904–1997) finden sich im Zeitraum 1933/1934 ebenfalls Annäherungen an den Nationalsozialismus, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik, den Lortz in seiner Schrift ja ebenfalls gestreift hatte. In derselben Reihe erschien von Pieper eine entsprechende Schrift »Das Arbeitsrecht des Neuen Reiches und die Enzyklika Quadragesimo anno«. Hierin erfolgte eine Auseinandersetzung mit Hitlers »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom Januar 1934. Piper zeigte in ihr Kurt Flasch zufolge »eine Übereinstimmung im ›ethischen (!) Grundgedanken und Zielbild zwischen der Enzyklika und ›den sozialpolitischen Zielen und Verwirklichungen des nationalsozialistischen Staates«⁹⁴. Kurzum suchte Pieper für kurze Zeit nach einem Zugang zum Nationalsozialismus, der sich bei ihm in der Hoffnung fand, dass die gesellschaftspolitischen Transformationsziele aus »Quadragesimo anno« – vor allem die ständische Gliederung der Gesellschaft und damit verbunden die Entproletarisierung des Proletariats – im Nationalsozialismus nunmehr verwirklicht werden könnten.⁹⁵

Schluss und Ausblick

Der Ertrag dieser Debatten für die Zeit nach 1945 ist aufs Ganze gesehen schwer einzuschätzen. Einige Figuren, allen voran aus dem Spektrum des Linkskatholizismus trugen die in Weimar gesammelten Erfahrungen weiter. Aber auch ihr konkreter Einfluss blieb, wie man am Beispiel von Walter Dirks zeigen kann, überschaubar.⁹⁶ Franz Focke hat 1981 festgehalten, dass

⁹⁴ Flasch, Wegbereiter, S. 126.

⁹⁵ Vgl. Pieper, Josef, Thesen zur Gesellschaftspolitik. Die Grundgedanken der Enzyklika Quadragesimo anno [1933], in: Pieper, Josef, Frühe soziologische Schriften. Herausgegeben von Berthold Wald, Hamburg 2004, S. 157–195.

⁹⁶ Vgl. Rolfes, Gabriel, »Der Ort der neuen Anfänge, so sagte ich, werde die Zeitschrift sein müssen«: Eugen Kogon und Walter Dirks als Herausgeber der Frankfurter Hefte in der frühen Bundesrepublik, in: Gallus, Alexander/Liebold, Sebastian/Schale, Frank (Hg.), Vermessungen einer Intellectual History der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2020, S. 333–350; Bröckling, Ulrich, Der »Dritte Weg« und die »Dritte Kraft«. Zur Konzeption eines sozialistischen Europas in der Nachkriegspublizistik von Walter Dirks, in: Köhler, Joachim/van Melis, Damian (Hg.), Siegerin in Trümmern. Die Rolle der ka-

sie keine besonders einflussreiche gesellschaftliche Gruppe in der deutschen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg waren.

»Sofern sie nach 1945 wieder in die gleiche Richtung zu arbeiten begannen, blieben sie wie Steinbüchel, Michel und Mertens auf kleinere Gruppen beschränkt. Sie waren berufen, Denkanstöße zu geben, aber sie waren nicht gewillt oder fähig, sich politisch zu organisieren und um Machterwerb zu kämpfen.«⁹⁷

Frappierend war aber, wie der Antisozialismus als Antiliberalismus ein zeitweiliges Bündnis mit dem Nationalsozialismus eingehen konnte und sich dabei mit Fug und Recht als Referenz auf den Boden päpstlicher Enzykliken stellen konnte.

Historische Bedeutung sollte aber nicht bloß mit politischem Einfluss gleichgesetzt werden, oder das Fehlen von letzterem zum alleinigen Bewertungskriterium gemacht werden. Und ein Teil der Linken in der Union knüpfte zumindest an die Diskurse der Zwischenkriegszeit ein, auch wenn nicht alle ihren Platz in der neuen Volkspartei fanden.⁹⁸ Die päpstlichen Verurteilungen haben den Versuch unternommen, das katholische Verhältnis zum Sozialismus eindeutig zu definieren. Sie haben dabei den wahren Gegner der Kirche übersehen. Der lange Weg zur Demokratie und zur Anerkennung »sozialistischer« Positionen aus katholischer Sicht nahm trotzdem seinen Anfang. Dass dieses Verhältnis so intensiv diskutiert worden ist, stellt einen wichtigen

tholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Stuttgart/Berlin/Köln 1998, S. 70–84; Brunner, Benedikt, Links und jugendbewegt. Walter Dirks, Helmut Gollwitzer und ihre vergangenheitspolitischen Programme, in: Conze, Eckart/Rappe-Weber, Susanne (Hg.), Die deutsche Jugendbewegung. Historisierung und Selbsthistorisierung nach 1945, Göttingen 2018, S. 179–197; Rasehorn, Theo, Walter Dirks und Strömungen im Linkskatholizismus, in: Vorgänge 112/4, 1991, S. 25–29.

⁹⁷ Focke, Franz, Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, 2. Auflage, Wuppertal 1981, S. 292.

⁹⁸ Vgl. Doering-Manteuffel, Anselm, Die »Frommen« und die »Linken« vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staats. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU, in: Kaiser, Jochen-Christoph/Doering-Manteuffel, Anselm (Hg.), Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1990, S. 88–108; Mitchell, Maria D., The Origins of Christian Democracy. Politics and Confession in Modern Germany, Ann Arbor, MI 2012, S. 76–125.

Baustein für die Ideengeschichte christlicher Linksintellektualität insgesamt dar.⁹⁹

99 Vgl. hierzu demnächst Brunner Benedikt/Jäger, Sarah/Rolfes, Gabriel (Hg.), Forderungen der Freiheit. Christliche Linksintellektuelle im Kontext (1960–2000) [In Vorbereitung].

Arbeiterschaft und Nation

Nationaler Sozialismus in den Gewerkschaften der Weimarer Republik

Valentin Magnus Franken

»Wenn sich die Arbeiterschaft nach 1918 auf dem Wege über die Partei in den Staat eingliederte und das Soziale das Nationale gewann, so vollzieht sich der Prozess bei den bürgerlichen Massen umgekehrt: das Soziale wird vom Nationalen begründet.«¹

So skizzierte der zeitgenössische Schriftsteller und Philosoph Ernst Wilhelm Eschmann den Charakter der ihm vorschwebenden systemischen Veränderung in der Gewerkschaftszeitschrift »Die Arbeit«. Mit seinem national orientierten Sozialismuskonzept war er innerhalb des Weimarer Gewerkschaftsdiskurses kein Einzelfall.

Im Folgenden werden die Gewerkschaften der Weimarer Republik auf diese Positionen des nationalen Sozialismus untersucht. Betrachtet werden dabei der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) und die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO).

Zum Verständnis des nationalen Sozialismus in der Weimarer Republik sind die Gewerkschaften aus mehreren Gründen besonders relevant. Zum einen in ihrer Funktion als Organisationsform der Arbeiter und Angestellten – der Diskurs in diesen gesellschaftlichen Gruppen lässt sich anhand der Gewerkschaften nachvollziehen. Zum anderen wurde den Gewerkschaften zur Zeit der Weimarer Republik eine enorme Gestaltungsmacht zugesprochen – für ideologische Überlegungen waren sie also ein wichtiger Faktor. Zusätzlich

1 Eschmann, Ernst Wilhelm, Die ›Krise‹ des Bürgertums, in: *Die Arbeit* 8 (1931), S. 362–371, hier S. 370.

lässt sich zumindest für die Freien Gewerkschaften festhalten, dass ideologische Diskussionen sehr offen geführt wurden.

Die Forschungslage stellt sich divers dar: Während Freie Gewerkschaft und RGO bereits Inhalt vieler Betrachtungen sind, wird die NSBO meist nur als Aspekt des Problemfeldes »Arbeiter und Nationalsozialismus« betrachtet.² Zu allen drei Gewerkschaftsorganisationen steht jedoch eine dezidierte Betrachtung unter dem Gesichtspunkt »nationaler Sozialismus« noch aus.

Als Quelle dienen dazu vor allem Publikationen der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsakteure. Hierunter zählen Zeitschriften, wie »Die Arbeit« oder auch Kongressberichte. Eigenart der Presserzeugnisse ist dabei, dass sie in besonderem Maße Bezug auf zeitgenössisch aktuelle Ereignisse nehmen und wahrgenommene Problemfelder mit theoretischen Ausführungen verknüpfen. Zudem weisen sie in ihrer Funktion – als Diskussionsplattform im Inneren der Organisation einerseits und einem »Propagandawerkzeug« nach außen andererseits – einen doppelten, hohen Quellenwert auf.³

Bevor auf Basis dieser Quellen die Merkmale der Ideen eines »nationalen Sozialismus« in den Gewerkschaften ausgeführt werden, ordnet das erste Kapitel zunächst die unterschiedlichen Gewerkschaften grundlegend ein. Daraufhin werden in Kapitel 2, 3 und 4 die in der Gewerkschaftsliteratur entwickelten ideologischen Ansätze erörtert. Diese lassen sich im Fall der Freien Gewerkschaften in zwei Strömungen – Idealisten und Pragmatiker – unterscheiden. Währenddessen bietet sich bei der NSBO eine aspektische Gliederung an.

-
- 2 Literatur zu ADGB und Freien Gewerkschaften: Pottthoff, Heinrich, Freie Gewerkschaften 1918–1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987; Schneider, Michael, Höhen, Krisen und Tiefen. Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Borsdorf, Ulrich (Hg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 279–442; Literatur zur NSBO: Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler. Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, Frankfurt a.M. 1987; Mai, Gunther, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1981) 4, S. 473–613; Literatur zur RGO: Müller, Werner, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928–1933, Köln 1988.
- 3 Problemfelder wie der Umgang mit polnischen Landarbeitern oder eine identitäre Neuorientierung des Bürgertums waren Autoren- und gewerkschaftsübergreifend präsent, siehe Kapitel 2 und 3; Die Gewichtung der Doppelfunktion variierte. »Die Arbeit« galt eher dem pluralen Diskurs, wohingegen die Zeitschrift »Arbeitertum« deutlich reißerischer propagandistisch agitierte.

Bezüglich der RGO werden Gründe für den Mangel an nationalen ideologischen Elementen diskutiert.

Insgesamt ist es Ziel der Untersuchungen, soziale und nationale Tendenzen innerhalb des ideologischen Diskurses herauszuarbeiten. Eine ausführliche Darstellung der konkreten Gewerkschaftspolitik oder des Verhältnisses zum später Deutungshoheit erlangenden Nationalsozialismus soll dabei nicht erfolgen. Vielmehr gilt es im Falle der Freien Gewerkschaften und der RGO besonders nationale Tendenzen herauszuarbeiten, während im Falle der NSBO das Sozialismusverständnis besondere Aufmerksamkeit erfährt.

1. Die untersuchten Gewerkschaften Weimars

Die wohl traditionsreichste und mitgliederstärkste Gewerkschaftsorganisation waren die Freien Gewerkschaften, welche sich ab 1919 im Dachverband Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund zusammenschlossen.

Auch wenn in der Realität eine Nähe zur SPD bestand, hegte man formal den Anspruch, parteiunabhängig zu sein.⁴ Innerhalb des ADGB bot die Zeitschrift »Die Arbeit« eine zentrale Möglichkeit des ideologischen Austausches. Unter dem Schriftleiter und national orientierten Sozialisten Lothar Erdmann herrschte dabei ein äußerst pluraler Diskurs.

Während die KPD ihre Mitglieder lange Zeit dazu aufrief, sich innerhalb des ADGB zu betätigen, kam es ab 1927 zu einem Strategiewechsel. Von nun an stellte man als Revolutionäre Gewerkschaftsopposition – zunächst noch innerhalb der Freien Gewerkschaften – unter anderem eigene Listen auf, was zu heftigen Konflikten mit dem Rest des ADGB führte. Im Zuge dessen entstanden ab 1929 von den Freien Gewerkschaften unabhängige RGO-Verbände und man intensivierte die Frontstellung gegenüber der SPD-nahen Gewerkschaftsorganisation.⁵

Im selben Zeitraum schlossen sich nationalsozialistische Arbeiter und Arbeitnehmer zur Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation zusammen. Die formal 1931 in die NSDAP eingegliederte NSBO verfolgte das Ziel die

⁴ Potthoff, Freie Gewerkschaften, S. 193; Ebenda, S. 224–237.

⁵ Ebenda, S. 209–216; Müller, RGO, S. 97–117.

Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Dementsprechend war sie ideologisch tendenziell dem linken Parteiflügel nahestehend.⁶

2. Zwischen Klassenkampf und nationaler Souveränität – nationaler Sozialismus im ADGB

2.1 Die Idealisten

Die nationalen Sozialisten in der ADGB lassen sich in zwei Gruppen kategorisieren: die Idealisten⁷ und die Pragmatiker. Erstere bemaßen den Idealen von Nation und Volk einen hohen Wert bei. Zweitere thematisierten Nation und Volk zwar ebenfalls, sahen in ihnen aber eher ein notwendiges Übel, von dem man in der Realität ausgehen musste, als einen herausragend positiv-ideellen Bezugspunkt für einen kommenden Sozialismus.

Einer der führenden Idealisten war der Schriftleiter der »Die Arbeit«, Lothar Erdmann. Für ihn stellten Nation und Volk positive Bezugspunkte dar. Darüber hinaus war die angestrebte Befreiung der Arbeiter für ihn nicht bloß sozioökonomisch-mechanischer Natur, sondern sollte in erster Linie durch eine geistig-seelische Emanzipation begleitet werden.⁸ Somit war der Arbeiter in Erdmanns nationalem Sozialismus politisch in die nationale Identität integriert sowie Teilhaber am kulturellen und politischen Wesen der Nation:

»Die Verwirklichung dieses Ziels bedeutet die aktive Beteiligung der Arbeiterklasse an der gesamten, das politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Nation regelnden [...] Tätigkeit, ihre organische Einschaltung in den Lebensprozess des Volkes.«⁹

⁶ Trotz dessen kamen in der Organisations-Zeitschrift »Arbeitertum« auch Anhänger des rechten Parteiflügels zu Wort – die dargestellten Positionen waren also im ideologischen Rahmen verhältnismäßig plural; Kratzenberg, Arbeiter, S. 69–79.

⁷ In diesem Fall bezieht sich die Bezeichnung spezifisch auf der Sichtweise, der Nation einen ideellen Wert zuzuschreiben. Diese unterscheidet sich also vom allgemeinen Gebrauch des Wortes. Ebenso könnte man die Idealisten als »nationale Sozialisten im engeren Sinne« beschreiben.

⁸ Erdmann, Lothar, Der Weg der Gewerkschaften, in: Die Arbeit 1 (1924), S. 1–9, hier S. 6–7; Erdmann, Lothar, Zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, in: Die Arbeit 2 (1925), S. 385–397, hier S. 386–389.

⁹ Erdmann, Richtlinien, S. 388.

Dies bereichere einerseits die Nation, andererseits sollte die Nation dadurch sinnstiftend für die Arbeiterklasse wirken.¹⁰

Als zentrales Werkzeug zur Erreichung des nationalen Sozialismus sah Erdmann die Gewerkschaften in doppelter Funktion. Zum einen seien sie verantwortlich die Arbeiter zu bilden und ihr nationales Empfinden zu stärken. Zum anderen diene die Gewerkschaftsbewegung dazu, den Arbeitern ein selbstbewusstes, starkes Auftreten gegenüber den Unternehmern zu ermöglichen.¹¹ Insgesamt sollte dadurch die Lage der Arbeiterklasse Stück für Stück verbessert und der Kapitalismus sozial reformiert werden. Eine schlagartige Revolution entsprach nicht Erdmanns propagierten Konzepten.¹² In terminologischer Hinsicht beschrieb Erdmann seinen nationalen Sozialismus als Gemeinschaft, während er die vorherrschende Gesellschaft mit Individualismus verband, den es zu überwinden galt.¹³

Die Gedankengänge Erdmanns unterschieden sich in ihrer Offenheit gegenüber dem Bürgertum von klassischen marxistischen Theorien. Laut ihm wurde der Klassenkampf oftmals missdeutet. In den Zukunftsvorstellungen Erdmanns ersetzte die Klasse keineswegs die Nation. Vielmehr gingen Emanzipation der Arbeiterklasse und Aufbau der Nation Hand in Hand.¹⁴

Anstelle einer internationalen Diktatur des Proletariats traten die Kompromissfindung mit dem Bürgertum und das gemeinsame Handeln im Sinne der Nation (in Richtung eines nationalen Sozialismus). Eine Unterdrückung des Bürgertums und weitere Spaltung der Gesellschaft war also nicht intendiert. Stattdessen sollte der Sozialismus die »von Klassengegensätzen zerrissene Gesellschaft in eine nationale Kulturgemeinschaft umwandeln«.¹⁵

¹⁰ Erdmann, Lothar, Gewerkschaften, Werksgemeinschaften und industrielle Demokratie, in: *Die Arbeit* 2 (1925), S. 131–142, hier S. 140–142, S. 135; Erdmann, Weg, S. 6; Erdmann, Richtlinien, S. 386.

¹¹ Erdmann, Lothar, Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft II, in: *Die Arbeit* 3 (1926), S. 379–390, hier S. 385; Erdmann, Industrielle Demokratie, S. 139; Erdmann, Weg, S. 3; Erdmann, Weg, S. 7; Erdmann, Richtlinien, S. 387.

¹² Ebenda, S. 394; Erdmann, Weg, S. 3; Erdmann, industrielle Demokratie, S. 137, 140.

¹³ Erdmann, Lothar, Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft I, in: *Die Arbeit* 3 (1926), S. 315–320, hier S. 317–320; Erdmann, Arbeitsgemeinschaft II, S. 382–383, 386–387.

¹⁴ Erdmann, Richtlinien, S. 387–388; Erdmann, Weg, S. 7; Erdmann, industrielle Demokratie, S. 131, 140.

¹⁵ Erdmann, Weg, S. 9; Zur Offenheit gegenüber dem Bürgertum: Erdmann, Weg, S. 6; Erdmann, industrielle Demokratie, S. 137, 140; Erdmann, Richtlinien, S. 387; Erdmann, Arbeitsgemeinschaft I, S. 316.

Ein weiterer Vertreter des nationalen Sozialismus innerhalb des Gewerkschaftsdiskurses war der Philosoph und Schriftsteller Ernst Wilhelm Eschmann. Ausgangspunkte seiner Überlegungen stellte die »Krise des Bürgertums« dar. Diese wahrgenommene Krise war mit dem rasanten Aufstieg der NSDAP ab 1929/1930 verbunden. In diese Zeit fällt ebenfalls ein Großteil der Beiträge im Gewerkschaftsdiskurs, die für einen nationalen Sozialismus plädieren. Man suchte verstärkt nach Wegen, um dem Zuwachs der NSDAP Einhalt zu gebieten.

Grundsätzlich sah Eschmann die »Krise des Bürgertums« in drei Phänomenen begründet. Erstens sprach er dem Bürgertum – im Gegensatz zur Arbeiterschaft – kein gefestigtes Klassenbewusstsein zu. Außerdem sei das Bürgertum in sich sehr fragmentiert. Zweitens hätten weite Teile dieses gespaltenen Bürgertums das Vertrauen in den Kapitalismus verloren, wobei auch der Sozialismus dies nicht genieße. Drittens schlage jedoch die klassisch-marxistische Vorhersage fehl, das Bürgertum würde die Reste des Adels verdrängen, um wiederum durch das Proletariat beseitigt zu werden. Ganz im Gegenteil knüpfte die angeschlagene Klasse in ihrer Krise an feudale, »altbürgerliche« Ideen an, um die eigene Identität zu festigen.¹⁶ Darüber hinaus definierte er zwei große Aufgaben der zeitgenössischen Epoche:

»Die Schaffung einer deutschen Nation und ihre gleichberechtigte Einordnung in die Gesellschaft der Völker und die tatsächliche Durchsetzung des Sozialismus nach besonderen deutschen Bedingungen.«¹⁷

Diesen beiden Grundaxiomen folgend lehnte der Schriftsteller die international-marxistischen Ansätze des Klassenkampfes ab, da sie keinerlei integrative Wirkung auf das Bürgertum ausübten, das als Träger des Sozialismus dringend notwendig sei. Dies sei dadurch begründet, dass man zwar sehr geschlossen aber gerade deswegen mit zu wenig Empathie und Offenheit gegenüber den Mittelschichten auftrete.¹⁸

Die dort vermisste integrative Schlüsselrolle spielte in Eschmanns ideologischen Vorstellungen der Nationalismus:

¹⁶ Eschmann, Ernst Wilhelm, Die »Krise« des Bürgertums, in: Die Arbeit 8 (1931), S. 362–371, hier S. 362–363; Die NSDAP legte zunächst besonders in der Mittelschicht zu, die teils drohte, wirtschaftlich zu verproletarisieren.

¹⁷ Eschmann, Krise, S. 363.

¹⁸ Ebenda, S. 364–369.

»Diese Schichten werden für den notwendigen Sozialismus nicht durch einen noch so umgewandelten, verfeinerten, spiritualisierten Marxismus gewonnen werden, sondern nur auf dem Wege über die Werte, die ihnen lebendig sind.«¹⁹

Als führende Vertreter dieser Ideen hatte Eschmann das Proletariat und die nichtkapitalistischen Schichten des Bürgertums im Sinn. Diese sollten zu einer »vertikal gegliederten Gesellschaft [werden], die [...] den Sozialismus als Gesamtaufgabe der Nation fordert.«²⁰ Damit verbunden war die »Souveränität der Nation über die Wirtschaft«.²¹ Sozialismus und Nationalismus verbanden sich in diesem Konzept; auf die Einigung unter der Nation folgt der Sozialismus im Sinne jener.

Eine Art Eigengewächs des nationalen Sozialismus in der Gewerkschaftsbewegung zeigte sich in der Charakterisierung dieser breiten Trägerschaft. Eschmann assoziierte diese mit einer entstehenden Dynamik, in der nach einem neuen Weg gesucht wird und schrieb der Jugend die führende Rolle zu. Hier zeigt sich ein gewisser Kontrast zu den Gedanken Erdmanns, die eher beständig und reformerisch als dynamisch und revolutionär wirken.²²

Eschmann rezipierte zudem den italienischen Faschismus positiv – eine Position, die unter den nationalen Sozialisten in der ADGB deutlich verbreitet war. Vor allem die (scheinbare) Kombination sozialer sowie nationaler Zielsetzungen und dabei angewandte kollektivistische Maßnahmen zur Überwindung individualistischer Elemente begeisterten ihn. So lobte der Schriftsteller beispielsweise den weitgehenden Eingriff des italienischen Staates in die Freizeitgestaltung.²³

Ähnlich Eschmann waren auch die Gedanken des Gewerkschaftsautors »Viator« durch den Erfolg der NSDAP beeinflusst. Die Problemanalyse war dabei fast identisch: Viator sah im Nationalsozialismus einen »Totentanz« des Bürgertums, dass nicht im Proletariat aufgehen wolle.²⁴ Anstelle der

19 Ebenda, S. 368.

20 Ebenda.

21 Ebenda, S. 369.

22 Ebenda, S. 370; Erdmann, industrielle Demokratie, S. 140.

23 Eschmann, Ernst Wilhelm, Die Gestaltung der Freizeit im faschistischen Italien, in: Die Arbeit 8 (1931), S. 66–79, hier S. 79; Eschmann, Ernst Wilhelm, Die Gestaltung der Freizeit im faschistischen Italien, in: Die Arbeit 8 (1931), S. 364–371, hier S. 367–371.

24 Viator, Probleme der deutschen Außenpolitik, in: Die Arbeit 9 (1932), S. 137–142, hier S. 137.

klassischen marxistischen Lösungsansätze solle der soziale Friede im Inneren durch Befriedung im Äußeren erreicht werden.²⁵

Dazu schlügen »Viators« Konzepte einen anti-westlichen Kurs ein, in dem besonders Frankreich das Feindbild darstellte. Deutschland kam dabei die Rolle eines Bollwerks gegen den Bolschewismus zu. Gestärkt sei dieses nur, wenn Deutschland seinen eigenen nationalen Sozialismus etabliere und gleichzeitig gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte. Insgesamt implizierten die Konzepte eine anti-französische Hegemonie Deutschlands über Europa.²⁶

Diese anti-westliche Stoßrichtung hatten auch die außenpolitischen Konzepte Franz Josef Furtwänglers.²⁷ Zusätzlich griff für ihn ebenfalls die (vermeintlich) sozioökonomisch-mechanische Natur des klassischen Marxismus zu kurz. Für ihn sollte die »Befreiung« nach außen zu einer inneren Einheit und seelischen Gesundung des deutschen Volkes führen:

»Wir werden [...] nicht [...] irgend jemand verdächtigen oder beschimpfen, der bereit ist, zur Bildung eines einheitlichen Willens in dieser für das ganze Volk entscheidenden Sache beizutragen. [...] In dem Kampf aber der uns jetzt bevorsteht, muss das Volk sprechen. Den geschlossenen Willen eines Volkes kann keine Macht der Welt auf Dauer niederdrücken.«²⁸

Auch er war somit offen dafür, weitgehende Gruppen des Volkes miteinzugliedern und lehnte die Orientierung an einem geschlossenen Klassenbegriff ab. Stattdessen hob er den Klassenbegriff auf die globale Ebene. Demnach gebe es durch Versailles benachteiligte und durch Versailles bevorteilte Völker – ein »Klassenkampf der Nationen«.²⁹ Darüber hinaus beschrieb Furtwängler eine deutsche Revolution im Sinne des nationalen Sozialismus, die von einem jungen Deutschland getragen werde.³⁰ In der Frage der Verarmung deutscher

25 Viator, Deutschland und Europa, in: *Die Arbeit* 8 (1931), S. 237–246, hier S. 238.

26 Ebenda, S. 237–240, 245–246; Viator, Außenpolitik, S. 138–142.

27 Furtwängler, Franz Josef, Vor Lausanne, in: *Die Arbeit* 9 (1932), S. 31–39, hier S. 33–34, 37–38; Furtwängler, Franz Josef, Ferrero Gugliemo Versailles Tragödie, in: *Die Arbeit* 2 (1925), S. 445–446, hier S. 445.

28 Furtwängler, Lausanne, S. 39.

29 Furtwängler, Franz Josef, Koloniale Zwangsarbeit, in: *Die Arbeit* 6 (1929), S. 789–796, hier S. 795–796.

30 Furtwängler, Vor Lausanne, S. 38; Furtwängler, Gugliemo, S. 446.

Landarbeiter durch das Anwerben polnischer Arbeitskräfte sah er hinzukommend einen feindlichen Einfall.³¹

Diese Problematik war auch für Karl Valentin Müller von Bedeutung. Im Zuge der Ablehnung polnischer Landarbeiter und einhergehender Überfremdungsangst zeigte sich welche Wichtigkeit eine Einheit von Volk und Boden für die nationalen Sozialisten hatte. Die Klassenzugehörigkeit und internationale Solidarität waren kein Bewertungsmaßstab. Ganz im Gegenteil griff Müller die Großgrundbesitzer sogar auf »nationaler Basis« an und warf ihnen das Anwerben der polnischen Arbeiter vor – Nationales und Soziales mussten eben stets zusammen gedacht werden.³²

Müller sprach sich außerdem für eine Stärkung der kolonialen Arbeit im In- aber auch im Ausland aus. Hier zeigte sich ein Kontrast zu Furtwängler, der die Souveränität der Völker hervorhebt und einen Freiheitskampf der unterdrückten Völker gegen die westlichen Imperialisten fordert.³³ Zusammenfassend herrschte selbst bei den überzeugten Idealisten keine durchgehend einheitliche Vorstellung, auch wenn die ideologischen Grundmotive sehr ähnlich waren.

2.2 Die Pragmatiker

Die Ideen des nationalen Sozialismus blieben im Gewerkschaftsdiskurs nicht unbeantwortet. Beispielsweise regte sich Kritik an der Sicht auf das Bürgertum. Dieses werde mitsamt dem Nationalsozialismus gnadenlos scheitern und neue Chancen für den eigenen, als richtig empfundenen Sozialismus bieten. Nationalismus sei in diesem Kontext lediglich Säbelrasseln der Bourgeoisie.³⁴ Ansonsten mieden viele Autoren die Problematik der Nation.

Im Gegensatz dazu stand Robert Michels, der in zwei Aufsätzen die Problematik von Nation und Klasse historisch wertfrei analysierte. Er kam zu dem Schluss, dass sich die Arbeiter nicht mit der Nation identifizierten, da diese die soziale Verelendung der Arbeiter nicht behebe.³⁵

³¹ Furtwängler, Gugliemo, S. 445.

³² Müller, Karl Valentin, Zur Auswanderungs- und Siedlungsfrage, in: *Die Arbeit* 3 (1926), S. 711–720, hier S. 713–714.

³³ Ebenda, S. 717.

³⁴ Küstermeier, Rudolf, Die Proletarisierung des Mittelstandes und die Verwirklichung des Sozialismus, in: *Die Arbeit* 8 (1931), S. 761–774, hier S. 771–774.

³⁵ Michels, Robert, Nation und Klasse I, in: *Die Arbeit* 3 (1926), S. 158–166; Michels wandte sich 1928 dem italienischen Faschismus zu.

Des Weiteren gab es verschiedene Beiträge, die vorerst eine Einbindung der nationalen Gegebenheiten in den Sozialismus vorsahen und die internationalen Ansätze eher als fernen Idealzustand betrachteten. In diesem Sinne führte der Ökonom Fritz Baade eine Debatte, in der er die Umsetzung der Planwirtschaft im nationalen Rahmen (zugunsten einer internationalen Planwirtschaft) forderte.³⁶ Ebenso bewertete der Gewerkschafter Wilhelm Weigel die nationale Autonomie verschiedener Gewerkschaftsbewegungen in der Tschechoslowakei positiv, anstatt eine Vereinheitlichung im Sinne einer gemeinsamen Klasse zu fordern.³⁷ Verbreitet war ebenfalls den italienischen Faschismus – trotz der nationalen Elemente – als eine Form des Sozialismus zu sehen.³⁸

Wie fluide die Grenzen zwischen den klassischen Unterscheidungen von rechts und links waren, zeigt auch ein anschaulicher Beitrag des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart. In diesem bekundete er zwar die Ablehnung gegenüber den außenpolitischen Zielen des ehemaligen Nationalsozialisten Otto Straßer, sah auf wirtschaftlicher Ebene aber eine Diskussionsgrundlage.³⁹

3. Internationaler Klassenkampf statt nationalen Sozialismus – die RGO

Stellte der nationale Sozialismus in der ADGB bereits eine Minderheitenposition dar, so war in der RGO nichts Vergleichbares verbreitet. Die nationalen Ansätze beschränkten sich dort meist auf die Agitation gegen den Young-Plan und die Westmächte vor dem Hintergrund der Propagandaerzählung eines geplanten imperialistischen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion.⁴⁰ Damit verbunden orientierte man sich sehr stark an eben jener Sowjetunion als

36 Baade, Fritz, Planwirtschaft und Gegenwartssozialismus, in: *Die Arbeit* 9 (1932), Berlin 1932, S. 612–617.

37 Weigel, Wilhelm, Das Nationalitätenproblem in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung, in: *Die Arbeit* 5 (1928), S. 703–710.

38 Siehe beispielsweise: Reventlow, Rolf; Michels, Robert: Sozialismus in Italien, in: *Die Arbeit* 3 (1926), S. 665.

39 Otto Straßer gehörte dem linken NSDAP-Flügel an. 1930 trat er aus und gründete folgend eine eigene abgespaltene nationalsozialistische Partei; Leipart, Theodor, Ein neuer Sozialismus?, in: *Die Arbeit* 9 (1932), S. 500–504, hier S. 504.

40 RGO, Protokoll des 1. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschafts-Opposition Deutschlands, Berlin 1930, S. 5–6, 79.

Vorbild und vertrat keinen spezifisch deutschen Nationalismus oder plädierte gar für eine deutsche Hegemonialstellung. Als zentrales Konzept fungierte die kommunistische Weltrevolution, bei der die Klasse den entscheidenden Bezugssrahmen darstellte:⁴¹

»Verbindet euch mit der Partei des revolutionären Proletariats, der Partei der Kommunistischen Internationale, die die proletarische Revolution in Deutschland, die die proletarische Revolution in der ganzen Welt durchführen wird.«⁴²

Insgesamt vertraten die RGO-Gewerkschafter somit kein geschlossenes Ideenkonstrukt, das man als nationalen Sozialismus bezeichnen könnte. Die nationalen Ansatzpunkte sind eher als strategisch gewähltes Stilmittel zu betrachten.⁴³

Dies lässt sich durch vier Faktoren erklären, die mit der »Stalinisierung« und Totalisierung der Partei zusammenhingen. Erstens war die RGO eng mit der KPD verbunden und sollte im Einklang mit ihr agieren. Zweitens war in der Gründungsphase der RGO 1929 der rechte Parteiflügel bereits weitestgehend entmachtet. Im Zuge der gescheiterten oder vereitelten regionalen Erhebungen im krisenhaften Oktober 1923 wurde der rechten Parteführung um Heinrich Brandtler und August Thalheimer ein zu zaghaftes Vorgehen vorgeworfen. Die Abwahl und Absetzung folgten Anfang 1924.⁴⁴

Im Gegenteil verfolgte die Partei drittens einen linken Kurs, im Zuge dessen die SPD als Hauptfeind ausgemacht wurde. Unter diesen Bedingungen gab es keinen pluralen Diskurs, der eine Öffnung in Richtung Bürgertum zugelassen hätte, wie es im ADGB der Fall war. Viertens herrschte in der KPD-Führung eine sehr starke Abhängigkeit von Moskau. Dem deutschen Kommunismus kam immer mehr die Rolle eines Juniorpartners zu.

41 Ebenda, S. 15, 92; RGO, Die RGO. Ihre Aufgaben und ihr Aufbau, Berlin 1930, S. 4.

42 RGO, Reichskongress, S. 15.

43 Dies passt ebenfalls zum nationalpopulistischen Stil der KPD ab 1929/30 mit dem Stalin und die KPD-Führung glaubten neue Wählerschichten erreichen zu können: Hoppe, Bert, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007, S. 181–184.

44 Der Ansatz der »Rechten« war vor allem durch eine realpolitische Herangehensweise geprägt, die auf eine Einheitsfront mit der SPD setzte; Weber, Hermann, Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1971, S. 44–56.

Zudem verfolgte man offen das Ziel einer Bolschewisierung der Partei – beides stand im Widerspruch zu einem unabhängigen, spezifisch deutschen Sozialismus.⁴⁵

4. Sozialismus in der »Volksgemeinschaft« – Konzepte in der NSBO

Um das ideologische Sozialismus-Konzept der NSBO zu verstehen, sind zunächst die verwendeten Begrifflichkeiten von Relevanz. Dabei fällt auf, dass sich die NSBO-Mitglieder selbst als Sozialisten oder nationale Sozialisten bezeichneten und somit den sozialistischen Charakter ihrer Ideologie explizit hervorheben wollten.⁴⁶

Ferner beanspruchte die NSBO die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Der nationale Sozialismus sollte dazu dienen ein Deutschland des »Arbeiterstums« zu errichten. Dabei umfasste der zugrundeliegende Arbeiterbegriff »Arbeiter der Stirn und Faust«⁴⁷ und war damit sehr weit gefasst.⁴⁸

Das eigene Konzept des nationalen Sozialismus definierte man oftmals ex negativo. Der Kapitalismus wurde als Sklavensystem gesehen, über dem die »Hochfinanz« throne und über »raffendes Kapital« verfüge, das sich durch Zinsen ohne Wertschöpfung vermehre. Folge des kapitalistischen Wirtschaftens und damit verbundenen Außenhandels sei, dass produzierte Güter zu Waren würden. Dies zerstöre wiederum die Gemeinschaft und ersetze sie durch eine – negativ konnotierte – Gesellschaft, in der eine anarchische Wirtschaftsform

45 Ebenda, S. 54–58; So war es eine der ersten Handlungen des Reichskongresses 1930 Stalin und Regierungschef Molotow ins Ehrenpräsidium zu wählen: RGO, Reichskongress, S. 7.

46 Muchow, Reinhold, Was wollen die Nationalsozialisten in den Betrieben?, Berlin 1931, S. 1; Muchow, Reinhold, Organisation der Nationalsozialistischen Betriebszellen, Berlin 1931, S. 17; Bayer, Wilhelm, »Der deutsche Arbeiter und die Nation«, Arbeitertum, 1. März 1933, 3 (1933), S. 8.

47 Muchow, Reinhold, Sind die Nationalsozialisten sozialreaktionär?, S. 5.

48 Die Arbeiterschaft ähnelte in ihrer Zusammensetzung somit der Trägerschaft Eschmanns, siehe Kapitel 2.1; Muchow, In den Betrieben, S. 4, 15; Krüger, Alf, »Wir kämpfen um den deutschen Arbeiterstaat«, Arbeitertum, 15. Mai 1932, 2 (1932), S. 5–7; Muchow, Sozialreaktionär, S. 5, 12.

vorherrsche und jeder nur nach seinem eigenen Profit strebe.⁴⁹ Dieses Feindbild wurde vom Unternehmertum repräsentiert.⁵⁰

Aus Sicht der NSBO stellte der Marxismus hinsichtlich dieser Probleme lediglich einen Irrweg der deutschen Arbeiter und keinen Lösungsansatz dar. Ihm warf man einen Dolchstoß im Ersten Weltkrieg und einen Verrat an der Nation vor. Mehr noch, sei der Marxismus Erfüllungsgehilfe und Diener der kapitalistischen internationalen Hochfinanz. So spalte der Klassenkampf lediglich die »Volksgemeinschaft« und reibe die Arbeiterschaft nur in unnötigen Auseinandersetzungen mit den Volksgenossen auf.⁵¹ Zudem seien die korrumptierten »SPD-Bonzen« Komplizen ausländischer Staaten.⁵²

Inwieweit es sich dabei um eine große jüdisch-bolschewistische Verschwörung oder lediglich eine feindliche – aber unabhängige – Ideologie handelte, wurde unterschiedlich interpretiert. Dabei mischten sich sowohl antikapitalistische wie antimarxistische Narrative mit Antisemitismus.⁵³

Für die NSBO charakteristisch ist jedoch das dritte Feindbild: die Reaktion. Auch gegen sie wandte man sich im Sinne eines revolutionären nationalen Sozialismus. Die Feindmarkierung ist dabei bezeichnend, da sie einerseits die sozialistisch-revolutionären Ambitionen der NSBO-Ideologie herausstellt und gleichzeitig Ähnlichkeiten zu anderen nationalen Sozialisten erkennen lässt.⁵⁴

-
- 49 Muchow, Organisation, S. 14; Muchow, In den Betrieben, S. 9–12; Krüger, Oskar, Gemeinwirtschaft. Ein Beitrag zur Kritik der wirtschaftstheoretischen Begriffsbildung und Fragestellung, Berlin 1923, S. 1–2, 4, 71; Dorsch, Karl, »Internationale Profitwirtschaft oder nationale Bedarfsdeckung«, Arbeitertum, 15. Mai 1931, 1 (1931), S. 8; Muchow, Reinhold, »Die NSBO führt den deutschen Sozialismus zum Sieg«, Arbeitertum, 1. August 1931, 1 (1931), S. 3–5.
- 50 Muchow, Organisation, S. 14.
- 51 Muchow, In den Betrieben, S. 2–4, 5–9, 10–13; Biallas, Hans, Warum sollte der Arbeiter nationalsozialistisch wählen?, Berlin 1932, S. 3, 7–10, 16; Franz, Albert, »Die Sozialisierung ist da«, Arbeitertum, 1. September, 1 (1931), S. 9.
- 52 Krüger, Oskar, Landesverrat!, Berlin 1929, S. 6, 8, 13, 16; Muchow, Sozialreaktionär, S. 2.
- 53 Verschwörungserzählungen: Pfister, Ernst, Sowjetrussland ohne Puder und Schminke, Miesbach 1932, S. 16; Schuhmann, Walter, Wir helfen dem Landarbeiter!, Miesbach 1932, S. 12; Unabhängige Ideologie: Seeger, W., »Marxistische Theorie und Praxis«, Arbeitertum, 18. Juni 1931, (1931), S. 5; Der spätere führende NSBO-Ideologe Oskar Krüger nutzte 1923 sogar noch Aussagen von Karl Marx und Karl Liebknecht: Krüger, Gemeinwirtschaft, S. 4, 7.
- 54 Muchow, In den Betrieben, S. 2; Muchow, Sozialreaktionär, S. 7–9; »Der schaffende im Land: Der deutsche Landarbeiter zerstört die letzten Stützpunkte des Marxismus und der Reaktion«, Arbeitertum, 15. August 1932, 2 (1932), S. 4.

Vereinzelt gebrauchten die NSBO-Publizisten sogar den Terminus der »Bourgeoisie«.⁵⁵

Der Sozialismus der NSBO trat zunächst einmal in unzähligen vagen, aber grundsätzlichen Umschreibungen auf. Der ideale kommende Staat sollte soziale Gerechtigkeit mithilfe einer umfassenden Sozialpolitik bringen. Aus dem »dysbiotischen« Zustand der Gesellschaft sollte eine »symbiotische« (Volks-)Gemeinschaft werden.⁵⁶

Einerseits bestand also der nationale Aspekt aus einer Integration des Arbeiters in die »Volksgemeinschaft« bei gleichzeitiger Aufhebung des »spalterischen Klassenkampfes« – ein seelisch-kulturelles Konzept. Viele NSBO-Ideologen sahen in dieser nationalen Einigung einen Weg zur sozialistischen Einbindung der Arbeiter. Auf abstrakter Ebene war dies eine klare Parallele zu eigenen ADGB-Theoretikern.⁵⁷

Der sozialistische Aspekt sah andererseits vorrangig eine materielle, jedoch auch eine (begrenzte) politische Emanzipation der Arbeiter vor.⁵⁸ Welches der beiden Probleme Priorität besaß, war allerdings nicht immer so eindeutig, wie man es vermuten könnte. So lassen die Äußerungen von NSBO-Leiter Walter Schuhmann zur Problematik der Landarbeiter anklingen, dem Nationalen müsse das Soziale vorausgehen: »Wie kann man von einem Menschen Nationalstolz und Vaterlandsliebe verlangen, der in Löchern und dumpfen Massenunterkünften wohnen muss?«⁵⁹

Die materiellen und gesellschaftlichen Verwerfungen sollte eine Gemeinbeziehungsweise Bedarfsdeckungswirtschaft beseitigen. Dabei stand das Wohl des gesamten Volkes über dem Gewinn des Individuums und sie beinhaltete einen möglichst geschlossenen nationalen Wirtschaftsraum. Dieser hatte das Ziel der nationalen Bedarfsdeckung und der absoluten Reduktion

⁵⁵ Biallas, *Arbeiter*, S. 2.

⁵⁶ Krüger, *Gemeinwirtschaft*, S. 7, 15–16.

⁵⁷ Brutus, »Stand oder Klasse«, *Arbeitertum*, 18. Juni 1931, 1 (1931), S. 6–7; Krüger, Alf, »Aufbruch des Deutschen Sozialismus«, *Arbeitertum*, 1. Oktober 1931, 1 (1931), S. 8; Bayer, Wilhelm, »Der deutsche Arbeiter und die Nation«, *Arbeitertum*, 1. März 1933, 3 (1933), S. 8; Muchow, In den Betrieben, S. 2–4.

⁵⁸ Muchow, In den Betrieben, S. 1, 14; Muchow, Sozialreaktionär, S. 5; Muchow, Organisation, S. 14; Albert, Rudolf, »Staatssozialismus«, *Arbeitertum*, 1. Juli 1931, 1 (1931), S. 7.

⁵⁹ An dieser Stelle besteht eine gewisse Parallele zur Problemanalyse Michels, siehe Kapitel 2.2; Schuhmann, *Landarbeiter*, S. 8.

des Außenhandels.⁶⁰ Zugleich versprach die NSBO die Besitzverhältnisse innerhalb der Wirtschaft radikal zu verändern und die Arbeiterschaft somit in die »Volksgemeinschaft« einzugliedern. Diese Versprechungen implizierten weitreichende Enteignungen:

»[Der deutsche Sozialismus] will die volle politische und wirtschaftliche Eingliederung der Handarbeiterschaft und der anderen durch die Versklavungsverträge verproletarisierten Schichten [...] in Staat und Wirtschaft durch Hergabe von Eigenbesitz und Besitzanteil«.⁶¹ Innerhalb der NSBO war zudem das Konzept eines Stände-Parlaments populär, welches Entscheidungsrecht in wirtschaftspolitischen Fragen aufweist. Anstelle der Klassen trat also die vormoderne berufsständische Ordnung.⁶² Der entscheidende Platz dort war dem Arbeiter bestimmt: »Die NSBO will, da[ss] der deutsche Arbeiter [...] zum herrschenden Stand des kommenden nationalsozialistischen Volksstaates wird.«⁶³

Auch die Gewerkschaften waren Teil des Parlaments. Allgemein war ihre Aufgabe weiterhin die Interessen der Arbeiter selbstbewusst zu vertreten und die Mitbestimmung im Betrieb zu sichern.⁶⁴ Im neuen Staat wollte man ebenso »den Gewerkschaftsgedanken als sozialistischen Gedanken [...] bejahen«.⁶⁵

Abseits dieser abstrakten politischen Konzepte skizzierten die NSBO-Theoretiker auch einige konkrete politische Maßnahmen. Erstens war ein Ausbau der Sozialversicherung und eine sozial gerechte Vermögensbesteuerung statt der bloßen Umsatzsteuer vorgesehen. Umverteilung sollte die Landarbeiter zudem zu »Siedlern« werden lassen.⁶⁶ Zweitens beabsichtigte

⁶⁰ Muchow, In den Betrieben, S. 4–14; Muchow, Organisation, 14; Krüger, Gemeinwirtschaft, S. 1–3, 6, 8, 17; Dorsch, Nationale Bedarfsdeckung, S. 8.

⁶¹ Muchow, In den Betrieben, S. 4.

⁶² Muchow, Sozialreaktionär, S. 5, 12–13; Brutus, Stand, S. 6–7; »Was ist der nationalsozialistische ständische Aufbau«, Arbeitertum, 2 (1932), 15. Januar 1933, S. 24.

⁶³ Muchow, Sozialreaktionär, S. 14–15; Diese Priorisierung steht im Widerspruch zur These, die Ständekammer sei als Werkzeug des Bürgertums zur Unterdrückung der zahlenmäßig überlegenen Arbeiterschaft gedacht gewesen. Es scheint somit wahrscheinlich, dass es auch auf dem linken Parteiflügel der NSDAP vielfältige Interpretationsweisen gab. Allerdings fällt eine eindeutige Interpretation schwer, da der NSBO-Arbeiterbegriff auch bürgerliche Arbeitnehmer einschloss.

⁶⁴ Ebenda, S. 5, 10–12; Biallas, Arbeiter, S. 11.

⁶⁵ Muchow, Organisation, S. 15.

⁶⁶ Albert, Staatssozialismus, S. 7; Schuhmann, Landarbeiter, S. 12–13; Muchow, Sozialreaktionär, S. 9; Reventlow, Ernst, »Arbeitertum«, Arbeitertum, 1. September 1931, 1 (1931), S. 4–6.

man staatlichen Druck auf die Oberschichten auszuüben und eine Gleichstellung von Unternehmer und Arbeitnehmer herzustellen. Dies sollte über Umerziehungen erreicht werden, um die »Reaktion« in der Wirtschaft »auszumerzen«.⁶⁷

Drittens verbreiteten sich die Konzepte des Staatssozialismus und der öffentlichen Planwirtschaft. Diese beinhaltete die Verstaatlichung sämtlicher Bodenschätze, der gesamten Versorgungswirtschaft sowie der Verkehrsbetriebe. Hinzukommend waren Privatmonopole zu zerschlagen.⁶⁸ Insgesamt betrachtet war der Sozialismus in der NSBO also mehr als bloße inhaltsleere Mimikry zur Gewinnung neuer Wählergruppen.

Schlussbetrachtungen

»Schon heute merken wir es am deutschen Nachwuchs [...]: Es lebt ein neues, ein junges Deutschland, das [...] in loderndem Zorne fragt, ob man gedenkt fortzufahren mit der Erhebung von Zwangsabgaben auf Unterschriften, die von den Vätern in Versailles erpresst wurden?«⁶⁹

Dieser Aussage Furtwänglers hätten sicherlich die meisten nationalen Sozialisten in den Gewerkschaften der Weimarer Republik zugestimmt. Denn trotz aller Heterogenität lassen sich einige Schnittmengen finden.

So war den Ideen des nationalen Sozialismus in den Gewerkschaften eine Ablehnung der klassischen marxistischen Denkweise gemein. In ihr sah man eine Vernachlässigung seelisch-kultureller Aspekte und Bedürfnisse der Arbeiter, die man in den eigenen Konzepten hervorhob. Darüber hinaus richteten sich die Konzepte stets primär gegen den liberal-individualistischen Wes-

67 Peppler, Karl, »Wirtschaftsfreiheit«, *Arbeitertum*, 1. August 1931, 1 (1931), H. 11, S. 21–22; Muchow, Reinhold, »Wir und die Unternehmer«, *Arbeitertum*, 18. August 1931, 1 (1931), S. 5.

68 Albert, Staatssozialismus, S. 7.

69 Furtwänger, Lausanne, S. 38; Gruppierungen wie der Hofgeismarer Kreis zeigten, dass die Idee eines nationalen Sozialismus auch tatsächlich – abseits der NSDAP – bei jungen Menschen Anklang fand und praktische Auswirkungen auf die politische Kultur in der Weimarer Republik hatten. Die jungsozialistische Gruppe war im Sinne eines nationalen Sozialismus aktiv. Siehe dazu: Vogt, Stefan, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918–1945, Bonn 2007 sowie die beiden entsprechenden Aufsätze im vorliegenden Sammelband.

ten und sein kapitalistisches Wirtschaftssystem. Im Kampf gegen diesen sollte sich die Nation vereinen. Von der resultierenden äußereren Befriedung und nationalen Einigung im Sinne des »Nationalen«, versprach man sich wiederum die innere Einheit im Sinne des »Sozialismus«.

Ausgangspunkt des nationalen Sozialismus in den Gewerkschaften bildete die Arbeiterschaft; jedoch wurde – in unterschiedlichem Sinne – eine Erweiterung der Trägerschaft angestrebt. Die NSBO erweiterte den klassischen Arbeiterbegriff auf sämtliche Angestellte, während man innerhalb des ADGB eine starke Offenheit gegenüber dem Bürgertum pflegte und dieses mithilfe der Synthese aus Nationalismus und Sozialismus zu integrieren beabsichtigte.

Nebst den Feindbildern ähneln sich teilweise einige wirtschaftliche Vorstellungen und das Selbstverständnis als dynamisch-revolutionäre Bewegung. Vielen der vorgebrachten Ideen mangelte es außerdem an greifbarer Ausgestaltung.

Ergänzend bleibt festzuhalten, dass der nationale Sozialismus in der RGO keinen Anklang fand. Es liegt nahe, dass dies mit der Sowjetnähe und dem »ultralinken Kurs« der KPD zusammenhängt.

Insgesamt zeigt sich also, dass verschiedene Formen des nationalen Sozialismus auch in der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik vertreten wurden. Somit boten sich diesbezüglich für Arbeiter und Arbeitnehmer in der Weimarer Republik zahlreiche ideologische Angebote sowie Anknüpfungspunkte, sofern sie bereit waren sich von klassischen marxistischen Ansätzen zu entfernen.

Weitere Forschungsbeiträge könnten die vorliegenden ideengeschichtlichen Erkenntnisse als Ausgangspunkt nehmen, die konkrete Gewerkschaftspolitik auf Elemente des nationalen Sozialismus zu untersuchen. Dadurch wäre möglich umfassend zu bewerten, inwiefern sich die dargestellten Ideen in konkreten politischen Resultaten manifestierten und Einfluss auf das Geschehen in der Weimarer Republik nahmen.

Wichard von Moellendorff – Ein Techniker in der Wirtschaftspolitik

Roy Ralph Storbeck

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte das Deutsche Kaiserreich vor ein rohstoffbezogenes Wirtschaftsproblem. Die scheinbare Lösung kam durch den Vorschlag Wichard von Moellendorffs, der im Verbund mit Walther Rathenau die staatliche Rohstoffbewirtschaftung im Rahmen der Kriegsrohstoffabteilung auf den Weg brachte und kaum zwei Jahre später begann, sein theoretisches Konzept der Gemeinwirtschaft (auch mit Blick auf eine zukünftige Friedenswirtschaft) zu entwickeln. Der vorliegende Artikel soll dabei die Person von Moellendorff beleuchten – besonders unter dem Aspekt, dass dieser ein technisch ausgebildeter und denkender Mensch war, den es aufgrund der äußereren Umstände in die Politik verschlug und der dort seine speziellen Denkweisen und Lösungsstrategien anwandte.

1. Junge Jahre

Wichard von Moellendorff wurde 1881 als Sohn des deutschen Konsuls in Hongkong geboren.¹ Sein Vater war Konsul Otto von Moellendorff und seine Mutter Betty, geborene Blau. Diese kehrten 1886 nach Deutschland zurück. Als sie bald darauf wieder ins Ausland gingen, diesmal nach Manila und Kowno, blieb Wichard daheim. Der spätere Ingenieur und Ökonom besuchte die Schule in Berlin, später das Gymnasium in Görlitz und Tilsit und schrieb sich nach dem Abitur 1902 an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg

1 Von Klemperer, Klemens, Germany's New Conservatism. Its History and Dilemma in the Twentieth Century, Princeton/New Jersey 1957, S. 60–61.

zum Studium der Ingenieurwissenschaften ein.² Ebenfalls 1902 heiratete er die Kieler Professorentochter Lisbeth Erdmann und bekam eine Tochter.³

Ein Förderer von Moellendorffs sowie sein langjähriger Freund war der bekannte Journalist der wilhelminischen Zeit, Maximilian Harden. Dessen Zeitschrift »Die Zukunft« las der Student von Moellendorff und sein politisches Weltbild wurde stark von den dortigen Ansichten geprägt. Harden war es auch, der von Moellendorff 1906 – im gleichen Jahr bestand dieser sein Diplomhauptexamen – mit der Familie Rathenau in Verbindung brachte. Von Moellendorff wurde dann in Rathenaus Unternehmen (Kabelwerk Oberspree der AEG [Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft]) eingestellt. Dort erklimmte er bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Karriereleiter. Während seiner Zeit bei AEG machte er die Bekanntschaft von Emil und Walther Rathenau, wobei letzterer seinen Karriereweg entscheidend prägen sollte.⁴ Im September 1912 veröffentlichte Harden einen Aufsatz mit dem Thema »Der Ingenieur« von Moellendorffs, was dessen erste nicht-fachwissenschaftliche Veröffentlichung sowie den Start seiner politischen Publikationsätigkeit darstellte. Weitere Artikel folgten und es entwickelte sich eine Freundschaft.⁵

Bei der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft (AEG) begann von Moellendorff eine Metalltechnik auf systematischen wissenschaftlichen Erkenntnissen aufzubauen. 1908 richtete er das in die drei Abteilungen Chemie, Metallographie und Mechanik gegliederte Metall-Laboratorium der AEG ein. Die Ausstattung der Labore orientierte er an öffentlichen Materialprüfungsämtern, was über Jahrzehnte hinweg Vorbild für andere Firmen sein sollte.⁶

2. Wirtschaft unter dem Schwert

Die Mobilmachung der deutschen Streitkräfte am 1. August 1914 hatte direkten Effekt auf die Wirtschaft, mehr noch da sich die Hoffnung eines kurzen

2 Schmid, Dieter, Wichard von Moellendorff. Ein Beitrag zur Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, Berlin 1970, S. 8; Klemperer, Germany's New Conservatism, S. 60–61.

3 Schmid, Wichard von Moellendorff, S. 23.

4 Klemperer, Germany's New Conservatism, S. 60–61.

5 Braun, Klaus, Konservatismus und Gemeinwirtschaft. Eine Studie über Wichard von Moellendorff. Duisburg 1978, S. 34.

6 Evers, Jürgen/Möckl, Leonhard, Mit logischer Schärfe und systematischer Unbeugsamkeit. Wichard von Moellendorff, in: Chemie in unserer Zeit, (39) 2015, S. 236–247, hier S. 236.

Krieges gegen die Entente nicht erfüllte und durch einen langwierigen Stellungskrieg ersetzt wurde. Da die militärischen Reserven bald zur Neige gingen und von der Kriegsindustrie nicht ausgeglichen werden konnten, mussten die Kapazitäten von der Friedens- in die Kriegswirtschaft umgeleitet werden, nicht zuletzt aufgrund der Seeblockade der deutschen Rohstoffversorgung durch die britische Royal Navy.⁷ Aufgrund des fortgeschrittenen Ausbaus auch neuer Zweige der deutschen Industrie war die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffimporten vor Kriegsbeginn immer weiter gestiegen – ein Umstand, dem man sich in der Wirtschaft durchaus bewusst war und weshalb man vielfach die Politik imperialistischer Erwerbungen und der Sicherung von Einflusszonen unterstützte. Jedoch waren kaum Rohstoffvorräte angelegt worden und auch im militärischen Denken hatte man sich über diese Abhängigkeit im Konfliktfall kaum Gedanken gemacht.⁸ Daher lief Rathenau mit seinen Vorschlägen, die sich zunächst auf die Beschlagnahmung der belgischen Rohstoffreserven beschränkten, beim Preußischen Kriegsministerium nach Kriegsbeginn offene Türen ein.⁹ Wichard von Moellendorff wies als Direktionsassistent der AEG und Leiter der technisch-ökonomischen Verwaltungsabteilung für Metallbetriebe Walther Rathenau auf die durch den Krieg entstandenen Lücken in der Rohstoffversorgung hin. Nachdem Rathenau am 8. August 1914 kurz vor einem Gespräch im Ministerium ein Brief Wichard von Moellendorffs erreichte, der ihn zu einer Bestandsaufnahme der Rohstofflager anregte, gefolgt von einem zweiten am folgenden Tag, in dem von Moellendorff eine staatliche Beaufsichtigung der Industrie in Kriegszeiten darlegte, machte sich Rathenau diese Vorschläge in einer Denkschrift an den preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn zueigen.¹⁰

Nach seinem Studium und seiner Zeit bei der AEG in Berlin-Schönweide wurde von Moellendorff bei Kriegsausbruch die rechte Hand Walther Rathenaus bei der Organisation der deutschen Kriegswirtschaft.¹¹ Während des Ersten Weltkriegs bekleidete von Moellendorff führende Positionen in zivilen und

7 Burhop, Carsten, *Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871–1918*, Göttingen 2011, S. 191.

8 Gall, Lothar, *Walther Rathenau. Portrait einer Epoche*, München 2009, S. 179.

9 Ebenda.

10 Ebenda, S. 179–180.

11 Klemperer, *Germany's New Conservatism*, S. 60–61; Braun, *Konservatismus und Gemeinwirtschaft*, S. 42.

militärischen Behörden. Rathenau holte ihn Ende August 1914 als ersten Mitarbeiter in die neu gegründete Kriegsrohstoffabteilung.¹² Bestand die Kriegsrohstoffabteilung zu Beginn aus Rathenau im Rang eines Generals mit fünf Männern – einer davon von Moellendorff – so nahm diese doch innerhalb kurzer Zeit eine ganze Straßenfront ein und umfasste über 500 Mitarbeiter.¹³ Die von ihnen eingeführte Rohstoffbewirtschaftung konnte die Rohstofflücke aber nur zum Teil schließen. Besonders Kupfer war speziell für die AEG ein Problem, weshalb Rathenau von Moellendorff 1915 mit dem Aufkauf von Kupferwerken und -hütten beauftragte. Zwar geriet von Moellendorff aufgrund seiner Tätigkeit z.B. im Kriegsministerium in Interessenskonflikte, war aber doch der richtige Mann für die Umsetzung von Rathenaus Vorhaben.¹⁴

In den ersten Kriegstagen war Moellendorff in die KRA berufen worden und leitete dort die Abteilung Chemie, in der er den Apparat für die Kriegschemikalienwirtschaft aufbaute.¹⁵ Hier musste von Moellendorff seine bisherigen Leistungen bei der AEG nun im »Staatsbetrieb« des öffentlich-politischen Interesses umsetzen, was alle seine bisherigen Erfahrungen überstieg.¹⁶ Neben der Kriegsrohstoffabteilung wurden eine ganze Reihe von Kriegsrohstoffgesellschaften gegründet, die unter staatlicher Aufsicht als Vermittler zwischen Angebot und Nachfrage agierten – meist dann, wenn sich ein Mangel bestimmter Rohstoffe abzeichnete.¹⁷ Hauptaufgabe der Kriegsrohstoffgesellschaften war der Ausgleich von Angebot und Nachfrage von Rohstoffen zu einem staatlich festgelegten Preis. Die Zuteilung wurde anhand der Nachfrage des Friedens- und Kriegsbedarfs reguliert, wobei letzterer klarerweise Vorrang hatte.¹⁸ Von Kriegsausbruch bis zum Beschluss des Hindenburgprogramms 1916 lag die Leitung der Kriegswirtschaft und somit der Kriegsrohstoffabteilung beim Preußischen Kriegsministerium. Da die Anzahl der Kriegsgesellschaften aber ein unübersichtliches Ausmaß angenommen hatte, wurde parallel zu diesem Programm eine Neuorganisation der

¹² Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 51.

¹³ Werth, Christoph H., Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen 1996, S. 73.

¹⁴ Schölzel, Christian, Walther Rathenau. Eine Biographie, Paderborn 2006, S. 165.

¹⁵ Schmid, Wichard von Moellendorff, S. 59.

¹⁶ Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 51.

¹⁷ Burhop, Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreich, S. 197–198.

¹⁸ Ebenda, S. 198.

Kriegswirtschaft auf den Weg gebracht, wonach diese dem neu geschaffenen Preußischen Kriegsamts übertragen wurde.¹⁹

Der Erste Weltkrieg war die »politische und nationalökonomische ›Lehrzeit‹« von Moellendorffs, während der aus dem Techniker ein Gemeinwirtschaftler wurde.²⁰ Von Moellendorff war von August 1914 bis August 1916 in der Kriegsrohstoffabteilung tätig und bis April 1916 Direktor der Kriegschemikaliengesellschaft, wodurch er mit den Grundlagen der Volkswirtschaft im Krieg vertraut wurde. Gleichsam wurde er vertraut mit Organisation und Entscheidungsmechanismen.²¹ Als der Feldzug gegen Frankreich nicht zum erwarteten schnellen Sieg führte, gewann die Frage der Rohstoffbewirtschaftung an Bedeutung und wurde mit der über Deutschland verhängten Blockade existenziell. Von Moellendorff hatte dies nach Kriegsbeginn bei der AEG am eigenen Leib erfahren.²² Mit der Schlacht an der Somme und dem großen Munitionsmangel 1916 zeigte sich, dass Deutschland auf die moderne Kriegsführung mit hohem Materialeinsatz nicht vorbereitet war – im Gegensatz zum Beispiel zu England, wo Lloyd George die Wirtschaft entsprechend umgestellt hatte.²³

1916 nahm von Moellendorff erstmalig zur Gemeinwirtschaft Stellung, zuerst mit einer allgemein gehaltenen Broschüre,²⁴ bevor er Ende des Jahres ins neugegründete Kriegsamt eintrat, womit seine Gedanken sich zwangsläufig in kriegssozialistische Richtungen wandten. Möllendorf wollte zur Verwirklichung seines Konzepts einen alten Plan Bismarcks wieder auflieben lassen, der einen Volkswirtschaftsrat zur Unterstützung der Arbeit des Reichstages vorsah.²⁵ Seit Ende 1916 arbeitete von Moellendorff im »Reichskommissariat für Kriegswirtschaft«, wo er begann sich mit einer künftigen Friedenswirtschaft zu befassen, womit er von seinen kriegssozialistischen Vorstellungen abrückte. Hier wollte er die entsprechenden Weichen bereits zu Kriegszeiten stellen.²⁶ Im Juli 1917 entwarf von Moellendorff das Konzept für eine Demobilisierungsbehörde, in dem er weit über Rathenaus Überlegungen hinausging und eine Anbindung aller staatlichen Ressorts an ein Reichskommissariat

¹⁹ Ebenda, S. 200.

²⁰ Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 51.

²¹ Ebenda, S. 51–52.

²² Schmid, Wichard von Moellendorff, S. 41.

²³ Ebenda, S. 66.

²⁴ Wichard von Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916.

²⁵ Klemperer, Germany's New Conservatism, S. 65.

²⁶ Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 52.

für Übergangswirtschaft forderte.²⁷ Von Moellendorffs Gemeinwirtschaftsvorstellungen kristallisierten 1916 sein Weltbild hervor, das eine Verbindung aus Nationalbewusstsein und technischen Denkens darstellte.²⁸ Besonders 1917 scheint der Krieg für von Moellendorff nur noch mit einer autoritären Militärdiktatur zu gewinnen zu sein, was er in seine Konzepte einarbeitet.²⁹ Er war aber ein Gegner des Hindenburgprogramms als Kompromisslösung und zog sich im Frühjahr 1918 zugunsten einer Ökonomieprofessur in Hannover zurück.³⁰ Der Rückzug aus den öffentlichen Ämtern Rathenau und von Moellendorffs, die in den Worten des letzteren nur »Gäste im Büro« waren, zeigt ihre Abweichung vom offiziellen Kriegsprogramm, gingen ihre – intellektuellen und über den Tellerrand blickenden – Vorschläge doch über die offizielle Politik hinaus.³¹

3. Nach dem Krieg

Nach Kriegsende schlug er in den Kanon ein, wonach die nationale Selbstbestimmung des von Feinden umringten Deutschlands bedroht ist.³² Seinem Rücktritt folgend versuchte von Moellendorff die Gemeinwirtschaft auf Basis von Bündnissen mit der DNVP und den Unabhängigen Sozialdemokraten umzusetzen, diese Vorhaben verliefen jedoch im Sande.³³ Moellendorff ist 1918/1919 als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium unterwegs und versucht mit dem sozialdemokratischen Minister Rudolf Wissel eine Überführung der Kriegswirtschaft in Strukturen der Friedenswirtschaft. Dies scheitert jedoch aufgrund fehlender politischer Taktik und weil beide wie »akademische Wanderprediger, die ihre gutgemeinten Modelle vortragen und daran zu glauben scheinen, daß sich ihre Version der ›Wahrheit‹ schon von selbst durchsetzen werde«, wirken.³⁴ Wissel und von Moellendorff als sein

27 Schölzel, Walther Rathenau, S. 242–243.

28 Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 67.

29 Werth, Sozialismus und Nation, S. 84.

30 Klemperer, Germany's New Conservatism, S. 62.

31 Ebenda, S. 62.

32 Werth, Sozialismus und Nation, S. 84.

33 Schmid, Wichard von Moellendorff, S. 141–143.

34 Werth, Sozialismus und Nation, S. 83–84.

Unterstaatssekretär gaben ihre Ämter auf, als im Juli 1919 alle Gemeinwirtschaftspläne auf Eis gelegt wurden.³⁵

Nach dem Krieg trat Harden für das wirtschaftliche Konzept von Moellendorffs ein, der wiederum weiter in der »Zukunft« publizierte, um seine Vorstellungen unter die Leute zu bringen.³⁶ Die Freundschaft mit Harden zerbrach aber schließlich, nachdem von Moellendorff sich nach einem Mordanschlag auf Harden mit keinem Wort an diesen wandte, was Harden als »kaum zu entschuldigende Unterlassung« empfunden haben dürfte.³⁷

Ebenso scheiterte die Freundschaft mit Walther Rathenau schließlich an Eitelkeit und der Frage, wer Urheber der Idee zur Rohstoffbewirtschaftung war.³⁸ Die Entzweiung Rathenaus und von Moellendorffs erfolgte Anfang 1920 in einer öffentlich ausgetragenen Kontroverse über einen veröffentlichten Briefwechsel durch den zu »verbitternden Rückzügen neigenden« von Moellendorff.³⁹ Wer als Urheber der KRA zu sehen ist lässt sich nicht eindeutig abschließend beantworten. Rathenau war es, der sich am 7. August 1914 an das Preußische Kriegsministerium wandte, um auf die wirtschaftlichen Probleme des Krieges hinzuweisen. Er regte allerdings wohl nur Requisitionen in Belgien an und erst von Moellendorffs Überlegungen veranlassten ihn dazu, die Gedanken zu einer größeren Struktur der KRA weiterzuentwickeln.⁴⁰ So erscheint es doch logisch davon auszugehen, dass die Initiative zum Aufbau der deutschen Kriegswirtschaft durch von Moellendorff initiiert wurde, die dann von Rathenau aufgegriffen wurde.⁴¹

Nach dem Rückzug aus der Politik übernahm er kommissarisch die Leitung des staatlichen Materialprüfungsamts in Berlin-Dahlem und wurde im Jahr darauf zum leitenden Direktor des Materialprüfungsamtes sowie des daran angeschlossenen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung ernannt, was er bis 1929 blieb, wobei er diese Ämter straff umorganisierte.⁴²

35 Gall, Walther Rathenau, S. 216; Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 42.

36 Ebenda, S. 34–35.

37 Ebenda, S. 35.

38 Ebenda, S. 37.

39 Schözel, Walther Rathenau, S. 276–277.

40 Ebenda, S. 214.

41 Vgl. Werth, Sozialismus und Nation, S. 83; Klemperer, Germany's New Conservatism, S. 61 mit Verweis auf die deutsche Rohstoffversorgung. Vortrag gehalten in der Deutschen Gesellschaft 1914 am 20. Dez. 1915, Schriften, v. 29f.

42 Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 42.

Somit kehrte er in die technische Forschung zurück, die er 1914 verlassen hatte. Ab Mitte 1926 war von Moellendorff in der »Gemischten wirtschaftlichen Unterkommission der vorbereitenden Abrüstungskonferenz« und ab 1929 in der »Deutschen Gasschutzkommission«, wo er sich mit der militärischen Nutzung ziviler Güter und Produktionsstätten befasste. Ende März 1929 bat er dann – vermutlich wegen unzureichender Gehälter seiner Mitarbeiter – erfolgreich um seine Entlassung.⁴³ Auf verschiedenen Studienreisen seit 1928 studierte von Moellendorff die wirtschaftlichen Verhältnisse in den USA, führte dann ähnliche Untersuchungen über Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland durch und stellte die Ergebnisse im »Volkswirtschaftlicher Elementarvergleich« zusammen.⁴⁴ Anfang der 1930er Jahre lehnte er alle Versuche, ihn zur Rückkehr in die Politik zu bewegen, ab, mutmaßlich weil er den Aufstieg rechter Kräfte nicht unterstützen wollte.⁴⁵ 1932 lebte von Moellendorff in der Isolation. Mitte des Jahres beendete er seine ehrenamtliche Tätigkeit im »Kuratorium für die chemisch-technische Reichsanstalt«, außerdem beendete er auch seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der I. G. Farben, im Folgejahr im S. Fischer Verlag sowie weitere Tätigkeiten – auch wegen politischer Differenzen mit den Nationalsozialisten.⁴⁶ Die nationalsozialistische Machtübernahme beendete schließlich nicht nur die publizistische Arbeit von Moellendorffs, sondern auch sein öffentliches Engagement neigte sich dem Ende. Seine erste Ehe mit Lisbeth Erdmann, aus der 1919 noch ein Sohn des Namens Wichard hervorging, war schon 1924 gescheitert. Am 4. Mai 1937 beging von Moellendorff, der zurückgezogen in einer kleinen Berliner Wohnung lebte, nach dem Freitod seiner zweiten Frau Selbstmord.⁴⁷

4. Der Theoretiker

Von Moellendorff hatte eine positive und instrumentale Einstellung zur Technik und war sich der Grenzen und Möglichkeiten bewusst. Er glaubte an den technischen Fortschritt und die Vorteile der Technisierung für den Menschen.

⁴³ Ebenda, S. 173–174.

⁴⁴ Ebenda; vgl. auch Von Moellendorff, Wichard, Volkswirtschaftlicher Elementarvergleich zwischen Ver. Staaten von Amerika, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien [o. O.] [o.J.].

⁴⁵ Klaus, Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 176.

⁴⁶ Ebenda, S. 177–178.

⁴⁷ Ebenda, S. 178; Schmid, Wichard von Moellendorff, S. 186.

Sein ganzes Leben lang war er zuvorderst Techniker und Ingenieur – dieses rationale Denken übertrug er auf Politik und Wirtschaft. Organisation war für ihn kein Selbstzweck, sondern die einzige Möglichkeit zu Freiheit und Selbstbestimmung, da auf diese Weise Willkür und Zufall überwunden werden könnten.⁴⁸ Von Moellendorff war fasziniert von der Mechanisierung und tief beeindruckt von F.W. Taylors amerikanischer Technokratie. Seiner Analyse nach war die Technokratie eine Herausforderung im Gegensatz zu den Übeln des Kapitalismus, der mit dem Sozialismus begegnet werden konnte. Die Idee des Nationalen Sozialismus von Rathenau und Moellendorff, die den Marxismus als zu zerstörerisch ablehnte, wurde bekannt als Gemeinwirtschaft.⁴⁹ Von Moellendorff erkannte als bedeutsame Leistung Karl Marx an, dass dieser die Ökonomie von politischen Redensarten befreit habe, lehnte jedoch den marxistischen Sozialismus ab.⁵⁰ Für Moellendorff ist seine Gemeinwirtschaft kein Sozialismusnachfolger, sondern ein Konkurrent dessen.⁵¹ Der junge von Moellendorff war sehr beeindruckt von den technischen Leistungen Emil Rathenaus sowie der schriftstellerischen Leistung Walther Rathenaus.⁵² Die Bücher des letzteren bezeichnete von Moellendorff als Grundlage seiner Ideologie.⁵³ Auch unternahmen beide Anstrengungen, den Unterschied zwischen doktriniertem Sozialismus und ihrer eigenen Vorstellungen herauszustellen. Der neue Sozialismus Rathenaus und Moellendorffs war frei von radikalen Lösungen, hatte keine revolutionäre Botschaft oder einfache Auswege. Er war weder gewalttätig nationalistisch oder intellektuellenfeindlich; es war der Versuch Traditionen wiederzubeleben und Freiheiten neu zu definieren.⁵⁴ Dabei ist aber herauszustellen, dass die Gemeinwirtschaftsidee Moellendorffs keineswegs international geprägt war, sondern ein nationalstaatliches Konzept in den Vordergrund rückte, wie bereits an Moellendorffs Verhalten und Vorschlägen in den Endjahren des Ersten Weltkriegs deutlich wurde. Moellendorff dachte als technisch geprägte Person auf nationalem Level, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung durch die Kriegszeit auch durchaus patriotisch

48 Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 42–44.

49 Klemperer, Germany's New Conservatism, S. 63–64.

50 Schmid, Wichard von Moellendorff, S. 5–6.

51 Werth, Sozialismus und Nation, S. 86.

52 Vgl. Bundesarchiv Berlin (BA B), Nachlass Harden 74 H. 15 7–10, Brief Moellendorff an Harden vom 4. Dezember 1908.

53 Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 36; Von Moellendorff, Wichard, Das technische Motiv, in: Die Zukunft, (85) 1913, S. 414–420, hier S. 419.

54 Klemperer, Germany's New Conservatism, S. 65–66.

geprägt. Von Moellendorff war von den Erfolgen der deutschen Kriegswirtschaft derart fasziniert, dass er davon überzeugt war, diese Ordnung müsse dauerhaft Bestand haben, womit er der kapitalistischen Kriegswirtschaft eine klare Absage erteilte.⁵⁵ Er hatte direkte Bezüge zu Otto von Bismarck und nutzte dessen Vorstellungen eines Volkswirtschaftsrats als Vorbild für seine eigenen Ideen zur Gemeinwirtschaft.⁵⁶ Die aus seiner Sicht positiven Erfahrungen der Kriegswirtschaft wurden ergänzt durch seine Verbindung mit den Vorstellungen zur Selbstverwaltung Bismarcks und Steins.⁵⁷ Die Umsetzung des Gemeinwirtschaftskonzepts wäre aber wahrscheinlich auf eine ganze Reihe von Problemen gestoßen. Einmal ganz abgesehen davon, dass die großen Siegermächte des Ersten Weltkriegs wohl eher einer kapitalistischen Grundausrichtung folgten und deren Reparationsinteresse durch von Moellendorffs wirtschaftliches Vorhaben wohl kaum hätte befriedigt werden können, verortet sich das Konzept für den ökonomisch ungeübten Beobachter trotz entsprechender Dementi nahe an der Region des Sozialismus. Nicht zuletzt in Zeiten des Krieges und der späteren Dolchstoßlegende wäre eine solche Abkehr vom Militarismus – denn als solche könnte man die Pläne für eine Friedenswirtschaft schon in Konfliktzeiten durchaus verstehen – kaum durchsetzbar gewesen. Dies gilt umso mehr in einem kriegsorientierten Europa des Jahres 1916. Eine langfristig erfolgreiche Anwendung des von Moellendorff'schen Konzepts wäre wohl nur unter einer soliden Ausgangswirtschaft aussichtsreich gewesen, sofern dieser politisch überzeugender aufgetreten wäre und in den Wirren der Nach- bzw. Zwischenkriegszeit politische Einigkeit für sein Vorhaben hätte erreichen können.

Fazit

Wichard von Moellendorff war ein durch die Kriegsumstände in die Politik verschlagener Techniker und auf diese Art ging er die sich stellenden Herausforderungen an. Eher technisch als politisch versiert, lieferte er die Anregung für

⁵⁵ Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 65; Vgl. BA B, NM 82, von der Zensur nicht zugelassener Fahnenabzug, Moellendorff, Wichard von, Die Kriegswirtschaftskurve, 11. Januar 1916.

⁵⁶ Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft, S. 74.

⁵⁷ Ebenda, S. 66–67.

die Organisation der Kriegswirtschaft durch Einrichtung der Kriegsrohstoffabteilung. Seine wirtschaftlichen Ideen brachte er durch Reden und Publikationen in der »Zukunft« seines Freundes Maximilian Harden an die Öffentlichkeit, während er von Walther Rathenau seit jungen Jahren geprägt wurde. Nach dem Scheitern seiner Gemeinwirtschaftsidee in der Folge des Ersten Weltkriegs zog sich der als verbittert dargestellte von Moellendorff schließlich, nicht zuletzt aufgrund des Aufstiegs der Nationalsozialisten, aus der Öffentlichkeit in die Isolation zurück.

Das politische Dreieck Brüning-Straßer-Schleicher

David Müller

Im Zuge des anhaltenden Interesses an der späten Weimarer Republik ist auch zu Kurt von Schleicher über die Jahre viel Tinte geflossen. Wiewohl die Interpretationsangebote weit auseinandergehen, genießen die Beziehungen Schleichers zu Gregor Straßer besondere Aufmerksamkeit. Von »Querfront« hört man's raunen. Sowohl Henry Ashby Turner.¹ als auch Wolfram Pyta und Rainer Orth² wählten die Beziehungen Schleichers zu Straßer als Hebelpunkt um zu einer Gesamtinterpretation des ersten zu kommen, welche seine Rolle und Perspektive geringer, respektive höher einschätzt. Pyta und Orth präsentieren dabei einen vielversprechenden Ansatz, der konkrete Personenkonstellationen und Netzwerke in den Mittelpunkt stellt, während der begriffliche »Überbau« eher stiefmütterlich behandelt wird. Tatsächlich kommt der Begriff »Querfront« in ihrem Aufsatz kaum vor und wird eher zitiert als affirmativ aufgegriffen. Letzterer Ansatz, der von einer realpolitischen Basis ausgeht, ist sicherlich aussichtsreicher, als sich der diskursiven Genealogie einer »Querfront« zuzuwenden, wie es etwa Axel Schildt getan hat.³ Diese Vorgehensweise lässt sich auch in eine etwas andere Richtung fortführen.

-
- 1 Turner, Henry Ashby, The Myth of Chancellor von Schleicher's Querfront Strategy, in Central European History 41 (2008) Turner weist darauf hin, dass eine Verwendung des Begriffs »Querfront« durch Schleicher nicht bekannt ist, wohl aber sprach er gelegentlich von »Querverbindungen«.
 - 2 Pyta, Wolfram/Orth, Rainer, Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden können, Historische Zeitschrift 312 (2021), S. 400–444.
 - 3 Schildt, Axel, Militärische Ratio und Integration der Gewerkschaften. Zur Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik, in: Saage, Richard (Hg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a.M. 1986, S. 346–365.

Das durch Kurt von Schleicher um den Jahreswechsel 1932/33 angestrebte politische Manöver, eine Integrierung des Straßer-Flügels in die Reichsregierung bei gleichzeitiger Kooperation mit der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und den Mittelparteien im Reichstag, besitzt eine Vorgeschichte im politischen Berlin der Weimarer Republik, eine Vorgeschichte, die über Schleicher hinausweist und eine andere Gestalt in den Fokus rücken lässt: Heinrich Brüning. Die Personenkonstellation um Brüning, Straßer und Schleicher lässt sich als ein politisches Dreieck darstellen. Wie zu zeigen sein wird, war der Kontakt zwischen Straßer und Schleicher hierbei die schwächste und feinste Linie und bei weitem nicht so prägnant wie die Zusammenarbeit Brünings mit Straßer. Dieser Aspekt hat in der Brüning-Rezeption einen geringen Niederschlag gefunden, was zu einem Gutteil an den besonderen Schwierigkeiten der Quellenlage und dem informellen Charakter der Interaktionen liegt. Ehe die Beziehungen zwischen den Akteuren besprochen werden, wird die Quellenlage angeschnitten.

Die Quellenprobleme besitzen zwei Komponenten, der Edition der verfügbaren Quellen und der Nichtverfügbarkeit anderer Quellen. Viele der häufig geheim gehaltenen Treffen haben in den Quellen bestenfalls eine Erwähnung und Kurzbeschreibung erhalten, wurden aber nicht protokolliert und die Verluste essentieller Materialien sind erheblich. Bei Straßer und Schleicher⁴ sind die erhaltenen Quellen spärlich, bei Brüning gehen die Verluste mitunter ins Absurde. Unersetzbliche Dokumente, die er während des Exils in Großbritannien deponiert hatte, gingen durch den Einschlag einer versprengten V1-Rakete verloren,⁵ weitere Bestände fielen einem Erdrutsch zum Opfer, der während der 1960er Jahre das Schweizer Domizil von Brünings Freund Treviranus zerstörte.⁶ Zwar liegen zu Brüning noch immer erhebliche Quellenbestände vor, für die Zeit vor seiner Flucht aus Deutschland 1934 sieht die Lage jedoch ungünstig aus. Die erhaltenen Briefe Brünings wurden nicht rein chronologisch ediert, sondern überdies von seiner langjährigen Sekretärin Claire Nix geordnet, sodass die im weitesten Sinne »politische« Korrespondenz der Jahre ab

4 Es besteht immerhin noch eine Resthoffnung, dass das von der SS konfisierte Manuskript der Memoiren Schleichers in den Untiefen eines russischen Sonderarchivs eines Tages noch auftaucht.

5 Brüning, Heinrich, Briefe und Gespräche 1946–1960, Stuttgart 1974 S. 430.

6 Morsey, Rudolf, Treviranus als Interpret Brünings (1955–1973), in: Klaus Hildebrand und Horst Möller (Hg.), Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 597–608, hier S. 604.

1934 zum einen nicht gedruckt vorliegt und zum anderen künstlich aus dem Kontext gerissen wurde.⁷ Die Probleme der Brüning-Memoiren dürften hingänglich bekannt sein; neben den üblichen Eigenheiten solcher Überlieferungen existiert kein authentisches Manuskript letzter Hand von Heinrich Brüning. Die posthumen Änderungen dürften marginal sein, doch sind die Memoiren bei Feinheiten weniger belastbar, als sie es könnten. Ehe die wechselseitigen Beziehungen von Brüning, Straßer und Schleicher als Gesamtkonstellation dargestellt werden können, gilt es die Kontakte der drei Männer im Einzelnen zu skizzieren. Die Beziehung zwischen Brüning und Schleicher kann dabei weitgehend übergegangen werden. Zum Jahreswechsel 1929/1930 kannten die Beiden einander bereits, spätestens im Frühjahr 1932 war die Arbeitsbeziehung schwer erschüttert. Doch wie war es nun um die Kontakte zwischen Brüning und Straßer bestellt?

Ein Dreieck

Eine essentielle Scharnierfunktion zwischen dem Straßer-Flügel und anderen Kräften der Weimarer Politik waren die im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) versammelten christlich-nationalen Gewerkschaften, allen voran der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV). In diesem Milieu bewegte sich Brüning seit dem Beginn seiner politischen Tätigkeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Mit Schlüsselfiguren wie Max Habermann arbeitete er seit mindestens 1920 zusammen.⁸ Über seinen Freund G.R. Treviranus, der bereits in seiner Zeit im Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) als DHV-nah galt, war er gut mit Figuren wie Walter Lambach, einem hochrangigen Funktionär im DHV bekannt.⁹ Hier liegt mehr als nur eine personelle Verbindung vor; im politischen Berlin wurde bereits Anfang der 1920er Jahre über einen Schulterschluss zwischen bürgerlich-konservativen Kräften, den Gewerkschaften und verschiedenen Elementen des nationalen Lagers diskutiert, was Parallelen zu späteren Bestrebungen aufwies, sie in gewisser

⁷ Morsey, Rudolf, Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings »Memoiren 1918–1934«, Opladen 1975.

⁸ Brüning, Heinrich, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 61–62.

⁹ Stupperich, Amrei, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität: Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933), Göttingen/Zürich 1982, S. 177.

Weise vorwegnahm. »Die ›Neue Front‹ des Jahres 1922 und Moeller van den Brucks ›Dritter Standpunkt‹ wurden zur ›Jungen‹ und zur ›Dritten Front‹ des Tat-Kreises.«¹⁰ Mit dieser Aussage nahm Otto-Ernst Schüddekopf unter anderem Bezug auf den von Arthur Moeller van den Bruck 1922 herausgegeben Sammelband »Die Neue Front«, zu der mehrere Figuren aus Brünings Umfeld Texte beisteuerten. Neben dem bereits erwähnten Walther Lambach findet sich auch Franz Stöhr unter den Autoren, mit dem Brüning ebenfalls mindestens seit 1920 zusammenarbeitete.¹¹ Erwähnenswert unter den Autoren sind auch Martin Spahn und Eduard Stadtler, die Brüning bereits aus seiner Studienzeit in Straßburg ab 1906 kannte.¹² Rudolf Pechel und Hermann Ullmann waren für Brüning von noch weitaus größerer Bedeutung, Pechels »Deutsche Rundschau« war noch nach dem Zweiten Weltkrieg ein Sprachrohr für Brüning und Treviranus.¹³

Der Versuch einer Zusammenarbeit zwischen den zugleich nationalkonservativ und gewerkschaftlich orientierten Elementen in der Zentrumspartei um Brünings politischen Ziehvater Adam Stegerwald und Kräften aus dem nationalen Lager, teils innerhalb, teils jenseits der DNVP, scheiterte. Das von Brüning verfasste und später immer wieder hochgehaltene »Essener Programm« verpuffte, die DNVP spaltete sich und sprengte ihren »Arbeitnehmerflügel« förmlich ab,¹⁴ die Mitgliederschaft des DHV radikalierte sich zusehends.¹⁵ Ein knappes Jahrzehnt später hauchten die Weltwirtschaftskrise und die ge-wandelte politische Lage während der Kanzlerschaft Brünings diesen Erwägungen neues Leben ein.

An dieser Stelle besteht ein Datierungsproblem. Brüning sprach rückblickend davon, mit dem Straßer-Flügel eine »dauernde geheime Fühlungnahme« gehalten zu haben.¹⁶ Anfang Dezember 1931 wurden sich Brüning und Straßer bereits – dazu später mehr – bezüglich des weiteren Vorgehens handels-

¹⁰ Schüddekopf, Otto-Ernst, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1973, S. 225.

¹¹ Brüning, Memoiren, S. 41.

¹² Ebenda. Über das einstweilen stark abgekühlte Verhältnis Stadtlers zu Brüning gibt dessen Schrift »Schafft es Brüning?« (1931) Auskunft. Eduard Stadtler, Schafft es Brüning?, Berlin 1931.

¹³ Prominentestes Beispiel: Brüning, Heinrich, Ein Brief, in: Deutsche Rundschau 70 (1947) Heft 7.

¹⁴ Stupperich, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität, S. 177–185.

¹⁵ Ebenda, S. 186–191.

¹⁶ Brüning, Memoiren, S. 461.

einig.¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt waren die Kontakte offenkundig einigermaßen belastbar, doch wann begann diese »*dauernde geheime Fühlungnahme*«? Das erste dokumentierte Gespräch zwischen Brüning und Straßer scheint im Rahmen eines Treffens in Treviranus' Berliner Wohnung am 6. Oktober 1930 stattgefunden zu haben, an dem außerdem Adolf Hitler und Wilhelm Frick teilnahmen.¹⁸ Innerhalb der 14 Monate zwischen Anfang Oktober 1930 und Anfang Dezember 1931 schufen Brüning und Straßer ein mindestens rudimentäres Einvernehmen und eine Vertrauensbasis. Es ist gleichwohl nicht auszuschließen, dass sich Brüning und Straßer bereits vorher kannten, neben den schon genannten Personen wie Habermann kommen noch weitere Kanäle in Frage: Paul Schulz, ein Vertrauter und enger Mitarbeiter Straßers war Brüning seit den Tagen des Ruhrkampfes bekannt.¹⁹ Noch nachdem Schulz den Morden des 30. Juni 1934 knapp entronnen war, traf er Brüning und Treviranus im Herbst 1934 in der Schweiz.²⁰ Günther Gereke, den Treviranus seit 1924 gut kannte,²¹ stand mindestens seit dem Herbst 1931 – wohlmöglich früher – mit Straßer im Austausch und blieb auch weiterhin ein Aktivposten, er brachte es bis zum Posten eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung während der Kanzlerschaft Schlechers.²² Heißester Kandidat ist allerdings Hellmuth Elbrechter, eine seltsame Gestalt der Weimarer Republik, schillernd und nebulös zugleich. Seit 1923 war er mit Gregor Straßer und Figuren des Straßer-Flügels, allen voran Karl Kaufmann, dem späteren Gauleiter von Hamburg, befreundet.²³ Nach dem Umzug nach Berlin erweiterte sich der Bekanntenkreis des Zahnarztes Elbrechter beträchtlich: Zu Treviranus entwickelte er eine persönliche Freundschaft²⁴ und Brüning schrieb 1953, Elbrechter, mit dem er in »persönlicher, freundschaftlicher« Beziehung stünde, sei ihm seit »nahezu 25 Jahren« bekannt.²⁵ Zudem war Elbrechter Mitglied des Tat-Kreises und schrieb unter Pseudonym für deren Zeit-

- 17 Treviranus, Gottfried Reinhold, *Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit*, Düsseldorf/Wien 1968, S. 164.
- 18 Volkmann, Peer Oliver, *Heinrich Brüning (1885–1970) Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie*, Düsseldorf 2007, S. 175–176.
- 19 Kissenkoetter, Udo, *Gregor Straßer und die NSDAP*, Stuttgart 1978, S. 126.
- 20 Volkmann, Heinrich Brüning, S. 277.
- 21 Treviranus, *Ende von Weimar*, S. 95.
- 22 Kissenkoetter, Straßer, S. 107.
- 23 Kissenkoetter, Straßer, S. 206.
- 24 Treviranus, *Ende von Weimar*, S. 345.
- 25 Kissenkoetter, Straßer, S. 207.

schrift.²⁶ Falls Brüning nicht durch großzügiges Aufrunden auf die Angabe von »nahezu 25 Jahren« gelangte, wird man die Möglichkeit in Betracht ziehen müssen, dass über Elbrechter bereits vor dem Herbst 1930 Kontakt zu oder flüchtige Bekanntschaft mit Straßer bestand. Gleiches gilt für die Personalie Schulz.

Größtes Hindernis für eine nähere Datierung des Beginns der »dauernden geheimen Fühlungnahme« war ihr klandestiner Modus; Brüning selbst sprach davon, dass Besprechungen außerhalb der Reichskanzlei nachts und unter falschem Namen stattfanden.²⁷ Naturgemäß braucht man hier auf Gesprächsprotokolle nicht zu hoffen. Um wenigstens eine grobe zeitliche Eingrenzung vorzunehmen, ist man auf Indizien verwiesen. Aus Sorge vor Alfred Hugenberg's »sozialreaktionären« Ansichten und der Befürchtung, dieser könnte durch die Tagung in Bad Harzburg zur bestimmenden Person im nationalen Lager werden, versuchte Habermann im Oktober 1931 Brüning und Straßer zusammenzubringen.²⁸ Da Habermann nicht nur Brüning, sondern auch Straßer schon länger kannte,²⁹ könnte dies als Indiz dienen, wonach die Beziehungen zwischen Brüning und Straßer im Oktober 1931 noch rudimentär waren. Allerdings kann man es auch nicht als gegeben annehmen, dass Habermann über den Stand einer »geheimen Fühlungnahme« jeweils tagesaktuell im Bilde gewesen sei. Ein weiteres Indiz spricht jedoch für eine etwas andere Chronologie.

Im Sommer 1931 fanden im Hause von Otto Schmidt-Hannover vertrauliche Besprechungen zur Kandidatenfrage für die im Frühjahr 1932 anstehende Reichspräsidentenwahl statt. Es scheint eine grundsätzliche Einigung auf eine Kandidatur des Generals Otto von Below gegeben zu haben, der als Unterstützer des Brüning-Kurses galt und den man sowohl den Nationalsozialisten als auch der Sozialdemokratie vermitteln zu können hoffte. Die Formulierungen Treviranus' in der Wiedergabe dieser Besprechungen sind etwas uneindeutig. Es ist bei der Passage nicht eindeutig klar, ob Frick und Straßer an diesen Besprechungen selbst teilnahmen, oder ob eine vorher mit den beiden getroffene Absprache bei diesen Besprechungen weitergegeben wurde.³⁰

²⁶ Fritzsche, Klaus, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des »Tat«-Kreises, Frankfurt a.M. 1976, S. 51–52.

²⁷ Brüning, Memoiren, S. 461.

²⁸ Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932, Stuttgart 1962, S. 144–145.

²⁹ Kissenkötter, Straßer, S. 146.

³⁰ Treviranus, Ende von Weimar, S. 297.

Es scheint jedoch äußerst wahrscheinlich, dass mindestens ein vertrauenswürdiger Bevollmächtigter Straßers an diesen Besprechungen teilnahm. Man wird also Diskussionen des Sommers 1931 in Otto Schmidt-Hannovers Dahlermer Domizil über die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl – mithin ein Thema von existenzieller Wichtigkeit für die Reichsregierung – als Beleg dafür werten können, dass zu diesem Zeitpunkt bereits Verhandlungen zwischen dem Kabinett Brüning, vertreten durch Treviranus, und dem Straßer Flügel liefen. Da Hitler bei der Reichspräsidentenwahl 1932 letztendlich selbst antrat, wovon Straßer abgeraten hatte,³¹ und ihm daher an einer auch nur von Teilen der NSDAP unterstützten Kandidatur Otto von Belows nicht gelegen sein konnte, hatten die Besprechungen des Sommers 1931 also ein potentiell pikantes Moment. Dies deutet an, dass zu diesem Zeitpunkt bereits Vorarbeiten geleistet waren. Welchen Zeitpunkt man auch immer als Anfangspunkt annimmt, ein Netzwerk wechselseitiger Beziehungen und Kontakte hat spätestens in der zweiten Jahreshälfte 1931 bestanden und da man sich mitunter seit mehr als einem Jahrzehnt kannte, kann ein gewisses Maß an Einvernehmen und Vertrauen vorausgesetzt werden.³²

Ehe die Frage angeschnitten wird, was auf Basis dieser Kontakte geplant oder möglich war, soll noch der zeitliche Rahmen der Beziehung zwischen Schleicher und Straßer in aller Kürze dargestellt werden. Diese sollen an diese Stelle keineswegs kleingerechnet werden, in diesem Sinne kann auch die Amtszeit Schleichers als Reichskanzler getrost ohne jeden Vorbehalt als eine Phase des intensiven Austauschs mit Straßer angenommen werden. Doch wann setzte dieser Austausch ein? So schlecht und vage die Quellenlage bei Brüning aussieht, ist sie hier noch bedeutend trüber.

Natürlich sind die Möglichkeiten endlos, was den Kontakt zwischen einem Angehörigen der Reichswehr und einem Mitglied der NSDAP anbelangt, zumal wenn es sich um jeweils ranghohe Figuren handelt. Hypothetische Gespräche sind hier selbstredend nicht belastbar, etwas Handfesteres ist vonnöten. Vogelsang jedenfalls präsentierte eine eher schmale Gesprächsbasis vor Schleichers Zeit als Kanzler: die Abkehr von Papen und dessen Kurs habe

³¹ Patch, William L., Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic, Cambridge 1998, S. 239.

³² Thilo Vogelsang resümierte: »So zeichnete sich allmählich in schattenhaften Umrissen und nur für wenige wahrnehmbar eine Konstellation auf sozialpolitischer Grundlage ab, die ein Jahr später für die Politik Schleichers noch einmal aktuell werden sollte.« Vogelsang, Reichswehr, S. 145.

Schleicher während eines Kuraufenthalts in Badenweiler im »letzten Oktoberdrittel« 1932 vollzogen, also höchstens sieben Wochen vor Amtsantritt.³³ Da Papen zu diesem Zeitpunkt auf eine Konfrontation mit dem Reichstag zusteuerte und an einer parlamentarischen Mehrheit einstweilen kein gesteigertes Interesse mehr hatte, ist es unwahrscheinlich, dass Gespräche zwischen Schleicher und Straßer vor diesem Zeitpunkt bereits weit gediehen waren.³⁴ Zudem meint Vogelsang die Initiative für Sondierungen zu einer Art »Querfront« im August/September 1932 sei von den Gewerkschaften und Parteien, nicht Schleicher ausgegangen.³⁵ Der nächste Anhaltspunkt wäre ein Treffen im Innenministerium am 9. September 1932, an dem neben Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) auch Schleicher und Straßer teilnahmen.³⁶ Da ein solches Treffen gewisser Vorbereitungen bedarf, ist es ein starkes Indiz für bereits geleistete Vorarbeiten. Auf der anderen Seite meldet Schildt Zweifel an, was diese Zusammenkunft anbelangt und ob sie überhaupt stattfand.³⁷ Tritt man allerdings noch einen weiteren Schritt zurück, werden die Dinge endlich belastbar und einigermaßen unstrittig: Im August 1932 trafen sich Schleicher und Straßer in der Privatwohnung Elbrechters in der Schaperstraße 29 in Berlin.³⁸ Den Kontakt zu Elbrechter hatte sich Schleicher im Winter 1931 durch Werner von Alvensleben vermitteln lassen, laut Treviranus geschah dies allerdings mit Hinblick auf Elbrechters Stellung im Tat-Kreis und nicht als Hebelpunkt für künftige Kontakte zu Straßer.³⁹

Einiges spricht dafür, diese Zusammenkunft im August 1932 als Ausgangspunkt der Beziehungen zwischen Schleicher und Straßer zu sehen. Die schroffe Absage Hitlers an das Kabinett Papen – entgegen aller früheren Vereinbarungen – am 13. August wäre ein plausibler Katalysator für eine Umorientierung Schleichers in Richtung Straßer. Kissenkoetter und Hayes neigen zu die-

³³ Vogelsang, Thilo, Kurt von Schleicher. Ein General als Politiker, Göttingen 1965 S. 83–84.

³⁴ Pyta, Wolfram/Kolb, Eberhard, Rettung durch Staatsnotstand? Die Planung des Ernstfalls unter den Regierungen Papen und Schleicher, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 155–181.

³⁵ Vogelsang, Schleicher, S. 82.

³⁶ Kissenkoetter, Straßer, S. 153.

³⁷ Schildt, Militärische Ratio, S. 362.

³⁸ Kissenkoetter, Straßer, S. 129.

³⁹ Treviranus, Ende von Weimar, S. 344 – 345.

ser Interpretation.⁴⁰ Für Kontakte vor diesem Treffen im August, die Umstände legen ein Datum nach dem 13. nahe, gibt es kaum Anhaltspunkte. Treviranus, immerhin als Weggefährte Brünings eng in diese Prozesse eingebunden, sprach davon, Schleicher habe im »Frühherbst 1932« bei Straßer »vorfühlen« lassen.⁴¹ Nun müsste die Witterung in der zweiten Augusthälfte schon ungewöhnlich ungemütlich gewesen sein, um als »Frühherbst« durchzugehen, in jedem Fall wird aber selbst für diesen groben Zeitraum – so oder so bewegen wir uns im dritten Quartal des Jahres 1932 – noch Vorläufigkeit und Unbestimmtheit suggeriert. Für den Juni und Juli sind kaum Kontakte zwischen Schleicher und Vertretern der NSDAP bekannt, was wenig verwundert, da neben dem Reichstagswahlkampf auch die Einarbeitung in ein neu übernommenes Ministeramt den General in Anspruch nahm.⁴² Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Peter D. Stachura von einem durch Elbrechter vermittelten ersten Treffen zwischen Schleicher und Straßer im »Sommer« 1932 in der Wohnung Hans Zehrs spricht.⁴³ Die verschiedenen Angaben lassen sich als Zeugnisse von bis zu drei verschiedenen Treffen (»Sommer«, August und »Frühherbst«) interpretieren, wahrscheinlicher dürfte es sein, dass hier von ein und demselben Treffen die Rede ist, während beim Ort des Geschehens, Zehrs oder Elbrechters Wohnung, Uneinigkeit zu herrschen scheint. So ungewiss die Sachlage ist, zeichnet sich doch ein Gesamtbild ab: Schleicher scheint die Straßer-Option vor dem 13. August 1932 kaum in Betracht gezogen zu haben, höchstens als eine Möglichkeit unter mehreren. Erst nachdem Hitler als potentieller Partner Schleichers ausschied, steigerten sich die Kontakte zu Straßer allem Anschein nach langsam. Der Bruch Schleichers mit Papen ließ eine Zusammenarbeit mit Straßer in den Fokus des Generals rücken. Kontakte vor diesem Zeitraum sind kaum nachweisbar, jedoch auch nicht auszuschließen. Neben Elbrechter käme vor allem Hermann Cordemann als Mittelsmann infrage.⁴⁴

Folglich war die Beziehung Schleicher-Straßer weitaus weniger ausgeprägt als die Brüning-Straßer. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass es Schleicher nicht vermochte ein echtes Vertrauensverhältnis aufzubauen.

- 40 Kissenkoetter, Straßer, S. 145 und Hayes, Peter, A Question Mark with Epaulettes? Kurt von Schleicher und Weimar Politics, in: Journal of Modern History, 52 (1980) S. 51.
- 41 Treviranus, Ende von Weimar, S. 339.
- 42 Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 227.
- 43 Stachura, Peter, Gregor Strasser and the rise of Nazism, London 1983 S. 96.
- 44 Kissenkoetter, Straßer, S. 107.

en⁴⁵ während Stachura sogar eine »personal friendship« Straßers mit Brüning sieht.⁴⁶ In dem Dreieck Brüning-Straßer-Schleicher war die Verbindungsline zwischen den letzteren beiden die dünnste und schwächste, sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Auf der Basis der damit erarbeiteten Personenkonstellation lassen sich einige Episoden ab dem Jahreswechsel 1931/32 miteinander in Zusammenhang bringen. Der Ausgangspunkt ist an dieser Stelle das oben bereits erwähnte Treffen Brünings mit Straßer in dem nicht weniger erzielt wurde als eine Übereinkunft darüber, dass der Reichskanzler sich dazu bereiterklärte, seinen Posten zu Räumen und Straßer als seinen Nachfolger zu installieren, sollte dieser eine Mehrheit für dieses Vorgehen erlangen.⁴⁷ Knackpunkt war offenkundig die Haltung der NSDAP-Fraktion, während Brüning die parlamentarische Basis seiner Minderheitsregierung wohl als zuverlässige Hausmacht ansah. Dieses Modell dokumentiert zusätzlich die geschaffene Vertrauensbasis, da Straßer dabei im Reichstag in Vorleistung zu treten hätte, mit keiner Garantie außer Brünings gegebenem Wort. Die ersten Monate des Jahres 1932 waren durch die Vorbereitungen der Präsidentschaftswahl und anschließend dem Wahlkampf geprägt.⁴⁸ Hier zog man – in begrenztem Rahmen – am gleichen Strang, sprach sich doch Straßer gegen eine Kandidatur Hitlers aus.⁴⁹ Patch hält dies übrigens für »the first real sign of an emerging alliance between Brüning and Strasser«.⁵⁰ Grund für diese Haltung von Patch dürfte sein, dass er das Treffen im Dezember 1931 in Zweifel zieht. Da Brüning in seinen Memoiren von einem Treffen mit Straßer im Dezember 1932 spricht, zieht Patch eine Fehldatierung durch Trevorinus in Betracht.⁵¹ Tatsächlich handelt es sich aber um zwei verschiedene Besprechungen. Im Januar 1932 fand Brüning gleichwohl Zeit, die führenden Sozialdemokraten Otto Braun, Carl Severing und Rudolf Hilferding in seine Pläne für die Zukunft einzubringen. Sobald außenpolitisch die Ernte eingefahren sei, würde eine »Schwenkung« der Politik vorgenommen und die Zusammensetzung des Kabinetts verändert,

45 Hayes, Epaulettes, S. 56.

46 Stachura, Strasser, S. 102.

47 Trevorinus, Ende von Weimar, S. 164.

48 Die Verhandlungen um die Kandidatur Hindenburgs zogen sich bis in den Februar hinein.

49 Patch, Dissolution, S. 239.

50 Ebenda.

51 Patch, William L., Heinrich Brüning's Recollections of Monarchism. The Birth of a Red Herring, in: The Journal of Modern History 70 (1998), S. 340–370, hier S. 363.

wobei Brüning nicht mehr als Kanzler, sondern nur noch als Außenminister fungieren würde. Als Fernziel wurde die legale Restauration der Monarchie, als Partner der Straßer-Flügel angegeben.⁵² Man mag an dieser Darstellung Brünings Zweifel haben, sie stimmt aber nicht nur mit den Angaben von Treviranus überein, sondern würde auch einen taktisch nachvollziehbaren Schritt darstellen. Nach der Vereinbarung mit Straßer wird die Sozialdemokratie ins Boot geholt, jeweils mit Brüning als Bürgen. Eingedekkt des vielfach dokumentierten Unwillens Brünings, von der von ihm für richtig befundenen politischen Linie abzuweichen, wird man wohl annehmen können, dass ihm ein verkapptes »Kabinett Brüning III« vorschwebte, dem zwar formal Gregor Straßer vorstehen würde, in dem jedoch Brüning mutmaßlich weiterhin den Ton anzugeben gedachte. Treviranus schrieb rückblickend: »Deshalb war er [Straßer] bereit, Brünings Essener Programm von 1920 auf einer volkskonservativen Basis als Regierungsplattform in der Großen Weltkrise anzunehmen«.⁵³ Eine prägende Rolle war Straßer nicht zugeschrieben. Als erster Schritt für ein Heranführen Straßers an das Kabinett war vorgesehen, einen »Verwaltungsrat für Arbeitsbeschaffung« einzurichten. Mit Ausnahme der Kommunisten sollten alle Parteien Vertreter entsenden, wobei Straßer als Emissär der NSDAP vorgesehen war. Dies war im Frühjahr 1932 mit Brüning vertraulich abgesprochen.⁵⁴

»In diesen Begegnungen und Plänen des Frühjahrs 1932 wird so überraschenderweise in Umrissen jene politische Konstellation erkennbar, auf die Schleicher ein halbes Jahr später, im Herbst 1932, seine Regierung zu gründen versuchte. Schon jetzt, als es noch um Pläne für die Arbeitsbeschaffung ging, trafen sich Vertreter des ADGB, bürgerliche Industrielle und Politiker, sowie der Straßer-Flügel der NSDAP.«⁵⁵

Öffentlich sichtbar, zumindest erahnt wurden diese Bestrebungen erstmals in den Reichstagssitzungen vom 10. und 11. Mai 1932. Mit der programmatischen Rede Straßers vom 10. Mai befassen sich auch Pyta und Orth ausgiebig.⁵⁶ Während Kissenkoetter Ferdinand Fried – bei der »Tat« für wirtschaftliche Themen zuständig – für den Autor von mindestens Teilen der Rede hält,

52 Brüning, Memoiren, S. 462.

53 Treviranus, Gottfried Reinhold, Für Deutschland im Exil, Düsseldorf/Wien 1973 S. 14.

54 Treviranus, Ende von Weimar, S. 188.

55 Kissenkoetter, Straßer, S. 107–108.

56 Pyta/Orth, Nicht alternativlos, S. 10–13.

schrieb Elbrechter 1945 die Rede sei auf seine Initiative hin gehalten worden.⁵⁷ Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wurde die Rede Straßers, vermutlich auch die Brünings, bei dem Treffen der beiden am 30. April thematisiert und koordiniert. Da strengste Geheimhaltung gewahrt worden war, ist sonst nichts zu diesem Gespräch bekannt.⁵⁸ Die Rede wurde allgemein als Bündnisangebot aufgefasst, einerseits von Brüning selbst,⁵⁹ andererseits auch von Autoren wie Carl Rothe in dessen Buch »*Die Front der Gewerkschaften*«.⁶⁰ Auch im Plenum des Reichstages gingen die Reaktionen in diese Richtung: Der Abgeordnete August Siemsen meinte unmittelbar danach das »liebenswürdige Zwiegespräch, das Herr Brüning mit den Nationalsozialisten geführt hat« könne man auch als »den Beginn eines Koalitionsgesprächs bezeichnen«.⁶¹ »Herr Straßer hat so geredet, als ob er die Bahn zu möglichst schnellem Eintritt in die Regierung freimachen wollte, und Herr Brüning hat [...] wieder sehr liebenswürdig und freundlich gesprochen.«, fasste Siemsen zusammen. Momentan sei eine Teilnahme der NSDAP an der Reichsregierung vielleicht noch nicht möglich, die Sache würde aber schon werden, prognostizierte er.⁶² Auch Rudolf Hilferding sprach in der Reichstagssitzung vom 11. Mai von einer sich anbahnenden Koalition und ging mehr noch als Siemsen inhaltlich auf Straßers Ausführungen vom Vortag ein.⁶³ Die relative Zurückhaltung Hilferdings wird verständlicher, wenn man bedenkt, dass er – wie auch Braun und Severing – bereits im Januar 1932 von Brüning in Überlegungen eingeweiht wurde, mit dem Straßer-Flügel zusammenzuarbeiten.⁶⁴ Hilferding nahm die Chance, diesen Überlegungen eine Absage zu erteilen nicht wahr, was freilich alleine noch keine Billigung bedeutet, aber diese Option dennoch als diskutabel behandelt. Brüning selbst sprach am

57 Kissenkoetter, Straßer, S. 111–112, 205.

58 Brüning, Memoiren, S. 571.

59 Ebenda.

60 Rothe, Carl, »*Die Front der Gewerkschaften*, Jena 1932, S. 76. Da Rothe auch in der »Tat« veröffentlichte und mit hoher Wahrscheinlichkeit also den oder die Verfasser der Rede kannte, besitzt seine Interpretation der Rede erhöhtes Gewicht.

61 Rede von August Siemsen vor dem Reichstag am 11.5.1932, Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode Band 446, Druck und Verlag der Reichsdruckerei, Berlin 1932, S. 2603–2606.

62 Ebenda.

63 Rede von Rudolf Hilferding vor dem Reichstag am 11.5.1932, Verhandlungen des Reichstags- V. Wahlperiode, Band 446, S. 2631–2638.

64 Brüning, Memoiren, S. 462.

11. Mai, ging auf außenpolitische Themen ein und warb eindringlich für Beständigkeit in der Politik, wobei er auch die berühmte Wendung von den hundert Metern vor dem Ziel verwendete.⁶⁵ Waren das Durchhalteparolen, war es nur ein verzweifelter Appell, oder ging es darum einen Übergang zu moderieren und dabei Kontinuität in den Vordergrund zu stellen?

Was immer Brüning auch bezweckte und erhoffte, am Ende des Monats war seine Amtszeit vorüber. Über die weiteren geplanten Schritte auf dem Weg zu einem »verkappten Kabinett Brüning III« kann nur spekuliert werden, aber da Brüning den Ansatz Schleichers aus dessen Kanzlerzeit, Straßer zu einem Bruch mit Hitler, wohlmöglich zu einer Abspaltung zu bewegen, nicht befürwortete, dürfte er etwas anderes im Sinn gehabt haben.⁶⁶ Eine denkbare Möglichkeit wäre eine Ermattungsstrategie mit dem Ziel die Stellung Hitlers in der NSDAP sukzessive zu schwächen, bis Straßer schließlich die Fraktion der Partei auf seinen Kurs hätte bringen können. Der Rückhalt Hitlers in seiner Partei erwies sich letztlich als bedeutend stärker als der Brünings bei Hindenburg. Die vielfältigen Überlegungen, weshalb Brüning Ende Mai 1932 gehen musste, sollen an dieser Stelle nicht erörtert werden.

Fazit

Kissenkoetter schätzt, dass am Ende des Jahres 1932 bis zu 100 Abgeordnete der NSDAP im Falle einer Abspaltung Straßer gefolgt wären. Wäre die Unterstützung eines Reichskanzlers Straßer dagegen nicht ein weit geringfügigerer Schritt, den ein größerer Anteil der Fraktion zu gehen bereit gewesen wäre?⁶⁷ Die Fraktion selbst wäre eine kleinere geblieben, da es höchst unwahrscheinlich ist, dass Brüning im Falle eines erfolgreichen gemeinsamen Vorgehens mit Straßer auf Neuwahlen gedrängt hätte. Eine Unterstützung durch Hindenburg war dabei aber ein unabdingbares Erfordernis. Und so hätte er auch in diesem Szenario keine ausgeschrieben. Während Schleicher offenbar eine präsidiale, stärker auf die Exekutive zugeschnittene Lösung vorschweb-

⁶⁵ Zwei Jahre am Steuer des Reichs. Reden aus Brünings Kanzlerzeit, Herausgegeben von Josef Hofmann, Köln 1932, S. 58–60.

⁶⁶ Brüning, Memoiren, S. 635.

⁶⁷ Kissenkoetter, Straßer, S. 174.

te,⁶⁸ konnte man von einer Kombination Brüning-Straßer eine moderate Re却amentarisierung erwarten, geh鰋te doch die Fraktion der Partei, zumindest in relevanten Teilen, zu Straßers Hausmacht. Ein solches Vorgehen, welches wohl erst nach der Konferenz von Lausanne im Juni 1932 zu forcieren gewesen würde, hatte sicherlich das Potential die Weimarer Republik zu stabilisieren und etwaige von Brüning angestrebte Reformen, zum Beispiel in Bezug auf die Monarchie oder auch die Struktur der Länder, ins Werk zu setzen. Die Brüning stützenden Mittelparteien, besaßen bereits mit den Stimmen der SPD eine Tolerierungsmehrheit. Die Unterstützung eines Großteils der NSDAP-Fraktion hätte in der Tat eine Zweidrittelmehrheit in greifbare Nähe gerückt.

In den acht Monaten zwischen dem Ende seines Kabinetts und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler riss der Gesprächsfaden zwischen Brüning und Straßer nicht ab. Doch der Umstand, dass Brüning nunmehr »von außen hineinsehen« musste, machte all dies zu einem Epilog. Brüning traf sich Ende August mit Straßer in Tbingen⁶⁹ und noch Mitte November 1932 nannte dieser Brüning auf der Titelseite des Völkischen Beobachter »persönlich unanfechtbar«.⁷⁰ Bis zu den Reichstagswahlen vom 30. November 1932 stand eine Koalition zwischen Zentrum und NSDAP im Raum, Papen, Schleicher und Hitler verwahrten sich gegen diese Möglichkeit, sodass Brüning und Straßer als Fürsprecher dieser Option angenommen werden können.⁷¹ Noch im Januar 1933 stand Brüning im Austausch mit Straßer⁷² und warnte ihn auch vor dessen Ermordung 1934.⁷³

Als Schleicher sich als Reichskanzler daran möchte, Straßer einzubinden, baute er auf Strukturen, die unter maßgeblicher Beteiligung Brünings aufgebaut worden waren. Er besaß jedoch weder Brünings gute Beziehungen zur SPD, noch ein persönliches Vertrauensverhältnis zu Straßer. Ob man es nun »Querfront«, »Querverbindungen« oder anders nennt, die beste Chance auf eine solche Lösung bestand wohl im Mai 1932. Als Schleicher diese Pläne, zu deren Scheitern er wahrscheinlich aktiv beigetragen hat, schließlich unter andren Vorzeichen reaktivieren wollte, fehlten ihm diese Grundlagen. Von einer

68 Pyta, Wolfram, Konstitutionelle Demokratie statt monarchischer Restauration. Die verfassungspolitische Konzeption Schleichers in der Weimarer Staatskrise, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 418–441.

69 Volkmann, Brüning, S. 233–234.

70 Kissenkoetter, Straßer, S. 161.

71 Vogelsang, Reichswehr, S. 271–272, 282, 311.

72 Brüning, Memoiren, S. 639–643.

73 Kissenkoetter, Straßer, S. 194.

Zusammenarbeit mit Straßer konnte Brüning sich eine Stabilisierung seines Kurses erhoffen, zudem bot sich die reelle Chance, die Lebensdauer einer wenn auch reformierten Weimarer Republik zu verlängern.

Lothar Erdmann (1888-1939)

Nationaler Sozialist, Sozialdemokrat, Gewerkschafter

Daniel Meis

»Bürgerlicher – proletarischer – nationaler Sozialismus. Ein Vergleich: Sozialismus der Entzagung, der Macht u. Bildungserweiterung. U. Sozialismus des Verstehens u. der Gemeinschaft. Der bürgerliche Sozialismus muss ethischer Sozialismus sein; der proletarische Sozialismus muss seine Bürgerfeindlichkeit genauer bestimmen. Unterscheidungen machen, Gemeinschaft erwecken: nun, wo sie besteht; der umfassendste Sozialismus kennt nur das ganze Volk; er kann nur als ethischer Sozialismus vom Bürgertum erfasst, gelebt u. verkündet werden.«¹

Diese Gedanken schrieb Lothar Erdmann am 15. Oktober 1919 in sein Tagebuch. Für ihn war dies eine Form der Ausdifferenzierung verschiedener Spielarten von Sozialismus. Zugleich sollte es eine Annäherung an die Definition eines nationalen Sozialismus sein. Und so klar und deutlich durchdacht im zitierten Tagebucheintrag die Gedanken Erdmanns auch erscheinen: eine nachhaltige und beständige Definition, was nationaler Sozialismus für ihn sei, erreichte Erdmann nie.

Obwohl seine Gedanken um einen nationalen Sozialismus häufig diffus, mitunter widersprüchlich und verwirrend, doch auch sehr oft stringent durchdacht wirken, liegt kein gebündeltes oder gar ausgearbeitetes Erdmann'sches Konzept vor. Dieser Befund ist erstaunlich und erklärungsbedürftig. Schließlich war Erdmann einer der großen und relativ wirkungsmächtigen politischen Theoretiker von ADGB und SPD in der Zeit der Weimarer Republik. Seine Positionen aber blieben jene einer Minderheit in der Arbeiterbewe-

1 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAoooo16, Tagebuch 1919–1920, Eintrag vom 15. Oktober 1919.

gung. Der nationale Sozialismus setzte sich gegen einen internationalen Sozialismus bei ADGB und SPD nie durch.

Erdmann hielt dennoch an ihm fest. Die ersten Gedanken und Überlegungen in Richtung eines nationalen Sozialismus sind bei ihm bereits Jahre vor dem Zeitpunkt feststellbar, zu welchem er zur SPD und dann zum ADGB stieß. Auch als die SPD in der NS-Zeit verfolgt und der ADGB »gleichgeschaltet« respektive zerschlagen wurde, blieb Erdmann nationaler Sozialist. Er war gar der Ansicht, die Niederlage beider Organisationen im Angesicht der NSDAP habe zu einem erheblichen Anteil daran gelegen, dass sie sich zu stark auf die Ideen ihrer linken Flügel ausgerichtet hätten. Zudem war Erdmann von der Hoffnung geprägt, der linke NSDAP-Flügel würde zumindest teilweise mit seinen persönlichen Ansichten eines nationalen Sozialismus zusammenlaufen, und diese nach der Machteroberung der Nationalsozialisten auch durchsetzen. Dass der linke NSDAP-Flügel aber keine Chance zur Durchsetzung erhielt, war nicht der einzige Fakt, der Erdmann nach 1933 erschütterte und seine Hoffnungen zerstörte. Auch sein Ansinnen auf Mitwirkung blieb verwehrt, und als einstiger Vertreter der ADGB-Führung muss er gar zu den zeitweise Unterdrückten und Verfolgten gezählt werden, inklusive seines Todes 1939 im Konzentrationslager.

Umso nachhaltiger scheint es geboten, Erdmann als Protagonist nationaler Sozialismen in der Weimarer Zeit einmal in den Blick zu nehmen. Die bisherigen Erdmann-Studien sind zwar immer wieder auf dessen Ideologie zurückgekommen. Doch konkret seine Vorstellungen eines nationalen Sozialismus sind dabei entweder ›nur‹ in populär-, nicht jedoch fachwissenschaftlichen Publikationen thematisiert worden, oder aber sie mussten immer wieder als sekundär zurücktreten vor seiner Biografie, dem ADGB oder der SPD.

Ohnehin ist Erdmann nur gering erforscht. Dies verwundert bei seiner Rolle für den ADGB in der Weimarer Zeit doch sehr. Bis auf die üblichen Kurzbiografien und Beiträge in Nachschlagewerken dauerte es bis 1983, bis der erste nähere Blick auf Erdmann geworfen wurde. Gerhart Beier verwandte in seiner Sammlung wichtiger deutscher Gewerkschafter ein eigenes kurzes Kapitel für Erdmann.² Es folgte erst 2002 ein längerer Aufsatz. Doris Schröder

² Beier, Gerhart, Schulter an Schulter. Schritt für Schritt. Lebensläufe deutscher Gewerkschafter, Köln 1983, S. 41–46.

nahm hierbei Erdmann allgemeiner in den Blick.³ 2004 erschien dann die erste Monografie. Bis heute nach wie vor das Standardwerk darstellend, befasste sich Ilse Fischer darin mit Erdmanns Werdegang. Einen besonderen Fokus legte sie dabei auf die Weimarer und NS-Zeit. Zudem fügte sie ihrem Buch eine Teiledition der viele Tausend Seiten an Erdmanns Tagebucheinträgen hinzu. Leider besteht die Edition nur aus rund der Hälfte der Erdmann-Tagebücher. Die andere Hälfte wurde aus Gründen der Privatsphäre der Familie ausgelassen.⁴

Allerdings sind die ausgelassenen Themen heute, 20 Jahre später, gesellschaftlich nicht mehr so stark tabuisiert und negativ konnotiert. Zudem eignen sie sich hervorragend, um die Innensicht von Erdmann, ADGB- und SPD-Führung zu untersuchen. Der Verfasser vorliegenden Aufsatzes editiert daher die Tagebücher zusammen mit einer Kollegin in einer voraussichtlich fünfbändigen Ausgabe; das Erscheinen ist grob für 2026 angedacht.

2007 veröffentlichte Ilse Fischer eine weitere Studie, welche im weitesten Sinne Erdmann und sein Wirken zum Thema hatte. Ihr Aufsatz hatte das Theorieorgan des ADGB, »Die Arbeit«, zum Inhalt. Verfasst als Einleitung zur Online-Edition setzte der Aufsatz nochmals neue Akzente. Erdmann war der Redakteur der »Arbeit«, während ihr Herausgeber eine andere Führungspersönlichkeit des ADGB war, doch Erdmanns Einfluss war so bestimmend und dominant, dass der Aufsatz zu großen Teilen zwangsläufig um das Erdmann'sche Wirken und die ideologische Ausrichtung der Zeitschrift kreiste.⁵

Es dauerte bis 2023, ehe wieder neue (und in diesem Falle populärwissenschaftliche) Publikationen über Erdmann herangezogen werden konnten. Der Verfasser des hier vorliegenden Aufsatzes hat in diesem Jahr einen Beitrag

- 3 Schröder, Doris, Erdmann, Lothar, in: Mielke, Siegfried (Hg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Band 1, Berlin 2002, S. 56–67.
- 4 Fischer, Ilse, Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888–1939). Ein »leidenschaftlicher Individualist« in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern, Bonn 2004. Die Auslassungen betrafen beispielsweise diverse Äußerungen über Freunde und allerlei Intimitäten.
- 5 Fischer, Ilse, »Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde« – das theoretische Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) 1924–1933, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007, <https://library.fes.de/arbeit/einleitung-fischer.pdf>, zuletzt abgerufen am 5. März 2024.

veröffentlicht über Erdmanns allgemeinen Werdegang,⁶ sowie einen Beitrag über dessen ideologische Ausrichtung als nationaler Sozialist.⁷ Des Weiteren erschien jüngst ein kurzes Büchlein des Verfassers über Erdmanns Vielseitigkeit und Divergenzen als (groß-)bürgerlicher, nationaler Sozialist und politischer Theoretiker.⁸

Ein rein fachwissenschaftlicher Aufsatz mit dem ausdrücklichen Ziel, Erdmann als einen der Protagonisten der nationalen Sozialismen in der Weimarer Zeit zu untersuchen, fehlt bislang. Dabei ist gerade dies eine der Eigenschaften an Erdmann, welche bis heute in seinem öffentlichen Bild besonders präsent sind. Diese Lücke zu schließen, soll der vorliegende Aufsatz leisten.

Die Quellenlage dafür ist ausgesprochen gut. Erstens existieren Tausende Seiten an Tagebucheinträgen, welche im Archiv der sozialen Demokratie sowie in dessen DGB-Teilarchiv im gemeinsamen Nachlass Lothar Erdmanns aufbewahrt werden. Um die Problematik der Auslassungen der Teiledition von Ilse Fischer zu umgehen, hat der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes stets die Originale gesichtet und zitiert.

Zweitens liegen durch die »Arbeit« etliche Artikel vor, die Erdmann selbst zu Themen des Sozialismus, Gewerkschaften und weiterem verfasst hat. Durch seine lenkende Hand bei der »Arbeit« ist zudem ein gewisser Einfluss auch auf die anderen Beiträge möglich herauszuarbeiten, von Autorenauswahl über inhaltliche Redaktion bis hin zu Themenvergabe. Zudem publizierte Erdmann auch in anderen Presseorganen vom programmatischen Artikel bis hin zur Rezension mit politischen Zwischentönen.

Drittens bietet Erdmanns Nachlass weitere Dokumente wie Briefe und Notizen, die jedoch nur einen untermauernden oder sekundierenden Quellenwert für die hier untersuchte Forschungsfrage aufweisen. Ähnliches gilt, viertens, für die Erdmann betreffenden Akten aus der NS-Zeit. Beides ist hilfreich, doch Erdmanns nationaler Sozialismus wird hieraus nur in kleinsten Ausschnitten erkennbar; die beiden erstgenannten Quellen sind hierbei schlicht ausschlaggebend. Auf die Quellenkategorien 3 und 4 sei hier also

⁶ Meis, Daniel, Lothar Erdmann (1888–1939): Ein depressiver Schriftsteller zwischen Nation und Sozialismus, in: FEShistory, 2023, <https://www.fes.de/feshistory/blog/lothar-erdmann-i>, zuletzt abgerufen am 5. März 2024.

⁷ Meis, Daniel, »Nationaler Sozialismus«: Die Sozialismuskonzeption von Lothar Erdmann (1888–1939), in: FEShistory, 2023, <https://www.fes.de/feshistory/blog/lothar-erdmann-ii>, zuletzt abgerufen am 5. März 2024.

⁸ Meis, Daniel, Lothar Erdmann (1888–1939). Ein Sozialdemokrat und Gewerkschafter zwischen Nation und Sozialismus, Berlin 2024.

eher der Vollständigkeit halber und zur weiteren Vertiefung wie späteren Forschungen hingewiesen. Denn trotz dieses Aufsatzes wird Erdmanns Ideologie noch längst nicht ausgeforscht sein.

Zur Untersuchung der Leitfrage ist der vorliegende Beitrag wie folgt gegliedert. Ein erstes, kurzes Kapitel erläutert Erdmanns Werdegang inklusive Sozialisation. Im zweiten Kapitel wird in drei Unterkapiteln konkret auf die Ideen, Gedanken, Vorstellung und Konzeptionen von Erdmanns nationalem Sozialismus eingegangen. Das dritte Kapitel ordnet diesen Erdmann'schen nationalen Sozialismus kurz und grob in die entsprechenden zeitgenössischen Strömungen in der Weimarer Zeit ein.

1. Werdegang und Sozialisation

Lothar Erdmann wurde am 12. Oktober 1888 in Breslau geboren. Der Vater war niemand anderes als der sehr bekannte und als Wissenschaftler verehrte Philosoph Benno Erdmann. Die Familie verweilte 1888 in Breslau, weil der Vater dort nach Kiel 1884 bereits seinen zweiten Lehrstuhl innehatte. Weitere Berufungen folgten nach Halle (1890) und Bonn (1898). Die Familie zog mit und blieb schließlich in Bonn.⁹ Die Stadt am Rhein und späterhin auch Berlin sollten für Lothar Erdmann trotz diverser jahrelanger Aufenthalte in vielen weiteren Großstädten Heimat bleiben.

Während der Vater aus einer theologisch und philosophisch orientierten Akademikerfamilie stammte, war die Mutter Eugenie Nachfahrin von Handwerkern. Das zentrale verbindende Element zwischen beiden war die freireligiöse Ausrichtung, von der auch ihre drei Kinder berührt wurden. Das erste Kind Ilse wurde 1879 geboren, das zweite Käthe 1882.¹⁰ Der Sohn Lothar kam nicht nur sehr spät, sondern war das mit Abstand jüngste Kind – und der erste Sohn.

Was bei einer solchen Konstellation und den zeitgenössischen Geschlechterrollen im Alltag einer großbürgerlichen Familie um die Jahrhundertwende bereits zu Spannungen führen konnte, wurde mit dem Tod der innig ge-

⁹ Vgl. zum Werdegang: Lüde, Gabe, Erdmann, Benno, in: Neue Deutsche Biographie 4 (1959), S. 570–571; zum Werk siehe den inhaltlich ausführlichen Nachruf von: Wentscher, Else, Benno Erdmann als Historiker der Philosophie, in: Kant-Studien 26 (1924) 1–2, S. 139–150.

¹⁰ Zum familiären Hintergrund und Zusammenleben vgl. Fischer, Versöhnung, S. 17–22.

liebten Mutter 1899 akut. Die Disharmonie zwischen Vater und Sohn wurde ob der zeitgenössisch nicht ungewöhnlich kalten und entrückten Haltung des trotzdem verehrten Familienvaters kritisch. Die Erwartungshaltung, der Sohn möge in die eigenen Fußstapfen treten, tat sein Übriges. Gleiches gilt für den Weggang des Vaters infolge eines Rufes nach Berlin 1909 und dessen zweite Heirat 1913.¹¹ Der Sohn war und blieb dahingehend sein Leben lang verletzt wie verunsichert. Gerade persönliche Verbindungen und eigene Verortungen in zwischenmenschlichen Kontakten sollten für ihn lebenslang schwierig bleiben.

Der Alltag im Hause Erdmann war stark großbürgerlich geprägt.¹² Für den Sohn bedeutete dies nicht nur eine selbstverständliche Beschäftigung mit allen Formen von bildungsbürgerlicher Kultur und die Annehmlichkeiten wie Sicherheiten eines gewissen Wohlstandes. Es hieß auch eine Vorzeichnung, eines Tages ein der väterlichen Profession ähnliches, geisteswissenschaftliches Studium aufzunehmen.¹³ Dies entsprach zwar ohnehin den Interessen des Sohnes, doch Erwartungshaltungen lagen dennoch in der Luft.

1906 das Abitur in Bonn erlangt, begann Lothar Erdmann ein Studium der Geschichte, Philosophie, Germanistik und Nationalökonomie. Es führte ihn an eine Vielzahl von Universitäten, angefangen in Heidelberg, dann in Bonn (wo er gar beim Vater studierte), hiernach München und schließlich Freiburg. Zurück in Bonn strebte er die Promotion in Geschichte durch Friedrich von Bezzold an. Mit diesem überwarf er sich aus nicht näher bestimmbaren Gründen. Es scheinen jedoch nicht oder nicht ausschließlich fachliche Fragen gewesen zu sein. Denn Erdmann schrieb sich hiernach in Berlin ein, verblieb drei Jahre, brach dann aber gänzlich ab – völlig ohne Einfluss des früheren Betreuers.¹⁴ Damit war auch die Dauerhaftigkeit des Konfliktes mit dem Vater nicht nur

¹¹ Vgl. ebenda, S. 20–22.

¹² Bei allen Problemen um den Begriff des Bürgertums, und speziell eines bildungsbürgerlichen und großbürgerlichen Zuschnitts, ist doch feststellbar, dass die Familie Erdmann durch die Herkunft des Familienvaters Benno sowie durch Lebensstil, Auftreten und eigener Verortung der Familienmitglieder bildungsbürgerlich und großbürgerlich genannt werden kann. Für bürgerliche Familien um 1900 ist dieser Zuschnitt nicht unbedingt tonangebend, dominierten doch innerhalb des Großbürgertums inzwischen eher das Wirtschaftsbürgertum. Vgl. allgemein Andreas Schult, Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Auflage, Berlin/München/Boston 2014.

¹³ Vgl. im Detail: Meis, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, S. 16.

¹⁴ Vgl. Fischer, Versöhnung, S. 22–24.

unumgänglich, sondern gemäß dem Selbstverständnis des Vaters angemessen.

Der Perspektivlosigkeit und dem Konflikt mit dem schwer enttäuschten Vater ging Erdmann aus dem Weg, indem er vorerst nach London übersiedelte. Dort befasste er sich mit sozialistischen Denkern und Theorien, besuchte öffentliche wie akademische Veranstaltungen und suchte offensichtlich nach Weltsicht und Weltverständnis.¹⁵ Er sollte durchaus fündig werden und das Aufgenommene weiterdenken.

Besonders Bernard Shaw prägte ihn nachhaltig, ebenso wie die Fabian Society. Die Anknüpfungspunkte zu den Fabiern lagen speziell im Vorantreiben sozialistischer Theorien durch Intellektuelle. Zudem war die Fabian Society ausgerechnet in der Zeit während Erdmanns Londonaufenthalt dabei, sich nationalistischen Positionen anzunähern oder sie zu integrieren.¹⁶ Für den nach Weltanschauung suchenden Erdmann war das eine perfekte Handhabe, noch dazu an einem besonders aufnahmebereiten Zeitpunkt in seinem Leben. Gleichfalls entschloss er sich noch in London, die Wissenschaft als seinen eigenen Lebensweg zu verwerfen, und sich beruflich zum Journalismus zu orientieren.¹⁷ Der Konflikt mit dem Vater war damit endgültig.

1913 nach Bonn zurückgekehrt, verblieb kaum ein Jahr im Kreise der Freunde, bis der Erste Weltkrieg einen weiteren Einschnitt in Erdmanns Leben bedeutete. Noch im August 1914 als Freiwilliger gemeldet, wurde er an der Westfront eingesetzt und trotz nur geringer Kriegsbegeisterung vom kollektiven Gemeinschaftsgefühl angesteckt. Verletzt und befördert blieb er bis 1916 Soldat. Sein bester Freund August Macke hatte ihm vor dem Krieg das Versprechen abgenommen, dass Erdmann seine Ehefrau ehelichen würde, sollte er selbst versterben. Macke fiel noch im Sommer 1914, 1916 konnte Erdmann dann

¹⁵ Vgl. Meis, Schriftsteller.

¹⁶ Vgl. Zum Fabianismus einander ergänzend: Wittig, Peter, der englische Weg zum Sozialismus. Die Fabier und ihre Bedeutung für die Labour Party und die englische Politik, [West-]Berlin 1982; Markner, Reinhard, Fabianismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus 4 (1999), Sp. 9–18.

¹⁷ Vielleicht war es eine Frage der Selbstdisziplin, vielleicht auch eine Frage der elitären Verortung der (zeitgenössischen) Wissenschaft, aber für Erdmann war dies nunmehr eine eindeutige Entscheidung. Dies kann mit einem gesellschaftlich direkteren Zugang und Wirkungsbereich zu allen Kreisen und Schichten erklärbar sein, genauso kann es aber auch an dem intellektuell für alles offenen, nicht streng fachwissenschaftlichen (Bildungs-)Aufenthalt in London liegen.

endlich sein Versprechen einlösen und heiratete Elisabeth. Ein reguläres Familienleben war jedoch noch in weiter Ferne, was für Erdmanns stete Verunsicherung nicht unproblematisch war. 1916 wurde er als Korrespondent nach Amsterdam zum Wolff'schen Telegraphenbüro versetzt.¹⁸ Der Einstieg in den Journalismus war mehr oder weniger gelangt, wenngleich unter gänzlich anderen Umständen als angedacht.

Mit Kriegsende ins Reich zurückgekehrt orientierte sich Erdmann angesichts der von ihm begrüßten Revolution parteipolitisch an der den Umbruch tragenden SPD. Hierüber gelangte er näher in Gewerkschaftskreise und konnte 1921 nach Amsterdam gehen, um dort in die Presseabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) einzusteigen.¹⁹ Kontakte wie Eindrücke beim IGB wirkten festigend auf seine Weltsicht.

Dadurch fand er auch Anschluss an engere Kreise des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). 1923 durfte er als Publizist für diesen tätig werden; sein Hauptbetätigungsfeld sollte dabei eine neu zu gründende, ADGB-eigene Theoriezeitschrift werden. Erdmann verzog so (endgültig) nach Berlin. 1925, neun Jahre nach der Heirat, folgte die Familie aus Bonn.²⁰ Nunmehr konnten sie dauerhaft vereint bleiben.

Die Theoriezeitschrift war »Die Arbeit«. Erstmals Anfang 1924 veröffentlicht sollte sie bis zur Einstellung nach der »Gleichschaltung« der Gewerkschaften im Mai 1933 monatlich erscheinen. Sie stellte keine übliche Verbandszeitschrift und auch kein Propagandablatt dar, sondern ein Theorieorgan, welches die praktische Arbeit der Gewerkschaften fachlich und auf theoretischer Grundlage untermauerte. Zielpublikum waren vor allem die Angehörigen der Arbeiterbewegung. Direkt dem ADGB-Vorstand unterstellt wurde als ihr Herausgeber Theodor Leipart eingesetzt, alleiniger Redakteur

¹⁸ Detailliert bei: Fischer, Versöhnung, S. 26–40.

¹⁹ Meis, Schriftsteller. Zur SPD in den ersten Jahren der Nachkriegszeit vgl. nach wie vor Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978. Zum IGB in jenen Jahren vgl. Tosstorff, Reiner, Kurze Geschichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Amsterdamer Internationale 1919–1945, Wien 2021, S. 24–37.

²⁰ Vgl. zu den privaten und persönlichen Aspekten Fischer, Versöhnung, S. 95–102. Zum ADGB und allgemein die Gewerkschaftsbewegung nach dem für sie einschneidenden Krisenjahr 1923 vgl. Kuckuck, Horst-Albert, Der Wiederaufschwung der Gewerkschaftsbewegung 1924 bis 1929, in: Matthias, Erich/Schönhoven, Klaus (Hg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 153–185.

wurde Erdmann. Letzterer hatte die faktische Leitung inne, erledigte den Großteil der Arbeit, kümmerte sich um Themenverteilung, Redaktion, Autorenbetreuung und weitere inhaltliche Ausgestaltung.²¹ Die »Arbeit« war faktisch Erdmanns Werk.

In den folgenden Jahren konnte er durch eigene Artikel und durch Autorenauswahl und Themenzuschnitte einen dominierenden Einfluss auf die theoretische Fundierung, Beschäftigung mit praktischen Problemen der Arbeiterbewegung, sowie Weiterentwicklung der Ideen nehmen. Am liebsten wäre er jedoch freiberuflich als Schriftsteller tätig geworden. Werke wie sein Romanfragment des autobiografisch angehauchten »Mönch« blieben allerdings stets unvollständig. Beruf, Familie und Alltagssorgen nahmen Erdmann zu sehr ein. Die Kraft und Disziplin, sich selbst aus seinen immer wiederkehrenden depressiven Zuständen herauszuholen, gelang ihm nicht aufzubringen. Dennoch war er zufrieden mit seiner Tätigkeit als politischer Publizist.²² Es war jedoch nicht sein Traum.

Erdmann war ab 1924 nicht nur der theoretische Vordenker des ADGB, sondern auch noch ein Angehöriger einer Minderheit innerhalb der Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zum Internationalismus der Mehrheitsströmung war Erdmann ein Verfechter des nationalen Zuganges zum Sozialismus. Die großbürgerlich-liberale Sozialisation und Lebensstil machten sich hier ebenso bemerkbar, wie die nationalistische Begeisterung und Ansicht, die Weltbevölkerung sei eindeutig in Nationen gegliedert. Insofern eckten seine Theorien intern auch immer mal wieder an. Dass sein eigener Einfluss auf den ADGB beispielsweise viel geringer war, als sich Erdmann noch 1923/1924 für die Zukunft erhofft hatte, lag nicht an einer Naivität Erdmanns.²³ Vielmehr entsprach seine Verortung auf dem rechten Flügel von ADGB wie SPD einfach nicht der dominierenden Hauptströmung. Was ihn gelegentlich frustrierte, muss aber relativiert werden. Denn immerhin ließ ihn der ADGB weiter die »Arbeit« führen.

Erdmann erlebte so an ranghoher Stelle in der Arbeiterbewegung die vermeintlich »Goldenen Zwanziger« ebenso mit, wie die Wirtschaftskrise und Auflösung der Republik ab 1929/1930. Der gleichzeitige Aufstieg der NSDAP blieb einem politischen Beobachter wie Erdmann nicht verborgen. Früh warnte der Demokrat Erdmann vor ihnen, mahnte vor Unterschätzung, hoffte hingegen ab 1932 auch auf einen eventuellen Durchbruch des linken NSDAP-

21 Vgl. Fischer, Organ, S. 2–5.

22 Vgl. Meis, Schriftsteller.

23 Vgl. Meis, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, S. 27–42.

Flügels, sollte die Partei doch mal die Macht übernehmen. Mit dem rechten NSDAP-Flügel gab es bis auf die Außenpolitik kaum Überschneidungen. Die nationalen Sozialisten der NSDAP rund um die Strasser-Brüder hingegen besaßen anschlussfähige Positionen für den nationalen Sozialisten Erdmann.²⁴ Dies sollte nach 1933 noch verwirrend für ihn werden.

1933 versuchte der ADGB sich von der SPD vorsichtig, aber rasant zu lösen, mit den zur reichsweiten Macht gelangten Nationalsozialisten im neuen System zusammenzuwirken, und dabei eigene Betätigungsfelder beizubehalten. Auch Erdmann wirkte hieran in Form der »Arbeit« mit, machte sich selbst über die Ausschaltung der Gewerkschaften hinaus noch Hoffnungen, und wurde schließlich radikal enttäuscht.²⁵ Anderen erging es ähnlich.

Primär als freiberuflicher Journalist gelang ihm künftig ein leidliches Auskommen für die Familie, vor allem indem er Rezensionen und gelegentliche Artikel über Künstler für diverse Zeitungen und Zeitschriften verfasste. Sein ideologisches Wirkungsfeld hatte er mit der »Arbeit« jedoch verloren, finanzielle Sorgen prägten den Alltag fortan und ein beruflicher Aufstieg war auf unabsehbare Zeit durch die ihm negativ angelastete Verortung in der Weimarer Arbeiterbewegung verhindert. Daher kann es kaum verwundern, dass er zu Kriegsbeginn am 1. September 1939 im Rahmen der »Kriegs-Sonderaktion« inhaftiert wurde. Speziell die Führungspersönlichkeiten der Weimarer Parteien und Gewerkschaften wurden hiervon erfasst. Erdmann überstand die ersten zwölf Tage im Konzentrationslager Sachsenhausen, hiernach wurde er wegen Einstehens für einen anderen Häftling sechs Tage lang gefoltert und verstarb an den Folgen am 18. September.²⁶ Aus der Sicht des Jahres 1932 hätte Erdmann wohl niemals mit einer solchen Zuspritzung gerechnet.

2. Lothar Erdmanns Ideen, Gedanken und Vorstellungen zu einem (eigenen) nationalen Sozialismus

2.1 Keine Definitionen, sondern Annäherungen

Nachhaltige, durchdachte Definitionen gelangen Lothar Erdmann für (seinen) nationalen Sozialismus nie. Er unternahm zwar Versuche dazu. Aber

²⁴ Vgl. Meis, Sozialismuskonzeption.

²⁵ Vgl. Meis, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, S. 43–52.

²⁶ Vgl. Fischer, Versöhnung, S. 219–234, 258–265.

diese blieben stets in Ansätzen stecken. Dafür jedoch hat Erdmann etliche Annäherungen vollbracht, mit denen er seine Vorstellungen eines nationalen Sozialismus zu beschreiben versuchte.

Hinzu kommen zum Verständnis von Erdmanns Weltsicht die vielen verstreuten Aussagen, Gedankengänge und Erläuterungen zu politischen Themen im weitesten Sinne. Diese etlichen Details und Versatzstücke besaßen eine gewisse innere Logik. Wer sie miteinander verbindet und vergleicht, stößt auf ein umfassendes Denkgebäude. Dieses war zwar nicht lückenlos. Aber es war ausgebaut.

Erdmann formulierte dies nie in Form einer Theorie oder eines Programms aus. Und ob er die gesamte Weite seines eigenen Denksystems völlig durchdrang und verstand, sei angesichts seiner Tagebucheinträge einmal dahingestellt. Und doch liegt ein unverbundenes, nicht ausformuliertes System vor. Eine Theorie daraus zu bilden oder zu abstrahieren, würde zu weit führen und müsste viele Leerstellen überbrücken. Doch können hier zumindest die für Erdmanns nationalen Sozialismus zentralen Eckpunkte herausgearbeitet werden.

Das Ergebnis kann bei einem solchen Vorgehen folgendes für Erdmanns Weltanschauung feststellen. Erstens war er gegen einen ausschließlich auf Internationalismus ausgerichteten Sozialismus. Er erkannte Vorteile eines internationalen Vorgehens zur Verwirklichung von Sozialismus an, aber die Folgen und Begleiterscheinungen würden dies nicht rechtfertigen. Denn – zweitens – betrachtete Erdmann Nationen nicht als etwas künstliches, sozialkonstruktivistisches an, sondern als etwas natürliches, organisches. Internationalismus würde das Aufgehen der Nationen im Internationalen und ein Einreihen in einen künstlichen Zweckverband bedeuten, und das wäre angesichts der natürlichen Rolle der Nationen falsch. Drittens orientierte sich Erdmann international auch nicht primär an Klassen (deren Existenz er hingegen für gegeben hielt), sondern an Nationen. Er wollte keine Ausschaltung einer Klasse zugunsten einer anderen, sondern eine Teilhabe und das Heil für alle Klassen durch Aufgehen in der gemeinsamen Nation. Viertens war Erdmann davon überzeugt, dass nur der evolutionäre, nicht der revolutionäre Weg der Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft funktionieren könne. Hier ist er klar bei Sozialdemokratie und Gewerkschaften verortbar, dachte er doch an Wirtschaftsdemokratie, nicht an Planwirtschaft. Kollektive Regelungen im Arbeitswesen würden mittel- bis langfristig dank wachsender gemeinsamer Interessen die Klassengegensätze aufheben.

Mit einem Satz formuliert ließe sich Erdmanns Vision wie folgt zusammenfassen: Auf dem evolutionären Wege der demokratischen Umgestaltung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zur Mitbestimmung Aller schleifen sich die künstlich durch den Menschen geschaffenen Klassengegensätze ab und gehen in der natürlichen Nation mit sozialer Teilhabe und Gleichrangigkeit wie Gerechtigkeit auf.

2.2 Teilhabe aller in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Internationale Zugänge und Solidaritäten lehnte Erdmann nicht grundsätzlich ab. Er erkannte beispielsweise deren Bedeutung für die Arbeiterbewegung an.²⁷ Was ihn aber zurückschrecken ließ, war die unmittelbare Folge internationaler Zusammenarbeiten: ein Zurückstehen der einzelnen Nationen. Gerade in Erdmanns Abgrenzung von kommunistischen, internationalen Bestrebungen wird dies gut deutlich. In seinem Tagebuch hielt er dazu beispielsweise fest:

»In der Richtung ihrer Grundgedanken liegt die Verneinung der Nationen als Persönlichkeiten. Nur Juden, soweit sie nicht in anderen Völkern aufgegangen sind, können so international sein, dass sie unter allen Umständen die Interessen eines bestimmten, in allen Ländern vorkommenden Standes wie des Proletariats den Interessen einzelner Völker unterordnen.

[...] Der internationale Communismus, von einer Centralinstanz geführt, die weitgehendste Autorität bei den communistischen Parteien aller Länder giesst, zerstört die Nationen, indem er eine grosse Volksgruppe aus ihrem organischen Zusammenhang entfernt und sie einem Zweckverband unterordnet.«²⁸

Hier klingt bereits an, was Erdmann unter einer Nation verstand. Seine vielen Aussagen hierzu sind in ihren Details nicht identisch, zudem finden sich

²⁷ Denn immerhin habe der Internationalismus »[d]er Arbeiterbewegung zur Erkenntnis ihrer social und wirtschaftlich gleichartigen Lage verholfen; er hat das schöne Kameradschaftsgefühl der Unterdrückten gezeigt, die – in allen Nationen und aus ihrem Material – eine Gemeinschaft entfachen wollen. Er hat ihnen gezeigt, dass in bestimmten Fragen eine gegenseitige Abhängigkeit der Arbeiterschicht in den verschiedenen Ländern besteht.« AdsD, Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAAoooo15, Tagebuch 1920 und 1922, Eintrag vom 22. Dezember 1922.

²⁸ Ebenda, Tagebuch 1920 und 1922, Eintrag vom 1. September 1920.

bei diesen auch wieder nur Annäherungen und Versatzstücke. Aber grundsätzlich verstand er als Nation »etwas Umfassenderes als die staatlichen und gesellschaftlichen Formen, in denen sich ihr Leben im Laufe ihrer Geschichte ausprägt«.²⁹ Internationalismus hingegen, wie konkret bei den Kommunisten, »zerstört die Nationen, indem er eine grosse Volksgruppe aus ihrem organischen Zusammenhang entfernt und sie einem Zweckverband unterordnet«.³⁰ Erdmann drückte nie aus, was er eindeutig unter Nationen verstand, aber durch solche Aussagen wie die zitierten (und davon existieren reichlich viele) lässt sich filtern, dass er unter der Nation einen natürlich vorliegenden Bevölkerungsverband verstand, während übernationales künstlich sei, und die organisch-natürlichen Nationen schlicht zerstören würde.

Dies widersprach aber nicht dem Erdmann'schen Gedanken des Sozialismus. Unter diesem nämlich verstand er etwas, das³¹

»zur Teilnahme auf[ruft] an dem ›freien Bündnis der Verschworenen für die bessere Zeit‹; er verlangt ein reifes sittliches Verstehen für den Gedanken, dass die Freiheit jedes einzelnen, insoweit ihr Schatten die Verarmung und Verkümmерung des Lebens für Millionen bedeutet, auf einer gesellschaftlichen Grundlage beruht, die von niemandem geduldet werden kann [...]. Der Sozialismus will die Last des gesellschaftlichen Seins, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Millionen von Menschen niederdrückt, das Familienleben zerstört und die Entfaltung der geistigen Kräfte ebenso hindert wie die Bildung des Menschen im Menschen, für die Parias der Gesellschaft erleichtern. Er will freien Grund für ein freies Volk schaffen.

Er will keine geistige und materielle Uniformität. Es liegt ihm fern, [...] die natürliche [...] Gliederung der Menschheit, die im gesamten Bereich des Schafens auf die schöpferischen Menschen angewiesen ist und daher auf allen

²⁹ Erdmann, Lothar, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit 2 (1925) 11, S. 657–674, hier S. 666.

³⁰ AdSD, Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAAoooo15, Tagebuch 1920 und 1922, Eintrag vom 1. September 1920.

³¹ Auch hier wieder gilt das Problem, dass Erdmann solche für sein Denken und seine Ideologie zentralen Begriffe nicht definierte, sondern lediglich Annäherungen und Versatzstücke vorhanden sind, die es einzuordnen, vergleichen und interpretieren gilt. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist das kein Zufall, suchte Erdmann in Artikeln wie Tagebucheinträgen sowie Briefen doch ständig nach möglichst guten Beschreibungen und Definitionen besprochener Themen. Eine feste Definition konnte er offenbar nicht aufstellen.

Gebieten den Unterschied von Führenden und Geführten anerkennen muss, zugunsten einer künstlichen Gleichheit zu unterdrücken.«³²

Es ging Erdmann also um gleiche Chancen, Rechte und Möglichkeiten, aber eben nicht avantgardistisch durchgesetzt wie bei den Kommunisten, sondern durch nationeninterne Hebung Aller auf ein höheres Niveau.

Auf dem evolutionären Weg der Umgestaltung, den nun einmal die von Erdmann als sinnvoll erachteten Sozialdemokratie und Gewerkschaften verfolgten, würden dann nach und nach die Klassengegensätze abgeschliffen und schließlich aufgehoben werden.³³ Dies aber wahlgemerkt nicht mit der revolutionären Brechstange oder durch internationale Solidarität einzelner Klassen, sondern durch eine innernationale Zusammenarbeit. Die Folge wäre eine Befriedung der Nation:

»Diejenige Nation wird in Zukunft die Vorhut fortschreitender Zivilisation bilden, deren Arbeiterklasse den höchsten Grad wirtschaftlicher Freiheit erreicht. Und auch die Kultur, die menschlichen und geistigen Werte der Nation, die mehr oder weniger unabhängig sind von ihrem zivilisatorischen Fortschritt, werden ob dieser realistischen Einschätzung der Bedeutung des materiellen Daseins nicht zu kurz kommen.«³⁴

Anders könnte es auch gar nicht sein,

»[d]enn es handelt sich bei diesem Gegensatz [des Kampfes um die Formen menschlichen Zusammenlebens] nur um den unvermeidlichen Kampf verschiedener nationaler Ideen, um das Ringen aufstrebender Schichten mit

32 Erdmann, Lothar, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit 2 (1925) 11, S. 657–674, hier S. 668–669.

33 Daher auch die Motivation Erdmann für Sozialdemokratie und Gewerkschaften wie Arbeiterbewegung im Allgemeinen. Ausschlag für die SPD hatte 1919 zwar deren Engagement in der Revolution und Republikgründung gegeben, aber Erdmanns Beweggründelagen in dem, was er als übergeordnet betrachtete, nämlich der Nation: »Ich bin Sozialist, aber ich bin kein Sozialdemokrat, ich bin ein Mann der Arbeiterbewegung, aber ich bin es um der Nation willen. Es kommt darauf [an], dass ich diesen Widerspruch, der mich – unausgesprochen – zermürbt, eingehend klar lege und den Weg zu seiner Überwindung klar und kraftvoll bezeichne: die nationale Idee der Arbeiterbewegung zu verkünden: das ist die Aufgabe.« AdsD, Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAAooooo19, Tagebuch 1926, Eintrag vom 8. Dezember 1926.

34 Erdmann, Gewerkschaften und Sozialismus, S. 660.

den herrschenden, mit dem Ziel, dass ihre Idee der Nation in den Formen des Staates und der Gesellschaft zum Ausdruck gelangt. Es handelt sich um einen Kampf, der innerhalb der Nation um ihre Form geführt wird.«³⁵

Was verstand Erdmann nun konkret unter der Umgestaltung der Wirtschaftsverhältnisse? Avantgardistische Tendenzen einer Planwirtschaft lehnte er ab, bei Genossenschafts- und Gemeinwirtschaftskonzepten war er nicht abgeneigt. Doch auch und gerade der Weg der Wirtschaftsdemokratie innerhalb des bestehenden kapitalistischen System schien ihm eine Erfolg versprechende Möglichkeit zu sein. Grundsätzlich war Erdmann vorsichtig bei dem Thema.³⁶ Aber ein Lothar Erdmann wäre kein Lothar Erdmann gewesen, hätte er keine Bereitschaft besessen, sich intensiv in solche Fragen einzuarbeiten. Interessanterweise lässt sich gar der Großteil seiner »Arbeit«-Artikel dem Oberthema der Umgestaltung der Wirtschaft durch Gewerkschaften und Sozialdemokratie zuordnen.

Erdmann betonte stets die Wichtigkeit eines aus den Betrieben heraus voranschreitenden Prozesses immer weiterer, konsensualer Mitwirkung aller Betriebsangehörigen. Es ging folglich nicht darum, dass Arbeiter eine Fabrik übernehmen sollten, sondern um die Einbindung aller in und zu einer Gemeinschaft. Denn »[d]er Betrieb ist zwar die Lebenssphäre des Arbeiters«,³⁷

35 Ebenda, hier S. 666.

36 Bekannte er doch selbst einmal in seinen Tagebüchern: »Die berufliche Tätigkeit der letzten zwölf Jahre zwang mich zur Beschäftigung mit vielerlei Fragen, zu denen ich selbst aus eigener Produktivität nichts beisteuern kann. Zu ihnen gehört das weite Gebiet der Wirtschaftsordnung. Die Frage der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist zweifellos von entscheidender Bedeutung. Aber ich selbst kann zur Schlichtung dieser Streitfrage über das hinaus, was ich unter eigenem Namen wie unter Leiparts Namen geschrieben habe (vor allem: »Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft« – »Der geschichtliche Weg der Wirtschaftsdemokratie« – »Gewerkschaften und Socialismus« etc.) zunächst nichts beitragen. Ich bin weder Nationalökonom noch Wirtschaftspolitiker. So wenig wie ich Jurist, Arbeitsrechtler oder Socialpolitiker bin. Demgemäß sind es auch nicht diese Gebiete, die ich in Zukunft zu pflegen habe. Vielmehr bedeuten sie nur eine zeitliche Belastung, es sei denn dass ich zu meiner eigenen Information dieses oder jenes lese.« AdsD, Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAAoooo26, Tagebuch 1933–1934, Eintrag vom 13. August 1933.

37 Erdmann, Lothar, Gewerkschaften, Werksgemeinschaften und industrielle Demokratie, in: Die Arbeit 2 (1925) 3, S. 131–142, hier S. 135.

aber »die Gewerkschaftsbewegung ist die Trägerin der geschichtlichen Abwehraktion gegen die Verhältnisse im Betriebe«;³⁸

»[n]icht vom Betrieb aus ist das Schicksal des einzelnen Arbeiters umgestaltet worden, sondern von den Gewerkschaften und der Partei, die beide überbetriebliche Organisationen sind.«³⁹

Kollektive Regelungen sollten genutzt und vorangetrieben werden, und dies ausdrücklich von den Gewerkschaften. So wären immer umfassendere Erfolge etwa im Tarifwesen zu erringen. Eine von allen Betriebsangehörigen getragene und geschaffene Arbeitsgemeinschaft könne neue Wege gehen, Impulse setzen und hätte durch ihre heterogene Zusammensetzung zwangsläufig andere Interessen und Ziele.

»Wer eine wirksame Arbeitsgemeinschaft will, der muss sich zu dem einzigen Weg bekennen, der zu ihr hinführt, das heisst, er muss die tiefgreifenden Änderungen der Rechtsordnung der Wirtschaft wollen, die den Gewerkschaften die gleichberechtigte Mitwirkung an der Wirtschaftsführung erschliesst und zugleich die Machtspäre des Staates gegenüber der Wirtschaft erweitert.«⁴⁰

Im vorherigen Unterkapitel wurde Erdmanns Vision eines nationalen Sozialismus kurz erklärt. Wenn die vier dort aufgestellten Punkte – gegen Internationalismus, Nationen als natürliches, Nation statt Klasse als Ordnungsmodell, evolutionäre Wirtschaftsdemokratie – mit den hier zitatweise wiedergegebenen und erläuterten Erdmann'schen Gedanken konkret unter eine tagespolitische Umsetzung subsumiert wird, hieße dies folgendes.

Die Arbeiterbewegung müsste sich vom internationalen Gedanken lösen und auf die Nation konzentrieren, in der sie ein Bestandteil sei. Denn die Nation sei der natürliche Zustand, nicht der Internationalismus als künstliches Konstrukt. Die Arbeiterklasse müsse über die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie den evolutionären Weg der Wirtschaftsdemokratie beschreiten, bis hin zur völligen innerbetrieblichen Gleichrangigkeit von Eigentümern, Unternehmern und Beschäftigten. So würde eine wirtschaftliche Befriedung

³⁸ Ebenda.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Erdmann, Lothar, Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft III, in: Die Arbeit 3 (1926) 10, S. 641–652, hier S. 648.

innerhalb der Nation entstehen, die Klassengegensätze und ihre politischen Auseinandersetzungen aufgehoben, und die gemeinsame Nation auf allen Feldern nach innen hin geeint.

Erdmanns Ideen haben mehrere Schwachstellen. Ob er diese noch ausgebügelt hätte, ist fraglich, da er ohnehin nie zu einer ausformulierten politischen Theorie gelangte. Das Hauptproblem in der praktischen Umsetzung wäre jedenfalls die Voraussetzung des gesamten Denkgebäudes. Erdmann ging von einer vernunftgeleiteten Wirtschaftsdemokratie aus. Mal abgesehen von den ökonomischen Fragen, ob und wie stark Effizienz und Innovation unter einer völligen Gleichrangigkeit von Unternehmern und Beschäftigten leiden würden, stellt sich hier das für Demokratien typische Dilemma: was passiert, wenn die Menschen demokratisch legitimiert etwas anderes wollen? Wenn sie sich im Betrieb in Sachfragen nicht einig werden, die Grundprinzipien des gemeinsamen Wirtschaftens im gemeinsam geleiteten Betrieb ablehnen, oder – und hier gelangt man zum Extremfall – das gesamte Prinzip der Wirtschaftsordnung ablehnen? Demokratie kann sich demokratisch abschaffen. Bei Erdmanns Ideen würde dies bedeuten, dass seine Vision vom nationalen Sozialismus in ihrem (Weiter-)Bestand darauf angewiesen ist, dass die Menschen demokratisch das System erhalten und stützen. Alles steht und fällt mit ihnen. Für einen Demokraten wie Erdmann wird das akzeptabel gewesen sein, doch hinsichtlich der anderen nationalen Sozialismen seiner Zeit war Erdmanns der anfälligste.

2.3 Warum brachte Erdmann keine eigene ausformulierte Theorie hervor?

Bei all den Gedanken, welche Erdmann im Laufe von Jahrzehnten über Politik und seine eigene Weltsicht anstellte, kann es doch sehr verwundern, dass er nie eine eigene politische Theorie ausformulierte. Natürlich gibt es hierfür einzelne Ansätze. Seine »Arbeit«-Artikel beispielsweise können jeweils als Versatzstücke seiner Weltsicht interpretiert werden, und seine Tagebucheinträge zu abstrakten gesellschaftspolitischen Themenkomplexen zeigen, dass er Details wie Fundamente einer politischen Theorie unbewusst über Jahrzehnte hinweg entwickelt hat.

Offenbar ist ihm das nie bewusst gewesen. Es existieren gar Tagebucheinträge, in welchem er sich selbst dazu aufruft, endlich mal eine politische Theorie auszuarbeiten. Aber es kam nie dazu. Warum? Die Antwort ist scheinbar

einfach: es waren menschliche Beweggründe, Probleme und Eigenschaften, welche ihn daran hinderten.

Das größte Problem war, dass Erdmann schlicht keine Zeit fand, konzentriert über einen längeren Zeitraum an einer solchen umfassenden Theorie zu arbeiten. Irgendetwas zeitintensives lag immer vor. Mal beanspruchte ihn seine Rolle als Familienvater zeitlich sehr stark. Und mal belasteten ihn Sorgen um die Politik, die Familie, die Finanzen so sehr, dass er ausweislich seiner Tagebücher gar nicht groß Gedanken über abstraktere politische Theorien anstellen konnte. Speziell die finanzielle Lage war eine Bürde, wenn von der halbwegen sicheren Situation als »Arbeit«-Redakteur zwischen 1923 und 1933 abgesehen wird. Besonders in dieser Zeit war er jedoch so mit Arbeit überhäuft, dass er keine komplexe Theorie entwickeln konnte. Schließlich musste sich die geldintensive »Arbeit« vor dem ADGB-Vorstand bewähren, zumal Erdmanns eigener, fast schon perfektionistischer Anspruch an sich selbst die Angelegenheit noch verkomplizierte. Gerade diese persönliche, biografische Komponente setzte dem Ganzen noch die Krone auf: Erdmanns immer wiederkehrende Depressionen konnten von ihm mit viel Selbstbeherrschung und Kraft so weit in Schach gehalten werden, dass ihm zwar die Bewältigung seines Alltags gelang, aber dabei auch noch eine politische Theorie ins Leben zu rufen, war schlicht zu viel.

Es lag folglich nicht an einer mangelnden Kohärenz, ausbleibenden Ideen oder instabilen Denkgebäuden, dass Erdmann seine vielen über Jahrzehnte angesammelten ideologischen Versatzstücke nicht in die Form einer ausformulierten politischen Theorie gießen konnte. Es waren schlicht die menschlichen Umstände eines Lebens mit Familie, Alltags- und Existenzsorgen, zeitintensivem Beruf und schließlich Depressionen, die verhinderten, dass eine durchdachte und ausgearbeitete Erdmann'sche Theorie ins Leben trat.

3. Zur Einordnung: Die Erdmann'schen Anknüpfungspunkte und Abgrenzungen zu den zeitgenössischen nationalen Sozialismen

In der Erdmann'schen Weltanschauung gab es durchaus eine Reihe an Punkten, welche sich zur Anknüpfung wie Abgrenzung von anderen nationalen Sozialismen eignen würden. Es spricht stark für die Heterogenität und streckenweise Schwammigkeit nationaler Sozialismen, dass diese Anknüpfungspunkte wie Abgrenzungsmöglichkeiten quer über das politische Schlachtfeld hinweg aufzufinden sind.

Speziell bei Lothar Erdmann lassen sich etwa durch seine sehr detaillierte Anschauung der Nationen als organische Einheiten Anknüpfungspunkte zu rechtsextremen bis konservativen nationalen Sozialismen ausmachen. Die Konzentration auf die Nation als Ordnungseinheit, in welcher die Klassen aufzugehen hätten, während der Internationalismus die organische Nation nur zerstören könne, ist hierbei zentral. Erdmann lehnte als demokratischer Individualist die rechtsextremen bis konservativen politischen Richtungen aber wegen ihres rassistischen und autoritären bis totalitären Charakters ab.

Anknüpfungspunkte gab es auch zu den kommunistischen Interpretationen nationaler Sozialismen. Besonders der Abschluss des Klassenkampfgedankens bei Erreichung des Endzieles ist hierbei grundlegend. Doch Erdmanns Ablehnung der Kommunisten war zu stark für Zusammenarbeiten. Vor allem die Ausschaltung des Bürgertums als Klasse widersprach dem Erdmann'schen Einheitsgedanken der Nation, hinzu kam noch das seitens der Kommunisten anvisierte Aufgehen der Nationen im Internationalen, welches für Erdmann als künstlich herbeigeführte Zerstörung des natürlichen Zusammenhangs der Nation völlig unverhandelbar war.

Fazit

Lothar Erdmann muss hinsichtlich seines nationalen Sozialismus als gescheiterter Vordenker betrachtet werden. Seine Idee war die einer kleinen Minderheit, Anklang fand er in den eigenen Reihen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften lediglich auf den kleinen rechten Flügeln. Die Überschneidungen mit nationalen Sozialismen anderer politischer Richtungen waren zwar durchaus vorhanden, aber die Differenzen wären viel zu stark gewesen, als dass ein Erdmann sich mit anderen nationalen Sozialisten aus den Reihen der Kommunisten bis Nationalsozialisten hätte verständigen können.

Dem war sich Erdmann auch bewusst, sowohl in der Weimarer als auch in der NS-Zeit. Dennoch hoffte er zu Beginn der NS-Herrschaft 1933 – vor der er bis 1932 noch intensiv gewarnt hatte – auf diese Überschneidungen, und versuchte wie der ADGB im Allgemeinen, mit den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten und die Gewerkschaften ins NS-Reich hinüberzutragen. Dass seine Hoffnungen enttäuscht, die Gewerkschaften »gleichgeschaltet« wurden, der linke NSDAP-Flügel nie zur Durchsetzung gegenüber dem rechten Parteiflügel gelangte, und Erdmann sogar als einstiger Protagonist des ADGB

verfolgt wurde und 1939 nach Konzentrationslager und Folter verstarb, konnte er aus der Perspektive des Jahres 1932 nicht absehen.

Kurz nach der »Nacht der langen Messer« im Sommer 1934 schrieb Erdmann folgendes in sein Tagebuch:

»Ich habe nur meinen Socialismus verfochten und war mir immer deutlicher bewusst, dass dieser nationale Socialismus, den ich erzwingen, den ich den Gewerkschaften wie der [sozialdemokratischen] Partei aufdrängen wollte, eine Dichtung war, der nur in einem kleinen Kreise so etwas wie eine Wirklichkeit entsprach. Ich habe trotzdem gekämpft, aber ich war und bin kein politischer Führer in diesem Kreise, in dem ich bis zuletzt trotz allem, was ich an Kameradschaft erlebt habe, ein Fremder geblieben bin – weil ich die Synthese von Nationalismus und Socialismus wollte.«⁴¹

⁴¹ AdsD, Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAoooo16, Tagebuch 1934–1935, Eintrag vom 27. August 1934.

